G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Reinhard Kühnl
Wohin geht die Bundesrepublik?
Politische und ideologische Perspektiven

Jörg Huffschmid
Rüstung statt Konsum – Die Operation AEG
Modell für die „Sanierung" der Bundesrepublik?

Norman Paech und Gerhard Stuby
Kein Platz für das palästinensische Volk?
Geschichte und Perspektiven des Palästina-Konflikts

Christian Götz
Weder sozial, noch demokratisch

Neue Dokumente zum Pentagon-Programm
für den „Sieg im Atomkrieg"

9'82

September 1982 Einzelheft 6,50 DM Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

September 1982

CHRONIK DES MONATS AUGUST 1982 1025

KOMMENTARE UND BERICHTE

„Sieg" durch „Enthauptung"? ..... *Bernd Greiner* 1028

Operation '83: Weder sozial, noch demokratisch
Anmerkungen zur Gewerkschaftspolitik in der Krise ..... *Christian Götz* 1032

HAUPTAUFSÄTZE

Wohin geht die Bundesrepublik?
Politische und ideologische Tendenzen
und Perspektiven ..... *Reinhard Kühnl* 1036

Rüstung statt Konsum – Die Operation AEG
als Modell für die „Sanierung"
der Bundesrepublik? ..... *Jörg Huffschmid* 1074

Kein Platz für das palästinensische Volk?
Geschichte und Perspektiven
des Palästina-Konflikts ..... *Norman Paech und Gerhard Stuby* 1097

Die Krise des Sozialstaates und die
Soziologie ..... *Arbeitsgruppe am Institut für Soziologie der Universität Münster* 1122

MEDIENKRITIK

Fiktion? ..... *Günter Giesenfeld* 1131

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD
im 2. Vierteljahr 1982 ..... *Jörg Goldberg* 1132

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Neue Dokumente zum Pentagon-Programm für den „Sieg im Atomkrieg" („Leitlinien-Dokument"): „Krieg bis zum Tode" – Leitartikel von Tom Wicker in der „New York Times" vom 1. Juni 1982 (Wortlaut); „Wie sehen wir das in Moskau?" – Stellungnahme von Georgi Arbatow für die „New York Times" (Wortlaut); „Pentagon-Plan präzisiert, mit welchen Methoden ein länger dauernder Atomkrieg gewonnen werden soll" (Auszüge aus einem Artikel der „Los Angeles Times" vom 15. August 1982); „Dem sowjetischen Huhn den Kopf abschneiden ..." – Neues vom „Sieg-im-Atomkrieg"-Strategen Colin S. Gray 1135

Dmitri Ustinov, Verteidigungsminister der UdSSR, über die Genfer Verhandlungen zur Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa (Auszug aus einem TASS-Interview vom 19. August 1982) 1142

Dokumentation zur Verleihung des Goethepreises der Stadt Frankfurt an Ernst Jünger: Dokumentation der Grünen zur Begründung ihres Antrags in der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt/M. gegen die Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger vom 3. August 1982 (Wortlaut); Presseerklärung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion im Frankfurter Römer zur Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger vom 5. August 1982 (Wortlaut) 1143

„Sieg" durch „Enthauptung"?

Für Tom Wicker, Leitartikler der „New York Times", sind die neuen Pentagon-Papiere ein Plan für einen „erbarmungslosen Kampf bis zum Tode", die Nobelpreisträger Hans A. Bethe und Kurt Gottfried sehen darin eine „Kriegserklärung an die Sowjetunion", und auch die westdeutsche Presse stellt, teils ungläubig, teils empört, die Schlüsselfrage: *Will Reagan Krieg?*

Worum geht es? Aus Presseberichten der „New York Times", Los Angeles Times" und „Washington Post" geht hervor, daß innerhalb der Reagan-Regierung mehrere Diskussions- und Planungspapiere zu demselben Gegenstand zirkulieren: *Sieg im Atomkrieg gegen die UdSSR*. Das Pentagon entwarf mit dem 125-Seiten starken *„Fiscal Year 1984-88 Defense Guidance"* eine Strategie für einen Atomkrieg langer Dauer. Dieses „Leitlinien-Dokument" lag der „New York Times" zufolge einer kürzlich erstellten *Studie des Nationalen Sicherheitsrates* zugrunde und wurde laut „Los Angeles Times" vom Pentagon inzwischen zu einem umfassenderen und detaillierteren *strategischen „Master-Plan"* umgearbeitet. Dieser wurde Anfang August dem Nationalen Sicherheitsrat und dem Präsidenten unterschriftsreif zugeleitet.

Alle drei Studien sind streng geheim. Der Text des Nationalen Sicherheitsrates ist unbekannt und der „Master-Plan" wurde der „Los Angeles Times" von Regierungsmitgliedern lediglich in Umrissen vorgestellt. Das „Leitlinien-Dokument" hingegen, die *Grundlage* der beiden anderen Papiere also, liegt durch die Veröffentlichung der „New York Times" auszugsweise im Wortlaut vor[1]).

I

Welchen Stellenwert haben diese Dokumente?

Apologeten amerikanischer Politik behaupten, es handle sich um militärstrategische Routinearbeit des Pentagon. Dieser Einwand geht an der Sache vorbei. Es war vielmehr die zivile Führung der amerikanischen Regierung, die im Herbst 1981 die *politische Grundsatzentscheidung* traf, Carters „Direktive 59" zu überarbeiten[2]), d.h. detailliertere Szenarien für nukleare Erst- und Entwaffnungsschläge gegen die UdSSR zu entwerfen. Möglich, daß auch im Pentagon bereits über diese Frage nachgedacht worden war; möglich, daß die Militärs im Vorfeld der Entscheidung erheblichen Druck ausgeübt hatten. Wichtiger als diese (im Augenblick ohnehin nicht beweisbaren) Möglichkeiten ist aber der (durch Aussagen Beteiligter belegbare) Umstand, daß die Militärs von höchster Stelle *politische Weisung* erhielten.

Verschiedentlich wird eingewandt, das „Leitlinien-Dokument" gebe bloß die Meinung einer „Denkschule" wieder, die mit mehreren anderen alternativenKonzepten in einem politisch noch unentschiedenen Widerstreit läge. Auch dieses Argument ist nicht haltbar. Laut „New York Times" handelt es sich um die „erste vollständige sicherheitspolitische Leitlinie" der Regierung. „Das Dokument

1) Alle folgenden Zitate im Text sind der deutschen Übersetzung des Dokuments in den „Blättern", 8/1982, S. 1011-17, entnommen.
2) „Los Angeles Times", 15. 8. 1981.

liefert den zur Zeit *maßgeblichen Einblick* in das militärische Denken der führenden Verteidigungsstrategen der Reagan-Regierung." (1012; Hervorh. v. Verf.). Es findet die Zustimmung wichtiger Minister wie Weinberger, Carlucci ((Weinbergers Stellvertreter) und Edwards (Energieminister), der Vereinigten Stabschefs, hoher kommandierender Stabsoffiziere sowie ziviler Politikplaner und waffentechnischer Berater. Kurz, es bestätigt sich aufs Neue, daß sich unter Reagan die Linie der „Sieg-Strategen" durchgesetzt hat.

II

Was heißt „Sieg-Strategie"?

Ganz allgemein fordert das „Leitlinien-Dokument", „Pläne mit dem Ziel zu entwickeln, die Sowjetunion auf jedem Konfliktniveau – von Aufständen bis hin zum Atomkrieg – zu besiegen". (1012) Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß dieses „Sieg-Verständnis" Schritt für Schritt den Überlegungen folgt, die Colin S. Gray und Keith Payne bereits im Sommer 1980 in ihrem programmatischen Aufsatz „Sieg ist möglich"[3]) entwickelt hatten.

Gray/Payne fordern zunächst, das „Problem" exakt zu definieren. In ihrem Verständnis ist die Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus dem Wesen nach ein realer „Krieg" – im Grunde genommen habe der Dritte Weltkrieg bereits begonnen. Gerade die Rückschläge der 70er Jahre hätten gezeigt, daß die antagonistischen Konflikte immer stärker zu gewaltsamen Lösungen tendierten. Vor diesem Hintergrund seien Atomkriege nicht nur möglich, sondern nukleare Kriegsführung für eine Entscheidung der Konflikte (d.h. den Endsieg) sogar notwendig. In erster Linie komme es daher darauf an, die politische G adhaltung einem Atomkrieg gegenüber zu klären: dieser müsse wie jeder andere Krieg der Vergangenheit verstanden werden, sei also *kein* Holocaust; der Atomkrieg könne auf verschiedene Arten enden, und es werde Gewinner und Verlierer geben. Also komme es darauf an, Mittel und Wege zu finden, diesen Atomkrieg „rational" zu führen (1502, 1504).

Die zahllosen Aussagen der Reagan-Regierung über den „Krieg" der Freiheit gegen die Tyrannei sowie über führbare, kontrollierbare und gewinnbare Atomkriege lassen keinen Zweifel, daß sie diese Prämisse akzeptiert. Im nächsten Schritt kommt es nach Gray/Payne darauf an, die *hauptsächliche Aufgabe* zu lösen und eine angemessene Strategie zu entwickeln.

Jedes Nachdenken über Strategie müsse von dem Grundsatz ausgehen, daß *Gewaltanwendung* das *Mittel* und die Verfolgung klar formulierter *Zukunftsziele* der *Zweck* jeder *Politik* sei. Eine Strategie liege erst dann vor, wenn die Frage beantwortet sei, welche politischen Ziele mit welcher Form des Gewalteinsatzes optimal zu erreichen seien. Das Spektrum der Gewalt reiche von diplomatischem Zwang bis hin zum Schlagabtausch mit Interkontinentalwaffen.

Der Einsatz von Druck- und Zwangsmitteln setze selbstverständlich voraus, die „Selbstabschreckung", d.h. die Furcht vor der gegnerischen Reaktion, auf ein „Minimum" zu reduzieren (1502) – gerade dies habe die amerikanische Politik der letzten zwanzig Jahre in sträflicher Weise versäumt. *Politik* und *Militär* bildeten erst in dem Augenblick eine sinnvolle *Einheit*, wenn sie sich auf eine ausgewiesen überlegene Streitmacht berufen könnten. „Parität" oder „ausgewogenes Kräfteverhältnis" seien mit dieser Konzeption „unverträglich" (1503).

Eine „Sieg-Strategie" ist also kein im engeren Sinne militärisches Konzept, son-

3) Der Aufsatz erschien erstmals in Heft 39 der „Foreign Policy" (Sommer 1980). Alle folgenden Zitate im Text sind der deutschen Übersetzung in den „Blättern", 12/1980, S. 1502-1510, entnommen.

dern im Verständnis ihrer Advokaten die höchstentwickelte Form der Festlegung grundlegender Interessen und Absichten.

Wie wird nun das Verhältnis von politischem Ziel und Gewalteinsatz in Zeiten des „*Nicht-Krieges*" bestimmt?

Atomwaffen – so Gray/Payne – können und müssen den außenpolitischen Zwekken der USA dienen. Sie können es im „Nicht-Krieg" nur dann, wenn die Gegenseite gehindert wird, eine neutralisierende Parität aufzubauen. Mit dem Einsatz aller unterhalb der Kriegsschwelle zur Verfügung stehenden Mittel müsse die Sowjetunion geschwächt werden. Nur unter dieser Voraussetzung einer in die Defensive gedrängten UdSSR lasse sich die dem „Nicht-Krieg" angemessene Form der Diplomatie, die *atomare Diplomatie*, mit Aussicht auf Erfolg betreiben – d.h. nur dann sei es möglich, regionale Konflikte mittels angedrohter atomarer Intervention im Sinne der Vereinigten Staaten zu entscheiden.

Das „Leitlinien-Dokument" benennt in aller Klarheit die von Gray/Payne nahegelegten Formen einer solchen „Politik der Stärke": Steigerung des *politischen Konfliktniveaus* bis hin zur Sabotage in Osteuropa und zum wirtschaftlichen und technologischen Krieg gegen die UdSSR, „Verunsicherung" der Sowjetunion bis zu einem Punkt, wo ihr die Möglichkeiten zur effektiven konventionellen (!) Verteidigung im eigenen Land (!) beschnitten werden.

Charakteristisch für die „Sieg-Strategie" ist, daß sie nicht nur höhere Risiken eingeht, sondern stets die Möglichkeit kalkuliert, bereits die atomare Zwangspolitik am Rande des Abgrunds könne in einen Krieg umschlagen. Eskalations- und kriegsträchtige Konflikte werden bereitwillig eingegangen. Als möglicher kriegsauslösender Faktor wird im „Leitlinien-Dokument" eine militärische Intervention der USA in Südwestasien und dem Persischen Golf in Betracht gezogen – denn man müsse sich z. B. im Falle einer „sowjetischen Infiltration" (Synonym für „antikoloniale Revolution") „mit Gewalt Zugang . . . verschaffen und nicht erst auf die Einladung durch eine befreundete Regierung . . . warten, was bislang die öffentlich erklärte Politik war." (1016) Ein durch dergleichen Szenarien ausgelöster Atomkrieg wäre nach Gray/Payne weder ein „sinnloses" noch ein „fatales" Ereignis. Er wird „wahrscheinlich geführt werden, um die Sowjetunion zur Aufgabe eines gerade erzielten Vorteils zu zwingen." (1509)

Der *Kernpunkt* der „Sieg-Strategie" ist nun ihre Haltung zum Krieg selbst. Welche nuklearen Zwangsmittel sollen zu welchem politischen Zweck eingesetzt werden? Wie genau sieht die politische Kriegszielplanung aus und was heißt „Sieg im Atomkrieg"?

III

Gray/Payne haben sich diesbezüglich unmißverständlich geäußert. Im Krieg müsse die von jeher als notwendig erachtete Liquidierung des Sozialismus endlich exekutiert werden. Die politische Zielplanung müsse „das Ende des Sowjetstaates ins Auge fassen". (1506) Es gehe nicht um Selbstschutz bzw. Verteidigung des Bündnisses, sondern um die Vernichtung des Gegners. Sieg im Atomkrieg heißt „letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht". (1506)

Reagan und seine Berater haben zur Genüge dargelegt, daß sie den Sozialismus am liebsten auf dem „Misthaufen der Geschichte" sähen (so der Präsident vor dem britischen Parlament). Das „Leitlinien-Dokument" führt diese Vorstellung zur letztmöglichen Konsequenz und übernimmt den von Gray/Payne unterbreiteten Vorschlag zur militärischen Vernichtung der UdSSR: „*Enthauptung*" in einem möglicherweise sich bis zu sechs Mona-

ten hinziehenden Atomkrieg langer Dauer (Los Angeles Times) soll die Grundlage der militärischen Aktionen sein.

Diese „decapitation" wird in den USA seit geraumer Zeit umfänglich diskutiert. Man geht von dem Gedanken aus, eine ihrer politischen und militärischen Kommandozentralen beraubte Sowjetunion sei zum Gegenschlag un- oder begrenzt fähig und würde überdies in eine anarchische Situation gestürzt (1508). Gray bezeichnet dies in seinem zynischen (und der Gedankenwelt des Faschismus entlehnten) Jargon als „Trennung von Staat und Volk". „Nun wird uns das nur in beschränktem Maße möglich sein – unglücklicherweise trifft man zusammen mit dem Staat auch große Teile des russischen Volkes"[4]). Würden also (wie im „Leitlinien-Dokument" gefordert) „die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbündete) militärische und politische Machtstruktur" samt der sowjetischen Streitkräfte und Industrie vernichtet, so liefe diese „Enthauptung" zugleich auf eine Art *„Endlösung der Russenfrage"* hinaus!

Dabei muß man sich stets zweierlei vor Augen halten: *Enthauptung* ist allein durch *Erstschlag* möglich, wie Gray immer wieder schreibt; und um die anvisierten Enthauptungsschläge (gegen Kreml, Zentren der Kommunistischen Partei und des Militärs, KGB etc.) punktgenau *und* ohne Vorwarnzeit in einem überraschenden Schlag zu führen, gibt es im Moment nur ein einziges Waffensystem: die Pershing II, ab 1983 zu stationieren in der Bundesrepublik. „Erstschlag", „Gegenschlag" oder „Präventivschlag" – in jedem Fall geriete folglich die „Endlösung der Russenfrage" zugleich zu einer „Endlösung der Deutschenfrage", eine Implikation, über die die „Sieg"-Strategen in Washington Stillschweigen bewahren, während sie offen darauf abheben, Amerika selbst so weit wie möglich aus dem insofern „begrenzten" nuklearen Inferno herauszuhalten!

Selbstverständlich könne niemand wissen, ob es nicht doch zu Gegenschlägen komme, selbst wenn sich die USA durch Zivilschutz und Raketenabwehr optimal sicherten. Ein „Sieg im Atomkrieg" wird daher in der Tat *nicht* im traditionellen Sinne verstanden – mit anschließender Truppenparade auf Pennsylvania Avenue und Empfang der Generalität beim Präsidenten. „Sieg" heißt vielmehr Sicherstellung der *„Regenerationsfähigkeit"* der eigenen bei gleichzeitig vollständiger Vernichtung der gegnerischen Gesellschaft. Und „extrem gut" – so Colin S. Gray – wäre die Regenerationsfähigkeit sichergestellt, wenn die USA selbst nicht mehr als 20 Millionen (!) Tote zu beklagen hätten[5]). Reagans Energieminister James B. Edwards: falls die USA Krieg führen müßten, „möchte ich als Nr. 1 daraus hervorgehen, nicht als Nr. 2". („Los Angeles Times") v. 15. 8. 1982).

Genau dies meint Weinberger, wenn er sagt: „Und falls die Abschreckung versagt, müssen wir gewinnen können, um zu überleben"[6]). – „Wir planen, keine Niederlage zu erleiden"[7]). Alle seine semantischen Taschenspielertricks können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Illusion der Regenerationsfähigkeit eine politikleitende Vorstellung geworden ist.

IV

Hier hakt nun das ideologische Verwirrspiel der journalistischen Hilfstruppen Weinbergers erneut ein: diese Vorstellungen existieren doch nur in der Gedan-

4) Colin S. Gray, zit. n. „Washington Post" v. 14. 5. 1982. Vgl. die Auszüge im Dokumententeil des vorliegenden Heftes.

5) Gray laut „Washington Post" v. 14. 5. 1982.

6) Weinberger vor dem New York Council on Foreign Relations, in: „Wireless Bulletin from Washington", Nr. 113 v. 18. 6. 1981, S. 4.

7) Weinberger, zit. n. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 4. 9. 1982.

kenwelt, um eine fundierte Politik zu entwickeln, müsse man (rein zur intellektuellen Klärung der Fragestellung) auch das „Undenkbare denken" (so etwa Weinsteins Dauerbrenner in der FAZ). Dieses Argument verschweigt, was Gray und Kollegen in aller Deutlichkeit formulieren: die Sieg-Strategie steht und fällt mit der *Realisierung* der auf sie zugeschnittenen Rüstungsprogramme. In Ermangelung dieser Einheit von Zielplanung und Waffensystemen hätten frühere Präsidenten auch keine „Strategie" verfolgen können.

Aber, so Reagans Freunde, die letztendliche Entscheidung liege doch nicht bei den Militärs, sondern bei den Politikern. Diese hätten noch längst nicht entschieden und noch weniger verfügten sie über das geforderte Rüstungspotential.

Natürlich existiert dieses Potential noch nicht, natürlich wird es auch schwierig werden, die dazu erforderlichen Finanzen zu mobilisieren. Freilich ist es gerade die Reagan-Regierung, die nicht nur Pläne in Auftrag gibt, sondern mit der deutlich bekundeten Absicht angetreten ist, vergangene „Versäumnisse" zu korrigieren, u.a. durch die forcierte Entwicklung von Erstschlagwaffen, die einzig und allein der „Enthauptung" dienen. Und Waffen dieser Sorte, wie die Pershing II, stehen kurz vor der Stationierung. Hätte es noch eines Beweises für die Ernsthaftigkeit des Reaganschen Vorsatzes bedurft, so wäre er mit dem „Leitlinien-Dokument" spätestens erbracht worden. Die dort formulierte Planung samt den im Detail vorgestellten Waffen und Truppenstärken wird den Budgetforderungen des Pentagon während der nächsten fünf Haushaltsjahre zugrundeliegen. Und Reagan forderte das Pentagon ausdrücklich auf, die politische Absicht in militärische Realität umzusetzen. („Los Angeles Times" v. 15. 8. 1982)

Es kann nicht oft genug wiederholt werden: erst der Amtsantritt Reagans machte es möglich, daß die Gruppe der „Sieg-Strategen" auch in der Regierung mehrheitsfähig wurde (und z.B. Colin S. Gray zum Berater der Rüstungskontrollbehörde und des Außenministeriums avancierte). Im Rückblick erscheint der Gray/Payne-Artikel vom Sommer 1980 wie ein von führender Seite autorisiertes Papier, das die im Falle eines Regierungswechsels erstrebten Änderungen der Strategie bereits frühzeitig auf den Begriff brachte: Sieg im Atomkrieg.

Bernd Greiner

Operation '83: Weder sozial, noch demokratisch

Anmerkungen zur Gewerkschaftspolitik in der Krise

Seit Beginn der sich laufend verschärfenden ökonomischen Krise in der Bundesrepublik 1974/75 betreibt die Bundesregierung eine Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, die gegen Arbeitnehmerinteressen gerichtet ist sowie gewerkschaftliche Forderungen und Alternativen ignoriert. Dabei ist diese Politik selbst an den *eigenen* Zielen gemessen (wie sie von den dafür Verantwortlichen immer wieder proklamiert werden) eindeutig erfolglos. Sie war und ist weder in der Lage, die Vollbeschäftigung wieder herzustellen, noch die Preise zu stabilisieren. Die staatlichen Finanzen werden nicht saniert, sondern ruiniert. Insgesamt gesehen verschärft die staatliche Politik die krisenhafte Entwicklung.

So zeigen zahlreiche ökonomische Untersuchungen deutlich, daß eine Hauptursache der Krise in der anhaltenden Schwächung der Massenkaufkraft zu suchen ist. Diese zutreffende Einschätzung ist auch der Regierung zugänglich, ohne daß auch nur Ansätze für die – dringend notwendige – Kursänderung erkennbar wären. Im Gegenteil: Mit der „Operation '82" begann sogar eine Phase verschärften Sozialabbaus, die im ersten Schritt die Arbeitnehmerhaushalte zusätzlich mit rund 11 Mrd. DM belastete, während die Unternehmer lediglich mit 0,7 Mrd. DM zur Kasse gebeten wurden. Entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung sind von 1982-1985 gar Belastungen der Arbeitnehmerschaft in Höhe von 48,5 Mrd. DM vorgesehen, während sich die Unternehmer im gleichen Zeitraum einer Entlastung von 3 Mrd. DM erfreuen können.

Die geplante „Operation '83" stellt einen weiteren „qualitativen Schritt" im Rahmen dieser zutiefst unsozialen und ökonomisch verantwortungslosen Politik dar: den Übergang vom Sozialabbau zur Sozialdemontage.

Arbeitnehmer, Arbeitslose, Kranke, Rentner und Kriegsopfer sollen noch einmal rund 8 Mrd. DM an Lasten aufgebürdet bekommen, – als ob sie die Krise verursacht hätten. Die „Operation'83" – übrigens eine genau treffende Bezeichnung – mutet in der Tat wie eine Strafaktion gegen sozial Schwache an.

Wie bescheiden nimmt sich dagegen die geplante Kürzung von Steuervorteilen für Unternehmer und Selbständige in Höhe von rund 1 Mrd. DM aus. (Hinzu kommt, daß dieser Teil des „Sparkonzepts" am meisten gefährdet ist, die parlamentarischen Hürden Bundestag und Bundesrat zu nehmen.)

Massiv belastet werden die Arbeitnehmer u. a. auch durch
– die Verschärfung der Zumutbarkeitsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit, die in den nächsten Jahren die Qualifikation und das Einkommen von Millionen von Arbeitnehmern deutlich senken wird sowie
– den Abbau von Mieterrechten und enorme Mieterhöhungen.

„Den Gürtel enger schnallen" müssen weder *alle*, noch wird in *allen* Bereichen reduziert. Vielmehr sollen die „kleinen Leute" durch ihre Opfer eine Politik mittragen und finanzieren, die im Ergebnis zu einer Aufstockung des nächsten Militärhaushalts um 4 % bei gleichzeitigem Abbau des Sozialetats um rund 10 % führt. Das ist weder sozial, noch demokratisch, also auch nicht sozialdemokratisch; zumindest, wenn man das „Godesberger Programm" und Beschlüsse des letzten Parteitages zum Maßstab nimmt.

Insgesamt wird eine Politik betrieben, die sich ausschließlich an den Interessen der Arbeiter, der Haus- und Grundbesitzer und anderer kleiner, aber einflußreicher Gruppen orientiert, – so, als sei die Bundesregierung von höchstens 5 % der Bevölkerung gewählt worden.

Tatsächlich stellen die „Haushalts-Operationen" 1982/83 die konsequente Umsetzung von Forderungen der von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im März 1982 vorgelegten Denkschrift „Soziale Sicherung in der Zukunft" dar. „Von Sorge um das Gemeinwohl erfüllt" vertreten die Arbeitgeber (erneut) die Auffassung, daß sich die staatliche Politik an folgenden Grundsätzen orientieren müsse:
– Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten,
– keine Ausweitung der Sozialleistungen,
– Verringerung der Ausgaben für Sozialleistungen zur Stabilisierung der Sozialfinanzen,
– Umdenken in der Bevölkerung, nämlich Bereitschaft zur Eigenvorsorge, Mut zur Eigenleistung und ein Abbau des „Anspruchdenkens".

Mit Rücksicht auf die SPD und die von ihr getragene Bundesregierung haben die Gewerkschaften zu lange und zuviel Zurückhaltung gegenüber dieser *prinzipiell* falschen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik geübt. Vor dem Hintergrund wachsender Unruhe an der Basis und befördert durch Diskussionen und Beschlüsse des 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses hat inzwischen ein Umdenkprozeß eingesetzt, der sich auch durch Stör- und Bremsversuche aus den eigenen Reihen letztlich nicht mehr aufhalten lassen wird.

Ohne Kampf, ohne mehr gewerkschaftliche Aktionen nach dem Modell „Stuttgart"[1]) wird sich weder der fortschreitende staatliche Sozialabbau aufhalten, noch die gewerkschaftliche Forderung nach wirksamen Beschäftigungsprogrammen durchsetzen lassen. Entsprechend hat der DGB-Bundesausschuß am 7. Juli 1982 beschlossen: „Die Gewerkschaften des DGB werden es nicht mit verbalen Protesten bewenden lassen, sondern ihrer Ablehnung durch geeignete Aktionen Nachdruck verleihen."

So hat die HBV als erste DGB-Gewerkschaft bereits eine breite Informationskampagne eingeleitet, die (als notwendige Vorstufe) auf Mobilisierung und Aktionen zielt. Die IG Metall führte zusammen mit dem DGB am 9. September 1982 in Frankfurt eine Demonstration und Kundgebung unter der Losung „Frieden und Arbeit für alle" durch. Auch in Nürnberg bereiten IG Metall und DGB eine große Kundgebung für den 22. Oktober 1982 vor. In Speyer haben sich IG Metall und HBV verbündet, um am 15. September 1982 gemeinsam gegen Arbeitsplatzvernichtung und Abbau erkämpfter Rechte zu demonstrieren. Der neue Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg, Siegfried Pommerenke, hat unmittelbar nach seiner Wahl zu einer weiteren Großdemonstration des Landesbezirks aufgerufen. Das sind nur einige Beispiele.

Bei allen Veranstaltungen kommt es entscheidend darauf an, den Zusammenhang zwischen forcierten Sozialabbau und steigenden Rüstungslasten deutlich zu machen, wie es in der Losung zur Frankfurter Kundgebung am 9. September 1982 zum Ausdruck kommt. Denn die anhaltende Hochrüstung stellt nicht nur und vor allem eine wachsende Lebensbedrohung für die gesamte Menschheit dar, sie untergräbt auch die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik und weltweit.

Parallel zu gewerkschaftlichen Aktionen gegen staatliche Maßnahmen zur Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer stellt sich für die Gewerkschaften die Frage, wieweit Tarifpolitik und Tarifkampf geeignet sind und genutzt werden müssen, um die Abwehrfront gegen den grassierenden Sozialabbau zu verbreitern.

Dabei machen die Erfahrungen der letzten Jahre zunächst allerdings wenig Mut: Der Staat hat nicht nur die Ergebnisse gewerkschaftlicher Tarifpolitik konterkariert; gleichzeitig wurden nur Abschlüsse *unterhalb* der Grenze der Reallohnsicherung erzielt. Trotzdem gilt: Wenn die Gewerkschaften jetzt insgesamt stärker in die Offensive gehen, können sie dabei das „klassische Aktionsfeld" Tarifpolitik nicht aussparen.

Franz Steinkühler hat für den Bereich der Baden-württembergischen Metallindustrie bereits konkret reagiert. Mit der Aktion „Unternehmer auf den Prüfstand" weist er Betrieb für Betrieb und für den Tarifbezirk insgesamt nach, daß die Unternehmer trotz Lohnzurückhaltung (und im Gegensatz zu vorherigen Versprechungen) Tausende von weiteren Arbeitsplätzen vernichteten, daß „Maßhal-

1) Vgl. zur Stuttgarter Demonstration vom 7. November 1981 „Gegen Arbeitsplatzverlust und soziale Demontage – für das Recht auf Arbeit und gesicherte Zukunft" die Dokumentation in: „Blätter", 12/1981, S. 1517 ff. D. Red.

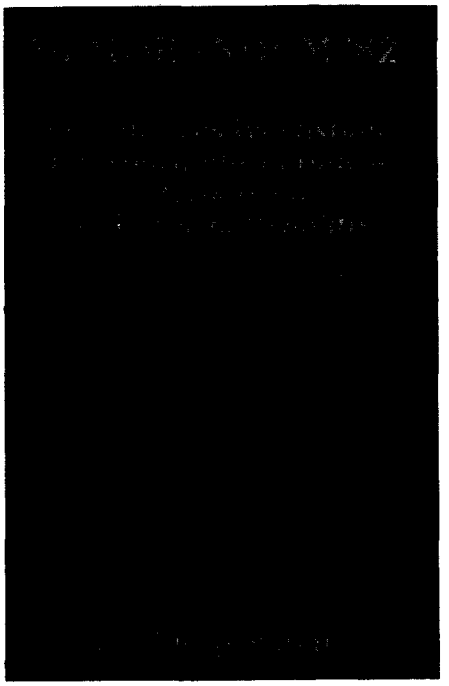
ten" sich für die Arbeitnehmer also nicht auszahlt. Gleichzeitig fordert die IG Metall einen neuen Lohn-Rahmentarifvertrag zur Schaffung „menschengerechter Arbeitsbedingungen". Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften sollen durch verstärkte Mitbestimmungsrechte die Einhaltung des Vertrages kontrollieren und ggf. erzwingen können.

Die aufgeregte Reaktion der Arbeitgeber, die ihre Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Arbeitsplätze bedroht sehen, zeigt, daß die baden-württembergische IG Metall auf dem richtigen Weg ist.

Letztlich sei daran erinnert, daß der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß sich nahezu einstimmig dafür ausgesprochen hat, daß die Gewerkschaften ihre Tarifpolitik besser abstimmen und insbesondere zentrale Forderungen zur *qualitativen* Tarifpolitik, wie die 35-Stunden-Woche, koordiniert angehen.

Ohne konkrete gewerkschaftliche Gegenmacht auf möglichst vielen Feldern werden die Bonner Parteien, die de facto ein „Kartell für Sozialabbau" bilden, ihre prinzipiell falsche, gegen Arbeitnehmerinteressen gerichtete Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik fortsetzen. Sie gefährden damit den inneren Frieden, der gerade von ihnen sonst zum absoluten Wert gemacht wird. Historische Erfahrungen mahnen, wohin das letztlich führen kann.

Christian Götz



Memorandum '82

Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik. Sicherung und Ausbau des Sozialstaats statt sozialer Demontage. Alternativen zur Finanzierung der Sozialpolitik. Krise in der Berufsausbildung.
Kleine Bibliothek Band 262
357 Seiten, DM 19,80

Seit 1975 legt die gewerkschaftsnahe „Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik" jährlich ein Memorandum vor, das von vielen namhaften Wirtschaftswissenschaftlern, Sozialwissenschaftlern, Gewerkschaftsfunktionären u. a. verfaßt und unterstützt wird. Gegenüber der Mehrheit der Gutachten von Wirtschaftsforschungsinstituten orientiert sich dieses Memorandum an den Interessen der Arbeitnehmer und findet in der Öffentlichkeit von Jahr zu Jahr stärkere Beachtung.
Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist das Buch von höchster Aktualität.

Pahl-Rugenstein

Wohin geht die Bundesrepublik?

Politische und ideologische Tendenzen und Perspektiven

Von Reinhard Kühnl

I

Daß unter den Bedingungen schwerer und länger anhaltender Wirtschaftskrisen die demokratischen und sozialen Rechte der Bevölkerung in verstärktem Maße von rechts her bedroht werden, lehren die geschichtlichen Erfahrungen in sehr eindringlicher Weise. Das Kapital sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, die Kosten zu senken, um selber investitions- und expansionsfähig zu bleiben und in dem härter gewordenen Konkurrenzkampf bestehen zu können. Dies gilt für den Konkurrenzkampf der Einzelkapitale, bei dem ein beträchtlicher Teil der Schwächeren jetzt auf der Strecke bleibt, ebenso wie für den Konkurrenzkampf der nationalen Kapitale und der multinationalen Konzerne auf dem enger werdenden Weltmarkt.

Senkung der Kosten aber bedeutet einerseits Senkung der Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung sowie der Sozialausgaben der Betriebe und des Staates. Diese Konstellation erfordert auch neue politische und ideologische Mittel, um die betroffene Bevölkerung daran zu hindern, sich gegen diese Einschränkung und partielle Zerstörung ihrer Lebens- und Zukunftschancen wirksam zur Wehr zu setzen. Eben deshalb werden die in der Krise ohnehin zurückgehenden Steuereinnahmen des Staates jetzt nicht nur in gesteigertem Maße für die Unterstützung der Privatwirtschaft benötigt, sondern auch für den Ausbau des staatlichen Gewaltapparats. Senkung der Kosten aber heißt andererseits auch: Senkung der Ausgaben für Rohstoffe, bedeutet also einen verstärkten Druck auf die rohstoffproduzierenden Länder, in erster Linie auf die Entwicklungsländer, und die Bereitstellung entsprechender militärischer Instrumente, um die latente oder offene Androhung von Gewalt gegenüber den Entwicklungsländer wie gegenüber den sozialistischen Staaten (um diese von „Einmischung" abzuhalten) auch hinreichend glaubwürdig zu machen.

Daß durch solche Kostensenkung bei der eigenen Bevölkerung wie auf dem Weltmarkt die Kaufkraft der Massen und damit die Absatzchancen massiv vermindert werden, letztlich die Krise also noch verschärft wird, ist vom Standpunkt des kapitalistischen Gesamtinteresses aus sozusagen bedauerlich, vom Standpunkt der miteinander konkurrierenden Einzelkapitale jedoch unvermeidlich. Wäre das Interesse des Gesamtkapitals an Massenkaufkraft und Absatzchancen der bestimmende Faktor, so hätte das Kapital seit über hundert Jahren ständig für Lohnerhöhungen kämpfen müssen. Das hat es

bekanntlich nicht getan, und das ist kein Zufall. Das Gesamtkapital als handlungsfähige Größe zur Gestaltung einer langfristig angelegten Politik im Sinne der harmonischen Entwicklung aller Sektoren existiert nicht. Kapitalismus heißt Existenz und Konkurrenz einer Vielzahl von Wirtschaftssubjekten, die sich – vermittelt über den Staat – nur in Fragen der Existenzsicherung des Gesamtsystems der Profitwirtschaft und der Verbesserung der allgemeinen Voraussetzungen der Profiterzeugung, also immer nur gegenüber der Klasse der Lohnabhängigen, einen gemeinsamen Willen geben können und im übrigen auch den Staat für ihre privaten Partialinteressen auch gegen andere Einzelkapitale (und nicht nur gegen die Lohnabhängigen) zu instrumentalisieren versuchen.

In der gegenwärtigen Krise kommt dies darin zum Ausdruck, daß die staatliche Politik auf Einschränkung der Massenkaufkraft gerichtet ist und damit eine große Zahl von kleineren und mittleren Unternehmen in den Ruin treibt – mit entsprechender Freisetzung von Arbeitskräften –, während sie zugleich die Entwicklungs- und Expansionsbedingungen der großen Monopole nachhaltig fördert. Da diese weniger auf den Binnenmarkt als auf den Weltmarkt angewiesen sind, profitieren sie einerseits aus der „Kostensenkung" im eigenen Land, ohne doch von der damit verbundenen Einschränkung der Massenkaufkraft ernstlich betroffen zu sein. Ideologisch wird diese Politik legitimiert als „Steigerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft". Würde der Staat auch auf die Schwächeren, auf den Binnenmarkt angewiesenen Kapitale Rücksicht nehmen, so dürfte er nicht zusätzlich und krisenverschärfend die Massenkaufkraft noch schwächen durch die Senkung der staatlichen Sozialausgaben und überhaupt der konsumtiven Ausgaben wie Wohnungsbau usw. (Von den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung ist dabei noch gar nicht die Rede.)

Der Zwang für das Kapital, unter Bedingungen einer längeren und schwereren Krise den Druck auf Reallöhne, Sozialleistungen und Rohstoffpreise zu verstärken, ist also aus dem Überlebensinteresse der Einzelkapitale heraus unabweislich. Wie weit sie diesen Druck erfolgreich durchsetzen können, hängt natürlich von der Stärke und Strategie der Gegenkräfte ab: der demokratischen Kräfte, insbesondere der Arbeiterbewegung, im eigenen Land und der um nationale und soziale Befreiung ringenden Kräfte in den rohstoffproduzierenden Ländern, und natürlich dem politischen und militärischen Kräfteverhältnis im Weltmaßstab, also auch dem Entwicklungsniveau und der Handlungsfähigkeit der sozialistischen Länder. Wie unterschiedlich das Resultat allein aufgrund der innenpolitischen Machtverhältnisse aussehen kann, lehrt ein Vergleich zwischen der Politik der Regierung Thatcher in England und der der Regierung Mitterrand in Frankreich. (In Frankreich nämlich wurden trotz – oder besser: wegen – der Krise die Staatsausgaben für Wissenschaft, Bildung und Kultur und die Masseneinkommen gerade der unteren Schichten beträchtlich erhöht.) Unter günstigen Umständen kann es dem Kapital sogar gelingen, die zunächst einmal defensive Aufgabenstellung – die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit unter erschwerten Bedingungen – in eine

offensive überzuleiten: eine grundlegende und längerfristige Umgestaltung in der Verteilung der politischen Macht und des gesellschaftlichen Reichtums, um nicht nur für die Periode der Krise, sondern möglichst dauerhaft die Profitmöglichkeiten, also die Ausbeutungsrate, zu erhöhen. Die faschistischen Regimes, die 1922 in Italien, 1933 in Deutschland, 1934 in Österreich und 1973 in Chile errichtet wurden, sind dafür anschauliche Beispiele.

Als Ende der 20er Jahre sich die große Wirtschaftskrise ankündigte, versuchte das Kapital in der Tat in allen Ländern, den Druck zu verstärken – allerdings mit unterschiedlichem Erfolg. In Deutschland begann die Schwerindustrie ihre Offensive mit einer Massenaussperrung im Ruhrgebiet, um die Arbeiterbewegung zurückzudrängen und zu demoralisieren. In seiner Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang" formulierte der Reichsverband der Deutschen Industrie 1929 dann sein Programm einer grundlegenden Wende der Wirtschafts- und Sozialpolitik zugunsten der Investitionsfähigkeit der Privatwirtschaft und zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und der auf soziale Leistungen des Staates angewiesenen Schichten. Da die parlamentarische Republik den Massen zu große Möglichkeiten bot, dieser Politik Widerstand zu leisten, also aus der Sicht der Kapitals nicht genügend handlungsfähig war, wurde diese Staatsform schon im März 1930 abgelöst durch ein autoritäres Regime, das auf Wahlergebnisse und Parlamentsmehrheiten nicht mehr angewiesen war. Mit Hilfe dieser Präsidialregierungen konnte dann die Politik der „Wende", der massiven Senkung der Löhne, Gehälter und Sozialleistungen, in Angriff genommen werden. Das taktische Mittel, mit dem die sozialdemokratisch geführte Regierung 1930 gestürzt wurde, bestand übrigens darin, deren kleineren „bürgerlichen" Partner, der schon finanziell von der Industrie vollständig abhängig war, aus der Koalition herauszunehmen. Das war damals die DVP. (Gegenwärtig wird unter den verschiedenen taktischen Varianten der Regierungsablösung auch diese wieder in Betracht gezogen.)

Der Faschismus hat dann nach 1933 die Politik der „Wende" vollendet, indem er alle Organisationen und legalen Betätigungsmöglichkeiten der von Sozialabbau und Lohnsenkung betroffenen Bevölkerung zerschlagen hat. So konnte nicht nur generell und längerfristig die Ausbeutungsrate wesentlich gesteigert, sondern auch eine rigorose Rüstungspolitik durchgesetzt werden, die dann nach 1939 auch das Problem der Rohstoffressourcen und der Rohstoffpreise anzupacken erlaubte: durch den Eroberungskrieg. In anderen Ländern konnte die Senkung von Reallöhnen und Sozialleistungen mit dem Instrumentarium der parlamentarischen Demokratie durchgeführt werden – jedoch bei weitem nicht in dem Ausmaß, wie das in Deutschland möglich war. (In Frankreich konnten von der 1936 gebildeten Volksfront-Regierung sogar beträchtliche soziale Reformen durchgeführt werden – die allerdings nach ihrem Sturz 1938/39 wieder rasch abgebaut wurden.) Beträchtliche Teile der herrschenden Klasse in Frankreich, Belgien und England blickten denn auch voll Neid und Bewunderung nach Deutschland, wo der „Arbeitsfrieden" so durchschlagend gesichert und der „Klassenkampf" so durchgreifend beseitigt worden war.

Diese konsequente Lösung konnte in Deutschland nur durchgesetzt werden, weil es hier gelungen war, einen erheblichen Teil der in der Krise entstandenen Unzufriedenheit, Angst und Verzweiflung ideologisch nach rechts hin zu kanalisieren und so für das bestehende Gesellschaftssystem nicht nur unschädlich, sondern sogar offensiv nutzbar zu machen: für den Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Daß die faschistische Bewegung so stark hatte werden können, hatte seine Ursachen allerdings nicht nur darin, daß in Deutschland bis ins 20. Jahrhundert hinein ein autoritärer Obrigkeitsstaat geherrscht und entsprechende Untertanenmentalitäten erzeugt und konserviert hatte. Diese Mentalitäten konnten sich nur deshalb zum Faschismus steigern, der Faschismus konnte sich nur deshalb so mächtig entfalten, weil die herrschende Klasse der preußisch-deutschen Militärmonarchie auch nach 1918 die sozialen Grundlagen ihrer Macht (die Verfügung über Industrie, Banken und Großgrundbesitz) und die Schalthebel der Macht (Militär, Justiz, Hochschulen, Ministerialbürokratie) in der Hand behalten hatte. Von diesen Machtpositionen aus konnten militaristische und antidemokratische Ideologien weiterhin massenhaft propagiert, konnte also dem Faschismus der Boden ideologisch bereitet und konnten die Aktivitäten (auch die terroristischen) der faschistischen Organisationen gegenüber der Linken geduldet und abgeschirmt werden.

II

Die Krise, die seit 1973/74 die kapitalistische Welt ergriffen hat, ist die schwerste seit der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929, und sie hat sich – den über Jahre hin immer aufs Neue proklamierten optimistischen Sprüchen der Regierungen zum Trotz – als außerordentlich dauerhaft erwiesen. Ein Ende der Krise und der Massenarbeitslosigkeit ist nicht absehbar – und wird jetzt von den Regierenden und den Wirtschaftsforschungsinstituten auch nicht mehr prognostiziert. „Auf einen baldigen Aufschwung setzt niemand mehr. Fast alle vorliegenden Fakten verstärken den Pessimismus", stellt die FAZ für die Bundesrepublik fest (12. August 1982) – und in anderen Ländern steht es noch schlechter. Die Krise wird dadurch verschärft, daß nun auch alle kleinen kapitalistischen Länder voll von ihr ergriffen sind und daß sie auch in Südamerika (Brasilien, Chile, Argentinien) durchgeschlagen hat, wodurch die kaufkräftige Nachfrage überall zugleich abfällt und die Überwindung der Krise durch Exportsteigerung als allgemeine Strategie immer geringere Aussichten bietet.

Die Krise äußert sich ökonomisch in Massenarbeitslosigkeit, stark erhöhten Zahlen von Firmenzusammenbrüchen und mangelhafter Auslastung von Produktionskapazitäten, im Rückgang der Massenkaufkraft und in rasch wachsenden Defiziten der öffentlichen Haushalte. Alarmierend sind nicht allein die aktuellen ökonomischen Daten der Krise, sondern mehr noch die erkennbaren Entwicklungstendenzen, die rapide Verschlechterung fast aller Indikatoren besonders in den beiden letzten Jahren. Betroffen sind zunächst alle abhängig Arbeitenden durch den realen oder drohenden Verlust ihres Arbeits-

platzes und durch die spürbare Senkung der Realeinkommen. Betroffen sind zweitens alle Schichten, die auf Sozialleistungen und staatliche Sozial- und Kulturausgaben angewiesen sind, also Rentner und Arbeitslose, Schüler und Studenten, Kranke und der sozialen Betreuung Bedürftige, Kulturschaffende und im Bildungswesen und in der Wissenschaft Tätige. Betroffen sind aber auch die kleinen Selbständigen, die in wachsendem Maße in den Ruin getrieben werden, da die Massenkaufkraft zurückgeht und der Konkurrenzkampf sich enorm verschärft, wobei die kapitalstarken Großunternehmen im Regelfall sich natürlich durchsetzen. Das „freie Spiel der Kräfte" verlangt die Maxime „Wer nicht überleben kann, der muß eben sterben", wie die FAZ prägnant formuliert (20. August 1982).

Zur Veranschaulichung einige Daten: In den kapitalistischen Ländern (den OECD-Ländern) gab es Anfang 1982 26 Millionen Arbeitslose[1]); für 1983 dürfte ein weiterer Anstieg nicht aufzuhalten sein[2]), da die Inlandsnachfrage weiter nachläßt. Mit etwa 63 000 Firmenzusammenbrüchen in den fünf kapitalistischen Hauptländern wurde schon 1980 ein neuer Rekord seit dem Zweiten Weltkrieg erzielt – mit weiter steigender Tendenz (1981: 72 000). Die USA erreichten im Sommer 1982 mit fast 11 Millionen registrierten Arbeitslosen (d. h. real annähernd 15 Millionen) die „höchste Erwerbslosenziffer seit 1941"[3]). Seit dem Amtsantritt Reagans ist diese Zahl um 3 Millionen gewachsen[4]). Die soziale und psychische Verelendung großer Bevölkerungsmassen besonders in den Städten schreitet rasch voran (50% der Schwarzen und 70% der jugendlichen Schwarzen sind arbeitslos!). Die Auslastung der Produktionskapazitäten ging von 86% im Jahre 1979 auf 79% im Jahre 1980 zurück, die Zahl der Bankrotte nahm innerhalb eines Jahres um 50% zu[5]). In Großbritannien ist es der Regierung Thatcher gelungen, durch ihre rigorose Politik der Kaufkraftsenkung und der Exportforcierung, wie sie auch die Bundesregierung im wesentlichen betreibt und wie sie die CDU/CSU als noch konsequenter durchzusetzendes Ziel betrachtet, die Zahl der Arbeitslosen auf über 3 Millionen zu steigern (mit einer Steigerungsrate von 66% im Jahre 1980) und auch hier die Verelendung ganzer Stadtviertel und Bevölkerungsschichten herbeizuführen.

Aber auch in der Bundesrepublik erreichte die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit 1,7 Millionen (real dürften es bereits 2,5 Millionen sein) im Sommer 1982 den höchsten Stand seit der Gründung dieses Staates, wobei das Tempo des Anstiegs besonders alarmierend ist: gegenüber 1981 beträgt die Zunahme 41% (und 52% bei der Kurzarbeit)[6]). Ebenfalls einen „Nachkriegshöchststand" erreichte die Zahl der Firmenzusammenbrüche mit wahrscheinlich 16 300 am Jahresende 1982; das wäre gegenüber 1981 eine Steigerung von

1) „IPW-Berichte", 5/1982, S. 6
2) FAZ v. 16. 7. 1982.
3) FAZ v. 18. 8. 1982.
4) FAZ v. 9. 8. 1982.
5) „IPW-Berichte", 8/1981, S. 33.
6) „Deutsche Volkszeitung" (DVZ) v. 12. 8. 1982.

40%[7]). Diese Entwicklung hat zur Folge, daß der Anteil der Selbständigen an der erwerbstätigen Bevölkerung, der 1950 noch fast ein Drittel betrug, 1981 auf 13% abgesunken war[8]), so daß der Anteil der abhängig Arbeitenden also auf 87% angewachsen ist. Das Produktionspotential ist nur noch zu 77% ausgelastet[9]), was einer ungeheuren Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums gleichkommt. Wenn diese Entwicklung der Jahre 1976 bis 1982 anhält, so ist – auch nach den Daten der bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute – in einigen Jahren mit einer Arbeitslosenzahl von über 5 Millionen in der Bundesrepublik zu rechnen[10]), was in der Tat für die Mehrheit der jungen Generation die Vorab-Vernichtung ihrer sozialen Existenz, also tatsächlich „no future", bedeuten und wahrscheinlich zur Verödung ganzer Landstriche – bei gleichzeitiger Zusammenballung in den industriellen Räumen mit allen schlimmen Folgen für die Lebensqualität – führen würde. Daß hier ein gewaltiger sozialer Sprengstoff erzeugt wird, ist leicht absehbar. Auch die, die jetzt noch Arbeit haben, sind betroffen, weil Renten und Sozialversicherungen dann nicht mehr finanzierbar sind, ein „gesichertes Alter" es also nicht mehr geben wird . . .

Der aus der kapitalistischen Krise resultierende Problemdruck wird wesentlich verstärkt durch die gerade in den 70er Jahren angewachsenen Erfolge der Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt und das Gewicht und Selbstbewußtsein dieser Länder in den internationalen Beziehungen. Die Rohstoffe (und Arbeitskräfte) dieser Länder, die jahrzehntelang zur freien Verfügung (d. h. zur beliebigen Ausplünderung) vorhanden waren, stehen nun in einer wachsenden Zahl von Ländern nicht mehr beliebig zur Verfügung, sondern nur noch zu bestimmten Bedingungen und zu bestimmten Preisen, auf die diese Länder selbst Einfluß nehmen. Diese Entwicklung beeinträchtigt die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals in den entwickelten Ländern, verschärft die Krise und erhöht dessen Drang, den Druck auf die unterentwickelten Länder zu verstärken, erhöht also das Konfliktpotential in den internationalen Beziehungen. Zugleich verschärft sich der Kampf zwischen den kapitalistischen Ländern um die Exportmärkte – gerade wegen des Absinkens der Massenkaufkraft im eigenen Land. Von Einfuhrbeschränkungen bis Exportsubventionen, von der Zinspolitik bis zu offenen Drohungen und Pressionen einschließlich von Rechtsbrüchen (wie die US-Politik gegenüber den europäischen „Bundesgenossen" in der Erdgas-Röhren-Frage zeigt) werden dabei so gut wie alle Mittel – mit Ausnahme der militärischen Gewalt – angewandt.

Aus der Sicht der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Ländern besteht die Hauptaufgabe in der Innenpolitik also darin, ein politisches und ideologisches Instrumentarium zu entwickeln, das die Chance bietet, die internationale Konkurrenzfähigkeit der großen Monopole zu steigern und die

7) FAZ v. 30. 7. 1982.
8) Nach Angaben des Statistischen Bundesamts, zit. in: FAZ v. 18. 8. 1982.
9) Ifo-Institut, zit. nach FAZ v. 13. 8. 1982.
10) „Blätter", 7/1982, S. 881; die seit 1978 publizierten Prognosen von drei bis vier Millionen Arbeitslosen gingen noch von Wirtschaftswachstumsraten von etwa 3% aus, die sich inzwischen als völlig illusorisch erwiesen haben.

wachsenden Lasten der Krise der Bevölkerung aufzuerlegen, ohne daß diese sich dagegen wirksam zur Wehr setzen kann. Diese Lasten resultieren erstens daraus, daß ein beträchtlicher Teil sowohl der Arbeitskräfte wie auch der Produktionskapazitäten brachliegt, was, wie schon bemerkt, einer Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums in großem Maßstab gleichkommt. Sie resultieren zweitens daraus, daß die Rüstungskosten, die für die Durchsetzung der US-amerikanischen Globalstrategie erforderlich sind, ebenfalls der Bevölkerung auferlegt werden müssen. (Hinzu kommen noch – als kleinere Posten – die Aufwendungen für die aus militärstrategischen Gründen erforderliche Stabilisierung von Militärdiktaturen wie in der Türkei, in Pakistan usw.) Drittens schließlich resultieren sie daraus, daß die Mittel für die großen Investitions- und Exportoffensiven der Monopole auf dem Weltmarkt ebenfalls dem inneren Verbrauch entzogen werden müssen.

Ziel und Richtung der Politik der herrschenden Klasse sind deshalb in allen kapitalistischen Ländern von den USA bis zur Türkei und von England bis Italien weitgehend identisch: Es geht um die massive Senkung der Realeinkommen und der Sozialleistungen. Die politischen und ideologischen Mittel weisen in ihrer allgemeinen Tendenz ebenfalls eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf: Ihre wichtigsten Merkmale sind die Verschärfung der ideologischen Aggressivität nach innen und nach außen, gegen die „inneren Störenfriede" und die „Bedrohung aus dem Osten", und die Verstärkung des staatlichen Gewaltapparats und seiner Kompetenzen auf Kosten der Bürgerrechte.

Diese Politik durchzusetzen mit dem Instrumentarium der vorhandenen politischen Parteien und Institutionen, trifft natürlich auf beträchtliche Schwierigkeiten. Dort, wo diese Schwierigkeiten sich als unüberwindbar erwiesen, wie etwa in der Türkei, wurde das parlamentarische System gänzlich abgeschafft und durch eine terroristische, auf das Militär gestützte Diktatur ersetzt. Aber auch in den übrigen kapitalistischen Ländern sind die Schwierigkeiten der politischen Umsetzung, der Sicherung von Massenloyalität, sichtlich angewachsen. Sie drücken sich vor allem darin aus, daß die Regierungen schneller verschlissen sind und abgelöst werden müssen, daß die Labilität der Regierungen zugenommen hat.

In Frankreich wurde die seit Jahrzehnten regierende Rechts-Koalition 1981 abgelöst durch eine Koalition der Links-Parteien. Auch in Griechenland wurden die seit dem Sturz der Militärdiktatur 1974 an der Macht befindlichen Kräfte der Rechten 1981 bei den Wahlen besiegt und durch eine von den Sozialisten geführte Koalition abgelöst. In Italien mußten 1979 Neuwahlen durchgeführt werden, weil eine Regierungsbildung nicht mehr möglich war. Nach längerem Hin und Her wurde 1981 eine Regierung gebildet, in der die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs permanent die Regierung führenden Christdemokraten nicht mehr den Ministerpräsidenten stellten. Aber auch diese Regierung steht im Zeichen politischer Instabilität. In Belgien sind allein im Jahr 1981 zwei Regierungen gescheitert, und auch Neuwahlen brachten keine Veränderung der sehr labilen Kräfteverhältnisse zwischen den drei

großen Parteien (Christdemokraten, Liberalen und Sozialisten). In Spanien, einem der rückständigsten und von der Krise am stärksten betroffenen Länder Europas, scheiterte im Januar 1981 die Regierung Suarez, im Februar 1981 konnte ein Putschversuch des Militärs gerade noch abgewehrt werden. Regionalwahlen zeigen seither eine starke Tendenz zu den Sozialisten – während zugleich im Staatsapparat und in der Großwirtschaft der Drang nach Wiederherstellung faschismusähnlicher Herrschaftsverhältnisse wächst. Auch in dem durch seine jahrzehntelange politische Stabilität bekannten Schweden sind die Wählermassen sichtlich verunsichert und die Partei- und Koalitionsstrukturen sehr labil geworden. 1976 kam – nach 30jähriger sozialdemokratischer Vorherrschaft – eine bürgerliche Koalition an die Macht, brach bereits 1978 auseinander, bestand dann als eine von den Sozialdemokraten tolerierte Minderheitsregierung weiter, erzielte 1979 einen knappen Wahlsieg, brach 1981 erneut auseinander und dürfte bei den Reichstagswahlen im September 1982 starke Einbußen erleiden. Der Wahlkampf jedenfalls zeichnete sich durch „einen kräftezehrenden Hader im Lager der bürgerlichen Parteien" aus[11]). Zugleich verlangen die Sozialdemokraten und Gewerkschaften „Arbeitnehmerfonds" und mehr gesellschaftliche Kontrolle über die Privatwirtschaft. Die Grünen könnten die 4-%-Hürde überspringen und für ein zusätzliches Element von Veränderung im Parlament sorgen. In Dänemark regierte bis Anfang September 1982 ein sozialdemokratisches Minderheitskabinett, da weder die vier bürgerlichen Parteien sich einigen konnten noch eine Koalition einer dieser Parteien mit den Sozialdemokraten sich als tragfähig erwies noch Neuwahlen (Ende 1981) eine handlungsfähige Parlamentsmehrheit erbrachten. Eine neue Regierung mit stabiler Mehrheit ist nicht in Sicht. In Großbritannien konnten die Konservativen 1979 mit demagogischen Versprechungen die Mehrheit erlangen. Inzwischen hat die Arbeitslosigkeit die 3-Millionen-Grenze überschritten, bei Nachwahlen erlitten die Konservativen erhebliche Stimmenverluste, in der Konservativen Partei verstärken sich die Auseinandersetzungen, die Labour Party hat sich in ihrer Mehrheit nach links entwickelt, die rechte Minderheit hat sich abgespalten und mit den bisher schwachen Liberalen vereinigt, verschiedene nationalistische Gruppierungen gewinnen an Boden, kurzum: das viele Jahrzehnte festgefügte Zweiparteiensystem ist in Auflösung begriffen. In den USA mußte 1974 der Präsident Nixon vorzeitig zurücktreten („Watergate-Skandal") – und seither hat kein Präsident länger als eine Wahlperiode sein Amt ausgeübt (während bis zu diesem Zeitpunkt eher die Wiederwahl eines Präsidenten üblich war). Der gegenwärtige Präsident Reagan, der sich nur noch auf etwa 25% der Wähler stützen konnte (die Hälfte der Wähler war den Wahlen überhaupt ferngeblieben), ist inzwischen mit allen seinen Versprechungen über die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage eklatant gescheitert und hat das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung verloren: nur 37% halten ihn noch für einen guten Präsidenten – gegenüber 63% vor einem Jahr[12]), 65%

11) FAZ v. 13. 8. 1982.
12) „Oberhessische Presse" v. 16. 8. 1982.

lehnen seine Wirtschaftspolitik ab, 71% glauben nicht mehr, daß er das Land aus der Krise herausführen könne, und auch die Außenpolitik wird von der Mehrheit mißbilligt. Der Vertrauensverlust betrifft jedoch nicht nur Reagan; er greift tiefer: „Der Widerwillen gegen . . . alle Politiker hält an"; mehr als die Hälfte der Bevölkerung kennt nicht einmal mehr den Namen ihres Abgeordneten[13]). Reagan mußte bereits mehrfach seine Regierung umbilden und wird wohl bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus (und zu einem Drittel des Senats) im Herbst 1982 eine Niederlage erleiden. Auch in der Bundesrepublik läßt die „im Grunde genommen starke Wirtschaft Anzeichen für eine längerfristige Erosion erkennen", so daß sie nicht mehr ganz die Rolle als „Bollwerk der Verteidigung und des Wohlstands des Westens" spielen kann, die sie bisher spielte[14]). Die sozialliberalen Regierungen, die seit Ende der 60er Jahre das politische Geschehen bestimmt haben, sind offensichtlich verschlissen und werden auf Kommunal- und Landesebene (und spätestens 1984 wohl auch auf Bundesebene) von den Unionsparteien abgelöst. Zugleich sind Grüne und Alternative im Begriff, das seit den 50er Jahren etablierte und erstarkte Dreiparteiensystem aufzubrechen.

Wählermassen, Parteistrukturen und Koalitionsbildungen sind also in Bewegung geraten, wobei diese Bewegung in sich widersprüchlich, ihre dominierende Richtung in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich und oft auch noch nicht genau auszumachen ist. Ein gewisser Trend nach rechts kann dabei allerdings nicht übersehen werden: In Großbritannien (1979), Schweden (1976), Holland (1977), Luxemburg (1979), der Türkei (1979) und Dänemark (1982) verloren sozialdemokratisch geführte Regierungen Mehrheit und Regierungsmacht an Rechtsparteien. In Italien, Belgien und Japan konnten regierende Rechtsparteien 1979/1980 ihre Positionen noch verbessern. In den USA gewann Reagan die Präsidentschaftswahlen gegen Carter. Es kommt hinzu, daß innerhalb der bürgerlichen Parteien eine Gewichtsverlagerung nach rechts stattfand: So innerhalb der Republikanischen Partei in den USA (zugunsten des Reagan-Flügels), innerhalb der italienischen Democrazia Cristiana, der britischen Konservativen, der spanischen Union des Demokratischen Zentrums und der CDU/CSU (zugunsten der Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten). In Schweden und Finnland konnten die Konservativen gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien an Boden gewinnen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (1979) konnten die christdemokratischen und konservativen Parteien einen beachtlichen Erfolg erringen. Diese „Tendenzwende" erklärt sich hauptsächlich aus dem Anwachsen der ökonomischen Krise, die den Spielraum für Sozialreformen drastisch einengte und so das Vertrauen der Bevölkerung zu sozialdemokratischen Parteien und Regierungen erschütterte. Daß es sich dabei aber keineswegs um eine zwangsläufige Entwicklung nach rechts handelt, zeigen die Siege der Linkskräfte in Frankreich und Griechenland (1981), die dadurch möglich wurden, daß die

13) FAZ v. 18. 8. 1982 und – über die Außenpolitik – vom 14. 7. 1982.
14) „Business Week" v. 24. 11. 1980.

Linke sich als handlungsfähige Kraft präsentierte, die die Überwindung der sozialen Misere anzupacken entschlossen war.

Die Strategien der Herrschenden gehen also in allen kapitalistischen Ländern in die gleiche Richtung. In ihrer konkreten Ausformung sind sie aber natürlich auf die konkreten Bedingungen des einzelnen Landes bezogen. Im Folgenden sollen diese Strategien und Bedingungen für die Bundesrepublik etwas genauer betrachtet werden. Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus sollen dabei besondere Aufmerksamkeit erfahren, weil gerade diese beiden Tendenzen seit 1980 stark angewachsen sind.

III

Nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 kam es für die herrschende Klasse zunächst darauf an, die Restauration der kapitalistischen Eigentumsordnung politisch abzusichern und den Weg zur Wiedereingliederung der DDR und der sogenannten „verlorenen Ostgebiete" offenzuhalten. Dabei war der politisch-institutionelle Rahmen, die parlamentarische Parteiendemokratie, vorgegeben (nachdem das faschistische Herrschaftssystem sich als nicht dauerhaft erwiesen hatte). Auf die Unterstützung der Besatzungsmächte, insbesondere der USA, konnte dabei gerechnet werden, denn diese hatten die gleichen Ziele. Eine solche Politik, die die Übernahme der Führungsschichten des faschistischen Systems in die relevanten Machtpositionen des Staatsapparats und der ideologischen Apparate einschloß, konnte nur durchgeführt werden mit Hilfe bürgerlicher Koalitionen und Regierungen. Die Massenbasis für diese Regierungen konnte geschaffen werden durch eine Kombination aus sozialen Gratifikationen, die der Wirtschaftsaufschwung ermöglichte, und einer scharfen Demagogie und Repression gegenüber allen die Restauration und die Remilitarisierung bedrohenden Kräfte, wofür der Kalte Krieg die erforderlichen atmosphärischen Bedingungen bereitstellte.

Die Lage veränderte sich wesentlich um die Mitte der 60er Jahre: Die Politik der Wiedereingliederung der DDR und der „verlorenen Ostgebiete" und die Politik des Kalten Krieges hatten sich angesichts der ökonomischen und politischen Konsolidierung und des militärischen Erstarkens der sozialistischen Länder als unrealisierbar erwiesen. Und die Rezession von 1966/67 beendete die Periode kontinuierlichen krisenfreien Wachstums und die damit verbundenen Illusionen über dauerhafte soziale Sicherheit für alle im System der „freien Marktwirtschaft". Die „Innovationen", die jetzt aus der Sicht der Herrschenden erforderlich waren, konnten von den Unionsparteien und den von ihnen geführten Regierungen nicht bewältigt werden, weil diese ideologisch vollständig auf den Kalten Krieg und die „freie Marktwirtschaft" fixiert waren. Diesen „Innovationen" kamen aber auch starke Tendenzen „von unten" entgegen, die auf eine Anerkennung der DDR und der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen drängten, die „mehr Chancengleichheit" im Bildungswesen und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zur Sicherung der Konjunktur und der Vollbeschäftigung verlangten. Zur „Normalisierung" der

Beziehungen mit den sozialistischen Staaten wurde die Bundesrepublik schließlich auch von ihren Verbündeten sehr nachdrücklich gedrängt.

So konnte die SPD nicht nur Wahlerfolge erringen, sondern sie war auch aus der Sicht der herrschenden Klasse „regierungsfähig" geworden – zumal sie mit ihrem Godesberger Programm und ihrer praktischen Politik bereits klargestellt hatte, daß sie – jedenfalls in ihren bestimmenden Kräften – zwar Reformen innerhalb des gegebenen Systems, keineswegs aber dessen Überwindung anstrebte. Die herrschende Klasse andererseits war in der Frage der „neuen Ostpolitik" gespalten und auch in der Frage der sozialen Reformen keineswegs ganz einig, doch in ihrer Mehrheit erschien ihr die Übertragung der politischen Macht an die SPD (zumal in der Verbindung mit der FDP) eine der Problemlage angemessene Lösung. Es mußten zwar dann die demokratischen Potentiale eingedämmt werden, die sich im Kontext der Entspannungspolitik, der Liberalisierung des innenpolitischen Klimas, der sozialen Öffnung des Bildungswesens und der Auflösung der Ordinarienuniversität entwickelt hatten. Dies geschah mit Hilfe der Berufsverbote, die seit 1972 in großem Maßstab praktiziert wurden, durch die Etablierung technokratischer Strukturen unter direkter staatlicher Kontrolle im Bildungs- und Hochschulwesen und durch den Ausbau des staatlichen Gewaltapparats (Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt, Polizei usw.). Die im Anschluß an linksextreme Terroranschläge entfachte Terroristenhysterie schuf für diese „Rechtswendung" die klimatischen Voraussetzungen. Doch all dies ließ sich mit der sozialliberalen Koalition ohne größere Schwierigkeiten durchführen.

Seit dem Beginn der Krise 1973/74, die sich als eine außerordentlich langdauernde und tiefgreifende erwiesen hat, haben sich Lage und Bedürfnisse der herrschenden Klasse allmählich verändert. Die Herrschenden samt all ihren Wirtschaftsforschungsinstituten sind von dieser Krise ebenso überrascht worden wie die regierenden Sozialdemokraten und weite Teile der Gewerkschaften. (In dem 1972 fertiggestellten „Langzeitprogramm" der SPD, in dem die weiteren Entwicklungen haarklein und bis aufs Komma genau prognostiziert waren, kam das Wort „Arbeitslosigkeit" gar nicht vor. Dies zeigt sowohl die mangelnde Fähigkeit der Führungsschichten dieser Partei, den Kapitalismus zu begreifen, wie auch ihre Unfähigkeit, aus geschichtlichen Erfahrungen zu lernen: 1927 beim Kieler Parteitag hatte der führende Parteitheoretiker Hilferding nämlich schon einmal den krisenfreien Kapitalismus vorausgesagt – und zwei Jahre später brach die Krise mit voller Wucht aus.) Während die Bundesregierung zunächst einfach nur hilflos aus den Ausbruch der Krise reagierte und einige Jahre lang jeweils für das nächste Frühjahr den neuen Aufschwung voraussagte, stellte sich für die Herrschenden nach einiger Zeit die Frage nach einer Veränderung des politischen Instrumentariums. Zunächst, so lange die Krise als eine vorübergehende erscheinen konnte, bot eine sozialdemokratisch geführte Regierung aus ihrer Sicht noch bedeutende Vorteile: Die mit der SPD personell und strukturell eng verbundenen Gewerkschaften konnten von einer solchen Regierung besser eingebunden werden in eine Politik gewisser „Opfer im Interesse des Gemeinwohls", d. h. ei-

nes neuen Wirtschaftsaufschwungs, als das einer CDU-Regierung möglich gewesen wäre. Auf die Dauer freilich mußte eine solche Konzeption Brüche bekommen. Die Politik sozialliberaler Integration kann nämlich auf längere Zeit nur funktionieren, wenn sie für die Masse der abhängig Arbeitenden mit spürbaren sozialen Vorzügen verbunden ist. Sie hat also – aus der Sicht der Herrschenden – ihren Preis. Diesen zu entrichten, fiel in der Periode der Konjunktur bis 1973/74 nicht schwer, zumal dafür „sozialer Frieden" und hohe Leistungsbereitschaft zu erlangen waren. Dies stellte den Kern des von der sozialliberalen Regierung in aller Welt gepriesenen „Modell Deutschland" dar, das zugleich hervorragende Bedingungen für die internationale Konkurrenzfähigkeit, für den ökonomischen, militärischen und politischen Aufstieg der Bundesrepublik zu einer führenden Macht in Westeuropa schuf.

Unter den Bedingungen einer tieferen und längeranhaltenden Krise, wie sie eingangs dargestellt wurden, will und kann das Kapital diesen Preis nicht mehr entrichten. Dabei geht es nicht nur um eine defensive Aufgabe, die Wahrung der Investitions- und Konkurrenzfähigkeit, sondern auch um eine offensive: den Ausbau der Position als Führungsmacht Westeuropas, die die Bundesrepublik seit Beginn der 70er Jahre erobert hat, d. h. die Ausweitung der Märkte, die Gewinnung neuer Investitionssphären und die Bereitstellung großer Finanzmassen für diese Export- und Investitionsoffensiven. Diese Gelder müssen natürlich dem inneren Verbrauch entzogen, d. h. der Bevölkerung als Lasten zusätzlich auferlegt werden. (Hinzu kommen noch die Kosten für die verstärkte Wahrung geostrategischer Aufgaben, die mit den Großmachtambitionen der herrschenden Klasse der Bundesrepublik verbunden sind, insbesondere die Finanzierung der Militärdiktatur in der Türkei.) So ist es der Bundesrepublik in der Tat – trotz leicht sinkender Produktion insgesamt – auch 1981 gelungen, ihren Export wesentlich (um nominal 14,3%, real 8,5%) zu steigern und – hinter den USA – den zweiten Platz im Welthandel zu behalten (vor Japan und Frankreich)[15]). Die Kehrseite stellt die Senkung der Realeinkommen und der inneren Nachfrage dar. (Der Einzelhandelsumsatz ging im ersten Halbjahr 1982 um real 3,8% zurück.)[16]) Zugleich werden gewaltige Summen im Ausland investiert (im vergangenen Jahr 10 Mrd. DM), womit die Legende, daß die Gewinne zu niedrig seien, um Investitionen zu ermöglichen, höchst anschaulich widerlegt wird.

Politik und Ideologie des „sozialen Friedens" verlieren allerdings auch dann nicht sogleich ihre Wirksamkeit, wenn sie mit „Opfern" für die arbeitende Bevölkerung, mit der Stagnation und dann mit der Senkung von Realeinkommen und Sozialleistungen verbunden sind. In dem Maße aber, in dem das Vertrauen zu dieser Regierung, sie könne die Krise überwinden, dahinschwindet, läßt ihre Integrationskraft nach. Einerseits wenden sich die um ihre Lebenschancen und -hoffnungen gebrachten Massen von diesen Parteien ab, die ihnen das auferlegen. Andererseits wächst innerhalb der Gewerk-

15) „Blätter", 3/1982, S. 375.
16) FAZ v. 20. 8. 1982.

schaften der Druck der Basis und der unteren und mittleren Funktionäre, sich nicht länger in eine solche Politik einbinden zu lassen, „auf die eigene Kraft zu vertrauen", „autonom" zu handeln. Die sozialliberale Regierung büßt also ihre Fähigkeit zur politischen Integration der Wähler wie zur Einbindung der Gewerkschaften allmählich ein und kann das nicht mehr hinreichend leisten, was das Kapital jetzt braucht: die Durchsetzung massiver Senkung der Löhne und der Sozialleistungen bei gleichzeitiger Absicherung der Massenloyalität.

Diese Situation hat sich seit Beginn der achtziger Jahre in der Bundesrepublik in wachsender Klarheit herausgebildet. Der SPD laufen die Wähler und die Mitglieder in großer Zahl davon. Von dem zunehmenden Vertrauensverlust sind auch die Gewerkschaften betroffen, da sie sich in starkem Maße immer noch einbinden lassen und durch die Massenarbeitslosigkeit natürlich auch in ihrer Kampfkraft geschwächt sind. Und so weit sie die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen trachten, sind sie genötigt, gegen die sozialliberale Regierung und auch gegen die SPD Stellung zu beziehen. In der Tat sind die Gewerkschaften in dieser Frage tief gespalten. Einerseits artikulieren Resolutionen und Stellungnahmen verschiedener Einzelgewerkschaften wie auch des DGB mit tendenziell wachsender Offenheit ihrer Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung und kündigen an, daß sie sich „in aller Schärfe" dagegen wenden[17]), und manche nennen diese Politik sogar „Verstümmelung der sozialen Sicherung" und „programmierte soziale Demontage"[18]), so daß die bürgerliche Presse melden mußte: „Zwischen den Gewerkschaften und der SPD droht ein tiefer Bruch"[19]). Die Gewerkschaften „wollen lieber das ‚historische Bündnis' mit der SPD aufkündigen als die ‚Verstümmelung der sozialen Sicherung' hinzunehmen"[20]). Andererseits ist der um die Regierungsfähigkeit der SPD und um die „Sozialpartnerschaft" besorgte rechte Flügel immer noch stark genug, um eine offene Kampfansage an die Regierung und vor allem eine wirkliche Mobilisierung der Massen für die Verteidigung ihrer sozialen Rechte zu blockieren – trotz der vom DGB theoretisch durchaus formulierten Erkenntnis, daß nur die Mobilisierung der Bürger für ihre Rechte zu Erfolgen führen könne und daß „nur politisch bewußte und aktive Arbeitnehmer . . . soziale Rechte durchsetzen" können[21]). Die Demonstration der 70 000 Metallarbeiter in Stuttgart 1981, die erkennbar machte, welch ein Potential hier mobilisierbar wäre, ist Ausnahme geblieben, und nur ganz vereinzelt wird einmal ausgesprochen, daß es das kapitalistische *System* ist, das diese Misere hervorbringt, und daß es sich keineswegs um ein unabänderliches Naturgesetz handelt, daß eine kleine Minderheit über die Lebensgrundlagen der gesamten Gesellschaft verfügt und daß die große und ständig noch wachsende Mehrheit ihnen als Lohnabhängige ausgeliefert sein müssen, von ihnen eingestellt und hinausgeworfen werden können, wie es ihnen beliebt. (So sagte das IG-Metall-Vorstandsmitglied Benz: „Wir disku-

17) Vgl. „DGB-Nachrichtendienst" v. 25. 3. 1982.
18) So das IG-Metall-Vorstandsmitglied Janssen, zit. nach: FAZ und „Oberhessische Presse" v. 19. 8. 1982.
19) So mehrere Zeitungen am 19. 8. 1982.
20) FAZ v. 21. 8. 1982.
21) Sozialpolitisches Programm des DGB, o.O., o.J. S. 5.

tieren jetzt über unsere Wirtschaftsordnung, nicht nur über die AEG."[22]) Wer aber sonst – wenn nicht die Gewerkschaften – sollte den Massen der Arbeitenden ins Bewußtsein heben können, daß ihr Dasein als Lohnabhängige keineswegs unabänderlich ist, daß es Alternativen gibt, für die man kämpfen kann. Tatsächlich aber sind die Streikaktivitäten in den letzten Jahren zurückgegangen. Teile des rechten Flügels der Gewerkschaften suchen sogar Annäherungsmöglichkeiten an die Unionsparteien, um die Linie der Sozialpartnerschaft und der Einbindung in die Regierungspolitik womöglich nach einem Regierungswechsel fortsetzen zu können. Gemessen an den realen Aufgaben sind Programmatik und Politik der Gewerkschaften ohne Zweifel noch weit entfernt von dem, was notwendig wäre, um auch nur die elementarsten Interessen der abhängig Arbeitenden zu wahren.

Die insgesamt aber doch anwachsende Opposition in den Gewerkschaften gegen die Regierungspolitik wirkt nun auf die Auseinandersetzungen innerhalb der SPD ein und verstärkt auch dort die Kritik an der Regierung Schmidt. Der linke Flügel der Bundestagsfraktion fürchtet „eine historisch schwerwiegende Belastung" der Beziehungen zu den Gewerkschaften und eine Verschärfung der „parteiinternen Zerrüttung"[23]). Und sogar Börner „mahnt die SPD zum Erhalt des Bündnisses mit den Gewerkschaften", befürchtet, daß viele Hunderttausend Sozialdemokraten „innerlich von diesen Spannungen zerrissen werden", kritisiert deshalb die Haushaltsbeschlüsse, reduziert dann allerdings das Ganze auf ein taktisches Manöver der Profilierung: die SPD solle „deutlich sagen, was sie tun würde, wenn sie nicht von einer Koalition abhängig wäre"[24]) (wie z. B. in NRW, so könnte man hämisch hinzufügen). Die Auseinandersetzungen darüber haben sich in den Gewerkschaften (wie auch in der SPD) jedenfalls verschärft. In der Tat würde eine weitere Bereitschaft zur Integration in die Regierungspolitik zur Folge haben, daß ein rapider Vertrauensverlust und Mitgliederschwund einsetzt, wie er sich auch nach 1928 bei den Gewerkschaften (wie auch bei der SPD) vollzogen hat.

Als Nebenproblem für die Herrschenden kommt hinzu, daß die FDP, mit deren Hilfe jeweils eine „sozialliberale" oder eine „christliberale" Mehrheit geschaffen werden konnte, als Manövriermasse in wachsendem Maße ausfällt, weil es ihr eben an „Masse" gebricht. Sie ist aus vielen Kommunalparlamenten und mehreren Landesparlamenten bereits verschwunden und wird möglicherweise bei den nächsten Bundestagswahlen auch aus dem Bundestag verschwinden. Damit werden nicht nur die parlamentarischen Koalitions- und Kombinationsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt, sondern auch das „Ventil" geht verloren, das immer dann präsentiert werden konnte, wenn schwankende Wählerschichten das Vertrauen zu einer der großen Parteien verloren, den direkten Wechsel zur anderen aber nicht wollten, womit die Unzufriedenheit aber jedenfalls innerhalb des etablierten Parteiengefüges gehalten werden konnte. (Frau Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut für

22) FAZ v. 13. 8. 1982.
23) FAZ v. 13. 8. 1982.
24) „Oberhessische Presse" v. 24. 8. 1982.

Meinungsforschung weist in der FAZ vom 12. August 1982 nach, daß die FDP diese Funktion schon mehrfach wahrgenommen hat, und rät ihr dringend an, diese Rolle des „Ventils für die beiden Großen" ganz bewußt zu übernehmen.) Nun aber kommt das gesamte schöne, bewährte, „politische Stabilität" garantierende, d. h. wirkliche Alternativen ausschließende Drei-Parteien-System ins Rutschen, zumal Grüne und Alternative allenthalben in die Parlamente eindringen. (Eine Perspektive hätte die FDP nur dann, wenn sie ihre liberaldemokratischen Traditionen für die Bildungs- und Kulturpolitik und die Verteidigung und Ausweitung der Bürgerrechte aktivieren und mit antimilitaristischen und ökologischen Positionen verbinden würde. Sie könnte dann für die außerparlamentarische demokratische Bewegung wie für die linken Sozialdemokraten, die „Grünen" und die Kommunisten in Parlamenten ein wertvoller Bundesgenosse sein. Dies würde freilich nicht nur die Ablösung der bisherigen Führung von Genscher, sondern auch die Herauslösung aus der Abhängigkeit von Großkapital, die Graf Lambsdorff so eindrucksvoll repräsentiert, zur Voraussetzung haben.)

IV

Für die herrschende Klasse stellt sich nun das Problem, wie unter den veränderten Umständen „das Nötige" politisch durchgesetzt werden kann. Worin die „gesellschaftspolitische Wende" zu bestehen habe, hat der BDA-Präsident Esser Ende 1981 im „Arbeitgeber" noch einmal zusammengefaßt[25]): Die Investitionsinteressen der Wirtschaft seien nun dringlicher als soziale Ausgeglichenheit, die ökonomische Stabilität sei dringlicher als die soziale. Die „Bruchgrenze" sei erreicht, und das Nötige müsse notfalls auch gegen den Druck der Gewerkschaften durchgesetzt werden.

Noch erscheint die Stabilität des herrschenden Blocks insgesamt nicht ernsthaft bedroht – wenn man sich vor Augen führt, daß es im Bundestag keine einzige Partei gibt, die in den beiden Hauptfragen der gegenwärtigen Politik, der sozial-ökonomischen Krise und der Kriegsgefahr, die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung vertritt. Die beiden großen Parteien, die Union und die SPD, unterscheiden sich hier ja nur darin, daß die CDU/CSU die Interessen des Kapitals (und der US-Globalstrategie) erstens homogener, d. h. ohne tiefgreifende innere Konflikte, und zweitens konsequenter und rücksichtsloser vertritt[26]). Die SPD muß hier auf ihre soziale Basis gewisse Rücksichten nehmen, und deren Interessen artikulieren sich, allerdings als Minderheitenpositionen, auch in den Führungsgremien und Parlamentsfraktionen der Partei. Da nun, wie oben gezeigt, die Integrationskraft der SPD gegenüber der Bevölkerung wie gegenüber den Gewerkschaften nachläßt und die herrschende

25) Vgl. „Der Arbeitgeber", 21/1981, S. 1028ff.; vgl. auch die Leitlinien des BDA „Soziale Sicherung für die Zukunft" vom 25. 3. 1982.

26) Zur Sozial- und Wirtschaftspolitik vgl. besonders das Strategie-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Arbeit für alle durch soziale Marktwirtschaft" vom 9. 8. 1982 und das Wahlprogramm der hessischen CDU vom August 1982.

Klasse ohnehin angesichts der langdauernden Krise auf durchgreifende Lösungen in der Frage von Reallöhnen und Sozialleistungen, auf eine wirkliche „Wende", drängt, favorisiert sie immer deutlicher die Übertragung der politischen Macht an die Unionsparteien. Dieses war schon 1979/80 erkennbar, als Strauß zum Kanzlerkandidaten ernannt wurde und in seinem Programm diese Interessen der Großwirtschaft zur Leitlinie erhob. Seither ist diejenige Fraktion der herrschenden Klasse, die den Machtwechsel wünscht, noch angewachsen – obgleich die sozial-liberale Regierung alles in ihrer Macht stehende tat, um die Kapitalinteressen und die Rüstungspolitik durchzusetzen. So wurden im Haushalt 1982 die Ausgaben des „Verteidigungsministeriums" nochmals um 5,2% gesteigert und die aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales um 1%, die des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit sogar um 7,2% gesenkt[27]). Trotz dieser Bemühungen ergab eine Umfrage bei „Geschäftsführern und Inhabern großer Unternehmen" im Sommer 1982 eine Mehrheit von 84%, die die Unionsparteien nunmehr an der Macht sehen wollte. Nach einem solchen Regierungswechsel wären 55% auch bereit, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen[28]).

Was die FDP, die „dritte Kraft" im etablierten Parteiensystem betrifft, so fungierte sie in der Periode der Restauration und des Kalten Krieges als Koalitionspartner der Unionsparteien und in der Periode der Entspannungspolitik, der Modernisierung des Bildungssystems und des ökonomischen Steuerungssystems, der sozialen Reformen und Reformhoffnungen als Koalitionspartner der SPD. Je deutlicher die Krise sich als eine dauerhafte erwies, um so mehr traten Bildungs- und Kulturpolitik und „neue Ostpolitik" – und vorab natürlich soziale Reformen – zurück, um so gewichtiger wurde die Wirtschafts- und Sozialpolitik, derjenige Bereich also, in dem die FDP nie etwas anderes war als eine Unternehmer-Partei. So verschob sich das Gewicht vom liberal-demokratisch-bildungsbürgerlichen Flügel wieder hin zum „Wirtschaftsflügel". Bereits beim Kieler Parteitag 1977 hatte er sich eindeutig durchgesetzt, und die „Leitlinien liberaler Politik zur Überwindung der Arbeitslosigkeit", die im Oktober 1981 vorgelegt und im Dezember dann vom Bundesvorstand beschlossen wurden, liegen mit ihren Forderungen nach Senkung der Lohn- und Sozialkosten für die Unternehmer und der „Liberalisierung" des Mietrechts ganz auf der Linie der Union. (Die IG Metall nannte sie denn auch ein „Programm für mehr Armut"[29]).) Der Koalitionswechsel zur CDU, der auf Länderebene bereits in Angriff genommen wurde, resultiert also ziemlich folgerichtig aus dem Charakter der FDP und den veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen.

Da diese Wende nach rechts mit der Gefahr weiterer Wählerverluste auf ihrem sozialliberalen Flügel verbunden ist, ist die Führung nun zu einem erhöhten Maß an Demagogie gezwungen. So genierte sich Genscher nicht, die „Arbei-

27) FAZ v. 23. 1. 1982.
28) Untersuchung des Emnid-Instituts im Auftrag des „Industrie-Magazins", zit. nach: FAZ v. 9.8. 1982.
29) „Welt der Arbeit" v. 22.10. 1981.

terinteressen" zur Leitlinie seiner Politik zu erklären und der SPD vorzuwerfen, daß sie „um des Machterhaltswillen die Interessen der Arbeiter verrate" (weil sie mit den Grün-Alternativen verhandle); für Hessen forderte er „eine neue Mehrheit für Arbeitsplätze" durch das Bündnis mit der CDU[30]). Zugleich versucht die FDP, aus dem weit verbreiteten Wunsch nach Veränderung Kapital zu schlagen und ihre Hinwendung zur CDU zu begründen mit dem Slogan „Wir schaffen den Wechsel".

Ob die FDP diesen Koalitionswechsel als parlamentarische Kraft überleben wird, ob der Wählerschwund damit aufgehalten werden kann, ob der sozialliberale Flügel womöglich die Partei verläßt, kann nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden. Sollte diese „dritte Kraft" ausfallen, so schafft das für die herrschende Klasse in der Tat eine neue Lage in der Frage der Massenintegration – so wie auch die Dezimierung der liberalen Parteien DVP und DDP in der Krise nach 1928 eine neue Lage schuf. Im Bundestag ist die Existenz der FDP aber immerhin bis 1984 gesichert. Sie könnte also jedenfalls noch dazu benutzt werden, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und – ohne Neuwahlen – eine von der CDU/CSU geführte Regierung zu errichten (analog zum Jahre 1930).

Dabei stellt sich die Frage, warum eine solche Übertragung der Macht an die CDU/CSU nicht schon im Laufe des Jahres 1981 organisiert wurde. Gewiß sind hier die Widerstände zu bedenken, die bei den Wählern, Mitgliedern und Funktionären der FDP vorhanden waren, da man ja den Wahlkampf 1980 sehr dezidiert gegen die Union und ihren Kanzlerkandidaten Strauß geführt hatte. Wollte man das Gesicht (und die Wählerbasis) nicht gänzlich verlieren, so mußte die Annäherung an die Union schrittweise vorbereitet werden. Selbst eine ökonomisch so stark von der Großwirtschaft abhängige Partei wie die FDP ist eben wesentlich mehr als ein bloßes Instrument des Kapitals, sondern besitzt ein Eigengewicht, daß aus ihrer politischen Funktion (der Bindung bestimmter Wählerschichten), aus ihrem ideologischen Selbstverständnis und natürlich auch aus dem Eigentinteresse ihrer Abgeordneten und Funktionäre an der Sicherung ihrer Existenz folgt.

Ausschlaggebend dafür, daß die Übertragung der politischen Macht an die CDU/CSU erst 1982/83 in Angriff genommen wird, dürfte aber ein anderer Grund sein: Es muß bei einem solchen (anvisierten oder vorab vollzogenen) Regierungswechsel gewährleistet sein, daß er bei den nächsten Wahlen bestätigt wird. (Es sei denn, es wird, wie 1930/33, eine neue Herrschaftsform errichtet, die auf Wahlen und Parlamentsmehrheiten nicht mehr angewiesen ist, sondern das Problem der Massenintegration auf andere Weise löst; das aber steht gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht an.) Bei der Bundestagswahl 1980 hatten nun aber die sozialliberalen Parteien einen großen Wahlerfolg eben dadurch errungen, daß sie sich gegenüber dem Kanzlerkandidaten Strauß und den Unionsparteien als Kräfte des sozialen Fortschritts und des

30) FAZ v. 16. 8. 1982.

Friedens profiliert hätten. (In ihrem Wahlprogramm von 1980 hatte die SPD verkündet: „Eines garantieren wir: Soziale Demontage werden wir nicht zulassen ... Vollbeschäftigung bleibt das Ziel Nr. 1 unserer Wirtschaftspolitik.") Das damit errungene Ansehen bei der Bevölkerung mußte zunächst grundlegend und möglichst vollständig zerstört werden. Dies betrifft nun wegen ihrer sozialen Basis und der engen Verbindung zu den Gewerkschaften insbesondere die SPD. Diese Partei mußte also zunächst dahin gebracht werden, daß sie durch ihre reale Regierungspolitik sich in den Augen ihrer Wähler und Anhänger total diskreditierte, daß sie das Gegenteil dessen tat, was sie im Wahlkampf versprochen hatte, und daß sie die elementarsten Interessen ihrer Wähler verleugnete und schädigte.

Dies ist nun seit zwei Jahren (unter dem Druck der herrschenden Klasse und mit Hilfe der real längst im Lager des Gegners stehenden FDP) weitgehend gelungen. Dabei wurde der SPD absolut nichts erspart. Sie mußte gegen die Interessen der Arbeiter vorgehen und gegen die der Arbeitslosen, der Rentner und der Kranken, der Schüler und der Studenten, der Lehrer und der Kulturschaffenden, der Beamten und der Mieter. Und leider war sie in der Tat zu alledem auch bereit – in der Unfähigkeit ihrer Führung, aus geschichtlichen Niederlagen etwas zu lernen, in der Unfähigkeit, auch nur die Interessen der eigenen Organisation wahrzunehmen, in der verzweifelten Hoffnung, durch all diese „Opfer" das Überleben der Regierung doch zu bewahren und „noch Schlimmeres verhindern" zu können. Erst dann, wenn sich diese SPD gänzlich unglaubwürdig gemacht hat, wird sie von ihrer politischen Führungsrolle in der Regierung entfernt werden – sei es, daß sie gänzlich aus der Regierung hinausgedrängt wird, sei es, daß sie nach den nächsten Bundestagswahlen zum Juniorpartner in einer großen Koalition reduziert wird. Eine solche Lösung hätte für die Herrschenden den Vorteil, daß die Einflüsse der SPD mindestens auf dem rechten Flügel der Gewerkschaften auch innerhalb einer von der Union geführten Regierung noch partiell erhalten bleiben, daß die Ideologie vom „Zusammenstehen aller Demokraten" angesichts der Krise und des „nationalen Notstands" noch massiver propagiert und daß die Linke noch deutlicher ausgegrenzt und noch militanter bekämpft werden könnte. Sie hätte allerdings den Nachteil, daß dann die Unzufriedenheit der Bevölkerung sich stärker auf Alternativen außerhalb dieser Blockparteien orientieren, die Polarisierung also wachsen würde. (Es war exakt diese Konstellation der großen Koalition, die nach 1966 sowohl zum Aufschwung der NPD beitrug wie auch zum gewaltigen Anwachsen der demokratischen Bewegung: der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, der Studentenbewegung, der APO generell, aber auch der „wilden Streiks").

So hat die Regierung Schmidt durch ihre Politik selbst dafür gesorgt, daß die SPD (auch im Falle des vorzeitigen Regierungswechsels) bei den nächsten Bundestagswahlen keine Chance hat, sich wieder zu konsolidieren. Ihr Ansehen und ihre Glaubwürdigkeit sind für längere Zeit schwer angeschlagen. Franz Josef Strauß hatte übrigens bereits vor einigen Jahren die These formuliert, es müsse der Bevölkerung erst absolut deutlich werden, daß es die SPD

war, die ins Desaster geführt habe. Insoweit hat sich seine Konzeption – mit Hilfe der SPD-Führung – also bereits durchgesetzt.

Auch in der zweiten zentralen Frage, in der die SPD im Wahlkampf 1980 sich gegenüber der CDU/CSU mit Erfolg hatte profilieren können, in der Frage der Friedenssicherung, hat sie ihre Glaubwürdigkeit zum größten Teil eingebüßt. Die rigorose Durchsetzung der friedensbedrohenden und selbstmörderischen Atomraketenpolitik der Reagan-Regierung – auch gegen den wachsenden außerparlamentarischen und innerparteilichen Widerstand –, die ungeheuerlichen Tatsachen, die über die Giftgaslager in der Pfalz bekannt geworden sind – und die auf Verharmlosung und Unterdrückung zielende Reaktion der Bundesregierung – haben das Image vom „Friedenskanzler" ziemlich lädiert. Sicherlich bestehen da noch merkliche Unterschiede insbesondere zum rechten Flügel der Unionsparteien, der die Reagan-Politik vorbehaltlos unterstützt, die „Führungsrolle" der USA emphatisch begrüßt und eine „gemeinsame offensive (!) politische Strategie" des Westens verlangt[31]) – während Schmidt, Bahr und andere führende Repräsentanten der SPD Unbehagen und partiell auch schon offene Kritik zu formulieren beginnen. Besonders die relative Festigkeit gegenüber den Erpressungsversuchen der USA in der Frage des Erdgas-Röhren-Abkommens mit der Sowjetunion, die die Bundesregierung mit allen anderen Regierungen Westeuropas gemeinsam an den Tag legte, stellt ein neues Element dar. Freilich wird dies partiell durch die Verharmlosung als „Familienkrach" wieder entwertet, und vor allem berührt es eben nicht die eigentliche Lebensfrage: die Stationierung der neuen Atomraketen und die atomare Kriegsplanung. Nur durch eine Wende in dieser Frage aber könnte die Glaubwürdigkeit, die schon so stark angeschlagen ist, wiedergewonnen werden.

Stattdessen versucht die SPD-Führung, ihr Image und ihre Abgrenzung gegenüber der Union primär mit den Mitteln der Rhetorik wieder herzustellen, Schmidt als Kanzler darzustellen, der „deutsche Interessen in Amerika und überall in der Welt vertritt", und Kohl als „Interessenvertreter der gegenwärtigen amerikanischen Regierung in Deutschland", der der amerikanischen Regierung „in den Hintern kriecht"[32]). Wenn der Beschwörung der nationalen Interessen, die in der Tat lebensgefährlich bedroht sind durch die US-Politik, keine Taten folgen, ist der weitere Verschleiß der SPD aber nicht aufzuhalten. (Angeblich wurde im Kanzler-Amt eine Studie angefertigt, die dem Bundeskanzler empfiehlt, sich stärker von den USA zu distanzieren, so in eine Kontroverse mit der CDU/CSU zu geraten und damit von der Misere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik abzulenken[33]). Dann wäre diese Kritik an der USA-Politik mit Berufung auf die „nationalen Interessen" in der Tat hauptsächlich ein taktisches Manöver.)

31) So Strauß in seinem „Manifest eines Atlantikers", FAZ v. 19. 8. 1982.
32) So Glotz nach: FAZ v. 14. 8. 1982.
33) FAZ v. 14. 8. 1982; Wortlaut in: „Der Spiegel", 20/1982, S. 22f.

V

Die bisherigen Überlegungen haben gezeigt, daß die herrschende Klasse mit dem vorhandenen parteipolitischen Instrumentarium zwar ihre ökonomischen, sozialen und außenpolitischen Hauptinteressen gegenwärtig noch weitgehend durchsetzen und auch eine Übertragung der Regierungsmacht an die CDU/CSU bewerkstelligen kann, daß sie aber dennoch vor beträchtlichen Problemen steht. Diese resultieren daraus, daß wachsende Bevölkerungsschichten angesichts von Krise, Reallohnsenkung, Sozialabbau, Kriegsgefahr und Umweltzerstörung in Angst und Unsicherheit gestürzt wurden, politisch in Bewegung geraten sind und nach einem Ausweg, einer Alternative suchen. Der Vertrauensverlust gegenüber den etablierten Parteien reicht dabei schon so weit, daß immer mehr Wähler überhaupt keiner dieser Parteien noch zutrauen, mit den anstehenden Problemen fertig zu werden, daß sich also die Unzufriedenheit keineswegs mehr ohne weiteres der parlamentarischen Opposition zuwendet[34]). Das Problem liegt für sie also jetzt nicht mehr darin, den Massen deutlich zu machen, *daß* eine Wende notwendig ist (wie es von Strauß jahrelang als Hauptaufgabe betrachtet worden ist), sondern ihnen deutlich zu machen, daß die Wende, die sie suchen und wollen, *nur von rechts* kommen kann. Die Aufgabe liegt also darin, erstens zu verhindern, daß sich auf der Linken eine glaubwürdige Kraft etablieren und als attraktive Alternative ins Bewußtsein der Massen treten kann; und zweitens zu gewährleisten, daß die Massen die Lösung ihrer Probleme von der politischen Rechten erhoffen.

Die erste Aufgabe wird durch eine Mischung aus ideologischer Diffamierung und politischer Repression zu lösen versucht. Nachdem die Illegalisierung und Inhaftierung der Kommunisten, wie sie zur Zeit des Kalten Krieges üblich war, im Kontext der Entspannungspolitik sich als nicht mehr realisierbar erwiesen hatte, wurden 1972 die Berufsverbote eingeführt. Wie die Illegalisierung zielten die Berufsverbote nicht nur auf die Niederhaltung der Kommunistischen Partei, sondern sollen generell ein Klima der Einschüchterung erzeugen und linksgerichtete Aktivitäten eindämmen. In den gleichen Kontext gehören solche juristischen und politischen Thesen wie die, daß die gewählten Studentenvertretungen kein politisches Mandat haben (und die Sanktionen gegen solche Asten, die dennoch politische Stellungnahmen abgeben), daß die Bevölkerung der Bundesrepublik in den relevanten Fragen kein Recht habe, ihren Willen in Volksbegehren und Volksentscheiden (zur Remilitarisierung der Bundesrepublik, zur Startbahn West, zur Stationierung der Atomraketen usw.) auszudrücken (und die entsprechenden Verbotsmaßnahmen), daß die Gewerkschaften in politischen Fragen kein Streikrecht, daß die Beamten überhaupt kein Streikrecht hätten und vieles mehr.

In Verbindung mit der ideologischen Diffamierung linksgerichteter Aktivitäten als moskauhörig oder mindestens von Moskau gesteuert, d. h. als im Dienst des äußeren Feindes stehend, konnten diese dem autoritären Staat ent-

34) Vom SPD-Präsidium in Auftrag gegebene Analyse, nach: „konkret", 5/1982, S. 27.

stammenden Auffassungen und die damit begründeten Repressionsmaßnahmen bisher in der Tat beträchtliche Wirkungen erzielen. Sie konnten nicht nur die DKP kleinhalten, sondern zugleich linksgerichtete Ansätze in der SPD (und in den Gewerkschaften) und überhaupt Eigenaktivitäten der Bevölkerung in einem beträchtlichen Maße eindämmen, weil diese jederzeit als gesetzeswidrig, staatsfeindlich und kommunistisch gesteuert dargestellt werden konnten. Sie haben also auch die Vormachtstellung des rechten Flügels in der SPD zementiert und haben die SPD insgesamt in eine Lage manövriert, in der sie jederzeit von rechts her erpreßt werden kann und weitgehend bewegungsunfähig ist.

Die Wirksamkeit des antikommunistischen Berührungstabus und die Wirksamkeit dieses gesamten politisch-ideologischen Mechanismus hat allerdings sichtlich nachgelassen, wie sich in der außerparlamentarischen Bewegung, insbesondere in der Friedensbewegung, aber auch in der Umweltschutzbewegung und vielen anderen Bürgerinitiativen gezeigt hat. Selbstverständlich wird auch die Friedensbewegung von führenden Repräsentanten der CDU/CSU als Agent Moskaus diffamiert: So führte der CSU-Abgeordnete Hans Graf Huyn – mit einem wuchtigen Seitenhieb auf die SPD – aus: „Die Friedensbewegung ist im Kern doch von Moskau gesteuert, durch alle möglichen Gruppen, einschließlich der Sozialistischen Internationale"[35]). Doch dies konnte ihr Anwachsen nicht verhindern. Der Verteidigungsminister Apel meinte bei dieser Tagung sogar realistisch: „Die Friedensbewegung kann an Kraft durchaus noch zunehmen"[36]). Indirekt kommt das Nachlassen der Integrationskraft herrschender Ideologien aber auch im Anwachsen der „Grünen" zum Ausdruck, die zwar in sich sehr vielgestaltig und auch regional sehr unterschiedlich sind, die aber doch in ihrer Mehrheit beachtliche Ansätze einer demokratischen Alternative zur herrschenden Politik aufgenommen haben. Dies gilt besonders für die Frage der Atomraketen und der Rüstungspolitik generell, für die Umweltschutzpolitik, die auch antimonopolistische Akzente aufweist, und teilweise auch für das Problem des Sozialabbaus. Hält man sich vor Augen, daß es seit den 60er Jahren in der Bundesrepublik nur zweimal zu einem Einbruch in das etablierte Dreiparteiensystem gekommen ist, nämlich 1966/67 durch die neofaschistische NPD, seit 1981 hingegen durch Grüne und Alternative, so wird klar erkennbar, daß sich hier eine Entwicklung nach links vollzogen hat.

Die Herrschenden sind ziemlich irritiert über diese Entwicklung und haben eine klare Haltung gegenüber den „Grünen" bisher noch nicht entwickeln können. Die Gefahr, die sich hier für sie abzeichnet, besteht aktuell darin, daß ein erheblicher Teil der vorhandenen Unzufriedenheit sich den Grünen und Alternativen zuwenden und so eine neue Koalitionsmöglichkeit entstehen könnte, die die Machtübernahme der CDU/CSU blockiert und zugleich gegenüber der sozialliberalen Koalition in einer ganzen Reihe von Fragen fort-

35) Der CSU-Bundestagsabgeordnete Huyn bei der Wehrkunde-Tagung in München vom 13./14. 2. 1982, zit. nach: FR v. 15. 2. 1982.

36) „Europäische Wehrkunde", 3/1982, S. 107.

schrittlichere Elemente enthält. Dregger nennt als Bereiche, in denen die „grün-rote Blockade-Politik" „Unglück" für „unser Land" bringen würde, ausdrücklich „die Kernenergie", die „Beanspruchung einer uneingeschränkten Sozialpolitik" und die „westliche Verteidigung"[37]). Darüber hinaus aber besteht die Gefahr für sie darin, daß längerfristig die gesamte Strategie, die auf Mobilisierung und Integration der Massen nach rechts hin zielt, sich als undurchführbar erweisen könnte.

In der Tat diskutieren die ideologischen Organe der herrschenden Klasse, die großen bürgerlichen Medien, wie auch die etablierten Parteien äußerst intensiv über diese Entwicklung und schwanken dabei in der Einschätzung der Grünen zwischen dem Vorwurf der Kommunisten-Hörigkeit und dem Vorwurf der Annäherung an den Faschismus, zwischen der Abstempelung als utopische Spinner, womit sie als nicht wählbar und vor allem auch – mit Blick auf die SPD – nicht koalitionsfähig ausgegrenzt werden sollen, und der Hoffnung, daß sie doch irgendwie integrierbar sind. (So meint z. B. die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel, es gebe durchaus „in zahlreichen Sachfragen Punkte der Zusammenarbeit"[38]). Dies ist eine Hoffnung, die in dem tiefsitzenden Antikommunismus der „Grünen" sowie in deren idealistischen Engagement (bei oft fehlender Aneignung geschichtlicher Erfahrungen und sozialökonomischen Wissens) durchaus reale Ansatzpunkte besitzt. Allein in der SPD sind so gut wie alle diese Einschätzungen vorhanden: Vom hessischen Ministerpräsidenten Börner, der den Faschismusvorwurf beigesteuert hat – von der FAZ lebhaft applaudiert[39]) – und damit dem ideologischen Druck von rechts voll nachgegeben hat bis zum linken Flügel in der hessischen SPD, der diese Ausgrenzung tadelt und verlangt, daß der Wahlkampf gegen die CDU als den Hauptgegner geführt werde, und bis zur Hamburger SPD, die in Verhandlungen mit den Grün-Alternativen eingetreten ist[40]). Bundeskanzler Schmidt bezieht eine mittlere Position, die alle Wege offenhält und erklärt die Grünen und Alternativen zwar für gegenwärtig „politisch nicht zuverlässig", billigt ihnen aber die Chance zu, „sich zu entwickeln"[41]). (Den Gipfel der Demagogie erklimmt – wie immer – Franz Josef Strauß: die „Grünen" seien schuldig am Baumsterben, weil sie den Ausbau der Kernenergie behindern[42]).)

VI

Angesichts all dieser Entwicklungen im außerparlamentarischen Raum und bei den etablierten Parteien ist es aus der Sicht der Herrschenden um so wichtiger, daß politische und ideologische Strategien entwickelt werden, die die

37) FAZ v. 23. 8. 1982.
38) FAZ v. 16. 8. 1982.
39) Die FAZ hat die Grünen ihrerseits als „systemfeindlich" gekennzeichnet, als „Vielzweckmaschinerie, deren Wirkung und Erfolge unsere Demokratie fürchten muß" (v. 16. 8. 1982).
40) FAZ v. 16. 8. 1982.
41) Ebd.
42) Ebd.

Massen dazu bringen, den Ausweg auf der Rechten zu suchen. Vorab muß also die CDU/CSU sich als eine Kraft präsentieren, in der die suchende Bevölkerung ihre Sorgen und Nöte und ihre Wünsche nach einer grundlegenden Änderung repräsentiert sieht. Also prangert sie die Erscheinungen der Krise und deren Folgen für die Bevölkerung an: die Arbeitslosigkeit und die Mängel im Bildungs- und Kultursystem, die Inflation und die gewaltigen Schulden der öffentlichen Haushalte. Sie verweist auf die regierende Sozialdemokratie als den Hauptschuldigen, fordert energisch eine grundlegende „Wende" und verspricht, daß sie diese Wende bringen werde. Sie präsentiert sich also als „die Alternative", und da sie über einen gewaltigen ideologischen Apparat und auch über enorme Möglichkeiten der Selbstdarstellung in Rundfunk und Fernsehen verfügt, tritt sie auch für weite Teile der Bevölkerung als die einzige vorhandene Alternative zur bestehenden Politik ins Bewußtsein. So erklären sich ihre Wahlerfolge in den letzten beiden Jahren. Sie wurden weitgehend mit dieser Methode erzielt, die ebenfalls von Strauß schon vor einigen Jahren empfohlen worden war: die Union solle sich auf das Anprangern konzentrieren und nicht etwa ihre Alternative inhaltlich ausfüllen.

In der Tat steht die inhaltliche Ausfüllung der „Wende" durchaus im Hintergrund der Propaganda. Sie ist zwar in den Hauptelementen für den aufmerksamen Beobachter durchaus erkennbar, aber offensichtlich nicht fürs gemeine Volk bestimmt. Da beschränkt man sich auf allgemeine Versprechungen und angenehm klingende Floskeln wie die von der sparsamen Haushaltsführung, von „drei Jahren Steuergarantie", von der Senkung der Staatsausgaben, der Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit und Leistungsfähigkeit und Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen, der Abschaffung überflüssiger Verwaltungen, dem Abbau der „Bürokratisierung des Lebens", der Steigerung der Wirtschaftskraft, des „Friedens im Lande" und vor allem natürlich der „Arbeit für alle durch soziale Marktwirtschaft"[43]). Es ist offensichtlich, daß mit einer solchen Propaganda sowohl unpolitische Schichten angesprochen werden können, die aus den verschiedensten Gründen unzufrieden sind, mittelständische Schichten, die ihre Selbständigkeit in Gefahr sehen und soziale Nivellierung befürchten, und zugleich allerlei basisdemokratische Bedürfnisse insbesondere in der jüngeren Generation.

Dies alles klingt angenehm in den Ohren und weckt positive Assoziationen (sofern im Dunkeln gehalten werden kann, was eine solche Politik für die Bevölkerung wirklich bedeutet). Gelegentlich werden sogar Motive aufgegriffen, die bei der demokratischen Bewegung im Zentrum stehen und schon größere Bevölkerungskreise erfaßt haben. So verlangte der CDU-Generalsekretär Geißler vor einiger Zeit, den Waffenexport in Entwicklungsländer einzuschränken und zudem „die Umweltschutznormen zu verschärfen", weil „die Zerstörung der Umwelt dramatische Formen annehme"[44]). Und Professor Biedenkopf warnte sogar vor der Gefahr eines Atomkrieges und sprach sich ge-

43) So der Titel des „Strategie-Papiers" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. 2. 1982; vgl. auch das Wahlprogramm der hessischen CDU, referiert in: FAZ v. 12. 8. 1982.
44) FAZ v. 13. 8. 1982.

gen die weitere atomare Rüstung aus. Allgemeine Erklärungen über die Wichtigkeit des Umweltschutzes gehören mittlerweile schon zur Routine des Alltags. Es ist im Einzelfall schwer zu entscheiden, ob hier in der Tat inhaltliche Differenzen und Konfliktlinien innerhalb der CDU/CSU sichtbar werden oder ob es sich einfach um demagogische Manöver handelt. Was die Erklärung Geißlers über den Waffenexport betrifft, so verbot Kohl zugleich deren Weiterverbreitung[45]); sie wurde auch nicht wieder aufgegriffen. Hier lag also offensichtlich ein Konflikt vor. Es erscheint auch sehr wohl möglich, daß in Teilen der herrschenden Klasse ein Bewußtsein von der Unumgänglichkeit bestimmter Umweltschutzmaßnahmen im Entstehen begriffen ist (sowie im Laufe des 19. Jahrhunderts die Notwendigkeit bestimmter Arbeitsschutznormen – trotz der damit verbundenen Kosten – akzeptiert wurde), zumal ja die Schädigung der allgemeinen Lebensbedingungen (der Luft, des Wassers, des Bodens, der Lebensmittel) in wachsendem Maße auch die besitzenden Klassen selber trifft. Und auch in der Warnung vor der Gefahr des Atomkrieges könnte sich ein aufdämmerndes Bewußtsein artikulieren, daß die USA wirklich den regional begrenzten Atomkrieg einkalkulieren und daß es dann auch für die Herrschenden in diesem Lande kein Entkommen mehr gibt.

Aber selbst wenn man solche Äußerungen im wesentlichen als taktische Manöver betrachtet, drückt sich darin aus, daß das kritische Potential in der Bevölkerung stärker geworden ist, auf das auch die CDU/CSU nunmehr Rücksicht nehmen muß, weil es eben insbesondere in den Fragen Atomraketen und Umweltschutz schon in ihre eigenen Wählerschichten hineinreicht.

Die bisher aufgeführten Motive bilden aber für eine Massenmobilisierung nach rechts auf längere Sicht noch keine tragfähige Grundlage. Auch die etablierten politischen Kräfte erkennen natürlich, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht nur in eine ökonomische Krise, sondern auch in eine „Sinnkrise" geraten ist und daß sie insbesondere die junge Generation mit den herkömmlichen ideologischen Mitteln nicht mehr einbinden können. Diese Ideologien von der „freien Marktwirtschaft", die jedem die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soziale Sicherheit und Wohlstand garantiere („Wohlstand für alle" hieß das Hauptwerk des ehemaligen Wirtschaftsministers und Ideologen der freien Marktwirtschaft, Ludwig Erhard!), von der individuellen Tüchtigkeit und Leistung, von denen die sozialen Chancen allein abhängig seien, von politischer Freiheit auch für „Andersdenkende" sind an den Alltagserfahrungen dieser jungen Generation mit Arbeitslosigkeit, Berufsverboten, mit dem brutalen Egoismus der kapitalistischen „Leistungsgesellschaft", in dem die Schwächeren auf der Strecke bleiben und die Sensibleren oft kaputt gehen, vielfach zerbrochen. Aber auch die außenpolitischen Ideale und Leitbilder von der „Wiedervereinigung in Freiheit", vom „Europa der freien Völker", als der Überwindung nationalstaatlicher Egoismen, von der „freien Welt des Westens" und von deren Führungsmacht „Amerika" (wie unsere Regierenden die USA zu nennen pflegen) als dem Hort von Freiheit und Demokratie

45) FAZ v. 28. 5. 1982.

und schließlich vom Engagement für Israel als Überwindung der faschistischen Vergangenheit Deutschlands sind für diese junge Generation weithin unglaubwürdig geworden. „‚Europa' und ‚Zukunft'", so klagt die FAZ (18. 8. 1982), „nach dem zweiten Weltkrieg noch ein und dasselbe Wort, scheinen kaum mehr etwas miteinander zu tun zu haben ... diese Gemeinschaft ist nicht mehr die Bündelung von Hoffnungen." „Die Welt" diagnostiziert sogar einen „erschreckenden nationalen Gesinnungsverfall"[46]). Dieser generelle Vertrauensverlust ist begreiflich – angesichts dessen, was über das Elend in der Dritten Welt und seine Verursacher, über die Terrorregimes in Chile und Südafrika und deren Schutzmächte, über die Kriegführung in Vietnam und El Salvador, über die Rüstung und atomare Kriegsplanung und schließlich über die Kriegführung Israels im Libanon bekannt geworden ist.

Der Verlust der Bindekraft dieser Ideologien hat ein allgemeines Mißtrauen zu hergebrachten Autoritäten zur Folge, das den Herrschenden sehr beklagenswert erscheint. Eine international angelegte empirische Untersuchung hat ergeben, daß der „Nationalstolz" in der Bundesrepublik weit geringer ist als in den Nachbarländern. Ähnliches gilt für die beiden anderen im Zweiten Weltkrieg besiegten Ländern, für Japan und – schwächer ausgeprägt – auch für Italien. Im Zusammenhang damit bleibt auch der „Verteidigungswillen weit zurück hinter Amerika und England, aber auch hinter Spanien und Frankreich". Denn „Nationalstolz ist erforderlich, um auch bereit zur Verteidigung zu sein". Das allgemeine Mißtrauen betrifft aber auch die hergebrachten Autoritäten, denn „in der Achtung vor Autorität liegt Vertrauen". Dies zeigt sich in der „Autorität am Arbeitsplatz" (d. h. der Autorität des Unternehmers) ebenso, wie in der Autorität der eigenen Eltern und allgemein der älteren Generation. Die junge Generation aus der Bundesrepublik besteht im stärkeren Maße als die in den Nachbarländern darauf, daß Entscheidungen überzeugend begründet werden müssen, bevor sie befolgt werden sollen[47]). Alle diese Befunde können interpretiert werden als verstärktes Mißtrauen gegenüber herrschender Ideologie, das mindestens partiell erhöhtes demokratisches Bewußtsein bedeuten kann. In unserem Land bedeutet eben „Nationalstolz" etwas anderes als in Frankreich oder Holland: bei uns ist dieser „Nationalstolz" verbunden und befrachtet mit all den üblen Traditionen vom obrigkeitsstaatlichen Untertanengeist bis zum faschistischen Imperialismus, während er in Frankreich verbunden ist auch mit den demokratischen und revolutionären Traditionen, die zum politischen Selbstverständnis des gesamten Frankreich gehören. (Daß Frankreich den Tag des Sturms auf die Bastille als Nationalfeiertag begeht, während die Bundesrepublik sich weder zum 9. November 1918 noch zum 8. Mai 1945 mit einem Nationalfeiertag zu bekennen wagt, sagt sehr viel aus!)

Natürlich sind die konkreten Reaktionen auf die anstehenden Probleme und Schwierigkeiten bei der jungen Generation sehr unterschiedlich. Sie reichen

46) „Die Welt" v. 26. 9. 1979.

47) Bericht über eine international-vergleichende empirische Untersuchung in der FAZ v. 6. 8. 1982 von Frau Noelle-Neumann, der Leiterin des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung.

von Verzweiflung, Resignation und Trauer, die handlungsunfähig machen, bis zu hilfloser Wut, die sich in einzelnen Gewaltakten äußert, vom Griff zur Droge und der Flucht in religiöse Sekten bis zu neofaschistischen Aktivitäten, aber sie äußern sich in wachsendem Maße auch in dem Drang, nunmehr genaueres über die Ursachen der Misere wissen zu wollen, und in der Bereitschaft zum gemeinsamen organisierten Kampf gegen die realen Gefahren und ihre Verursacher. Dies hat am deutlichsten das gewaltige Anwachsen der Friedensbewegung gezeigt. Aber schon in der Periode vorher war eine antifaschistische Bewegung von beachtlicher Stärke entstanden, die – insbesondere getragen von der jungen Generation – dann auch den Kern der Stoppt-Strauß-Bewegung gebildet hat. Und diese ihrerseits hat Potentiale mobilisiert, die dann in die Friedensbewegung eingemündet sind.

Die Ansätze zu dem Bewußtsein, daß es ganz anders sein könnte, als es gegenwärtig ist, und daß sich dieses Anderssein auch konkretisieren läßt, die Ansätze also zum Bewußtsein einer Systemalternative sind allerdings bisher nur schwach ausgeprägt. Das hat nicht nur mit der Wirkung des tiefverwurzelten Antikommunismus zu tun und mit den entsprechenden staatlichen Sanktionsdrohungen, sondern auch damit, daß die DDR, die nun einmal im Bewußtsein der Bevölkerung das repräsentiert, was Sozialismus ist, aus den verschiedensten Gründen (noch) nicht attraktiv genug ist für die junge Generation der Bundesrepublik. Zwar finden 18% der 14–29jährigen, daß in der DDR Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für Jugendliche besser seien als in der Bundesrepublik[48]), doch die Vorbehalte gegen das Gesamtsystem bleiben sehr stark.

Aber auch schon das Schwinden der Integrationskraft der traditionellen Ideologien erfordert neue ideologische Konzeptionen; und es erfordert insgesamt „mehr Ideologie" – in einer Lage, in der das relativ „spontane" Einverständnis mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, das in Perioden sozial-ökonomischer Stabilität und optimistischer Zukunftserwartungen sich einstellt, dahingeschwunden ist. So werden ideologieträchtige Fächer wie Geschichte im Schulunterricht wieder stärker betont als solche, die bloß handhabbares Wissen über Politik vermitteln wie etwa die Institutionenlehre in der Politikwissenschaft (zumal die Geschichte in Wissenschaft und Lehrerausbildung von progressiven Tendenzen weniger ergriffen worden ist als etwa die Politikwissenschaft und die Soziologie). So werden – in einer Periode rigider Kürzungen in allen Bereichen von Bildung und Kultur – mit enormem Geldaufwand gewaltige Ausstellungen über die Stauffer, die Wittelsbacher und über Preußen offeriert, die mindestens den gebildeten Schichten nicht nur die Flucht in eine „große Vergangenheit" aus der Misere der Gegenwart ermöglichen, sondern auch „Geschichtsbewußtsein" im Sinne von obrigkeitsstaatlichen „Tugenden" und Stolz auf staatliche Machtentfaltung (die bekanntlich immer „Opferbereitschaft" der Bevölkerung verlangt) zu erzeugen vermögen. Auch die

48) H. Weiler, Politischer Unterricht im Sinne des Grundgesetzes in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15/1980, S. 3.

groß angelegte Diskussion über die „Grundwerte" gehört in diesen Zusammenhang. Wenn von den „Grundrechten" der Bürger gegenüber dem Staat nicht mehr geredet werden soll, treten die „Grundwerte" in Aktion, die – vom Staat deklariert – Pflichten des Bürgers gegenüber dem Staat (und „der Wirtschaft") konstituieren sollen.

Mit alledem können bildungsbürgerliche Schichten angesprochen werden – sehr weit darüber hinaus kommt man damit allerdings nicht. Die Stauffer und die Diskussion über die „Grundwerte" sind so meilenweit von dem entfernt, was die junge Generation wirklich bewegt, daß die meisten dafür kaum ein Achselzucken übrig haben. Dagegen kann Religion auch viele von denen ansprechen, die in ihrem Handeln von moralischen Motiven bestimmt sind, die auch die gesellschaftliche Wirklichkeit an diesen Maßstäben messen und die von hier aus zu dem Ergebnis kommen, daß es eigentlich ganz anders sein müßte als es tatsächlich ist. Aus der Sicht der Herrschenden bietet Religion die Chance, der Bevölkerung zu suggerieren, daß die Rettung nur von oben kommen kann (und nicht etwa durch die eigene Aktivität der Betroffenen).

So wurde „Religion" zum Schwerpunktthema der Frankfurter Buchmesse 1982 erkoren, als ob Religion genau das wäre, was wir jetzt am meisten brauchen, und der Bundeskanzler persönlich wird diese Messe eröffnen. Risikofrei ist Religion als Herrschaftsmittel allerdings nicht, wie das Anwachsen der Friedensbewegung gerade auch in den Kirchen zeigt.

Ich habe oben ausgeführt, daß rechtsgerichtete Ideologien nur dann wirksam werden können, wenn es den Herrschenden gelingt, die Bevölkerung in Unwissen über die wirklichen Zusammenhänge in Wirtschaft und Gesellschaft und also über die wirklichen Ursachen ihrer Misere und über den Ausweg aus ihr zu halten; und wenn es auch den demokratischen Kräften nicht gelingt, dieses Wissen zu verbreiten, Ursachen und Auswege sichtbar zu machen und vor allem auch Handlungsmöglichkeiten für die nach Aktivität drängenden Bevölkerungsgruppen anzubieten. Auch in diesem Kontext ist es verständlich, daß die Herrschenden ihre Kontrolle über die ideologischen Apparate zu verstärken trachten: durch den direkten staatlichen Zugriff auf Schulen und Hochschulen, durch Gründung von Bildungsinstitutionen ohne jede demokratische Willensstruktur wie Bundeswehrhochschulen und Privathochschulen und durch den direkten Zugriff des Privatkapitals auf die bisher öffentlich-rechtlichen Medien Rundfunk und Fernsehen und vor allem auch auf die „neuen Medien" wie Kabelfernsehen usw., kurzum also: durch eine „offensive Medienpolitik"[49]) und durch das Bemühen, „alle verfügbaren Multiplikatoren zu nutzen, einschließlich der Bundeswehrreservisten und Reserveoffiziere"[50]).

49) So Dregger nach: FAZ v. 14. 8. 1982.
50) So faßt die FAZ v. 16. 2. 1982 die Beiträge bei der Münchener Wehrkunde-Tagung vom 13./14. 2. 1982 zusammen.

VII

Gerade in der Krise besteht ein wesentliches Mittel der Mobilisierung nach rechts darin, konkrete Menschen und Gruppen anzugeben, die für die Misere angeblich verantwortlich sind, also – da man die wirklichen Ursachen, die in der kapitalistischen Profitwirtschaft liegen, ja nicht benennen kann – Sündenböcke namhaft zu machen, die in der Erfahrungswelt der Bevölkerung vorkommen, unter denen sich also jeder etwas vorstellen kann. Hier tauchen nun sehr deutlich jene Motive wieder auf, die schon für die Agitation der politischen Rechten in der Weimarer Zeit im Zentrum standen und die auch gegenwärtig für die Rechte in anderen kapitalistischen Ländern im Zentrum stehen: Einerseits richtet sich der Stoß gegen jene Kräfte, die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung artikulieren: allenthalben werden Gewerkschaften, Arbeiterparteien und kritische Intelligenz nicht nur ideologisch diffamiert als moskauhörig, sondern auch für die soziale Misere verantwortlich gemacht, als Unruhestifter gebranntmarkt, die durch ihre „überzogenen" sozialen Forderungen und durch ihre Kritik die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zerstören und so für die Krise mit all ihren Folgen verantwortlich sind. In den meisten Ländern – so auch in der Bundesrepublik – richtet sich dieser Angriff allerdings nicht gegen die Gewerkschaften generell, sondern nur gegen diejenigen Teile, die die Interessen der abhängig Arbeitenden einigermaßen energisch vertreten – vorab die IG Metall –, denen gegenüber die „realistischen" Gewerkschaften – vorab die IG Bergbau und die IG Bau Steine Erden – als demokratische Vorbilder dargestellt werden. Es ist symptomatisch, daß diese ganze Kampagne immer verbunden ist mit dem Vorwurf der „kommunistischen Unterwanderung" der „klassenkämpferischen" Teile der Gewerkschaften. (Da die bürgerliche Presse voll ist von solchen Artikeln und insbesondere die FAZ mindestens jede Woche einen größeren Artikel dazu publiziert, erübrigen sich Belege.)

Kann man sagen, daß die Gewerkschaften immerhin noch aktiv und relevant eingreifen in die ökonomische Entwicklung (wenn auch ganz anders, als es in diesen Kampagnen dargestellt wird), so richtet sich die zweite Komponente der Kampagne auf Gruppen, die in der Tat nur für die ganz oberflächliche Betrachtung etwas mit der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft zu tun haben. Dies ist das eigentlich klassische Motiv des Sündenbocks, das über eine lange und bewährte Tradition verfügt. Entscheidend ist hier, daß der in der Krise verunsicherten und suchenden Bevölkerung erstens Schuldige kenntlich gemacht werden, zweitens die daraus folgenden Auswege (wie Ausschaltung der Schuldigen) gezeigt werden und drittens – bei den rechtsextremen Formen dieser Angriffe – Handlungsmöglichkeiten angeboten werden, die denen nach Auswegen und Aktivität drängenden Bevölkerungsteilen das Gefühl vermitteln, durch eigene Aktivität zur Überwindung der Misere beitragen und überdies die angestaute Wut über ihre Misere (gegenüber den Schuldigen) entladen zu können.

Die Voraussetzung für das Funktionieren solcher Sündenbockideologien liegt darin, daß es vorher und längerfristig gelungen ist, relevante Teile der Bevölkerung in Unwissen über die wirklichen Zusammenhänge ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen zu halten und daß es auch den demokratischen Kräften nicht gelingt, die wirklichen Ursachen der Krise für das Bewußtsein der Massen offenzulegen, die wirklichen Lösungen sichtbar zu machen und Handlungsmöglichkeiten anzubieten, die ein reales und Erfolg versprechendes Engagement der Menschen für die Verbesserung ihrer eigenen Lebensbedingungen möglich machen. Umfang und sozialer Charakter von Bildung und Bildungswesen sind also ebenso wichtig wie sozialer Charakter, Stärke, Strategie und Handlungsfähigkeit der demokratischen Kräfte. Die politische Rechte kann nur dann mit ihrer Sündenbockideologie in die Lücken hineinstoßen, wenn diese Lücken vorher durch zielbewußt geschaffenes Unwissen erzeugt sind und durch die Linke auch nicht geschlossen werden können. Einen aus sich heraus wirkenden sozialpsychologischen Mechanismus, der etwas aus einem angeblich biologische gegebenen Aggressionstrieb oder dergleichen resultiert, gibt es nicht.

Solche Sündenbockideologien haben in dieser Region Europas eine lange Tradition. Es sind hauptsächlich drei Motivgruppen und zugleich drei historische Etappen, die solche Ideologien erzeugt und verankert haben.

1. Seit über 1000 Jahren hat die herrschende ideologische Macht der Feudalgesellschaft, die katholische Kirche, den Judenhaß gepredigt, die Juden – das „Volk der Gottesmörder" – zum Sündenbock und zum Schuldigen für alle möglichen Übel gestempelt und damit soziale Unzufriedenheit im Interesse der Herrschenden abgelenkt auf diese wehrlose Minderheit. Durch diese ideologische Tradition, durch die damit verbundenen mörderischen Judenpogrome, durch das „Musterghetto", das der Vatikan eingerichtet hatte und das an Infamie dem Warschauer Ghetto des Faschismus kaum nachsteht[51]), sind bei der in Unwissen gehaltenen Bevölkerung Bewußtseinsstrukturen erzeugt worden, die einen vorzüglichen Boden nicht nur für den „modernen" Antisemitismus, sondern generell für Haßkomplexe gegenüber „Andersartigen" geschaffen haben.

2. Der Ideologie des „inneren Feindes" korrespondierte die des „äußeren Feindes", mit deren Hilfe die Raub- und die Eroberungskriege der herrschenden Klasse legitimiert wurden. Als ein zentrales Motiv fungierte dabei das – in dieser Zeit ebenfalls notwendigerweise religiös gefaßte – der Heidenvölker, der „heidnischen Hunde", wie es vielfach hieß (und noch in Rilkes „Cornet" heißt). Es richtet sich primär gegen die islamischen Völker. Eben deshalb lassen sich Relikte dieser Ideologie, verbunden mit Motiven der „Türkengefahr", für heute doppelt nutzbar machen: erstens für die Erzeugung von Bedrohungs- und Haßgefühlen gegenüber den türkischen Arbeitskräften: „Vor 400 Jahren standen die Türken vor Wien, heute stehen sie in Stadtallendorf",

51) Vgl. dazu L. Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Bd. 3, Worms 1979, S. 155ff.

wie der ehemalige Landrat des Kreises Marburg prägnant formulierte. Zweitens aber auch für neokolonalistische Eroberungsziele gegenüber den islamischen Völkern, die über Erdöl und andere wichtige Rohstoffe verfügen, für die ideologische Vorbereitung militärischer Interventionen in der Golfregion und Nordafrika also, insbesondere gegen Länder wie Iran und Libyen.

3. Mit dem Übergang des Kapitalismus zum Imperialismus und zur Unterwerfung der Völker in Asien und Afrika gewannen generell Ideologien gewaltig an Boden, die diese Völker als „minderwertig" einstuften – gegenüber den „höherwertigen" weißen Völkern. Dieser Rassismus, die Lehre, daß die Natur Menschensorten unterschiedlicher Qualität geschaffen habe, erhielt im deutschen Imperialismus, der ja nicht primär in Afrika, sondern in Osteuropa expandieren wollte, den zusätzlichen Akzent, daß auch die „Ostvölker" minderwertig und der Führung durch die deutschen „Herrenmenschen" bedürftig seien. Diese gesamte Ideologie wurde zwar schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in großem Maßstab propagiert und ist auch in den übrigen kapitalistischen Ländern bis heute in starkem Maße wirksam geblieben. In Deutschland kam aber verschärfend hinzu, daß der Faschismus zwölf Jahre lang diese Ideologie mit Hilfe seines Informationsmonopols und durch seine reale Politik der Unterwerfung der „Ostvölker" und ihrer Behandlung als Arbeitssklaven (auch in der Industrie und der Landwirtschaft in Deutschland selbst) tief im Denken und Empfinden der Bevölkerung verankern konnte. Und da die Versuche einer grundlegenden antifaschistischen Neugestaltung nach 1945 generell scheiterten, gelang es natürlich auch nicht, diese ideologischen Traditionen zu überwinden. Sie kamen zwar in der Periode ökonomischer Stabilität nur in geringem Maße an die Oberfläche, blieben aber als Potential teilweise existent und können nun unter den Bedingungen der Krise, der Angst und der Suche nach Schuldigen und nach Auswegen wieder lebendig (gemacht) werden.

Dabei kann man nicht behaupten, daß es in der Bundesrepublik eine systematische und offen propagierte Ausländerfeindlichkeit bereits jetzt gibt – in dem Sinne, wie es am Ende der Weimarer Republik einen von der gesamten politischen Rechten und erheblichen Teilen der Massenmedien und der Wissenschaft offen proklamierten Antisemitismus und Rassismus gab. Der Antisemitismus ist seit 1945 ja auch von den Herrschenden preisgegeben worden (was zugleich – im Kontext der Reduzierung des Faschismus auf eine seiner ideologischen Erscheinungsformen – als Überwindung des Faschismus ausgegeben werden konnte). Er wird in der Tat nur noch von neofaschistischen Gruppen propagiert. Aber auch in Hinsicht auf die Feindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen von Ausländern – nämlich gegenüber ausländischen Arbeitskräften, insbesondere den Türken, und keineswegs gegenüber Touristen aus Schweden oder Managern und Offizieren aus den USA – ist bei den etablierten Rechtsparteien und den ihnen verbundenen Medien eine gewisse Zurückhaltung zu spüren. Dies gilt auch für die bisher relativ wenigen Wissenschaftler, die – im „Heidelberger Manifest" – zwar die Grundelemente des Rassismus aufgenommen, in der Begrifflichkeit aber sehr vorsichtig formu-

liert haben. (Und dennoch – auch dies ist ein Symptom – hat einer der führenden Repräsentanten des doch ohne Zweifel rechtsgerichteten Bundes Freiheit der Wissenschaft, der Kölner Soziologie-Professor Scheuch, dafür plädiert, daß der Vorstand des Bundes Freiheit der Wissenschaft die Unvereinbarkeit einer Befürwortung dieses Manifests mit der Mitgliedschaft im Bund Freiheit der Wissenschaft feststellt[52]).) Selbst neofaschistische Kräfte in der Intelligenz suchen sich als seriös zu tarnen und ordinäre Hetze, wie sie etwa die Nazis trieben, zu vermeiden. So nennen sie sich z. B. „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung".

Bisher wird eher unterschwellig suggeriert, daß die ausländischen Arbeitskräfte den „Arbeitsmarkt belasten", in überdurchschnittlichem Maße zur Kriminalität neigen, daß sie zur Anpassung an unsere Lebensgewohnheiten nicht bereit seien, daß ihre Kinder die deutschen Schulen überfluten und belasten, daß diese Ausländer also generell eine Bedrohung darstellen für den Wohlstand, für die soziale Sicherheit, für die Sicherheit der Bürger, für die Gegenwart und Zukunft unseres Volkes. Dennoch wird damit eine beachtliche Wirkung erzielt. Der Grund dafür liegt darin, daß der ideologische Boden dafür eben seit langem vorhanden ist, so daß beträchtliche Teile der Bevölkerung in ihrer Suche nach den Schuldigen für ihre Misere sozusagen „von selber" auf den Gedanken kommen, daß dies besonders die ausländischen Arbeitskräfte sind – wenn man nur ein wenig nachhilft. „Rein sachliche Meldungen" wie die über kriminelle Akte oder über den Anteil von Türkenkindern in den Schulklassen werden dann schon „von selber" eingefügt in das vorhandene Raster, und eine gelegentliche Pointierung wie die Schlagzeile „Vier junge Türken vergewaltigten Siebenjährigen"[53]) können dann Einzelfälle bleiben.

Es ist hier nicht der Ort, das Ausländerproblem in all seinen ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimensionen zu erörtern. (Also: auf wessen Initiative und in wessen Interesse Millionen ausländischer Arbeitskräfte ins Land geholt und gelassen wurden, wer den Nutzen auf dem Arbeitsmarkt und dem Wohnungsmarkt davon hatte, wer für das Elend in der Türkei und den anderen Ländern verantwortlich ist, das die Bevölkerung zum Verlassen ihrer Heimat nötigt, welches tatsächlich die Rolle dieser Ausländer im gesellschaftlichen und kulturellen Leben unseres Landes ist, wo die Ursachen ihrer sozialen und kulturellen Diskriminierung liegen und wie dieses Ausländerproblem anzupacken wäre – das natürlich als ein sehr ernstes, beträchtlichen sozialen Sprengstoff enthaltendes und nicht einfach durch die Öffnung der Grenzen für alle, die kommen wollen, lösbares Problem existiert[54]).) Hier kann es nur darum gehen, die Funktion des Ausländerproblems für die gegenwärtigen politischen und ideologischen Auseinandersetzungen zu bestimmen. Diese ist allerdings eindeutig: Die gesamte politische Rechte hat

52) „Hochschulpolitische Informationen" (HPI), 14/1982.
53) „Oberhessische Presse" v. 18. 8. 1982.
54) Vgl. dazu besonders R. Bech/R. Faust, Die sogenannten Gastarbeiter, Frankfurt 1981.

damit – wenn auch zunächst noch vorsichtig – begonnen, die seit langem tief verwurzelten Gefühle von Mißtrauen, Abneigung und Haß gegen ausländische Arbeitskräfte wieder zu mobilisieren und damit die anwachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung über die soziale Misere und über die Zerstörung ihrer Lebens- und Zukunftschancen gegen diese Minderheit zu lenken – und damit von den wirklichen Ursachen, der kapitalistischen Profitwirtschaft, abzulenken. Diese Mobilisierung hat erst begonnen. Mit dem Andauern der Krise, mit dem Anwachsen der Unzufriedenheit und mit der Suche nach Schuldigen und nach Auswegen wird sie rasch zunehmen, da ein anderes Motiv von vergleichbarer Wirksamkeit für die ideologische Mobilisierung nach rechts nicht zu sehen ist. (Das jahrzehntelang bewährte und wirksame Feindbild der „Gefahr aus dem Osten" ist ja angesichts der US-amerikanischen Raketen- und Globalpolitik und der Gefahr des atomaren Krieges trotz aller Bemühungen in seiner Wirksamkeit erheblich zurückgegangen.)

Was die Wirksamkeit ausländerfeindlicher Ideologie betrifft, so ist sie bisher in ihrer offenen und in Aktionen sich manifestierenden Form relativ begrenzt. Sie ist allerdings seit zwei Jahren deutlich im Ansteigen begriffen, und sie verfügt vor allem über ein sehr großes Potential in der Bevölkerung, das aktiviert werden kann – wenn es den demokratischen Kräften nicht gelingt, ihre Alternativen im Massenbewußtsein zu verankern. Dabei sollte man aus der relativ starken Resistenz der Arbeiterschaft gegenüber der faschistischen Agitation gegen die Juden in der Weimarer Republik keine voreiligen optimistischen Schlüsse ziehen. Der relative Erfolg der ausländerfeindlichen Listen in Kiel und Hamburg gerade in Arbeitervierteln ist ein deutliches Symptom. Die Arbeiter sind nämlich keineswegs allein durch ihren sozialen Status als Arbeiter schon immun gegen faschistische Ideologie, sondern erst durch ihre Einbindung in eine klassenbewußte Arbeiterbewegung, also durch die Entfaltung ihres politischen Bewußtseins. Schon in der Weimarer Republik zeigte sich, daß zwar die Arbeiterparteien keine Wähler an den aufsteigenden Faschismus verloren, daß aber beachtliche Teile der nicht den Arbeiterparteien verbundenen Arbeiterschaft dem Faschismus folgten.

Eben weil für die Arbeiter die ausländischen Arbeitskräfte als direkte Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt und damit in der Krise als Bedrohung der eigenen sozialen Existenz in Erscheinung treten, sind sie hier besonders ansprechbar – während für mittlere und höhere Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Bauern und andere Gruppen der Kleineigentümer (mit Ausnahme des Gaststätten- und Reparaturgewerbes) die Ausländer keine Bedrohung ihrer sozialen Existenz darstellen und allenfalls in der ideologischen Dimension – als Bedrohung der „Volkssubstanz" – als Gefahr aufgefaßt werden können. Genau hier – an der Angst der Arbeiter um ihren Arbeitsplatz – setzte auch die Demagogie der Rechten an: Strauß verkündet, daß die Zahl von Ausländern „besorgniserregende Ausmaße" angenommen habe, was um so schlimmer sei, als „die Arbeitslosigkeit in Deutschland . . . bis in die 90er Jahre hinein in bedrohlichem Umfang steigen" werde; es sei deshalb sehr verständlich, wenn in der deutschen Bevölkerung Sorge und Angst um den Arbeitsplatz um sich

griffen[54a]). Die hessische CDU verlangt in ihrem Wahlprogramm, daß die „mißbräuchliche Ausnutzung der deutschen sozialen Gesetze durch Ausländer" aufhören müsse (und suggeriert damit, daß eine solche „mißbräuchliche Ausnutzung" in großem Maßstab besteht) und proklamiert, daß es überhaupt zu viele Ausländer hier gibt[55]) – und der Berliner Innensenator Lummer, der in direktem Kontakt zu Autoren des „Heidelberger Manifests" steht, geht ideologisch und praktisch noch ein paar Schritte weiter. Die extreme Rechte kann hier anknüpfen mit ihren Parolen „Ausländerstopp" und gelegentlich auch schon „Ausländer raus".

Diese auf die Arbeiterschaft zielende Agitation entspringt also in der Tat einer anderen Lage als die antisemitische Agitation der Rechten in der Weimarer Republik. Damals stellten sich die Juden insbesondere für die kleinen Ladenbesitzer, für Ärzte, Rechtsanwälte, Journalisten und generell für Intellektuelle als soziale Bedrohung dar, so daß auch von hier aus die Anfälligkeit dieser Schichten für den faschistischen Antisemitismus erklärlich wird. Für die Arbeiter waren sie als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt kaum erfahrbar. Um so größer ist heute die Verantwortung der Gewerkschaften. Der DGB hat auch bereits gewarnt vor den „Versuchen konservativer und rechtsextremistischer Kreise", die arbeitenden Ausländer „zu Sündenböcken der derzeitigen Wirtschaftskrise zu machen". Sie seien nicht die Schuldigen an der Krise, sondern – mehr noch als ihre deutschen Arbeitskollegen – deren Opfer[56]). Nötig wäre freilich, daß die Gewerkschaften die wirklichen ökonomischen Zusammenhänge in aller Klarheit offenlegen und sich selbst als eine Kraft darstellen, die Lösungen nicht nur weiß, sondern dafür auch energisch kämpft.

VIII

Daß unter den Bedingungen der Krise und in einem solchen ideologischen Klima auch faschistische Tendenzen in verschiedenen kapitalistischen Ländern, besonders in Italien, Frankreich, England, Spanien und der Bundesrepublik, wieder an Boden gewinnen, ist nicht verwunderlich. Die Konfrontationspolitik der US-Regierung Reagan gegenüber den sozialistischen Ländern und die damit verbundene gesteigerte ideologische Aggressivität haben ihnen zusätzlich Auftrieb gegeben. In der Bundesrepublik kommt verschärfend hinzu, daß die ehemaligen Führungsschichten des faschistischen Regimes auch in der folgenden parlamentarischen Demokratie wichtige Führungspositionen in der hohen Bürokratie, der Justiz, dem Militär, den Geheimdiensten, der Wissenschaft, der öffentlichen Meinung und der Wirtschaft eingenommen und ihr Weltbild von hier aus an die nächste Generation weitervermittelt haben. So wurden sowohl in den Führungsschichten wie auch in der Bevölkerung gewisse Potentiale erhalten und neu erzeugt, die mit faschi-

54a) FAZ v. 6. 8. 1982.
55) FAZ v. 12. 8. 1982.
56) FAZ v. 14. 8. 1982.

stischen Lösungen sympathisieren. (Noch größere Gefahren dieser Art gibt es in Spanien, wo der Machtapparat aus der Zeit der Franco-Diktatur bisher nur in einigen Ansätzen demokratisiert werden konnte, sowie – in schwächerem Ausmaß – auch in Griechenland und in Italien.)

Obgleich diese Kräfte in der Bundesrepublik zahlenmäßig noch schwach sind, haben ihre Aktivitäten rapide zugenommen und sich auch qualitativ gesteigert – bis hin zum Aufbau von Waffenlagern und zu Terror- und Mordaktionen. Auch das Bundesinnenministerium stellte jetzt „zunehmend rassistische und nationalistische Motive" fest. Es werde „Gewalt nicht nur befürwortet, sondern auch verübt"[57]). In der Tat können Waffenlager, die 415 000 Schuß Munition, 364 Granaten und Handgranaten, 2786 Gewehre und Pistolen, 45 Maschinenpistolen, 3 Maschinengewehre und vieles andere enthalten, kaum noch als harmlos dargestellt werden. (In den „Blättern", 4/1982, hatte Georg Biemann die entsprechenden Informationen detailliert aufgeführt[58]).) Bezeichnend ist, daß das „Feindbild" des Neofaschismus, das – neben dem Hauptfeind auf der Linken – lange Zeit durch den Antisemitismus bestimmt war, nach den Feststellungen des Bundesinnenministeriums seit 1980 stärker durch eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit geprägt wird[59]). Krise, wachsende Ausländerfeindlichkeit und ansteigender Neofaschismus hängen also unmittelbar zusammen.

Der Faschismus hat – auch in der Krise – nach aller historischen Erfahrung nur dann eine Chance massenwirksam zu werden, wenn erstens der Boden für ihn ideologisch bereitet ist (durch Ideologien von militantem Antikommunismus, Militarismus, Verharmlosung der Politik faschistischer Regimes der Vergangenheit und der Gegenwart, Autoritäts- und Staatsgläubigkeit, Vorurteilen gegenüber „Andersartigen" usw.) und wenn seine Propaganda und Aktivitäten (einschließlich der terroristischen) von den Staatsorganen verharmlost, toleriert und gedeckt werden. Beides ist in der Bundesrepublik bekanntlich in hohem Maße der Fall. Das faschistische Potential ist denn auch entsprechend groß.

Dennoch ist ein rasches zahlenmäßiges Anwachsen im Augenblick wohl nicht zu erwarten. So lange die SPD an der Regierung ist, kann sich die CDU/CSU als rechte Alternative profilieren und das nach rechts drängende Potential weitgehend binden. Dies würde sich vermutlich ändern, wenn die Krise Elend und Angst in einem solchen Ausmaß erzeugen würde, daß die Mittel der CDU/CSU nicht mehr ausreichend wären, um das nach rechts drängende Potential aufzufangen. Die faschistischen Kräfte unterscheiden sich nämlich vor allem in zweierlei Hinsicht von der „gemäßigten Rechten": *Erstens* werben sie nicht nur um „Vertrauen" für die eigene Partei und deren Führer (und halten die Massen – abgesehen von den Wahlkämpfen – im übrigen ruhig und

57) Zit. nach FAZ v. 20. 8. 1982.
58) Die Flut an neuer Literatur über den Neofaschismus ist zusammengestellt und (vom Standpunkt der „politischen Mitte" aus) kommentiert in der „Neuen Politischen Literatur" (NPL), 2/1982.
59) FAZ v. 20. 8. 1982.

womöglich apathisch), sondern sie mobilisieren, rufen zum Handeln auf gegenüber den „Schuldigen", „Unruhestiftern" und „destruktiven Elementen" und organisieren dieses Handeln. (Die „gemäßigte Rechte" ist dazu nur in sehr begrenztem Maße imstande; die CDU/CSU hat es mit der Organisation von Massendemonstrationen für die Rüstungspolitik in Bonn und München am 5. Juni 1982 versucht – und dabei zeigten sich im Verhalten so mobilisierter Massen auch typische Symptome rechtsextremer Aggressivität –, doch das bleiben Einzelerscheinungen.) *Zweitens* erkennen die faschistischen Kräfte in ihrer Politik gesetzliche Schranken und rechtsstaatliche Normen wie auch das staatliche Waffen- und Gewaltmonopol prinzipiell nicht mehr an, sondern praktizieren und legitimieren gegenüber den „inneren Feinden" den offenen Terror – wenn möglich mit eigenen bewaffneten und uniformierten Banden.

Massenzulauf könnte der Neofaschismus auch dann erhalten, wenn die CDU/CSU die Regierungsmacht übernehmen und nach einiger Zeit deutlich machen würde, daß auch sie mit der Krise nicht fertig werden kann. Dann könnte sich leicht rechts von den Unionsparteien eine radikalere Alternative formieren und dieses von der CDU/CSU-Politik dann enttäuschte Potential gewinnen. (So konnte 1966/67 die NPD vorübergehend – bis zum Ende der Krise – rasch ansteigen, weil die CDU/CSU zusammen mit der SPD an der Regierung war und das rechtsgerichtete Potential also nicht integrieren konnte.)

Der Neofaschismus hat also die Funktion einer Reservekraft, die dann wirksam wird, wenn andere, weniger extreme Varianten rechter Integration versagen, die Funktion einer Auffangstellung, die auch in einem solchen Fall noch verhindert, daß solche von der CDU/CSU enttäuschten Potentiale sich vielleicht doch nach links wenden. Schon deshalb muß die herrschende Klasse auch heute schon daran interessiert sein, daß das Organisationsgefüge und der Propagandapparat des Neofaschismus nicht zerschlagen werden, sondern intakt bleiben. Sind staatliche Maßnahmen angesichts offensichtlicher Verbrechen auf Druck der demokratischen Öffentlichkeit unumgänglich – ideologisch legitimiert durch die These vom „Einzeltäter", die bekanntlich auch bei der Gesamtinterpretation des historischen Faschismus angewandt wird: gegenüber dem „Einzeltäter" Hitler waren alle anderen entweder uninformiert oder wehrlos.

Das Bestreben, den Neofaschismus als Reservekraft intakt zu halten, kommt auch im Verhalten der Staatsorgane gegenüber antifaschistischen Aktivitäten zum Ausdruck. In einer Vielzahl von Fällen sind die Staatsorgane nicht nur zum Schutz neofaschistischer Veranstaltungen gegen Demonstranten eingesetzt worden, sondern sogar zu Strafmaßnahmen wegen solcher Aktivitäten gegen den Neofaschismus, die als „Landfriedensbruch", „Nötigung", „Gewalttätigkeiten", „Beleidigung", „Widerstand gegen die Staatsgewalt" usw. bezeichnet und bestraft worden sind.

Die Funktion der Reservetruppe ist aber nicht die einzige Funktion des Neofaschismus. Er erzeugt auch jetzt schon – trotz seiner zahlenmäßigen Schwäche – politische Wirkungen. Dies geschieht einmal dadurch, daß er die Ziele der

Rechten härter und konsequenter formuliert als die „gemäßigte Rechte", auf diese Weise ideologisch den Boden bereitet für eine allgemeine Entwicklung nach rechts, bestimmte Motive in die öffentliche Diskussion einbringt, die dann – in etwas dezenterer Formulierung – von den etablierten Kräften der Rechten aufgegriffen werden können – was wiederum die extreme Rechte ermutigt. Diese Wechselwirkung war zu beobachten in den 70er Jahren bei der partiellen Rehabilitierung Hitlers, der Waffen-SS, des faschistischen Regimes generell, insbesondere seiner „Lösung" der Krise und des Arbeitslosenproblems, seiner Jugendpolitik, seines „Gemeinschaftsgefühls". Ähnliches vollzog sich mit den Philosophen und Literaten, die dem Faschismus den Boden bereitet hatten, mit Nietzsche und Spengler, die in großer Aufmachung neu herausgegeben und von der bürgerlichen Presse groß herausgebracht wurden, mit Ernst Jünger, dem die von der CDU regierte Stadt Frankfurt soeben den Goethe-Preis verliehen hat usw. Und so vollzieht sich die Wechselwirkung gegenwärtig vor allem in der Ausländerfrage. Daß sich die Kooperation im übrigen nicht auf den Bereich der Ideologie beschränkt, sondern daß auch weitreichende strukturelle und personelle Verbindungen und Verflechtungen zwischen „gemäßigter" und „extremer" Rechter bestehen, ist seit langem bekannt[60]).

Zum anderen wirkt der Neofaschismus dadurch, daß er durch Überfälle auf Veranstaltungen und Einrichtungen (z. B. Buchhandlungen) demokratischer Organisationen – und jetzt auch ausländischer Arbeiter –, durch gezielte Morddrohungen gegen Persönlichkeiten der Gewerkschaften und der antifaschistischen Bewegung und durch ungezielte Mordanschläge (wie beim Münchner Oktoberfest 1981) einerseits Angst und Einschüchterung erzeugt, insbesondere auf der Linken, andererseits aber in der Bevölkerung allgemein eine Stimmung bewirken könnte, die für „Ordnung schaffen" und „Durchgreifen" durch den staatlichen Gewaltapparat günstig ist (so wie die terroristischen Aktionen der sogenannten RAF genau diese Wirkung hatten). Die italienischen Neofaschisten haben diese Politik der „Destabilisierung" der Demokratie zu einer gezielten Strategie entwickelt, und in der Türkei ist auf diese Weise die Machtübernahme durch das Militär atmosphärisch vorbereitet worden, so daß dann die Militärdiktatur nicht nur bei Teilen der Bevölkerung in der Türkei, sondern auch weithin in der bürgerlichen Öffentlichkeit in den parlamentarischen Demokratien als „Herstellung von Ruhe und Ordnung" begrüßt worden ist.

Die Motive, die insbesondere junge Menschen in ihrer Suche nach einem Ausweg und in ihrem Unwissen über die wirklichen Ursachen ihrer Misere zu neofaschistischen Gruppen führen, sind jedoch nicht nur im Bereich materieller Interessen, in Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheit angesiedelt. Sie entspringen auch dem Drang, ein sinnerfülltes Leben zu führen, ein Leben, das über den bloßen individuellen Egoismus, das bloße Geldverdienen hinaus-

60) Vgl. u. a. die in der NPL 2/1982 aufgeführte Literatur sowie als vorzügliche Fallstudie: Hans Dieter Bamberg, Die Deutschland-Stiftung e.V. Studien über Kräfte der „demokratischen Mitte" und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim 1978.

reicht. Darin drückt sich ein tiefes Gefühl der Unzufriedenheit über ein Gesellschaftssystem aus, in dem in der Tat das Geld das Maß aller Dinge ist und auch der Wert des Menschen danach bemessen wird, wieviel Geld er besitzt. Und es drückt sich darin die Sehnsucht aus nach gesellschaftlichen Verhältnissen und menschlichen Kommunikationsformen, in denen das Individuum aufgehoben ist in der Gemeinschaft, in denen gemeinschaftlich für gemeinsame Ziele gearbeitet und gekämpft wird.

Dies kommt immer wieder zum Vorschein, wenn Jugendliche aus neofaschistischen Gruppen nach ihren Motiven befragt werden. Sie möchten nicht nur für sich selbst etwas tun, nicht nur viel Geld verdienen, auch nicht nur Lagerfeuer-Romantik genießen, sondern für „Ideale" kämpfen „für Deutschland", wie sie sagen. Daß sie damit für ganz andere Interessen instrumentalisiert werden, darf nicht vergessen machen, daß in ihrer Motivation Elemente enthalten sind, die sie auch für fortschrittliche Ziele ansprechbar machen. Und daß sie ihre Vorbilder in Hitler und der SS sehen und die Lösung ihrer Probleme in der Abschaffung der Demokratie und der „Ausrottung des Kommunismus", einer starken Militärmacht und einer neuen militärischen Machtpolitik, darf nicht zu der Folgerung verleiten, sie seien die eigentlichen Täter. In Wahrheit sind sie die Opfer ideologischer Verführung und Verdummung, denn sie nehmen ja nur das auf, was ihnen Landser-Hefte und Hitler-Filme, Illustrierten-Serien und Kriegsreportagen – und mancherlei verharmlosende Darstellungen (von Sebastian Haffner bis Franz Josef Strauß) – über den Faschismus, den sie selber nicht erfahren haben und über dessen Wirklichkeit sie nichts wissen, vorgaukeln.

Der Boden für neofaschistische Aktivitäten ist also durch traditionelle Ideologien vorbereitet – und zugleich erweisen sich diese nun als nicht mehr ausreichend in ihrer Bindekraft. Eben deshalb sind solche Varianten wie die Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus, die eine radikale Kritik bestehender Zustände – in die neuerdings auch wieder „sozialrevolutionäre" Töne eingehen – mit der klaren Fixierung der „Schuldigen" und mit dem Angebot realer Handlungsmöglichkeit verbinden, in Zukunft besonders gefährlich. Die Ausländerfeindlichkeit wird vermutlich der Haupthebel sein, mit dem in der nächsten Zukunft die ideologische Integration nach rechts versucht wird, und das Potential dafür ist sehr groß. Die Bürgerinitiative „Ausländerstopp" in NRW brachte immerhin zwischen 50 000 und 70 000 Unterschriften für ihre Petition zusammen[61]), und auch die lokalen Wahlerfolge solcher Initiativen in Kiel und Hamburg können als erste Symptome gelten. Und gerade weil die neofaschistischen Kräfte auch Handlungsmöglichkeiten anbieten, genügt es für die demokratische Bewegung nicht, die Ursachen der Misere und die Auswege sichtbar zu machen. (Die Schwäche der reformistischen Arbeiterbewegung gegenüber dem aufsteigenden Faschismus am Ende der Weimarer Republik bestand nicht zuletzt darin, daß sie dem Drängen der Massen immer nur die Aufforderung nach „Ruhe" und „Besonnenheit" entgegengesetzt und

61) FAZ v. 20. 8. 1982.

so die eigenen Anhänger demobilisiert und die schwankenden Schichten dem offensiv und aggressiv agierenden Faschismus in die Arme getrieben hat.) Es ist für die demokratische Bewegung dringend notwendig, daß sie sich als eine Kraft repräsentiert, die willens und in der Lage ist, auch wirkliche Veränderungen zu bewirken, und die all denen, die etwas tun wollen, Handlungsmöglichkeiten anbietet und so ihre eigene kollektive Handlungsfähigkeit und Effektivität steigert. Wie phantasievoll sie dabei vorgehen kann, hat besonders die Friedensbewegung anschaulich gezeigt.

IX

Die Untersuchung hat gezeigt, daß die Bundesrepublik seit einigen Jahren in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten ist, die durch eine rasche und tiefgreifende Veränderung der ökonomischen, ideologischen und politischen Bedingungen gekennzeichnet ist. Das gesamte Bedingungsgefüge, wie es sich seit dem Beginn der 50er Jahre entwickelt hat, ist von diesen Veränderungen betroffen und an zentralen Punkten in Auflösung begriffen: Ökonomisch ist die Periode von kontinuierlichem Wachstum und Vollbeschäftigung seit Mitte der 70er Jahre definitiv vorbei. Ein Ende der Krise und der Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Begleiterscheinungen ist nicht in Sicht. Ideologisch sind die Leitbilder, die mehr als zwei Jahrzehnte ziemlich gut funktioniert haben, bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung, insbesondere bei der jungen Generation, unglaubwürdig geworden. Politisch äußert sich die Krise des Systems in einer wachsenden Unzufriedenheit mit den in den Parlamenten vertretenen Parteien, in dem Wähler- und Mitgliederschwund der sozialliberalen Regierungsparteien, in den Verschleißerscheinungen innerhalb dieser Bundesregierung, in den Verschleißerscheinungen des etablierten Dreiparteiensystems insgesamt. Hiervon zeugt das Verschwinden der FDP aus den Parlamenten und das Eindringen der Grünen und Alternativen in die Parlamente wie auch das rasche Anwachsen der außerparlamentarischen Bewegung, die einen in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie erreichten Mobilisierungsgrad erzielt hat. Natürlich kann keine Rede davon sein, daß das System in seinen Fundamenten bedroht sei, daß die Frage einer Systemalternative im Massenbewußtsein sich schon stellen oder gar politisch auf der Tagesordnung stehen würde. Aber die massive Verstärkung und Kumulierung der Krisenerscheinungen ist nicht zu leugnen.

Die ökonomische, ideologische und politische Krise der Bundesrepublik ist kein isoliertes Phänomen, das aus besonderen Bedingungen der Bundesrepublik erklärt werden könnte, sondern eine besondere Erscheinungsform der übergreifenden, alle kapitalistischen Länder erfassenden Krise. In den meisten anderen Ländern ist diese Krise noch stärker und tiefer als in der Bundesrepublik, und zwar sowohl ökonomisch wie auch ideologisch und politisch. So gesehen, ist die Bundesrepublik also immer noch eine „Insel der Stabilität" und das „Modell Deutschland" noch keineswegs gänzlich verschlissen.

Diese umfassende Krise bedeutet, daß vieles in Bewegung kommt, was lange Zeit unbeweglich und unabänderlich erschien, daß institutionelle und organisatorische Strukturen, Mentalitäten und politische Verhaltensformen sich rascher verändern und daß Massen in Bewegung geraten. Sie bedeutet, daß die Wahrscheinlichkeit und die Chance wächst, daß auch die politischen Herrschaftsformen sich rascher und tiefgreifender verändern können. Das impliziert Gefahren einer Veränderung nach rechts im Interesse der Herrschenden, das impliziert aber auch Chancen einer Veränderung nach links, im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung. Diese Situation stellt neue und erhöhte Anforderungen an die demokratische Bewegung, an die Analyse der Lage wie auch an die Entwicklung von Strategien. Der vorliegende Beitrag versucht, dafür einige Voraussetzungen sichtbar zu machen.

Rüstung statt Konsum Die Operation AEG als Modell für die „Sanierung" der Bundesrepublik?

Von Jörg Huffschmid

I

Am 9. August 1982 gab der Vorstandsvorsitzende der AEG-Telefunken AG die Zahlungsunfähigkeit des Konzerns bekannt und beantragte den gerichtlichen Vergleich. Ziel dieses Verfahrens ist es, durch Erlaß von 60% der Schulden die finanzielle Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen und das Unternehmen – auf die rentablen Zukunftsbereiche zurechtgestutzt – weiterführen zu können.

Diese „schwerste deutsche Nachkriegsinsolvenz" („Handelsblatt" v. 10. 8. 1982) ereignet sich in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der Bundesrepublik – und der meisten anderen kapitalistischen Kernländer – so düster sind wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg:

– Wenige Tage vor dem AEG-Vergleichsantrag gab der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit bekannt, daß es in der Geschichte der Bundesrepublik noch in keinem Sommer so viele Arbeitslose und so wenige offene Stellen gegeben habe wie im Juli 1982. Im Jahresdurchschnitt 1982 müsse man mit mindestens 1,8 Mio. Erwerbslosen rechnen, das sind mehr als doppelt so viele wie 1980 und viermal so viele wie in der ersten ausgeprägten Rezession im Jahre 1967. Mit einer über 40%igen Steigerung der Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres liegt die Bundesrepublik mit großem Abstand an der Spitze aller kapitalistischen Länder.

– Die Perspektiven für die mittelfristige Zukunft sind nicht besser: Bereits in den Jahren 1979 und 1980 hatten mehrere wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute darauf aufmerksam gemacht, daß um die Mitte der 80er Jahre – wegen des steigenden Erwerbspersonenpotentials und des verlangsamten Wirtschaftswachstums – mit einer Arbeitslosenzahl von zwischen 2,5 und 4 Mio. zu rechnen sei[1]). Diese Prognosen müssen mittlerweile als überholt gelten, da sie auf der Annahme eines jahresdurchschnittlichen realen Wachstums des Bruttosozialprodukts von 2,5–3% beruhen. Davon kann jedoch mit Sicherheit keine Rede mehr sein. Tatsächlich betrug das Wachstum 1980 nur 1,8%, 1981 sank das Bruttosozialprodukt sogar um 0,3% und 1982 dürfte es bestenfalls stagnieren. Für die ersten drei Jahre dieses Jahrzehnts liegt die durchschnittliche Wachstumsrate damit bei 0,5%.

– Seit Mitte 1980 befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in einem neuen Wirtschaftsabschwung, dessen Ende nicht abzusehen ist. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellte im Titel seines Wochenberichtes vom 19. August fest: „Konjunkturelle Wende in weitere Ferne gerückt" und meldete, daß „im ersten Halbjahr die reale Wertschöpfung die niedrigste seit Beginn der 80er Jahre" war.

– Die verfügbaren Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsabhängigen sind mittlerweile auf das Niveau von 1978 zurückgefallen; der private Verbrauch, der 1981 zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik – als Folge gesunkener Realeinkommen – real zurückgegangen war, wird dieses Jahr weiter sinken.

– Auch die Konkurswelle sorgt weiter für Rekorde: Schon im vergangenen Jahr hatte es so viele Unternehmenszusammenbrüche gegeben wie nie zuvor in der Bundesrepublik; dieses Jahr werden es mit Sicherheit mehr sein: schon im ersten Halbjahr 1982 wurde die vergleichbare Vorjahreszahl von Unternehmensinsolvenzen um mehr als 50% überschritten.

– Schließlich scheinen auch die internationalen Märkte – bisher regelmäßig Auffangnetze gegenüber rezessiven Entwicklungen in der Bundesrepublik – nicht mehr soviel herzugeben wie früher: Die Warenausfuhren, die 1980 um

1) Vgl. den Überblick bei Jan Priewe, Strategien gegen Arbeitslosigkeit. Zum Scheitern sozialliberaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Alternativen für die 80er Jahre, in: „Blätter", 12/1980, S. 1473 f.

real 5,9 und 1981 um real 8,9% gewachsen waren (und damit den Hauptbeitrag dazu geleistet hatten, daß die Wirtschaft nicht noch stärker in die Krise geriet), sind im ersten Halbjahr 1982 real um gut ein halbes Prozent gesunken.

Es spricht vieles dafür, daß die Krisentendenzen in der BRD gesamtwirtschaftlich weiter an Wucht gewinnen werden; Gegenkräfte sind kaum in Sicht. Die Perspektive von 5 oder 6 Mio. Arbeitslosen für die zweite Hälfte der 80er Jahre dürfte daher nicht weniger realistisch sein, als es die Prognosen von 2 Mio. Arbeitslosen für den Beginn der 80er Jahre gewesen sind, die bereits vor Jahren gestellt wurden und als „Panikmache" unbeachtet blieben.

In diese Situation fällt die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit des AEG-Konzerns. Ist dies der Anfang vom Ende, der Beginn des großen Zusammenbruchs, wie 1931 der Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns der Beginn der großen Krise in Deutschland war? Damals zog der Konkurs des Textilunternehmens den Zusammenbruch der Danat Bank nach sich, die als zweitgrößte Bank Einfluß auf 22% des deutschen Industriekapitals hatte. In der Folge der anschließenden Konkurswelle stieg die Zahl der Arbeitslosen innerhalb von 6 Monaten um 2,1 Mio. auf über 6 Mio., sank die Industrieproduktion um 25% und spitzte sich die ökonomische und politische Polarisierung so zu, daß sich der Faschismus als politisches Regime etablieren konnte. Parallelen sind – insbesondere hinsichtlich der krisenverschärfenden staatlichen Wirtschaftspolitik – unübersehbar. Unübersehbar sind aber auch die Unterschiede:

Es gibt keine Hinweise dafür, daß die Dresdner Bank als Hausbank und Hauptaktionär der AEG durch die Krise des Konzerns in ihren Existenzgrundlagen erschüttert worden ist – und dies trotz zusätzlicher Belastungen aus den Polenkrediten und steigenden Risiken aus Geschäften mit hochverschuldeten Entwicklungsländern. Und immerhin ist die AEG *nicht* zusammengebrochen. Sie hat vielmehr innerhalb weniger Tage nach dem Vergleichsantrag von „ihrem" Bankenkonsortium einen Kredit von 1,1 Mrd. DM und von der Bundesregierung eine Zusage über 600 Mio. DM Exportbürgschaften sowie die Zusicherung erhalten, eine Bürgschaft für weitere 1,1 Mrd. DM Kredite wohlwollend zu prüfen. Auch die Landesregierungen, insbesondere in Westberlin, Niedersachsen und Baden-Württemberg haben sich beeilt, dem notleidenden Unternehmen Hilfe zur Sanierung anzubieten.

Es steht m. E. außer Zweifel: Nicht der Zusammenbruch, sondern eine erneute Sanierung der AEG steht auf der Tagesordnung. Würde sie allerdings so durchgeführt, wie der Vorstand dies geplant und der Aufsichtsrat es gebilligt hat, so würde dies dem Konzern zwar neue Gewinnchancen eröffnen, es wäre jedoch kein Beitrag zur Milderung, sondern ein Beitrag zur Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik.

Der Fall AEG ist in mehrfacher Hinsicht ein Lehrstück über Struktur und Funktionsweise des „Stamokap" in der Bundesrepublik der Gegenwart:

Erstens beleuchtet der Fall AEG exemplarisch die Struktur eines wichtigen Bereiches des finanzkapitalistisch durchdrungenen industriellen Großkapi-

tals der Bundesrepublik. Die Größe und die Einbettung in das Gesamtsystem des Industrie- und Bankkapitals in der BRD sowie die Verbindungen und Verflechtungen mit dem Staat verdeutlichen die Dimensionen ökonomischer und politischer Macht, über die große marktbeherrschende Unternehmen verfügen.

Zweitens stellt der Fall AEG drastisch klar, daß auch mächtige Konzerne die Grundgesetze kapitalistischer Wirtschaft nicht außer Kraft setzen können. Ihre Größe und Marktmacht gibt ihnen keineswegs die Planungs- und Handlungssicherheit, die von den Ideologen der „modernen Industriegesellschaft" behauptet wird. Auch Monopole werden von den inneren Widersprüchen und Krisentendenzen der kapitalistischen Wirtschaft berührt, auch für sie gilt das Wolfsgesetz der Konkurrenz.

Drittens erhellt der Fall AEG aber auch eine wichtige Funktion staatsmonopolistischer Regulierung: Ein Monopol vom Schlage der AEG stirbt nicht, sondern wird saniert. Für das Großkapital gelten längst nicht mehr die Gesetze der „marktwirtschaftlichen Bereinigung" durch den Konkurs eines angeschlagenen Unternehmens; es gilt vielmehr der Imperativ staatskapitalistischer Sanierung um jeden Preis. Hierdurch werden das Überleben und erneute Gewinne für den Konzern gesichert, eine sichere Zukunftsperspektive im Rahmen einer gesunden Wirtschaft kann daraus allerdings nicht entstehen.

Viertens schließlich deckt der Fall AEG mit schonungsloser Brutalität den asozialen Charakter des Wirtschaftssystems und der Wirtschaftspolitik in der BRD auf: Zur Erhaltung privater Wirtschaftsmacht und für die Gewinne der großen Konzerne werden durch privatwirtschaftliche und staatliche Maßnahmen umfangreiche Mittel auf Kosten des „Restes" der Gesellschaft mobilisiert, zu Lasten der Arbeiter und Angestellten, der Verbraucher und Steuerzahler, der mittelständischen Lieferanten und sonstigen Gläubiger der Konzerne. Dieser „Tribut" (Lenin), den das Monopolkapital von der ganzen Gesellschaft erhebt, zerstört jede vernünftige wirtschaftliche Entwicklungsperspektive für die Gesamtwirtschaft, vermehrt die Arbeitslosigkeit, verschärft die Krise und lähmt Produktion und Investitionen.

II. Wer ist die AEG?[2])

1. Ein Prozent des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik

Die AEG ist das zweitgrößte Elektrounternehmen der BRD, das fünftgrößte in Westeuropa (nach Philips, Siemens, der Compagnie Générale d'Electricité und Thompson Brandt, die beiden letzteren wurden Ende vergangenen Jahres von der neuen französischen Regierung verstaatlicht). Das Arbeitsgebiet der

2) Vgl. zum Folgenden die umfassende historische und systematische Monographie von Gert Hautsch, Der Elektrokonzern AEG-Telefunken. Untersuchungen zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik am Beispiel eines westdeutschen Großunternehmens, Dissertation Bremen 1982, sowie den Vorläufer dieser Dissertation: Gert Hautsch, Das Imperium AEG-Telefunken, Frankfurt/M. 1979.

AEG „umfaßt wesentliche Teile der Elektrotechnik und Elektronik. Das breitgefächerte Angebot an Produkten und Leistungen reicht vom kleinsten elektronischen Bauelement bis zur kompletten elektronischen Anlagenausrüstung, von der Planung und Projektierung bis zur Montage und Wartung." (Geschäftsbericht 1981, S. 58).

Der AEG-Konzern bestand Ende 1981 aus 51 (konsolidierten) inländischen und 72 ausländischen Tochtergesellschaften. Er setzte weltweit mit 124 000 Beschäftigten 14,8 Mrd. DM um, das ist knapp ein Prozent des Bruttosozialproduktes der Bundesrepublik. Die inländischen Konzerngesellschaften beschäftigten im vergangenen Jahr 99 400 Personen (= 1,3% aller Industriebeschäftigten im Durchschnitt 1981) und setzten 12,5 Mrd. DM um, das sind 1,2% des Umsatzes von Bergbau und verarbeitendem Gewerbe. 1980 vergab das Unternehmen Aufträge im Wert von 5 Mrd. DM an rund 32 000 Lieferanten, das sind fast 7% aller Unternehmen des produzierenden Gewerbes (einschließlich Handwerk) oder 2% aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen (einschließlich Einzelpersonen).

Die AEG gehört ohne Zweifel nach wie vor zur Spitzengruppe bundesdeutscher Industrieunternehmen: sie lag 1981 auf Platz 16 der Rangliste der umsatzstärksten Industrieunternehmen in der BRD. (1972 hatte sie allerdings noch auf Platz 8 gelegen.)

2. *Eigentum der Banken*

Die Commerzbank gibt in ihrem vor wenigen Monaten erschienenen Nachschlagwerk „Wer gehört zu wem?" für die AEG-Telefunken AG unter der Rubrik „Großaktionär, Gesellschafter etc." an: „Streubesitz (ca. 180 000 Aktionäre)". Die AEG wäre demnach eine jener großen anonymen Publikumsgesellschaften ohne maßgeblichen Einfluß eines Großaktionärs, die 180 000 Kleinaktionäre lebendiger Beweis für breite Vermögensstreuung in der BRD. Die Angaben der Commerzbank sind jedoch in hohem Maße irreführend: Zwar dürfte in der Tat kein einziger Aktionär alleine 25% oder mehr des Grundkapitals der AEG besitzen (und in diesem Sinne Großaktionär sein). Jedoch gehören mindestens 50%, wenn nicht 60% der AEG-Aktien einem Konsortium von 25 Banken, das von der Dresdner Bank (und in zweiter Linie von der Westdeutschen Landesbank Girozentrale) angeführt wird. Der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, der frühere Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs, ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender bei AEG. Mit Manfred Meier-Preschany entsendet die Dresdner Bank darüber hinaus ein weiteres Vorstandsmitglied in den Aufsichtsrat der AEG.

Die Übernahme der Kapitalmehrheit bei AEG durch das Bankenkonsortium war in zwei Schritten vor sich gegangen: Im August 1975 wurde das Kapital der AEG um 226 Mio. DM auf 930 Mio. DM heraufgesetzt, um dem Unternehmen neue Mittel zuzuführen. Die neuen Aktien wurden zum Kurs von 140% aufgelegt und zunächst von den Banken übernommen, die sie dann ans Publikum, vorzugsweise die alten Aktionäre weitergeben sollten. Da der Kurs der

AEG-Aktie jedoch bereits 1975 unter 100 lag und auch in den Folgejahren niemals mehr den Wert von 140 erreichte, muß davon ausgegangen werden, daß die Banken, statt die Aktien mit Verlust abzustoßen, den größten Teil ihres Aktienpaketes von 24,3% behalten haben.

Im Zuge einer weiteren Sanierung des Konzerns Ende 1979 wurde das Grundkapital zunächst von 930 Mio. auf 310 Mio. DM herabgesetzt, d. h. alle Aktien auf ein Drittel ihres Nominalbetrages abgewertet. Anschließend wurde das Grundkapital wieder auf 620 Mio. erhöht. Wiederum übernahm das Bankenkonsortium die neuen Aktien, diesmal zum Kurs von 300%. Auch diese Beteiligung von 50% des Grundkapitals befindet sich nach wie vor in ihrem Portefeuille.

Aus diesen beiden Übernahmen ergibt sich ein Anteil der Banken am Kapital der AEG von 62,1%. Wird die bei der Kapitalübernahme von 1979 vereinbarte Verteilung der Eigentumsanteile auf die einzelnen Banken auch für die Kapitalerhöhung von 1975 unterstellt, dann sähe die Struktur der Bankenbeteiligung bei der AEG heute folgendermaßen aus:

Tabelle 1
Anteile des Bankenkonsortiums am Grundkapital der AEG-Telefunken AG

Bank	*Anteil aus der Kapitalübernahme von 1979*	*1975*	*Kapitalanteil insgesamt*
Dresdner Bank AG	*10,8*	*2,5*	*13,3*
Deutsche Bank AG	*7,5*	*1,8*	*9,3*
Westdeutsche Landesbank Girozentr.	*4,8*	*1,1*	*5,9*
Commerzbank AG	*4,0*	*1,0*	*5,0*
Berliner Handels- u. Frankfurter Bank	*3,0*	*0,8*	*3,8*
Hessische Landesbank	*2,8*	*0,7*	*3,5*
18 weitere Banken mit jeweils weniger als 2,5%	*17,7*	*4,2*	*21,9*
	50,6	*12,1*	*62,7*

Quelle: „Süddeutsche Zeitung" (SZ) vom 12. 8. 1982, S. 8, und eigene Berechnungen.

Die drei Führungsbanken des Konsortiums verfügen mit 28,5% über eine Sperrminorität, die sechs ersten Banken über rund 40% des Grundkapitals der AEG. Sie sind damit angesichts der 180 000 Kleinaktionäre, die sich auf die restlichen knapp 40% des Kapitals verteilen, unumschränkte Eigentümer des Konzerns.

Die AEG ist keine Publikumsgesellschaft des kleinen Mannes, sondern ein Paradebeispiel für das Finanzkapital in der BRD, für die Aneignung und Durchdringung großer Industrieunternehmen durch die Banken. Welche Rolle der „Streubesitz" in diesem Zusammenhang spielt, geht aus folgender Rechnung hervor: Wer 1970 beispielsweise 30 AEG-Aktien zu 50 DM gekauft

hat, mußte dafür zwischen 4350 DM (niedrigster Kurs: 151) und 6600 DM (Höchstkurs 220) bezahlen. Heute hätte er – nach der Entwertung des Aktienkapitals von 1979 – noch 10 Aktien à 50 DM. Ihr Wert liegt – nach einem Sturzflug auf 23 DM pro Stück unmittelbar nach dem Vergleich – Mitte August bei 35 DM pro Stück, insgesamt also bei 350 DM. An Dividenden sind im Jahre 1970 16% (also 240 DM), in den Jahren 1971 bis 1973 jeweils 10% (also 150 DM) gezahlt worden. Hätte der Kleinaktionär diese Dividenden jeweils auf ein Sparkonto gelegt, das im Jahresdurchschnitt 5% Zinsen gebracht hätte, verfügte er heute über 1164 DM, einschließlich des Wertes seiner Aktien über 1514 DM. Er hat in 12 Jahren den Betrag von 3016 (bzw. 5086) DM an die AEG verloren. Hätte er andererseits das Geld 1970 gleich auf ein Sparkonto gelegt, so hätte er heute – bei 5% Zinsen – einen Betrag von 8189 DM (bzw. 11 853 bei Anlage von 6600 DM) zur Verfügung. Sein Engagement bei AEG hat ihm in 12 Jahren einen Verlust von 6675 DM bzw. 10 339 DM gebracht.

Natürlich ist auch der Kurs der Aktien gesunken, die im Eigentum der Banken sind. Nur: Sie haben in der Zeit von 1975 bis 1979, als sie maximal 226 Mio. DM vom Grundkapital hielten, insgesamt 1,8 Mrd. DM an Zinsen von der AEG (nur Inlandskonzern! Quelle: Geschäftsberichte der AEG) erhalten, im Jahresdurchschnitt also 354 Mio. DM. 1980 und 1981 stieg der Bankenanteil am Grundkapital auf ca. 384 Mio. DM, die Zinsen beliefen sich für beide Jahre zusammen auf 696 Mio. DM, pro Jahr also auf 348 Mio. DM. Insbesondere in Zeiten, in denen die Plazierung von Krediten wegen zurückhaltender Investitionstätigkeit und hoher Innenfinanzierung der Unternehmen schwierig ist, erweisen sich Zinseinnahmen aus Unternehmen, die den Kreditgebern selbst gehören, als attraktive Gewinnquelle für die Banken.

3. Glied im Gesamtverbund des Großkapitals

Die AEG besitzt und beherrscht 51 konsolidierte inländische und 72 ausländische Tochterfirmen. Sie ist zugleich – sozusagen horizontal – über eine Reihe von Kapital- und zahlreiche Personalverflechtungen in das Gesamtsystem der großen Industrie-, Dienstleistungs- und Finanzunternehmen integriert.

Ein wichtiges Bindeglied dieser großkapitalistischen Vernetzung sind die sog. Gemeinschaftsunternehmen, an denen mehrere Konzerne beteiligt sind. AEG ist über derartige Unternehmen nicht nur mit den großen Konkurrenten Siemens, Bosch und SEL, sondern auch mit Konzernen in anderen Bereichen – vor allem der Schwerindustrie – wie Thyssen, Mannesmann, Gutehoffnungshütte sowie mit einer Reihe ausländischer Elektrokonzerne verbunden. (Vgl. Tabelle 2)

Auch die personellen Verflechtungen zwischen den Führungsgremien der Industriemonopole untereinander und mit den Finanzgesellschaften sowie die Mitgliedschaften in Wirtschaftsverbänden und Interessenvertretungsorganen verdeutlichen den Gesamtverbund, in den die führenden Unternehmen eingebettet sind. Zu ihnen gehört auch die AEG, wie aus der folgenden Zusammenstellung zentraler Funktionen hervorgeht, die die 10 von der Arbeitge-

berseite gestellten Aufsichtsratsmitglieder der AEG in anderen Spitzenunternehmen von Industrie und Finanzwelt sowie in Verbänden ausüben. (Tabelle 3)

Tabelle 2
Verbindungen der AEG zu anderen Großunternehmen über Gemeinschaftsunternehmen

Gemeinschaftsunternehmen	AEG-Anteil in %	Partnerunternehmen	Anteil in %
Transformatoren Union AG	25	Siemens AG	75
Volta-Werke Electrizitäts-gesellschaft mbH	12,5	Siemens AG	87,5
ESG Electronic System GmbH	25	Siemens AG	25
		Rohde & Schwartz	25
		SEL Standard Electric Lorenz AG	25
GFS-Midas Gesellschaft für Führungssysteme	50	Siemens AG	50
Deutsche Fernkabel GmbH	21,1	Deutsche Bundespost	31
		Siemens AG	16,6
		Felten & Guilleaume Kabeltechnik	13,9
		Gutehoffnungshütte AG	7,3
		SEL Standard Electric Lorenz AG	7,3
Kabelwerk Frowein GmbH	32	Siemens AG	33
		Gutehoffnungshütte AG	27
Patro Packmittel und Trommelbau GmbH	50	Gutehoffnungshütte AG	50
Viscom GmbH	50	Robert Bosch GmbH	50
AEG Isolier- u. Wärmetechnik	50	Hoechst AG	50
AEG Elotherm GmbH	50	Thyssen Edelstahlwerke AG	50
Telenorma Beteiligungs-gesellschaft mbH	24,5	Robert Bosch GmbH	75,5
Telefonbau u. Normalzeit		Robert Bosch GmbH	29,5
Lehner & Co	9,5	Familie Thyssen	9,5
AEG-Telefunken Nachrichten-technik GmbH	51	Robert Bosch GmbH	20
		Mannesmann AG	20
		Allianz Versicherungs AG	9
Olympia Werke AG	51	Robert Bosch GmbH	19,5
		Deutsche Bank AG	9,9
		Dresdner Bank AG	9,5
		Westdeutsche Landesbank Girozentrale	9,5
BBC Hausgeräte GmbH	75	Brown Boveri & Cie	25
Eltro Gesellschaft für Strahlentechnik mbH	74	Hughes Aircraft Co.	26
Elekluft, Elektronik- und		General Electric Co.	26
Luftfahrtgeräte mbH	51	Hughes Aircraft Co.	23
Feinmechanische Werke Mainz GmbH	47,2	Cadillac-Gage Co.	47,2
Teldec Telefunken Decca		Decca Holding Ltd.	50
Schallplatten GmbH	50		

Quelle: „Handelsblatt" v. 10. 8. 1982, S. 4, Wer gehört zu Wem? 14. Ausgabe.

Tabelle 3
Funktionen der AEG-Aufsichtsratsmitglieder in anderen Spitzenunternehmen der BRD und in Verbänden

Name des AEG-Aufsichtsrates	Name der verflochtenen Unternehmen Industrie-Unternehmen	Funktion	Banken und Vers.-Unternehmen	Funktion	Verbände	Funktion
Hans Friderichs	Metallgesellschaft AG	ARV	Dresdner Bank AG	VV	Bundesverband deutscher Banken	V
	Deutsche BP	AR	Allianz Versicherungs AG	AR	Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer	V
	Hapag Lloyd AG	AR			Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik	Prä
	Fried. Krupp GmbH	AR				
	RWE AG	AR				
	Volkswagenwerk AG	AR				
Hellmuth Buddenberg	Deutsche BP	VV	Dresdner Bank AG	VR	Mineralölwirtschaftsverband	V
	Gelsenberg AG	VAR	Hamburgische Landesbank Girozentrale	VR		
	Erdölchemie GmbH	AR				
	Ruhrgas AG	AG				
Horst Burgard	Didier Werke AG	ARV	Deutsche Bank AG	V	Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes	V
	Hutschenreuther AG	ARV	Frankfurter Hypothekenbank AG	ARV		
	Bertelsmann AG	ARVSt				
	Cassella AG	AR				
	Heidelberger Zement	AR				
	Linde AG	AR				
	Rütgerswerke AG	AR				
Dietrich-Kurt Frowein	Zündapp Werke AG	ARV	Commerzbank AG	V	Arbeitskreis zur Förderung der Aktie	V
	Heidelberger Druckmaschinen AG	ARV	ADIG Allgemeine Deutsche Investment Gesellschaft	ARVSt		
	VEBA Glas AG	AR				
Manfred Meier-Preschany	Bilfinger & Berger Bau AG	ARVSt	Dresdner Bank AG	V		
	Dyckerhoff Zementwerke AG	AR	Davy McKee AG	ARV		
	Hoffmann-LaRoche AG	AR	Deutsch-Südamerikanische Bank	ARV		
	Korf-Stahl AG	AR	Pfälzische Hypothekenbank	ARV		
	Rheinelektra AG	AR	AKA Ausfuhr-Kredit GmbH	ARVSt		
	Süddeutsche Zucker	AR				
Vinzenz K. E. Grothgar	VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH	V	Westdeutsche Landesbank Girozentrale	V		
	Berliner Kindl Brauerei AG	ARVSt				
Hanns Christian Schroeder-Herwart	AG für Industrie u. Verkehrswesen	ARV	Berliner Handels- und Frankfurter Bank	PhG	Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (Kuratorium)	
	Schimmelpfeng GmbH	ARV				
	Deutsche ICI	AR	Allgemeine Kreditversicherungs AG	ARVSt		
	O&K Orenstein & Koppel AG	AR	Frankfurter Versicherungs AG	AR		
	Procter & Gamble GmbH	AR				
	Wayss & Freytag AG	AR	Mietfinanz GmbH	ARVSt		
Bernhard Timm	BASF AG	ARV	Mannheimer Versicherungs AG	ARVSt		
	Rhenus WTAG	AR				
Franz Josef Weisweiler	Mannesmann AG	V			Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie	V
	Hartmann & Braun AG	ARV				
	Kienzle Apparate	ARV				
Gerd Wollburg	MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg	VVSt	Commerzbank AG	AR		
	Bilfinger & Berger Bau AG	AR	Deutsche Hypothekenbank	AR		
	Ferrostahl AG	AR				
	MTU München GmbH	AR				

4. Führender Rüstungskonzern in der BRD

Die AEG gehört zu den wichtigsten Auftragnehmern der öffentlichen Hand. Post und Bahn sind Großkunden des Konzerns. Der größte Einzelkunde überhaupt ist jedoch das Verteidigungsministerium. Nach dem Stande von 1980 war die AEG nach Siemens das zweitgrößte Rüstungsunternehmen der BRD. Nach der Fusion von MBB und VFW zum Jahre 1981 ist der neue Konzern an die Spitze der Rüstungslieferanten getreten, AEG liegt demnach gegenwärtig auf Platz 3.

Der AEG-Konzern war und ist an allen großen Rüstungsprojekten der Bundesrepublik maßgeblich beteiligt:

– AEG erhielt die Generalunternehmerschaft für die 20 Schnellboote S 143 bzw. S 143 A, die auf der Lürssen-Werft in Bremen gebaut werden und deren Wert zu über 60% aus elektronischer Ausrüstung besteht.

– AEG ist Generalunterauftragnehmer für die Fregatte F 122 und verantwortlich für deren gesamte Waffen- und Feuerleitanlage sowie die elektrische Ausrüstung.

– AEG stellt wesentliche Komponenten und Geräte für Feuerleitung, Optronic und elektrische Ausrüstung des Kampfpanzers Leopard 2 her.

– AEG hält die Hauptauftragnehmerschaft für das Bordradar und andere Elektronik-Komponenten des Mehrzweckkampfflugzeuges MRCA.

– Das Kampfflugzeug Alpha Jet und das NATO-Frühwarnsystem AWACS werden ebenfalls von der AEG mit elektronischer Ausrüstung versorgt.

Zu den weiteren wehrtechnischen Aktivitäten des Konzerns gehören Systeme zur Luftraumüberwachung und für die elektronische Kampfführung, Panzerausrüstungen, automatische Testsysteme, Torpedos und militärische Infrastruktursysteme u. a. m. Aus einer systematischen Presseauswertung ergibt sich, daß der Anteil der Rüstungsproduktion am Geschäftsbereich Hochfrequenztechnik im bisherigen Unternehmensbereich Nachrichten- und Verkehrstechnik 1980 bei 77% lag, was einem Rüstungsanteil am Umsatz des Inlandskonzernes von 9,4% entsprach[3]). Da militärische Produktion aber auch in den Bereichen Weltverkehrs- und Kabeltechnik, Schiffbau, Flugwesen und Sondertechnik, in der Kommunikationstechnik und bei den Bauelementen stattfindet, dürfte der militärische Anteil der Produktion sicher nicht unter 15% liegen. (Gert Hautsch schätzt ihn in seiner Dissertation sogar auf insge-

3) Vgl. Werner Voß, Die Gewinne in der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung von 17 der 20 größten Rüstungsunternehmen in der Zeit von 1970 bis 1980, Diplomarbeit im Studiengang Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bremen, 1982, S. 56ff.

Anmerkungen zu Tabelle 3
Quellen: Geschäftsbericht AEG-Telefunken 1981, S. 3; Leitende Männer und Frauen der Wirtschaft, Ausgabe 1982.
Abkürzungen: AR = Aufsichtsrat, ARV = Vorsitzender des AR; ARVSt = stellvertretender ARV; PhG = Persönl. haftender Gesellschafter; V = Vorstand; VV = Vorsitzender des V; VVSt = stellvertretender VV; VR = Verwaltungsrat.

samt 25%[4]).) Dieser Anteil ist mit Sicherheit auch 1981 und 1982 nicht zurückgegangen. Das heißt, mindestens 2 Mrd. DM des Konzernumsatzes entfallen auf den militärischen Bereich, der nach der Umorganisation von 1981 weitgehend (mit Ausnahme der Kommunikationstechnik und der Bauelemente) in den neuen Unternehmensbereich Anlagentechnik integriert wurde. Der Vorstandsvorsitzende der AEG-Telefunken Anlagentechnik AG, Joost Freiherr von Wrangel, ist zugleich seit Jahren Mitglied im „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis", jenem Verflechtungsorgan zwischen Staat und Rüstungswirtschaft, in dem die Grundlinien der militärischen Beschaffungspolitik diskutiert und abgestimmt werden.

III. Falsches Management oder Gesetze der Marktwirtschaft? – Hintergründe der Krise

Marktbeherrschender Elektrokonzern und finanzkapitalistisches Spitzenunternehmen, Teil des bundesrepublikanischen Großkapitals und führendes Rüstungsunternehmen – wie kann ein Konzern dieses Kalibers in akute Schwierigkeiten kommen?

Auslösender Faktor für die Krise des Unternehmens sind die seit Jahren stagnierenden, seit 1981 rückläufigen realen Masseneinkommen. Die verminderte Verbrauchsgüternachfrage schlug voll auf die Bereiche Hausgeräte und Unterhaltungselektronik der AEG durch: Während die Umsätze 1979 und 1980 noch wuchsen, allerdings weniger als die Preissteigerungsraten, gingen sie 1981 auch nominal zurück:

Tabelle 4
Entwicklung der Umsätze und der abgesetzten Produktion im Hausgeräte- und Unterhaltungselektronikbereich der AEG

Umsatzveränderung in %	*1979*	*1980*	*1981*	*1979–81*
Hausgeräte	*3,0*	*4,0*	*–1,0*	*6,0*
Unterhaltungselektronik	*–1,0*	*3,0*	*–6,0*	*–4,0*
Steigerung der Erzeugerpreise für Verbrauchsgüter	*4,9*	*7,5*	*5,0*	*17,5*
Veränderung der abgesetzten Mengen				
Hausgeräte	*–1,9*	*–3,5*	*–6,0*	*–11,4*
Unterhaltungselektronik	*–5,9*	*–4,5*	*–11,0*	*–21,4*

Quellen: Geschäftsberichte 1979–1981, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, eigene Berechnungen.

1981 lag die abgesetzte Produktionsmenge im Hausgerätebereich der AEG um 11,4% niedriger als 1979, bei der Unterhaltungselektronik betrug der Rückgang sogar 21,4%. Eine derartige Einschränkung der Produktionsmengen schafft Überkapazitäten und bringt zusätzliche Kosten.

4) Vgl. Gert Hautsch, Der Elektrokonzern . . ., a.a.O., S. 153.

Auf diese Entwicklung war die AEG, die sich seit Mitte der 70er Jahre als führenden Hausgerätehersteller bezeichnet, schlecht vorbereitet. Ihre Unternehmenspolitik hatte nämlich seit mehr als 10 Jahren eine Expansionsstrategie verfolgt, die selbst für kapitalistische Verhältnisse atemberaubend war. Besonderes Kennzeichen dieser Politik war der massenhafte Aufkauf anderer Unternehmen, vornehmlich solcher, die in Schwierigkeiten steckten. Allein in den fünf Jahren von 1967 bis 1971 kaufte AEG 50 Unternehmen, davon 38 im Inland. Einen Schwerpunkt bildete dabei der Hausgerätesektor (einen zweiten der Rüstungs- und Kernkraftbereich). Alte Familienunternehmen mit jahrzehntelanger Tradition wurden damals dem Marktführer AEG angegliedert: Die Linde-Hausgeräte GmbH, die Neff-Werke, die Ako-Werke, die Alno-Möbelwerke, die Zanker-Werke, Unternehmen also, die jetzt großenteils Opfer der AEG-Krise werden. Diese Expansion finanzierte das Unternehmen in weit überdurchschnittlichem Maße mit Krediten. Ihre Rückzahlung hätte kaum Schwierigkeiten bereitet – wenn nicht die Krise 1974/75 den ersten kräftigen Einbruch in der Entwicklung der Konsumgüternachfrage mit sich gebracht hätte. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte des Unternehmens ging der Inlandsumsatz zurück. Die hieraus resultierenden finanziellen Schwierigkeiten führten damals zu der bereits erwähnten Kapitalzuführung und Aktienübernahme durch ein Bankenkonsortium.

Ist diese Krise der AEG also Resultat einer Reihe von Managementfehlern, von denen der hemmungslose Aufkauf anderer Unternehmen der wichtigste war? Hätte eine andere Unternehmenspolitik die AEG-Krise vermeiden können – und wäre sie aus dem Blickwinkel der späten 60er und frühen 70er Jahre, und aus dem Blickwinkel des Konzerns von damals wirklich eine bessere Politik gewesen? Zwei Gründe sprechen dagegen:

Erstens folgte die AEG im wesentlichen den Zwängen und Signalen, die vom „Markt" ausgingen. Die Krise 1967 bildete, ganz im Sinne der Marxschen Theorie, „den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage" von Kapital. Die Unternehmen, die die Zeichen des Aufschwunges und Booms am frühesten erkennen und ihre Produktionsanlagen entsprechend auf wachsende Nachfrage einrichten, profitieren am meisten von ihr. Eine gesamtwirtschaftlich sinnvolle Mäßigung einzelner Unternehmen bei der Ausdehnung von Kapazitäten führt mit großer Wahrscheinlichkeit zum Verlust von Marktanteilen, zu Rentabilitätseinbußen und zur Existenzgefährdung dieser Unternehmen. Durch die massenhaften Investitionen wird zwar gesamtwirtschaftlich die Produktionskapazität über das notwendige und vernünftige Maß hinaus ausgeweitet und so die nächste Überakkumulationskrise programmiert; ein einzelnes Kapital kann sich dem Zwang zur Erweiterung und Modernisierung seiner Produktionsanlagen jedoch kaum entziehen. Ein Unternehmen, das wie die AEG diese Erweiterung vornehmlich durch den Aufkauf anderer Unternehmen betreibt, verschafft sich so zwar einen zeitlichen Vorsprung vor den Konkurrenten, die neue Produktionsanlagen erst erstellen. Es läuft aber Gefahr, nach einigen Jahren gegenüber den anderen Unternehmen mit veralteten Maschinen zu arbeiten.

Die AEG-Strategie hätte für das Unternehmen aufgehen können – dann wäre die Überinvestition der Branche und in der Gesamtwirtschaft als Krise bei Siemens oder Bosch oder anderswo zum Durchbruch gekommen und das AEG-Management stünde heute als weitblickend und dynamisch in der öffentlichen Meinung da. Wenn beispielsweise die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sich ab Ende der 60er Jahre stärker und konsequenter auf die Konsolidierung und Expansion der Binnenmärkte und die Stärkung des privaten und öffentlichen Konsums ausgerichtet hätte – und es gab ja Ansätze in diese Richtung –, dann hätte sich die dennoch unvermeidliche Krisentendenz mehr im Anlagenbau und in der Exportindustrie gezeigt.

Zweitens spielt für die Strategie der AEG auch das besondere Konkurrenzverhältnis zu Siemens eine Rolle. Die beiden Konzerne beherrschen den deutschen Elektromarkt seit Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Ihr Verhältnis zueinander war von Anfang an durch gemeinsame Kartellbildung und Kooperation auf der einen und Kampf und Konkurrenz gegeneinander auf der anderen Seite gekennzeichnet. Die Größen- und Kräfteverhältnisse zwischen beiden Konzernen haben sich im Laufe ihrer fast hundertjährigen gemeinsamen Geschichte verschiedentlich verschoben.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Siemens-Konzern jedoch eindeutig das größere und mächtigere der beiden Unternehmen. Diese Position enthält für den schwächeren Konkurrenten die Gefahr, endgültig aus der Führungsspitze der Branche und der Gesamtwirtschaft verdrängt zu werden und die Privilegien und Profite zu verlieren, die ein Platz in der Führungsgruppe bringt. Die Geschichte der AEG seit dem Zweiten Weltkrieg ist daher auch die Geschichte der unablässigen Versuche, den zunächst geographisch bedingten Rückstand gegenüber Siemens – ein sehr viel größerer Teil der AEG-Werke als der Siemens-Werke lag bis 1945 in Berlin oder auf dem Gebiet der späteren DDR – wieder aufzuholen. Seit Mitte der 60er Jahre haben diese Versuche geradezu die Züge von Manie bei verschiedenen Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden angenommen.

Die am schwersten wiegenden Folgen dieses Konkurrenzkampfes hatte der Versuch der AEG, durch forcierte Entwicklungen auf dem Gebiet der Kernenergie die eigene Position zu stärken[5]). Die AEG engagierte sich – unterstützt von ihrem damaligen Großaktionär General Electric Corp. – früher und intensiver als Siemens in der Kernkrafttechnologie, sie baute den ersten Versuchsreaktor und erstellte die ersten Atomkraftwerke in der BRD. Diese erwiesen sich jedoch später als unausgereift und als ständige Verlustquelle für die AEG. Als allen Beteiligten klar wurde, daß die Entwicklung der Atomtechnologie die Finanzkraft einzelner Unternehmen überfordern würde, gründeten AEG und Siemens dann 1968 die Kraftwerks-Union AG, die heute alleiniger Anbieter von AKWs in der Bundesrepublik ist und eine führende Position auf dem Weltmarkt hält. Die Verluste aus den vorher in großer kon-

5) Vgl. ebd., S. 85 ff.

kurrenzbedingter Hast gebauten Anlagen aber hatte die AEG alleine zu tragen. Sie beliefen sich insgesamt über die Jahre auf 1,7 Mrd. DM und führten dazu, daß die AEG sich 1976 durch Verkauf ihrer KWU-Anteile an Siemens aus dem Kernkraftgeschäft zurückzog, das mittlerweile erheblich ausgereift und profitabel geworden war. Der Versuch, den Vorsprung von Siemens durch den forcierten Aufbau einer neuen – außerordentlich aufwendigen und risikoreichen – Produktionslinie aufzuholen, war ins glatte Gegenteil umgeschlagen: Im Ergebnis ist gerade durch die heutige Monopolstellung im Atomgeschäft die Führungsposition von Siemens stärker als zuvor und die Stellung von AEG empfindlich geschwächt worden.

Auch die besonderen Eigentumsverhältnisse des AEG-Konzerns ab 1975 dürften einen Beitrag zur jetzigen Krise bei AEG geleistet haben. Für die Banken ist der Elektrokonzern nicht nur als Kapitalanlage, sondern auch als Kreditnehmer interessant. Sie erzielen aus ihrer Position nicht nur Dividenden als Erträge auf das investierte Kapital, sondern auch Kreditzinsen. Letztere gewinnen gegenüber ersteren an Bedeutung, wenn die Kreditsumme den Eigenkapitalanteil überschreitet. Sie werden besonders wichtig, wenn wegen allgemeiner wirtschaftlicher Stagnation oder Rezession und gleichzeitig hoher Zinsen die Bereitschaft der Unternehmen gering ist, sich bei den Banken zu verschulden. Können die Banken „ihre" Unternehmen veranlassen, auch in solchen Zeiten zu investieren und zu diesem Zwecke Kredite aufzunehmen, so verschärft das zwar Ausmaß und Tempo der allgemeinen Überakkumulation und belastet die investierenden Unternehmen mit zusätzlichen Überkapazitäten. Für die Banken würde eine solche Politik jedoch auch in schwierigen Zeiten erhebliche Profite bringen.

Die heute allenthalben herausgestellte hohe Überschuldung der AEG ist daher auch aus diesem Blickwinkel nicht das Resultat eines miserablen Finanzmanagements; sie entspricht vielmehr auch den Interessen derer, die als Kreditgeber an den hohen Schulden verdienen und die als Eigentümer über ihre Personalpolitik maßgeblichen Einfluß auf die Geschäftspolitik haben. Wenn es richtig ist, daß die AEG durch die hohe Zinsbelastung jahrelang finanziell ausblutete, so ist es doch auch richtig, daß dieser Aderlaß den kreditgebenden Eigentümerbanken hohe Gewinne brachte. Es war ein makabres Schauspiel, als am 9. August der Aufsichtsratsvorsitzende der AEG Hans Friderichs vor der Presse die anhaltend hohen Zinsen für die Finanzmisere verantwortlich machte; derselbe Hans Friderichs, der wenige Tage zuvor als Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank eine Gewinnsteigerung seiner Bank um über 40% im 1. Halbjahr 1982 begrüßte. Was hat ihn gehindert, die Zinsbelastung der AEG dadurch zu mildern, daß er die Gewinnsteigerung der Dresdner Bank nicht gar so kraß hätte ausfallen lassen?

Die zwanghafte Schaffung von Überkapazitäten, zurückbleibende Verbrauchsgüternachfrage, die historische Konkurrenzposition gegenüber Siemens und der Versuch, die eigene Position in dieser Konkurrenz zu stärken; schließlich die besonderen Gewinninteressen der Eigentümerbanken – dies

sind die wesentlichen Faktoren, die zur Erklärung der heutigen Lage der AEG herangezogen werden müssen. Man sieht: es sind die Grundstrukturen und Funktionsprinzipien des Kapitalismus der Gegenwart, es ist die moderne Marktwirtschaft selber, die die Krise des Konzerns hervorgerufen hat.

Die Krise des Konzerns? Wer genau befindet sich in der Krise?

– Die Gesamtheit der Produktionsanlagen der AEG läßt sich nicht mehr rentabel einsetzen, ein Teil muß liquidiert werden; insofern ist der Elektrokonzern als umfassender gesellschaftlicher Produktionskomplex in der Krise.

– Zehntausende von Arbeitern und Angestellten werden in den nächsten Monaten ihren Arbeitsplatz bei AEG verlieren und sich in die industrielle Reservearmee einreihen; insofern ist die AEG-Belegschaft in der Krise.

– Tausende von Gläubigern werden ihre Forderungen an die AEG zu einem erheblichen Teil verlieren; insofern sind auch sie in der Krise.

– Krise schließlich auch für die Kleinaktionäre, deren Besitzanteile erneut weitestgehend wertlos gemacht werden.

Worin aber besteht die Krise der Großaktionäre, des *Kapitals,* das in der AEG steckt und den Banken gehört? Sie werden auch in Zukunft Großaktionäre der AEG sein. Das Ausmaß, in dem sie von der Krise des Konzerns betroffen sind, hängt also wesentlich davon ab, inwieweit gegenwärtig anfallende Verluste durch Kapitalentwertung und Schuldenerlaß zum einen abgewälzt und zum anderen durch die zukünftige Entwicklung und Rentabilität des Konzerns ausgeglichen werden. Es ist also erforderlich, das Konzept für die Zukunft der AEG zu untersuchen.

IV. Der Sanierungsplan – Strategie für das Monopol der Zukunft

Der Vergleichsantrag der AEG ist in der nationalen und internationalen Presse als Sensation ersten Ranges aufgemacht und als eines der spektakulärsten Ereignisse in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik gewürdigt worden. Unerwartet kam er jedoch nicht, da seit Jahren über die zunehmenden Schuldenlasten, verlustbringende Produktionen und erfolglose Versuche zur Straffung der Unternehmensorganisation berichtet wird. Noch weniger dürfte die Zahlungsunfähigkeitserklärung für die Insider des Finanzkapitals, den Aufsichtsrat und die gesamte Führungsspitze des bundesdeutschen Bank- und Industriekapitals überraschend gekommen sein. Es ist auch kein plötzliches unerwartetes wirtschaftliches Ereignis eingetreten, das dem „wankenden Riesen" über Nacht den Rest gegeben und ihn so zum Vergleichsantrag getrieben hätte. Die Umstände sprechen vielmehr dafür, daß es sich um einen – zweifellos gegenüber anderen Lösungen, vor allem der Aufnahme eines kapitalkräftigen „industriellen Partners" nicht favorisierten, aber – wohlüberlegten und vorbereiteten Schritt handelt, der mit den führenden Banken abgestimmt worden ist. Diese Vermutung wird auch durch die

Tatsache gestützt, daß der AEG-Vorstand schon zwei Tage nach dem Vergleichsantrag der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit das detaillierte Sanierungskonzept mit allen Unterlagen aushändigen konnte („Handelsblatt" v. 16. 8. 1982, S. 1). Der Vergleich muß demnach zumindest als Option bereits längere Zeit erwogen worden sein. Und wie die Krise der AEG ein Lehrstück über Konkurrenz- und Krisendynamik im Monopolkapitalismus der BRD der Gegenwart ist, so ist das Sanierungskonzept ein Lehrstück darüber, wie und auf wessen Kosten ein Spitzenunternehmen wie die AEG die Krise übersteht und wie es dabei vom Staat unterstützt wird.

Das Sanierungskonzept umfaßt die kurzfristigen Maßnahmen zur Liquidierung bzw. Finanzierung der Schuldenlast sowie die zukunftsgerichteten Maßnahmen zur Neugestaltung der Produktionsstruktur der AEG.

Entschuldung auf Kosten der Zulieferer und Steuerzahler

Nach Angaben der „Wirtschaftswoche" hatte die AEG am Tage des Vergleichsantrages 7,23 Mrd. Schulden. Davon waren jedoch 2,6 Mrd. DM Pensionsrückstellungen und 1 Mrd. DM sonstige Rückstellungen, Verbindlichkeiten also, die erst in der Zukunft und zum Teil möglicherweise gar nicht fällig werden und nicht kurzfristig finanziert werden müssen. Bleiben 3,63 Mrd. DM Schulden, davon 3 Mrd. gegenüber den Banken, 0,6 Mrd. gegenüber den Zulieferern. Sie sollen zu 60% gestrichen, also auf 1,44 Mrd. reduziert werden. Auf die Banken entfiele dabei ein Verlust von 1,8 Mrd. DM auf die Zulieferer von 380 Mio. DM. Die restlichen Bankschulden in Höhe von 1,2 Mrd. DM sollen umgeschuldet, die verbleibenden Lieferantenkredite durch Kapitalfreisetzungen im Rahmen von Betriebs- und Anlageverkäufen gedeckt werden.

Der vorgesehene Verlust der Banken nimmt sich auf den ersten Blick hoch aus. Er ist es aber nicht. Denn man kann zweifellos davon ausgehen, daß die Banken bereits in den vergangenen Jahren vorsorglich Wertberichtigungen auf die erkennbar risikoreichen AEG-Schulden gemacht haben. Diese Wertberichtigungen vermindern den auszuweisenden Gewinn der Banken und damit auch die von ihnen zu zahlenden Steuern. Der größte Teil der Bankverluste ist so bereits vom Steuerzahler bezahlt worden, und auch der Rest ist steuerlich absetzbar und wird damit zu rund 60% vom Staat getragen. Was bleibt, sind 720 Mio. DM Buchverluste. Angesichts der Aussichten, nach Abschluß des Verfahrens Zinsen aus Bankdarlehen in Höhe von 5 Mrd. DM (1,2 Mrd. Umschuldung, 1,1 Mrd. DM „Massedarlehen", weitere 1,1 Mrd. DM vom Bund verbürgter Kredite sowie 600 Mill. DM Exportbürgschaften) ziehen zu können, die sich wohl kaum auf weniger als 500 Mio. DM jährlich belaufen dürften, scheint dies ein attraktiver Verlust zu sein. Zumal, wenn auch auf die neuen Kredite neue Risikoabschreibungen vorgenommen werden.

Die materielle Seite der Sanierung liegt in dem Umbau des Produktionsprofils der AEG.

Trennung vom Konsumgüterbereich

Der unrentable Hausgeräte- und Unterhaltungselektronikbereich wird weitestgehend durch Betriebsschließungen, Verkäufe und Hereinnahme von wesentlichen Beteiligungen anderer Unternehmen abgestoßen:

– Die beiden Tochterunternehmen Neff und Zanker stellten, nachdem ihnen vom Mutterkonzern die Gelder gesperrt worden waren, wenige Tage nach dem Gesamtkonzern ebenfalls Vergleichsantrag. Der Unterschied: Bei Neff und Zanker soll der Vergleich zur Liquidation führen. (Auch die von der Landesregierung von Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten Kredite von 15 Mio. DM können die Schließung dieser Unternehmen nicht verhindern, sie sollen vielmehr für eine reibungslose Abwicklung sorgen.) Weitere Schließungen bei den Hausgerätebetrieben sind angekündigt[6]).

– In die Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, in der die Unterhaltungselektronikgeschäfte der AEG zusammengefaßt sind, steigt die Grundig AG ein, die mit einer wesentlichen Kapitalbeteiligung zugleich die „unternehmerische Führung" übernimmt. Worin diese Führung bestehen wird, kann nicht zweifelhaft sein: angesichts der hohen Überkapazitäten werden die übernommenen Werke – die Grundig keinen Pfennig kosten! – rigoros durchforstet, rationalisiert oder ausgeschlachtet; das Ergebnis wird eine Verbesserung der Marktposition für Grundig und die Vernichtung Tausender von Arbeitsplätzen sein.

– Die AEG-Telefunken Nachrichtentechnik GmbH und die Olympia-Werke AG sind bereits im vergangenen Jahr in einen „Telematik-Verbund" eingebracht worden, zu dem außerdem noch die im Mannesmann-Besitz befindliche Kienzle GmbH sowie die Telefonbau und Normalzeit Lehner GmbH sowie eine gemeinsam von AEG, Bosch und Mannesmann gehaltene Planungsgesellschaft gehören. Bei dieser Gelegenheit haben die Robert Bosch GmbH 20% der AEG-Telefunken Nachrichtentechnik GmbH und 19,5% der Olympia-Werke AG sowie die Mannesmann AG 20% und die Allianz-Versicherungs AG 9% an der AEG-Gesellschaft, die Deutsche Bank, Dresdner Bank und Westdeutsche Landesbank über eine Zwischenholding jeweils 9,5% an den Olympia-Werken übernommen. Die damit eröffnete Perspektive eines außerordentlich leistungsstarken Telekommunikationsverbundes hat allerdings nicht verhindert, daß bei den Olympia-Werken in Wilhelmshaven Massenentlassungen begonnen haben und daß die Betriebe in Leer und Norden zur Schließung vorgesehen sind.

Weltmarkt und Rüstung – die Perspektiven der Zukunft

Der Kern der zukünftigen AEG soll der „Bereich Technik" sein, der nach dem Vorstandskonzept 60 000 Mitarbeiter haben und einen Umsatz von 8 Mrd. DM machen soll. Er besteht im wesentlichen aus den Abteilungen des bisherigen Bereiches Anlagentechnik, der 1981 mit 5,9 Mrd. DM ungefähr 40% des Kon-

6) Vgl. FAZ v. 19. 8. 1982, S. 11.

zernumsatzes gebracht hatte. (Dazu kommen noch die alten Bereiche Kabel- und Büro- und Informationstechnik.)

Der neue Konzern soll im wesentlichen in zwei Richtungen expandieren:

Zum einen ist die Strategie nachdrücklich auf die Erweiterung des Auslandsumsatzes gerichtet, der 1981 „nur" 43% des Gesamtumsatzes ausmachte und damit hinter dem Durchschnitt der 10 größten Industrieunternehmen (50%) zurückblieb. Schon im Geschäftsbericht für 1981 war die „Forcierung der internationalen Aktivitäten" neben der „besseren Nutzung der im Konzern vorhandenen Ressourcen" und der „verstärkten strategischen Ausrichtung" des Konzerns als Hauptaufgabe für die Zukunft genannt worden. In den Bereichen Industrie- und Energietechnik sind schon in den letzten Jahren die wesentlichen Impulse aus dem Ausland gekommen.

Zum anderen soll das inländische Standbein der neuen AEG offensichtlich noch stärker als bisher aus dem Geschäft mit dem Staat bestehen. Die Bereiche Bahn-, Kabel- und Hochfrequenztechnik arbeiten großenteils für die öffentlichen Auftraggeber, und der Komponenten- und Motorenbau – der im übrigen durch die Schließung des Berliner Werkes Brunnenstraße drastisch reduziert wird – ist weitgehend als Zulieferer für diese Unternehmensbereiche tätig. Während jedoch bei Bahn und Post in den nächsten Jahren wegen der Finanzknappheit und der staatlich verordneten Sparpolitik die Aufträge wenig steigen werden, trifft das für den Bereich nicht zu, in dem die AEG besonders intensiv engagiert ist: Die Rüstungsausgaben werden auch in den nächsten Jahren nach den Planungen der Bundesregierung weit überdurchschnittlich wachsen: Nach den Angaben des Finanzberichtes 1982 sollen die Bundesausgaben für alle Ressorts (außer Zinszahlungen) zusammen von 1981 bis 1985 nur um 7,1 Mrd. DM zunehmen, die für das Verteidigungsministerium alleine jedoch um 7,7 Mrd. DM.

Die Bundesregierung hat nach dem Vergleichsantrag der AEG mehrfach demonstrativ erklärt, daß sie ihre Geschäftsbeziehungen zur AEG in vollem Umfang aufrechterhalten werde, um das Vertrauen in die Zukunft des Konzerns zu dokumentieren. Mit tatkräftiger Hilfe der Bundesregierung wird diese Zukunft zu einem erheblichen Teil im militärischen Bereich liegen. Wenn man davon ausgeht, daß die 1981 angefallenen mindestens 2 Mrd. DM Rüstungsumsatz mit Sicherheit nicht reduziert werden, dann bedeutet das bei einem projektierten Gesamtumsatz von 8 Mrd. DM einen Rüstungsanteil von 25%. Angesichts der überproportionalen Ausgaben- und Preissteigerungen für Militärrüstung ist aber auch die Perspektive eines 35–40%igen Rüstungsanteils nicht unrealistisch.

V. *Staatliche Wirtschaftspolitik und private Unternehmensstrategie*

Die Gesamtausrichtung der AEG-Sanierungsstrategie: Die Lösung vom Konsumgütermarkt, der Vorstoß ins Ausland und die binnenwirtschaftliche Ab-

stützung durch Rüstungsproduktion spiegelt auf Unternehmensebene exakt die Ausrichtung staatlicher Wirtschaftspolitik: Kürzung der konsumtiven Ausgaben (Sozialleistungen, öffentlicher Dienst) und Stärkung der Investitionskraft privater Unternehmen mit dem Ziel der Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Austeritätspolitik nach innen durch Lohnabbau, Sozialabbau und Demokratieabbau, Expansionspolitik nach außen durch Technologie-, Kredit- und Militärpolitik, das ist der Hauptinhalt der „grundsätzlichen Wende" in der Wirtschaftspolitik, die in der BRD seit den letzten Bundestagswahlen propagiert und praktiziert wird: Ihre bisherigen Stationen sind die Koalitionsvereinbarungen vom November 1980, die „Operation '82", die „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Stabilität und Wachstum" sowie die Kabinettsbeschlüsse zum Haushalt 1983. Ihre Folgen sind bereits deutlich spürbar: Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Massenkaufkraft, weniger privater Verbrauch und mehr Unternehmenszusammenbrüche, begleitet von zunehmender Aggressivität in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Das Sanierungskonzept der AEG richtet sich auf diese Politik – und auf ihre verheerenden gesamtwirtschaftlichen Folgen – ein, nachdem der Konzern zunächst ihr Opfer geworden war. Indem er jetzt durch Betriebsstillegungen und Massenentlassungen, durch Konzentration auf das Ausland und die Rüstung seine Sanierung betreibt, trägt er gleichzeitig zur Verwirklichung der staatlichen Orientierung bei. Umgekehrt besteht diese nicht nur aus Wünschen und Worten, sondern u. a. aus Exportsubventionen und vermehrten Rüstungsaufträgen, die ihrerseits die Sanierung der AEG absichern. Das Zusammenspiel zwischen staatlicher Wirtschaftspolitik und privater Unternehmensstrategie ist ein Lehrstück für das Funktionieren staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung – im Interesse des Monopolkapitals und auf Kosten des „Restes" der Gesellschaft.

Denn wer hat die Kosten der neuen wirtschaftspolitischen Orientierung zu tragen und wer profitiert von ihr?

Die Kosten tragen zunächst die Lohn- und Gehaltsabhängigen: die Arbeitslosigkeit steigt, die Arbeitsplätze der noch Beschäftigten werden durch die krisenverschärfende Rezessionspolitik unsicherer; ihre Löhne werden unter dem Druck der industriellen Reservearmee gesenkt; und ihre soziale Versorgung wird durch die staatliche Haushaltsumschichtung empfindlich eingeschränkt.

Die Kosten tragen zweitens die Steuerzahler insgesamt; sie haben die Milliardensubventionen an die Stahlindustrie, die Mikroelektronik, Optronik und weitere „Zukunftsbereiche" zu zahlen.

Kostenträger sind schließlich auch die Unternehmen, deren Hauptabsatzgebiet im Inland liegt und die durch die sinkende Verbrauchsnachfrage und die hohen Zinsen in Liquiditätsschwierigkeiten kommen und zu Tausenden zusammenbrechen.

Der Gewinn aus der wirtschaftspolitischen Wende fällt demgegenüber bei *den* Unternehmen an, für die die binnenwirtschaftlichen Beschränkungen sich nur als Kostenentlastungen niederschlagen und die sich dem damit verbundenen Nachfrageausfall durch zusätzliche Staatsaufträge und Expansion ins Ausland entziehen können. Das ist die kleine Gruppe weltmarktorientierter Großunternehmen, auf die der allergrößte Teil des Waren- und Kapitalexportes entfällt. (Nach den Angaben der Monopolkommission tätigten bereits 1978 die 100 größten Unternehmen der BRD 52% des gesamten Warenexportes.)

Ähnlich breit sind die Kosten der AEG-Sanierung gestreut: *Erstens* zahlen die Arbeiter und Angestellten: ihre Arbeitsplätze werden zu Zehntausenden vernichtet. Insbesondere an den bisherigen Fertigungsstandorten, wo bisher schon Beschäftigungsmangel herrschte und die Betroffenen keine Chance haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, wird die Arbeitslosigkeit sprunghaft steigen. Gemeinden werden verarmen und Familien verelenden.

Zweitens zahlen die Steuerzahler: Sowohl die Subventionen, die aus den Bundesbürgschaften entstehen werden, wie auch die Steuerausfälle aufgrund der „Verlustverarbeitung" durch die Banken belasten den Staatshaushalt und werden Anlaß für weiteren Sozialabbau sein.

Drittens zahlen Tausende von anderen Unternehmen, deren Lieferantenkredite an die AEG auf 40% zusammengestrichen werden. Die „Süddeutsche Zeitung" schätzt, daß ihnen rund 3 Mrd. DM verlorengehen. Viele von ihnen werden in ernsthafte Liquiditätsschwierigkeiten kommen und zusammenbrechen. Zahlen müssen darüber hinaus jene 34 000 – nicht nur mittelständische – Unternehmen, die Pensionsvereinbarungen mit ihren Beschäftigten haben: Sie werden in Zukunft ein mehrfaches ihrer bisherigen Beiträge an den Pensionssicherungsfonds zu zahlen haben, der für die Pensionsausfälle der AEG aufzukommen hat.

Die Neuorientierung staatlicher Wirtschaftspolitik ebenso wie die Sanierung des AEG-Konzerns werden von der ganzen Gesellschaft bezahlt, während eine kleine Gruppe von großen Industrie- und Finanzkonzernen von ihr profitiert.

Der gemeinsam getragenen Sanierungslast entspricht allerdings keinerlei gemeinsame gesellschaftliche Verfügung über das ökonomische Potential des sanierten Konzerns. Nicht einmal der Staat soll eine Möglichkeit erhalten, auf die Geschäftspolitik Einfluß zu nehmen.

1979 war die damalige Sanierung durch Kapitalentwertung, anschließende Kapitalaufstockung und Übernahme der neuen Aktien durch das Bankenkonsortium als Muster der „privatwirtschaftlichen Lösung" ohne Hilfe und Einflußnahme des Staates gefeiert worden. Das stimmte allerdings schon damals nicht, denn auch schon in den 70er Jahren dürfte der Staat der größte Kunde des AEG-Konzerns gewesen sein. Die „privatwirtschaftliche Lösung" hat die Lage der AEG jedoch nicht verbessert, sondern verschlechtert. Jetzt ist der

Staat als Reparaturbetrieb gefragt, denn „wer die Verflechtungen und Verzahnungen der AEG mit der Industrie der Bundesrepublik etwa im Export oder mit der Bundeswehr aufwiegt, sieht hier auch ein Stück der ‚Firma Bundesrepublik' den Bach hinuntertreiben." („Süddeutsche Zeitung" v. 10. 8. 1982, S. 4). Die Geschäfte der AEG laufen nur noch mit staatlicher Unterstützung, auch die „Banken nehmen Bonn in die Pflicht" („Handelsblatt" v. 20./21. 8. 1982, S. 1) und wollen weitere Kredite nur geben, wenn sie vom Staat verbürgt werden.

Was von der privatwirtschaftlichen Lösung bleibt, ist nicht die ökonomische Substanz, sondern der politische Anspruch: Der Staat soll finanziell helfen, jede staatliche Mitbestimmung über die Geschäftsführung und die Zukunft des Konzerns wird jedoch rigoros zurückgewiesen, von einer staatlichen Kapitalbeteiligung ganz zu schweigen.

Solange dies aber so bleibt, wird es immer wieder zu „Krisen" der oben beschriebenen Art kommen. Dann müssen die Finanzverhältnisse wieder verbessert und die Produktionsstruktur umgebaut werden. Wieder werden Arbeiter und Angestellte, Steuerzahler und mittelständische Unternehmen die Kosten derartiger Maßnahmen zu tragen haben und von ihrem Gewinn ausgeschlossen sein, während die staatliche Unterstützung die Sanierung absichert und finanziert.

VI. Was wäre die Alternative?

Die Alternative liegt *erstens* in einer staatlichen Wirtschaftspolitik, deren Ziel es ist, die Binnenmärkte zu stärken, statt sie durch vorrangige Orientierung der Politik auf die unberechenbaren Außenmärkte zu ruinieren. (Diese „Rückeroberung der Binnenmärkte" ist nicht zufällig eine Priorität der französischen Wirtschaftspolitik.) Freilich kann eine solche Politik keinen krisenfreien Kapitalismus schaffen: Solange das Eigentum an den wesentlichen Produktionsmitteln privat ist und die Entscheidungen über ihren Einsatz nach Kriterien der privatwirtschaftlichen Rentabilität erfolgen, besteht die systematische Tendenz zu Überakkumulation und Überproduktion, die sich in der Krise entladen. Staatliche Politik kann diesen Mechanismus nicht außer Kraft setzen, sie kann durch Einsatz geld- und fiskalpolitischer sowie anderer Mittel jedoch dem Einbruch gegensteuern und dazu beitragen, daß der Abschwung verlangsamt und gemildert wird. Jedenfalls besteht keine systemimmanente Notwendigkeit, durch eine restriktive Geld- und Finanzpolitik zur Verschärfung der Krise beizutragen. Eine alternative Wirtschaftspolitik würde durch kräftige staatliche Investitionen auch die Masseneinkommen erhöhen und so die Konsumgüterproduktion ankurbeln. Damit würden auch im Bereich der „weißen Ware" und der Unterhaltungselektronik die Marktaussichten besser, die Notwendigkeit, diese Bereiche schnellstmöglich abzustoßen, entfiele.

Die Alternative liegt *zweitens* darin, die Steuerung der Produktion durch den privaten Profit allmählich zurückzudrängen und durch übergreifende gesell-

schaftliche Planung zu ergänzen und teilweise zu ersetzen. Die Profitorientierung der Produktion führt systematisch zu Überkapazitäten, Krisen, Arbeitslosigkeit und Vernichtung gesellschaftlicher Ressourcen. Ihr Ersatz durch gesellschaftliche Planung erfordert alternative Kriterien, nach denen geplant und an denen die Produktion ausgerichtet werden soll. Versorgungs-, Beschäftigungs- und Umweltwirkungen der Produktion können solche Kriterien sein. Ihre Feststellung, Operationalisierung und Berücksichtigung in gesellschaftlichen Planungsprozessen erfordert umfassende Aufklärung und Diskussion über wirtschaftliche Zusammenhänge und Prioritäten auf allen Ebenen. Sie erfordert vor allem zunächst, daß die nach wie vor verbreitete Ideologie und Propagandathese, die „Wirtschaft" sei eine Privatsache der Wirtschaftenden, durchbrochen, daß Struktur und Steuerung großer Unternehmen wie der AEG auch im Bewußtsein der Menschen zu einer öffentlichen Angelegenheit werden, die sie faktisch sowohl von ihrer ökonomischen Bedeutung für die Gesellschaft als auch in der staatlichen Politik längst sind.

Demokratisierung der Wirtschaft lautet daher das oberste Gebot einer Politik, die statt maximaler Kapitalverwertung maximale Wohlstandsvermehrung für alle, qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung anstrebt[7]).

Die AEG und insbesondere die hinter ihr stehenden Eigentümerbanken werden sich einer solchen Umorientierung der wirtschaftspolitischen Regulierung mit allen Mitteln widersetzen. Denn sie untergräbt das Funktionieren des gesellschaftlichen Herrschaftsmechanismus, der auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht; sie gefährdet damit die gesellschaftliche Grund- und Herrschaftsstruktur selbst. Diese Grundstruktur ist zwar dem heutigen Stand der Produktivkräfte längst nicht mehr angemessen und stört eine sinnvolle gesamtwirtschaftliche Entwicklung, aber sie bringt einer kleinen Minderheit von Besitzenden gesellschaftliche Macht und wirtschaftlichen Reichtum.

Zur Änderung dieser Verhältnisse ist es daher *drittens* erforderlich, gesellschaftliche Kontrolle über die Steuerungszentren der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere über das Bankkapital und die entscheidenden industriellen Schlüsselbereiche, zu erhalten. Es gibt kein vernünftiges Argument, die großen Privatbanken weiterhin in Privateigentum zu belassen (auch dies hat die neue französische Regierung erkannt und sie hat den Bankenapparat bis auf einen unbedeutenden Rest nationalisiert). Es gibt auch keinen vernünftigen Grund, die AEG nicht in gesellschaftliches Eigentum zu übernehmen. Beim gegenwärtigen Kurs der AEG-Aktien (rund 35) würde eine staatliche Übernahme des Grundkapitals von 620 Mio. DM rund 434 Mio. DM kosten, mit Sicherheit weniger, als der Staat in den nächsten Jahren als verlorenen Zuschuß aus seinen Bürgschaften zu zahlen haben wird. Eine vergesellschaftete AEG würde wohl zunächst noch betriebswirtschaftliche Verluste machen; sie können aber zu einem erheblichen Teil vom ebenfalls vergesell-

7) Vgl. dazu Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 1982, Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung, Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1982.

schafteten Kreditsektor getragen werden. Im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik könnte das ökonomische Potential der AEG ein wichtiger Aktivposten sein: bei der Umsetzung alternativer Energieversorgungskonzeptionen, der Verbesserung der Nahverkehrssysteme und der Umweltbedingungen. Klare staatliche Orientierungen in der Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik, für die Kommunikations- und Nachrichtenindustrie sowie die Möglichkeiten, diese Orientierungen auch mit eigenem ökonomischen Potential umzusetzen – dies würde auch die anderen Unternehmen der Branche, allen voran die Siemens AG, zwingen, sich diesen Orientierungen anzupassen, wenn sie nicht den Markt der öffentlichen Aufträge verlieren wollen.

Nicht zuletzt würde eine Vergesellschaftung der AEG unter demokratischer Kontrolle eine wesentliche Schwächung des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD nach sich ziehen können, dessen Aktivität sich in verhängnisvoller Weise auf die Steigerung der Rüstung, die Militarisierung der Gesellschaft und eine Destabilisierung der internationalen Beziehungen richtet.

Krise und Sanierung des AEG-Konzerns bilden ein Lehrstück über die Krisendynamik des Kapitalismus der Gegenwart sowie über die staatsmonopolistische Sanierung eines führenden Monopols. Die Alternative liegt darin, den Fall AEG als Ausgangspunkt eines breiten gesellschaftlichen Engagements und als Lehrstück für die Notwendigkeit zu nehmen, zentrale Bank- und Industriemonopole im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik zu vergesellschaften.

weltweit
aktuell konkret lebendig

horizont

horizont
Sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft

„horizont" bringt Ihnen interessante Informationen durch exklusive Berichterstattung zu Themen
- der Außenpolitik der DDR
- der Zusammenarbeit mit anderen Ländern
- der internationalen Arbeiterbewegung
- des aktuellen Weltgeschehens
- der Weltwirtschaft

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 52,20 zzgl. Portogebühren von DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell!
Senden Sie den Kupon als Bestellung an
Brücken-Verlag GmbH
Ackerstraße 3 – 4000 Düsseldorf 1

Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.
Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29

Kein Platz für das palästinensische Volk?

Geschichte und Perspektiven des Palästina-Konflikts

Von Norman Paech und Gerhard Stuby

Der israelische Versuch, mit dem Vormarsch auf Beirut eine militärische „Endlösung der PLO-Frage" herbeizuschießen, hat unvorstellbares Elend über Libanesen und Palästinenser gebracht und zur Vertreibung der PLO-Führung aus ihrem Beiruter Hauptquartier geführt, aber sein eigentliches Ziel verfehlt. Die Forderung des palästinensischen Volkes nach Selbstbestimmung ist „nach Beirut" aktueller denn je. Norman Paech und Gerhard Stuby untersuchen in der nachfolgenden Studie die Ursachen und die historische Entwicklung des Palästina-Konflikts und setzen sich insbesondere mit der weitverbreiteten Auffassung auseinander, das Existenzrecht des Staates Israel und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes schlössen einander gegenseitig aus. Der erste Teil der Studie befaßt sich mit der Entstehungsgeschichte Israels und dem Schicksal des palästinensischen Volkes zwischen Exodus und Widerstand. Im zweiten Teil werden dann das Camp-David-Abkommen und seine Folgen, darunter die Zerstörung des Libanon, sowie die Vorschläge und Aussichten für eine Lösung des Palästina-Konflikts untersucht werden. Zur Nahost-Frage insgesamt und zur Rolle der US-Strategie in der Region zwischen Mittelmeer und persischem Golf vgl. auch den Beitrag „Kein Frieden in Nahost" von Michael Opperskalski im Juniheft der „Blätter", S. 705–715. D. Red.

I. Palästina bis zur Staatsgründung Israels

Als Anfang Juni des Jahres die israelischen Truppen die Grenzen zum Libanon überschritten, war dies nicht nur der Beginn zum zweiten massiven Überfall auf das nördliche Nachbarland nach dem sogenannten Litani-Feldzug von 1978. In der Chronologie der „großen" Kriege, die Israel seit 1948 mit seinen Nachbarn geführt hat, ist er auch bereits der sechste[1]). Und wie alle vorausgegangenen hat er mit einem militärischen Sieg der Israelis geendet, der sie jedoch nur weiter von ihrem politischen Ziel einer friedlichen Koexistenz mit den arabischen Nachbarn entfernen und international isolieren wird.

1) Der erste Krieg begann schon im November 1947 und zog sich über die Proklamation des Staates Israel vom 14. 5. 1948 bis zum Juli 1949 hin. Im Jahre 1956 folgte der Sinai-Feldzug, den Israels Regierungschef Ben Gurion lange vorbereitet hatte. Auch im sogenannten Sechstagekrieg von 1967 waren es die Israelis, die zuerst angriffen. Er führte zur Okkupation weiter Teile Jordaniens und Ägyptens. Sechs Jahre später folgte der sog. Oktober- oder Jom-Kippur-Krieg von 1973. Der erste großangelegte Übergriff auf den Libanon war der sog. Litani-Feldzug von 1978.

Um jeder Legendenbildung über die Ziele auch dieses Krieges Israels vorzubeugen, sei auf die Erklärung des Generals Schlomo Baum, eines engen Beraters von Verteidigungsminister Sharon, in der Pariser Tageszeitung „Liberation" verwiesen. Er bezeichnet die Schaffung einer 40 km breiten Sicherheitszone im Norden Israels als „leeres Geschwätz", Kriegsziel sei von Anfang an die vollständige Vertreibung der PLO aus ganz Libanon gewesen[2]). Mag dieses Ziel erreicht werden oder nicht, die israelische Regierung kommt damit allerdings der Lösung dessen, was diesem Kriege als Ursache zugrunde liegt, keinen Schritt näher – zumindest nicht in dem von ihr intendierten Sinn.

Diese Ursache, Ursprung und Urgrund all dessen, was die Medien mit dem neutralisierenden Begriff „Nahostkonflikt" zusammenfassen, hat einige Monate vor dem Oktoberkrieg von 1973 Moshe Dayan, damals Verteidigungsminister Israels, sehr treffend umrissen: „Der israelische Staat wurde auf Kosten der Araber in ihrem Land errichtet. Wir kamen nicht in einen Freiraum. Es gab hier bereits eine arabische Bevölkerung. Wir siedeln nun Juden in einem Land an, wo Araber gewesen sind. Wir verwandeln ein arabisches Gebiet in ein jüdisches Gebiet."[3])

In dem, worin sich heute so viele ökonomische und politische Interessen verschiedener Herkunft kreuzen, israelischer, arabischer und amerikanischer, wird man nur dann eine Grundlinie entdecken, die einer Argumentation um territoriale Rechtsansprüche zugänglich ist und politische Lösungsmöglichkeiten eröffnet, wenn man sich zunächst den Kern der zionistischen Ideologie vergegenwärtigt, arabisches Land zu jüdischem zu machen.

1. Der historische Ausgangspunkt des Zionismus und die Ambitionen des europäischen Kolonialismus

Gemessen an dem geschichtlichen Anspruch auf die jüdische Heimstatt in Palästina, der 2000 Jahre zurückreicht, ist der Zionismus als nationale Bewegung und ideologisches Projekt eines jüdischen Staates in Palästina sehr jungen Datums[4]). Denn als Antwort auf die Probleme der in alle Welt zerstreuten Juden in einer nichtjüdischen Umwelt aktualisierte sich der Zionismus erst Ende des 19. Jahrhunderts, als die Assimilation nicht mehr als Konzept des Überlebens akzeptiert wurde. Die Rechtlosigkeit der Juden in Rußland und Rumänien schien nach den staatlich geförderten Pogromen seit 1881 mit einem Exodus von ca. 1,3 Millionen Ostjuden nach Westen das Scheitern der Assimilation zu bestätigen. Die führenden Theoretiker der jüdischen Autonomie, Moses Hess (Rom und Jerusalem, 1862), Leo Pinsker (Autoemanzipation, 1882), Theodor Herzl (Der Judenstaat, 1896) sahen die Lösung der Juden-

2) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 9. 7. 1982, S. 1.
3) Zitiert nach E. Fried, Die israelische Tragödie, in: „Konkret", 21/1973.
4) Vgl. aus der umfangreichen Literatur Mounthir Anabtawi, Der Zionismus: Eine kolonialistische, chauvinistische und militaristische Bewegung, in: Der israelisch-arabische Konflikt, herausgegeben von Jean Paul Sartre und Heinz Abosch, Darmstadt 1967, S. 46 ff.; Walter Hollstein, Kein Friede um Israel, Bonn 1977, S. 1 ff.; Maxime Rodinson, Der Zionismus – theoretischer Abriß einer Ideologie, in: Adnan Amad u. a., Nahostkrise, Basel 1976, S. 63 ff.; Heinz Wagner, Der arabisch-israelische Konflikt, Berlin 1971, S. 23 ff.

frage ausschließlich in der Forderung nach einem jüdischen Territorium, die sich erst 1897 mit dem auf dem ersten zionistischen Kongreß verabschiedeten Basler Programm auf Palästina festlegte[5]).

In doppelter Weise opferte man damit die Realität einer in ihrer Begründung ahistorischen und in ihrer Verwirklichung letztlich kolonialistischen Idee. Ahistorisch ist der zionistische Anspruch insofern, als außer religiösen Argumenten für die Rückkehr der Juden nach 2000jähriger Abwesenheit weder politische noch juristische Gründe sprechen[6]). Denn selbst, wenn wir davon ausgehen, „daß Palästina ungefähr 12 oder 13 Jahrhunderte lang jüdisch gewesen war"[7]), von der ersten Besiedlung des Berglandes von Palästina durch die Hebräer oder Israeliten um 1110 vor Christi bis zur Zerstörung Jerusalems durch die Römer im Jahre 135 nach Christi, so bleibt doch festzustellen, daß die meisten Juden aus Palästina schon vor diesem Zeitpunkt aus geographischen Gründen ausgewandert waren[8]), die nachziehenden Araber also ein bereits weitgehend verlassenes Gebiet besiedelten.

Ahistorisch ist dieser Anspruch auch insofern, als er die Realität der arabischen Bevölkerung in Palästina nicht zur Kenntnis nehmen wollte und die Warnungen vor den notwendigerweise folgenden Konflikten in den Wind schlug[9]). Seine Verwirklichung mußte daher im Ergebnis kolonialistisch sein, da er die Bevölkerung innerhalb eines halben Jahrhunderts fast auswechselte, die Einwohner vertrieb und ihr Land annektierte[10]).

Wie stark auch der jüdische Nationalismus war und wie geschickt die zionistischen Strategen, allen voran Herzl, operierten[11]), das Projekt eines jüdischen Staates wäre niemals ohne Unterstützung der hauptsächlichen imperialisti-

5) Vgl. H. Wagner, a.a.O., S. 32, 45 ff.; P. Freimark, Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina, in: H. Mejcher, A. Schölch (Hrsg.), Die Palästina-Frage 1917–1948, Paderborn 1982, S. 47 ff.

6) Dies wurde sehr deutlich schon 1919 in dem Bericht der von Präsident Wilson zur Untersuchung der Palästinafrage eingesetzten King-Crane-Kommission festgestellt: „Was den oft von den Zionisten vorgebrachten Anspruch betrifft, daß die Juden ein Recht auf Palästina hätten, weil sie es vor 2000 Jahren besetzt hielten, so kann man ihn wohl kaum ernsthaft in Erwägung ziehen." Teilweise deutsche Übersetzung des Berichts in: E. Atiyah, H. Cattan, Palästina – Versprechen und Enttäuschungen, Palästinamonographien 3, Rastatt 1970, S. 61 ff. Vgl. auch Sami Hadawi, les révenditations „bibliques" et „historiques" des Sionistes sur la Palestine, in: Le conflit israélo – arabe, Dossier von „Les Temps modernes", 1967, No. 253 bis, S. 81 ff.

7) Fritz Steppat, Einige historische Aspekte des Zusammenpralls von Zionismus und arabischem Nationalismus, Beirut o.J., S. 5, zit. nach Walter Hollstein, a.a.O., S. XIII.

8) Abraham Léon, Judenfrage und Kapitalismus, München 1971, S. 3. Er kennzeichnet die „Historizität" des Anspruchs mit folgenden Fragen: „Warum haben die Juden während dieser 2000 Jahre (des Exils) niemals den Versuch unternommen, in ihre Heimat zurückzukehren? Diese Frage hat sich der Zionismus niemals ernsthaft gestellt. Warum mußte man das 19. Jahrhundert abwarten, damit Herzl von der Notwendigkeit einer Rückkehr überzeugen konnte? . . . In Wirklichkeit war, solange das Judentum im feudalen System seinen Platz hatte, der Traum von Zion nichts anderes als ein Traum und entsprach keinem realen Interesse des Judentums. Der jüdische Gastwirt oder Pächter im Polen des 16. Jahrhunderts dachte ebenso wenig an eine Rückkehr nach Palästina wie heute der jüdische Millionär in Amerika." A.a.O., S. 104.

9) Die King-Crane-Kommission hatte 1919 davor gewarnt, „wie sehr das zionistische Programm von der Bevölkerung Syriens und Palästinas als ungerecht empfunden wird. Manchmal können Entscheidungen, die nur mit Waffengewalt durchzusetzen sind, notwendig sein; aber es gibt gewiß keinen Grund, sie willkürlich zugunsten einer ungerechten Sache zu treffen." Vgl. zur zionistischen Strategie auch W. Hollstein, a.a.O., S. 23 ff.; Maxime Rodinson, Israel, Fait Colonial, in: Le conflit israélo – arabe, a.a.O., S. 17 ff., 41.

10) Dazu weiter unten. Vgl. M. Rodinson, a.a.O., S. 17 ff.

11) M. Rodinson, a.a.O., S. 31 ff.; W. Hollstein, a.a.O., S. 22 ff.

schen Interessenten in diesem Gebiet, Großbritannien und später die USA, zu realisieren gewesen.

Dabei hatte es nicht an Versprechen seitens der Briten gegenüber den Arabern gefehlt, ihre Unabhängigkeit zu sichern[12]). Wie sich jedoch bereits 1916 mit der britisch-französischen Interessenaufteilung durch das geheime Sykes-Picot-Abkommen, ein Jahr später durch die Balfour-Deklaration und 1920 schließlich durch die Mandatsübertragung an Großbritannien herausstellte, kamen „statt Unabhängigkeit und Einheit . . . Teilung und die Unterwerfung der eingeborenen Bevölkerung unter die Kontrolle der Großmächte aufgrund des heuchlerischen Mandats"[13]). Die britischen Weißbücher von 1922, 1930 und 1939 versicherten den Palästinensern zwar immer wieder, daß in ihrem Land kein jüdischer Staat errichtet und die Rechte der Araber gewahrt bleiben würden. Das führte allerdings nur zu der Erklärung Ben Gurions, daß jetzt die Phase des „militanten Zionismus" begonnen hätte und sich die zionistischen Truppen gegen die Mandatsmacht selbst wandten[14]), wobei die extremen Gruppen Irgun und Lehi eine besondere Rolle spielten. Der sich entwickelnde antibritische Terror war allerdings nichts anderes als die Folge der britischen Kolonialpolitik, unter der sich der zionistische Herrschaftsanspruch überhaupt erst zu einer solchen Macht hatte entwickeln können. „Der Grund, warum der israelische Staat heute existiert und warum heute 1 500 000 palästinensische Araber Flüchtlinge sind, ist", schrieb Arnold Toynbee 1970[15]), „daß während 30 Jahren den palästinensischen Arabern die jüdische Immigration durch die englische Militärmacht auferlegt wurde, bis die Immigranten genügend zahlreich und genügend bewaffnet waren, um mit eigenen Tanks und Flugzeugen für sich selbst zu sorgen."

Man wird dem Verhalten der arabischen Staaten und insbesondere den arabischen Palästinensern bis auf den heutigen Tag nicht gerecht, wenn man das historische Faktum nicht berücksichtigt, daß sie von den Kolonialmächten immer wieder betrogen wurden, die alle Versprechungen gebrochen haben.

2. *Weltkrieg und Mandatszeit*

Als die englische Regierung am 2. November 1917 der zionistischen Organisation die „Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstatt in Palästina" versprach, in der sogenannten Balfour-Deklaration, versuchte Großbritannien zunächst eine besondere Verantwortlichkeit für Palästina zu erlangen, um gegenüber Frankreich „eine solide Forderungsbasis in den Teilungsverhand-

12) So z. B. der Briefwechsel zwischen dem britischen Hochkommissar in Ägypten, Mac Mahon, und dem Sherif von Mekka, Hussein; die sog. Hogarth- und Basset-Briefe von 1918 und die gemeinsame Verpflichtung von Großbritannien und Frankreich vom 7. 11. 1918, den Arabern die Errichtung eigener Regierungen und Verwaltungen zu erlauben. Vgl. H. Wagner, a.a.O., S. 105ff., 121ff.

13) M. Rodinson, Israel and the Arabs, London 1969, S. 24.

14) Vgl. W. Hollstein, a.a.O., S. 89ff., 99; M. Rodinson, Israel, Fait colonial, a.a.O., S. 49ff.

15) Vorwort zu Robert John, Sami Hadawi, The Palestine Diary, Beirut 1970, S. XIV, zit. nach W. Hollstein, a.a.O., S. 65.

lungen zu haben, die auf den Weltkrieg folgen würden"[16]). Es gelang Großbritannien auch mit Unterstützung Frankreichs und der USA, das Ottomanische Reich in Palästina und Syrien zu besiegen. Ende 1917 war die britische Besetzung Palästinas vollzogen. Soweit allerdings die Zionisten aus dieser Deklaration, die in einem Brief des britischen Außenministers Lord Balfour an Lord Rothschild bestand, einen völkerrechtlichen Anspruch folgerten, stehen sie damit allein[17]). Es handelte sich um eine politische Sympathieerklärung gegenüber der zionistischen Bewegung und um nichts mehr.

Auch die Aufnahme der Balfour-Deklaration in die Präambel der Urkunde, mit der der Völkerbund das britische Mandat über Palästina bestätigte, sowie die weitgehenden Bestimmungen der insgesamt 28 Artikel selbst können nicht als historische Rechtstitel auf einen jüdischen Staat in Palästina gewertet werden. Die Mandatsurkunde spricht den Juden ein „historisches Anrecht" auf Palästina zu und sichert ihnen infolgedessen ausdrücklich eine „nationale Heimstätte"[18]). Die englische Regierung weigerte sich jedoch immer, darin die Rechtsgarantie eines „jüdischen Staates" in Palästina zu sehen[19]).

Dies muß hervorgehoben werden: die Zusicherung einer „nationalen Heimstatt", eines „Nationalheims", ihre Verankerung in der Mandatsurkunde und ihre Bestätigung durch den Völkerbund rechtfertigte nicht die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates unter weitgehender Vertreibung und Diskriminierung der arabischen Bevölkerung. Bestenfalls war damit an ein gleiches Recht der jüdischen Nationalität mit anderen Nationalitäten, also insbesondere der arabischen, in einem einheitlichen Palästina gedacht[20]).

Die einheimische arabische Bevölkerung Palästinas wird bis auf die flüchtige Erwähnung der arabischen Sprache in Artikel 22 der Mandatsurkunde nicht zur Kenntnis genommen[21]), obwohl bei der Verabschiedung des Mandats

16) M. Rodinson, a.a.O., S. 37.

17) Vgl. H. Wagner, a.a.O., S. 118ff.

18) Text der Mandatsurkunde in: Legislation of Transjordan 1918–1930, published for the Government of Transjordan by the Crown Agents for the Colonies 1931, Appendix I, S. 694–702.

19) Vgl. W. Hollstein, a.a.O., S. 89ff.; H. Wagner, S. 210, und zur ausführlichen juristischen Wertung des Palästinamandats S. 198ff. Auch der Bericht der King-Crane-Kommission aus dem Jahre 1919 erklärt: „Denn für das jüdische Volk in Palästina eine nationale Heimstätte schaffen, heißt keineswegs, Palästina in einen jüdischen Staat umzuwandeln."

20) Vgl. M. Rodinson, Israel and the Arabs, London 1969, S. 28; N. Weinstock, Le sionisme contre Israel, Paris 1969, S. 101 f. Damit war jene Form der jüdischen Siedlung in Palästina gemeint, die der damalige Präsident der Hebräischen Universität Jerusalem, Juda Leon Magnes, 1929 mit der Perspektive umriß, „daß wir hier eine Heimstätte nur errichten können, wenn wir als Demokraten und Internationalisten uns selbst treu sind, uns gerecht und hilfreich zu anderen zeigen und Sicherheiten für Leben und Eigentum fordern, während wir zugleich eifrig mit Vernunft und Aufrichtigkeit daran gehen, einen modus vivendi et operandi mit unseren Nachbarn zu finden . . . Wenn wir auf politischen und allen anderen Gebieten jeden erdenklichen Versuch machen, mit dieser erwachenden arabischen Welt Hand in Hand zu arbeiten als Lehrer, Helfer und Freunde", zit. nach Hans Werner Bartsch, Israel auf dem Weg ins Verderben, in: „Deutsche Volkszeitung" v. 23.7. 1979, S. 8.

21) Die Existenz eines arabisch-palästinensischen Volkes wird auch von der zionistischen Staatsdoktrin bestritten, vgl. z.B. die von Walid Khalidi, Das Palästinaproblem, Rastatt 1972, S. 6 zitierten Äußerungen von Golda Meir: „Es hat niemals ein palästinensisches Volk gegeben, es ist keineswegs so, daß es ein palästinensisches Volk gegeben hätte, das sich als palästinensisches Volk fühlt, und daß wir gekommen wären, es hinausgeworfen, ihm sein Land genommen hätten. Ein solches Volk existierte nicht."

91% der palästinensischen Bevölkerung Araber waren, denen 97% des Bodens gehörte. Vor allem von arabischer Seite[22]), aber nicht nur von ihr[23]), ist gerade die Verletzung der Rechte der angestammten Bevölkerung Palästinas als Argument gegen die Rechtmäßigkeit von Balfour-Deklaration und Palästina-Mandat vorgebracht worden. Selbst wenn man zu jener Zeit noch nicht von der unbedingten Geltung eines völkerrechtlichen Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker ausgehen konnte[24]) – in der Satzung des Völkerbundes von 1919 ist es z. B. nicht enthalten –, so spielte es in der Praxis internationaler Beziehungen doch schon eine zunehmende Rolle. Die Araber vertrauten auf die Botschaft des amerikanischen Präsidenten Wilson vom 4. Juli 1918, die von den Alliierten gebilligt wurde; Wilson sprach sich nicht nur dagegen aus, Völker und Provinzen zu verschachern, „als ob es sich um bloße Waren und Steine in einem Spiel handeln würde"[25]), in Wilsons Botschaft war auch von der Befreiung der nichttürkischen Völker von der Ottomanischen Herrschaft die Rede. Sie wurden getäuscht. Die britisch-zionistische Allianz während der Mandatszeit verfolgte eine Kolonisationspolitik, von der die Araber in den Worten Maxime Rodinsons mit „aller Berechtigung annehmen konnten, daß die Einpflanzung eines neuen fremden Elements auf palästinensischem Boden (eines zu dieser Epoche in der großen Mehrheit europäischen Elementes) ihnen durch eine europäische Macht aufgezwungen worden war, dank des militärischen Sieges einer Gruppe europäischer Mächte über eine andere Gruppe, mit der sich das Ottomanische Reich verbündet hatte"[26]).

Dies war jedoch ein klarer Verstoß gegen Artikel 22 Absatz 1 und 4 der Völkerbundsatzung, nach denen gegen den erklärten Willen der unter Mandat befindlichen Gemeinwesen der Mandatar keine tiefgreifende Veränderung vornehmen darf[27]). Das palästinensische Volk hatte jedoch niemals der Kolonisation seines Landes zur Schaffung einer „nationalen Heimstätte" für die jüdische Bevölkerung zugestimmt. In ihrer Untersuchung hatte die King-Crane-Kommission schon darauf hingewiesen, „daß die nichtjüdische Bevölke-

22) Kolloquium arabischer Juristen über Palästina, Algier, 22.–27. Juli 1967. Deutsche Übersetzung 1969, S. 66 ff., H. Wagner, a.a.O., S. 223 ff.

23) Z. B. W. T. Mallison jr., The Zionist Israel Juridical Claims, „George Washington Law Review", Bd. 32, 1964, S. 1002; W. Hollstein, a.a.O., S. 58 ff.; M. Rodinson, a.a.O., S. 45 ff.

24) Zur Entwicklung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts der Völker vgl. R. Arzinger, Das Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen Völkerrecht der Gegenwart, Berlin 1966; J. Delbrück, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Völkerrecht der Gegenwart, in: „Vereinte Nationen" (VN), 1/1977, S. 6 ff. Zumindest seit der Prinzipiendeklaration der UNO von 1970 wird der Rechtscharakter des Selbstbestimmungsrechts nicht mehr bestritten. Vgl. F. Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 1, München 1970, S. 175 f.

25) Zitiert nach A. Verdross, B. Simma, Universelles Völkerrecht, Berlin (West) 1976, S. 253.

26) M. Rodinson, a.a.O., S. 46.

27) In Art. 22 Abs. 1 und 4 der Völkerbundsatzung heißt es, daß „das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker (Völker, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der heutigen Welt selbst zu leiten) eine heilige Aufgabe der Zivilisation bilden und es geboten ist, in die gegenwärtige Satzung Bürgschaften für die Erfüllung dieser Aufgabe aufzunehmen . . . sind."
„Gewisse Gemeinwesen, die ehemals zum türkischen Reich gehörten, haben eine solche Entwicklungsstufe erreicht, daß sie in ihrem Dasein als unabhängige Nation vorläufig anerkannt werden können, unter der Bedingung, daß die Ratschläge und die Unterstützung eines Mandatars ihre Verwaltung bis zu dem Zeitpunkt leiten, wo sie imstande sein werden, sich selbst zu leiten. Bei der Wahl des Mandatars sind in erster Linie die Wünsche jener Gemeinwesen zu berücksichtigen."

rung (fast $^{9}/_{10}$ der Gesamtbevölkerung) das gesamte zionistische Problem absolut ablehnt. Die Tatsachen beweisen, daß die Bevölkerung Palästinas in keinem Punkt eine größere Übereinstimmung zeigt. Wenn man also einer so eingestellten Bevölkerung eine unbegrenzte jüdische Einwanderung auferlegt und sie einem immer stärkeren finanziellen und sozialen Druck aussetzt, um sie dahinzubringen, Land abzutreten, wäre das eine ernstliche Vergewaltigung des eben angeführten Prinzips (der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit aufgrund der freiwilligen Annahme des betroffenen Volkes, d. Verf.) und auch des Völkerrechts, selbst wenn diese Vorgänge sich hinter der Fassade der Legalität abspielen."[28]) Genau dies aber war geschehen.

3. *Zionistische Siedlungspolitik – jüdische Heimstatt*

In den nüchternen Zahlen der Statistik wird bereits deutlich, was man als Tragödie des palästinensischen Volkes bezeichnen kann: 1895 lebten etwa 500 000 Menschen in Palästina, von denen lediglich 47 000 Juden (9,4%) waren, die mit der ersten Welle der Einwanderung (erste aliya) seit 1882 gekommen waren. Sie hatten bis dahin 0,5% des Grundbesitzes erworben. 1919, zwei Jahre nach der Balfour-Deklaration, war die Bevölkerung auf 700 000 angewachsen, von der jetzt 58 000 (8,3%) Juden waren. Ihr Grundbesitz hatte sich auf 2,48% erhöht. 20 Jahre später in der Zeit des britischen Mandats hatte sich die Bevölkerung auf ca. 1,4 Millionen Menschen verdoppelt. Der Anteil der Juden war auf ca. 445 000 (30%) angewachsen und ihr Grundbesitz hatte sich mehr als verdoppelt auf 5,6%.

1948 im Gründungsjahr des Staates Israel lebten ca. 2,1 Millionen Menschen in Palästina, 650 000 Juden (31%) mit 5,67% Grundbesitz an der Gesamtfläche Palästinas. Nach der Ausrufung des Staates Israel wurden mehr als 750 000 arabische Palästinenser, also die Hälfte der arabischen Bevölkerung, „umgesiedelt" und ihr Land von den Israelis annektiert[29]). In den Grenzen des israelischen Staates verblieben nach dem Exodus 1948/49 nur noch 300 000 arabische Palästinenser, die damit eine ca. 10%ige Minderheit bildeten[30]).

Welche Methoden der Einwanderung, Siedlung und Landnahme auch immer praktiziert wurden, ob legal oder illegal, mittels Geschäft, Korruption oder Gesetz, Druck oder Terror[31]), das Ergebnis kann man mit den Worten Nathan Weinstocks zusammenfassen, und es wird schwer sein, eine juristische Legitimation zu finden: „Der jüdische Staat ist geboren, aber um welchen Preis! Das palästinensische Volk, Opfer von Verhandlungen ohne sein Wissen, verliert seine Heimat, die sich die ‚freundschaftlichen Feinde' Abdallah und Ben Gurion (der jordanische König und der israelische Ministerpräsident; d. Verf.)

28) Vgl. oben Anm. 6.
29) Rony E. Gabbay, A Political History of the Araba-Jewish Conflict, Genf 1959, S. 174f.
30) Vgl. H. Wagner, a.a.O., S. 326ff., 444.
31) Vgl. mit umfangreichem Quellennachweis W. Hollstein, a.a.O., S. 49ff., 70ff., 91ff., 140ff.; Eli Lobel, Juden in Palästina, in: Sabri Geries, Eli Lobel, Die Araber in Israel, München 1970, S. 23ff.; Sabrie Geries, Die Araber in Israel, in: Geries/Lobel, a.a.O., S. 115ff.

unter Mißachtung aller Grundrechte aneignen. Die Mehrheit der Palästinenser – ausgebürgert und ohne Lebensunterhalt – sind zu Deklassierten geworden, die im größten Elend in den UNO-Lagern dahinvegetieren. Die Minderheit, die in ihrer Heimat geblieben ist, formiert in Israel eine Kategorie zweitklassiger Bürger, die man in ihrem eigenen Geburtsland zu Entfremdeten gemacht hat. Schreckliche Erniedrigung eines ganzen Volkes, das zerstükkelt, verhöhnt, beraubt und in einem Maße gedemütigt worden ist, daß es seine Würde verlor. Das zionistische Ideal hat sich, oh bittere Ironie, zu einem Preis verwirklicht, daß eine ‚Nation ohne Land' entstanden ist."[32]) Zu dem zionistischen Plan eines jüdischen Staates gehörte und gehört noch immer die Vertreibung der arabischen Bevölkerung[33]).

Während die Haltung der arabischen Bevölkerung gegenüber der jüdischen in den Jahren geringer Einwanderung durchaus friedlich war, wurde sie zunehmend aggressiv in Jahren massenhafter Immigration[34]), bis es in den Jahren 1936–1939 zum Aufstand der Araber kam, der „letzte Versuch des arabischen Volkes Palästinas, die Einwanderung der Juden in das Land gewaltsam zu verhindern"[35]). Die militärische Niederlage, die vor allem die britische Militärmacht den Arabern bereitete, stärkte die jüdische soweit, daß sie 10 Jahre später zur Bedingung des Sieges im ersten israelisch-arabischen Krieg wurde[36]).

4. Der Teilungsplan der UNO und der erste israelisch-arabische Krieg

Der zwischen Arabern und Israelis herrschende Terror und Gegenterror bewog die Briten, das ohnehin nicht mehr durchzuführende Mandat aufzugeben. Die in den Nahen Osten entsandte Sonderkommission empfahl, in Palästina entweder einen Bundesstaat mit Arabern und Juden zu schaffen oder aber das Land in einen jüdischen und einen arabischen Staat, verbunden durch eine Wirtschaftsunion, zu teilen. Der Teilungsplan wurde am 29. November 1947 in der zweiten Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung durch die Resolution Nr. 181 mit 33 gegen 13 Stimmen bei 10 Enthaltungen beschlossen. Alle Großmächte einschließlich der Sowjetunion, aber ohne die Mandatsmacht Großbritannien, deren Truppen bis spätestens 1. August 1948 abgezogen werden sollten, stimmten für die Teilung. Der „jüdische Staat" erhielt 56,47% des Territoriums, obwohl den Juden bis zu dem Zeitpunkt nicht

32) N. Weinstock, a.a.O., S. 242. Mit der Resolution 3379 (XXX) vom 10. 11. 1975 erklärt die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 72 gegen 35 Stimmen bei 32 Enthaltungen, „daß Zionismus eine Form von Rassismus und rassischer Diskriminierung ist." Zu gemeinsamen Wurzeln von Zionismus und Faschismus vgl. B. Sommer, Die Beziehungen BRD – Israel, in: H. Abdel Hadi u. a., BRD, Israel und die Palästinenser, Köln 1973, S. 25 ff., 31 ff.

33) H. Wagner, a.a.O., S. 335, meint zwar, daß es keine Belege für einen ausdrücklichen Plan gebe, alle Umstände der tatsächlichen Politik sprechen jedoch für dieses Ziel, vgl. W. Hollstein, a.a.O., S. 141; S. Geries, a.a.O., S. 142 ff.; N. Khalidi, Plan Dalat – The Zionist Master Plan for the Conquest of Palestine, in: „Middle East Forum" (Beirut), November 1961.

34) W. Hollstein, a.a.O., S. 86.

35) Y. Bauer, Professor für zeitgenössische Judenforschung an der Hebräischen Universität Jerusalem in: „Haaretz", 1966, zit. nach E. Lobel, a.a.O., S. 25.

36) E. Lobel, a.a.O., S. 25.

einmal 10% des Bodens gehört hatte. Im „arabischen Staat" wohnten 1947 749 000 Araber und 9250 Juden, im „jüdischen Staat" lebten 498 000 Juden und 497 000 Araber[37]). Jerusalem sollte eine besondere politische Einheit unter internationaler Verwaltung werden.

Dieser Teilungsplan, von der arabischen Seite nachdrücklich abgelehnt[38]) und von den Israelis als Bestätigung ihrer Politik der „vollendeten Tatsachen" begrüßt[39]), hatte jedoch nie eine Chance der Realisierung. Die UNO war unfähig, den Teilungsplan zu verwirklichen; die Briten weigerten sich, angesichts des unmittelbar nach der UNO-Entscheidung beginnenden Guerillakrieges der Araber und jüdischer Terrorakte die Teilung zu überwachen[40]). „Tatsächlich sicherten sich die zionistischen Truppen in der Zeit vom November 1947 bis März 1948 die Kontrolle über das gesamte Gebiet, das die UN dem künftigen hebräischen Staat vorbehalten hatten, ohne jedoch die arabischen Abschnitte zu räumen."[41]) Offiziell griffen die arabischen Armeen einen Tag nach der Proklamation des israelischen Staates am 14. Mai 1948 in den Krieg ein[42]).

Als von Frühjahr bis Sommer 1949 die Waffenstillstandsvereinbarungen mit den arabischen Nachbarstaaten ausgehandelt werden konnten, hatte Israel sein Gebiet um weitere 22% gegenüber dem von der UNO zugewiesenen Territorium auf Kosten der arabischen Palästinenser erweitert. Es okkupierte nun fast 80% des gesamten palästinensischen Gebietes.

Auch nachdem Israel am 11. Mai 1949 als Mitglied in die UNO aufgenommen war[43]), begnügte es sich nicht mit dem erreichten Status. In den okkupierten Gebieten vollzog es sofort juristische Einbeziehungsakte, die deutlich machten, daß „der jüdische Staat von allem Anfang an virtuell das gesamte Mandats-Palästina als sein Staatsgebiet beansprucht"[44]). Schon am 23. Januar 1950 proklamierte die Knesset, „daß Jerusalem allezeit die Hauptstadt Israels gewesen ist". Durch die proklamierte Anwendung der Gesetze, Rechtsprechung und Verwaltung Israels in den neubesetzten Gebieten wurde ein eindeutiger Annektionswille zum Ausdruck gebracht[45]).

Welche Bedeutung auch immer jene zahlreichen Massaker von 1948 in Deir Yassin bis 1956 in Kfar Kassem für den Exodus der arabischen Bevölkerung

37) Zahlen nach UN, Official Records of Second Session of General Assembly 1947. Laut UNSCOP lebten im „jüdischen Staat" 499 000 Juden und 509 780 Araber, vgl. W. Hollstein, a.a.O., S. 128 ff.

38) Vgl. Kolloquium arabischer Juristen, a.a.O., S. 72 ff., dort insbesondere die Gründe gegen die Zuständigkeit der UNO und für die Nichtigkeit der Resolution 181 (II) aus rabischer Sicht.

39) Vgl. W. Hollstein, a.a.O., S. 122 ff.; H. Wagner, a.a.O., S. 295.

40) M. Rodinson, Israel and the Arabs, a.a.O., S. 37 f.

41) E. Rouleau, J. F. Held, J., und S. Lacouture, Die dritte Schlacht – Israel und die Araber, Frankfurt/M. 1967, S. 20.

42) Über die völkerrechtliche Wertung des Eingreifens der arabischen Armeen als Aggression gegen Israel oder Nothilfe für die palästinensischen Araber vgl. M. Riedmair, Souveränität über Jerusalem, in: VN, 6/1980, S. 195 ff., 197; Fawwaz Trabulsi, Das Palästinaproblem, in: Adnan Amad u. a., Nahostkrise, a.a.O., S. 79 ff., H. Wagner, a.a.O., S. 328 f.; vgl. ferner unten Kap. II, 1.

43) Mit 37 gegen 12 Stimmen bei 9 Enthaltungen.

44) M. Riedmair, a.a.O., S. 195.

45) S. Geries, Die Araber in Israel, a.a.O., S. 95 ff., 118.

gehabt haben[46]), heute ist unumstritten, daß die Evakuierung und Deportation der Araber das militärische Kampfziel der zionistischen Politik waren. Nach Angaben der UNRWA wurden im Juni 1950, 960 021 arabische Palästinenser als registrierte Flüchtlinge in den Lagern gezählt, die in den letzten drei Jahren ihre Heimat verlassen hatten – etwa 160 000 blieben in Israel[47]).

Es stellt sich die Frage, ob mit der politisch-militärischen Konsolidierung und Expansion Israels sich auch seine Rechtsposition gestärkt hat[48]). Die Araber haben u. E. mit guten Gründen die rechtliche Verpflichtungskraft der Teilungsresolution 181 (II) bestritten[49]). Zum einen kann es sich wie bei allen Resolutionen der Generalversammlung nur um eine Empfehlung handeln, zum anderen ist das Selbstbestimmungsrecht der palästinensischen Bevölkerung in keiner Weise berücksichtigt worden. Auch Israel hat sich durch seine Annektions-Expansionspolitik faktisch niemals an die Resolution gehalten. Es hat gezielt die Schwäche der UNO ausgenutzt und die zahlreichen Beschlüsse der Vollversammlung über die Rückkehr der Flüchtlinge[50]), das Statut Jerusalems[51]) oder die Waffenstillstandskommission[52]) systematisch boykottiert. All dies ist wenig geeignet, die juristische Basis der zionistischen Rechtsansprüche zu begründen – eher bewirkt es das Gegenteil. So bleibt lediglich die Anerkennung durch 37 Staaten unter Einschluß aller Großmächte – eine zweifellos völkerrechtlich nicht zu übersehende Rechtsgarantie, die sich allerdings nur auf die Grenzen bezog, die dem jüdischen Staat in der Teilungsresolution 181 (II) von 1947 zuerkannt wurden.

5. *Die Sowjetunion und das Palästina-Problem*

Die Position der Sowjetunion zur Lösung des Palästina-Problems war stets und ist auch in der aktuellen Diskussion ein besonderer Gegenstand der Ausein-

46) Der damalige Chef der zionistischen Terrororganisation Irgun und Hauptverantwortliche des Massakers in Deir Yasin, bei dem 254 Frauen, Kinder und Alte ermordet wurden, Menachem Begin, schrieb 1957 in seinem Buch „The Revolt", daß als Folge der Maßnahmen „die Araber von hemmungsloser Panik ergriffen wurden und begannen, um ihr Leben zu laufen . . . Die Araber liefen entsetzt davon, noch ehe es zum Zusammenstoß mit den jüdischen Streitkräften kam" (S. 164). Zur Politik der israelischen Armee und ihren psychologischen Wirkungen vgl. S. Geries, a.a.O., S. 142 ff.; Tahar Brache, Les Surexilés, Le dossier arabe, Collection monographies No. 7, Paris 1968, S. 28; Arthur Koestler, Promise and Fulfilment, London 1949, S. 160; H. Wagner, a.a.O., S. 315 ff., 335 ff.; N. Weinstock, a.a.O., S. 290.

47) W. Hollstein, a.a.O., S. 145; nach einer Untersuchung von Rachid Hussein besaßen die Palästinenser bei der Staatsgründung Israels 1,75 Mio. Dunum Land, 1965 gehörten ihnen noch 0,5 Mio. Dunum in Israel, R. al Hussein, En Israel, Les Arabes sont les Juifs des Juifs, in: „Jeune Afrique", No. 279, 1966, S. 30.

48) H. Wagner, a.a.O., bleibt für seine Bewertung der Annexions-, Vertreibungs-, Expansions- und Diskriminierungspolitik: „Für all das hatten die Israeli ihre guten rechtlichen, moralischen und politischen Gründe" (S. 347) freilich jeden Beweis schuldig.

49) Vgl. Kolloquium arabischer Juristen, a.a.O., S. 72 ff.

50) Z. B. Resolution 1315 (XIII) vom 12. Dezember 1958 mit Angabe aller früheren einschlägigen Resolutionen. Vgl. W. Wengler, J. Tittel, Documents on the Arab-Israel Conflict. The Resolutions of the United Nations Organization, Berlin (West) 1979. Allein zwischen 1950 und dem Sechstagekrieg von 1967 wurden von der Generalversammlung der Vereinten Nationen 18 Entscheidungen angenommen, die von Israel Wiederaufnahme und Kompensierung der palästinensischen Flüchtlinge verlangten. Ihnen allen widersetzte sich Israel.

51) Resolution 303 (IV) vom 9. Dezember 1949.

52) Resolution des Sicherheitsrates Nr. 48 vom 23. April 1948.

andersetzung[53]). Auf den ersten Blick könnte sie als widersprüchlich bezeichnet werden. Denn einerseits war die Sowjetunion einer der entschiedensten Befürworter des neuen Staates Israel – unmittelbar nach den USA nahm sie im Jahre 1948 diplomatische Beziehungen auf[54]) –, andererseits entwickelte sie sich seit den 50er Jahren zunehmend zu einem der heftigsten Kritiker der Aggressions- und Unterdrückungspolitik Israels. Sie stellt sich auf der internationalen Ebene als der entschiedenste und eindeutigste Verfechter des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes einschließlich seines Rechtes auf Eigenstaatlichkeit dar. Allerdings gibt es keine Verlautbarung – und dies stellt eine gewisse Auflösung des Widerspruches dar –, in der nicht auch gleichzeitig das staatliche Existenzrecht Israels erwähnt wird. Sind diese scheinbaren Widersprüche nun Ausfluß einer auf ihre Großmachtinteressen bedachten Außenpolitik oder einer prinzipiellen Linie proklamierter internationaler Solidarität mit den Völkern, die um ihre Unabhängigkeit ringen?

Eine der ersten Handlungen des neuen Sowjetstaates von 1917 war die Bekanntgabe der Geheimabkommen des zaristischen Rußlands und damit auch des Sykes-Picot-Abkommens, verstanden als erster Beitrag zur im Friedensdekret proklamierten Unterstützung des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung[55]). In der Konsequenz dieser eingeschlagenen Linie lehnte die Sowjetmacht auch die Mandatspolitik der nach dem Ausscheiden des zaristischen Rußlands übriggebliebenen Kolonialmächte England und Frankreich im Raume Palästina ab. Ausdrücklich wurde bei der Aufnahme in den Völkerbund 1934 ein Vorbehalt gegenüber dem Mandatssystem des Völkerbundes erklärt[56]). Die Forderung der Sowjetunion nach 1945 nach restloser Aufhebung des Mandatssystems und seiner Ersetzung durch von den Völkern selbstbestimmte Staaten war eine logische Folge dieser Haltung, die auch einen gewissen Niederschlag in der UNO-Charta fand[57]).

„Ein binationaler Staat auf der Basis der politischen Gleichheit und der vollen ökonomischen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen beiden

53) Besonders symptomatisch vor allem für den teilweise krampfhaften Versuch, eine möglichst große Widersprüchlichkeit der sowjetischen Politik wegen ihres mit der zaristischen Zielsetzung zu vergleichenden Großmachtgehabes nachzuweisen vgl. Peter Brod, Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklung bis 1956, Baden-Baden 1980; für den Kontext bis 1948 Helmut Mejcher, Palästina in der Nahostpolitik europäischer Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika 1918–1948, in: H. Mejcher, A. Schölch (Hrsg.), Die Palästinafrage 1917–1948, Paderborn 1982, S. 163 ff.

54) Über die wohl stark übertriebene Bedeutung der de jure Anerkennung der Sowjetunion im Gegensatz zu der nur de facto Anerkennung der USA vgl. Peter Brod, a.a.O., S. 63.

55) Stefan Wild, Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: H. Mejcher, A. Schölch (Hrsg.), a.a.O., S. 73 ff. (78) verweist darauf, daß durch diese Veröffentlichung die arabische Seite zum erstenmal Kenntnis von diesem Geheimabkommen erlangt habe.

56) Vgl. die Rede von Litwinow bei der Aufnahme der Sowjetunion vor dem Völkerbund in: Vereinte Nationen und ihre Spezialorganisationen, Dokumente, Band 1 (hrsg. von Spröte, Wünsche u. a.), Berlin (DDR) 1974, S. 100 ff.

57) So wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker schon unter den Zielen und Grundsätzen in Art. 1 Zif. 2 genannt, aber in seinem Inhalt erst durch spätere Deklarationen der Vollversammlung, insbesondere die Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker von 1960, weiterentwickelt und präzisiert.

Volksgruppen" war daher für sie die zunächst zu erstrebende Perspektive[58]). Dieses in den 30er Jahren sowohl von linken arabischen Kräften (vor allem der KP Palästinas, die sowohl arabische wie jüdische Mitglieder hatte) entwickelte, wie auch von links-zionistischen Tendenzen (Martin Buber u. a.) gestützte Konzept hatte jedoch nach der faktischen Aufspaltung Palästinas in zwei feindliche nationale Lager (Araber und Juden) und eine zusätzliche Aufsplitterung der arabischen Gemeinschaft bis in die fortschrittlichsten Elemente (Spaltung der KP im Jahre 1942/43) keine Verwirklichungschance[59]). Militanter Zionismus in Komplizenschaft mit feudalen arabischen Kräften unter Anleitung des englischen und später des amerikanischen Imperialismus hatte diese Konstellation geschaffen.

Die einzige relativ realistische Verwirklichungschance bot daher das von der UNO verfolgte Aufteilungskonzept, das die Sowjetunion mit der Mehrheit der Vereinten Nationen unterstützte. Der Einheitsgedanke war in diesem Teilungskonzept mitnichten aufgegeben. Die bestehenbleibende wirtschaftliche Einheit sollte der Ausgangspunkt für eine Entwicklung zu einem binationalen Einheitsstaat werden, nachdem sich in den vorerst selbständigen Staatseinheiten die nach Einigung strebenden Kräfte durchsetzt hatten und die Verletzungen des gegeneinander geführten Kampfes angesichts der Erkenntnis des gemeinsamen Feindes vernarbt waren. In realistischer Einschätzung der Schwäche der arabisch-palästinensischen nationaldemokratischen Kräfte, die bei der Niederschlagung des Aufstandes von 1936 bis 1939 durch die britische Kolonialmacht mit Hilfe zionistischer Militärkräfte dezimiert worden waren, und der mit den britischen Kolonisatoren kollaborierenden, unter sich rivalisierenden feudalen arabischen Dynastien, die zur Aufteilung des palästinensischen Kuchens bereitstanden, blieb nur die Hoffnung auf eine fortschrittliche Entwicklung innerhalb des jüdisch-israelischen Bevölkerungsteils. Nach den durch die Naziverfolgung ausgelösten letzten Einwanderungswellen, deren Angehörige nur zum Teil der zionistischen Ideologie zuneigten, bestand noch die Hoffnung, daß in einem zu schaffenden Staatswesen der jüdische Bevölkerungsteil eine dem Zionismus gegenüber fortschrittliche Komponente bilden könnte.

Eine Stützung der jüdischen Führungskräfte in ihrer Auseinandersetzung mit der britischen Kolonialmacht und später der internationalen Stellung des jungen Staates Israel auf der Basis des UNO-Teilungsbeschlusses brauchte also durchaus nicht gegen die Interessen des arabisch-palästinensischen Bevölkerungsteiles gerichtet zu sein. Das gilt auch für die Verurteilung des Einmarsches der Armeen der arabischen Liga, soweit sie auf dem Gebiet operierten, das nach dem UNO-Teilungsbeschluß nicht dem arabischen Bevölkerungsteil zugewiesen war, so speziell die Verurteilung der Besetzung Ost-Jerusalems

58) Zu den Vorschlägen der Sowjetunion innerhalb der UNO vgl. Peter Brod, a.a.O., S. 56 ff. Problems of Peace and Security, Documents and other materials, Moskau 1972, S. 44.

59) Zur Stellung der KP Palästinas vgl. Wolfram Brönner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt a.M. 1979, S. 55 f.; Stefan Wild, Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: H. Mejcher, A. Schölch (Hrsg.), a.a.O., S. 81 m.w.N.

durch Transjordanien[60]) und der später folgenden Annexion durch das Königreich Jordanien[61]).

Folgendes Zitat, das einem hohen KPdSU-Vertreter zugeschrieben wird, faßt die Position der Sowjetunion sehr präzise zusammen:

„Israel ist eine Tatsache. Es gab keine jüdische Nation oder jüdische Nationalität – das ist offensichtlich. Aber jetzt entsteht eine israelische Nation. Israel ist auf künstlichen Grundlagen entstanden, und ich will es nicht historisch rechtfertigen. Aber laßt uns mit bestehenden Tatsachen anfangen. – Das Schlagwort von der Liquidierung Israels ist nicht nur taktisch, sondern auch prinzipiell unhaltbar . . . Das ist eine Losung, die man nicht verwirklichen kann . . . Das Ziel des Kampfes muß eine Änderung des kolonialistischen Charakters von Israel sein, nicht die Auslöschung von Israel als Staat . . . Es ist zulässig, gegen den Rassismus des Staates Israel, seine reaktionären Eigenschaften, seinen kolonialistischen Charakter zu kämpfen, aber es ist nicht zulässig, über die Vernichtung des Staates Israel zu reden."[62])

II. Das arabisch-palästinensische Volk: Zwischen Exodus und Widerstand

1. Die Realität des Staates Israel und die Ausdehnung seines Territoriums

Das Völkerrecht geht von der Existenz der Völker und Staaten unabhängig von den Normen des Völkerrechtes als Faktum konkret-historischer Prozesse, als gegebene Tatsache des gesellschaftlichen Lebens aus. Sobald also ein Staat in Erscheinung tritt, ist er unabhängig von der Anerkennung anderer Staaten oder internationaler Organisationen, z. B. der UNO, Völkerrechtssubjekt[63]). Die konkrete Feststellung über die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes bis hin zur Staatsgründung, an die das Völkerrecht anknüpft, ist oft schwierig. Dies gilt insbesondere bei den im Dekolonisierungsprozeß entstehenden neuen Staaten, die sich mit dem schwierigen Erbe des Kolonialismus hinsichtlich der Überwindung ethnischer Unterschiede, Grenzregulierungen usw. auseinanderzusetzen haben. All diese Probleme waren im Dekolonisierungsbereich Palästina potenziert. Nur unter dem Schutz und dem Deckmantel der Kolonialmacht Großbritannien konnte die zionistische Besiedlung eines in Jahrhunderten arabisch gewordenen

60) Vgl. hierzu Manfred Riedmair, Souveränität über Jerusalem. Rechtliches und Zeitgeschichtliches zum politischen Problem, in: VN, 6/1980, S. 195ff. (197), der die Aggressionsverurteilung der Sowjetunion auf ihre antibritische Haltung zurückführt; ähnlich Peter Brod, a.a.O., S. 63ff.

61) Auf die Auseinandersetzung mit dem Zionismus in der Arbeiterbewegung und die Einwirkung des Antisemitismus in diese soll hier nicht eingegangen werden. Vgl. hierzu Wolfram Brönner, a.a.O., S. 34ff.; im Ergebnis ähnlich, wenn auch mit anderer Tendenz Peter Brod, a.a.O., S. 15ff., insbesondere 27ff.

62) Zitiert nach Peter Brod, a.a.O., S. 110, der die Erklärung als widersprüchlich und Ausfluß einer „auf den ersten Blick einigermaßen schizophrenen Haltung" bezeichnet.

63) Die Frage, ob die Anerkennung eines Staates konstitutive Kraft für die Entstehung seiner Völkerrechtssubjektivität hat oder nur deklaratorische Bedeutung, ist in der Völkerrechtslehre heftig umstritten. Für die sozialistische Völkerrechtslehre, die auf der lediglich deklaratorischen Wirkung einer Anerkennung beharrt, vgl. Autorenkollektiv, Völkerrecht, Köln 1973, S. 289ff. m.w.N.; für die konstitutive Theorie H. Lauterpacht Recognition in International Law, Cambridge 1947, S. 6, 12ff., 26ff. Überblick über den Meinungsstand bei Ignaz Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, 4. Aufl., Köln u. a. 1980, S. 142ff.

Raumes erfolgen. Die einheimische Bevölkerung, die durchaus ein palästinensisch-arabisches Nationalbewußtsein auch unabhängig von der Auseinandersetzung mit dem Zionismus, wenn auch durch ihn beschleunigt, entwikkelt hatte, mußte die Besiedlung, insbesondere die Gründung eines jüdischen Staates als Existenzbedrohung empfinden[64]). Daß gerade das arabische Volk Palästinas die Folgen des in Europa erfolgten Holocausts tragen sollte, war unter keinem Gesichtspunkt einsehbar. Auch der Teilungsbeschluß der UNO, der ja zumindest auf einem Teilgebiet des angestammten palästinensischen Volkes die Errichtung des Fremdkörpers eines jüdischen Staates vorsah, konnte aus arabischer Sicht unter keinem Gesichtspunkt gerechtfertigt werden. Die Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 mußte daher als Kriegserklärung wirken, auf die die Antwort des Einrückens der Armeen der umliegenden Staaten in Wahrnehmung des Selbstverteidigungsrechtes nach Art. 51 UNO-Charta erfolgte. Das Ergebnis ist bekannt. Am Ende dieses Krieges hatte der Staat Israel fast 80% des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina besetzt und einen Großteil der angestammten Bevölkerung vertrieben.

Die Gründungserklärung vom 14. Mai 1948[65]) berief sich auf die UNO-Teilungsresolution vom 29. November 1947, ging also von einem jüdischen Staat im Eretz-Israel, d. h. im ehemaligen Mandatsgebiet aus, schien also das ihm in der Teilungsresolution zugewiesene Territorium zu akzeptieren, obwohl die Realität schon längst eine andere war[66]).

Auch die Resolutionen der Gremien der UNO, die sich in der Folge mit der Palästinafrage beschäftigten, gingen von dem in der Teilungsresolution zugewiesenen Territorium aus. Das gilt insbesondere für den Beschluß Nr. 273 vom Mai 1949, mit dem die Aufnahme Israels als Mitglied der Vereinten Nationen erfolgte unter Einfügung einer Klausel, in der Israel zur Erfüllung der Flüchtlingsresolution Nr. 194 (Aufforderung, die Repatriierung, Wiederansiedlung und wirtschaftliche und soziale Wiedereingliederung der Flüchtlinge und die Zahlung von Entschädigungen unverzüglich in Gang zu setzen) und des UNO-Teilungsbeschlusses Nr. 181 verpflichtet wurde.

Ist also schon der Gründungsakt des jüdischen Staates selbst angesichts des vehementen Widerstandes des angestammten palästinensisch-arabischen Volkes, der auch nach seiner Vertreibung nicht gebrochen werden konnte, fragwürdig, so gilt dies in noch stärkerem Maße für die Beanspruchung von Gebieten, die der Gründungsakt selbst noch nicht umschloß. Die historisch gewachsene Einheit – jüdisch-israelisches Volk, das auf keinen Fall die Juden anderer Nationalität in aller Welt umfaßt – übte das ihr zustehende Selbstbe-

64) Vgl. zur Entwicklung dieses Bedrohungskomplexes, der parallel mit der aufgezwungenen zionistischen Besiedlung entstand, Stefan Wild, Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: H. Mejcher, A. Schölch (Hrsg.), a.a.O., S. 73 ff. Vgl. auch Walter Hollstein, a.a.O., S. 47 ff., S. 69 ff.

65) Text der Gründungsresolution in: H. Mejcher, A. Schölch, a.a.O., S. 243.

66) Große Teile des in der Teilungsresolution der arabischen Bevölkerung zugewiesenen Territoriums waren schon vor der Ausrufung des israelischen Staates von den zionistischen Truppen besetzt. Vgl. zu den Einzelheiten auch Chairiyya Qasmiyya, Palästina in der Politik der arabischen Staaten 1918–1948, in: H. Mejcher, A. Schölch (Hrsg.), a.a.O., S. 119 ff. (158 f.) mit zahlreichen Nachweisen.

stimmungsrecht auf Einrichtung eines eigenen Staates nur in diesem Umfang aus. Nur in dieser Dimension ist in irgendeiner Weise auch eine Zustimmung der anderen Volksgruppe, nämlich des arabisch-palästinensischen Volkes, zu konstruieren, sei es durch Verhalten der in der arabischen Liga zusammengeschlossenen Staaten auf der Lausanner Friedenskonferenz, auf der ein Waffenstillstand auf der Basis der UNO-Resolution 181 angeboten, aber von Israel nicht akzeptiert wurde, sei es aufgrund des Verhaltens der Repräsentationsorgane des arabisch-palästinensischen Volkes[67]).

Mit der militärischen Intervention 1956 gegen Ägypten verfolgte Israel mehrere Ziele. Militärisch wollte es die Durchfahrt durch die Enge von Tiran und die Sicherung im Gaza-Streifen erreichen. Von dort aus operierten in Ägypten ausgebildete Fedajins. Israel hatte mit schweren Gegenschlägen gegen den Gazastreifen reagiert. Auch an anderen Stellen war das 1949 zustandegekommene Waffenstillstandssystem ineffizient geworden. An der Grenze des Negev zum Sinai hatte Israel nach mehreren Zwischenfällen die entmilitarisierte Zone von El-Audscha besetzt[68]).

Der Angriff auf Ägypten war militärisch mit England und Frankreich abgestimmt, die durch ihre Intervention die Nationalisierung des Suez-Kanals durch das Nasser-Regime rückgängig machen und dessen Sturz erreichen wollten[69]). Nach großen internationalen Wirren, die bis an den Rand eines neuen Weltkrieges gingen, mußten sich alle drei Aggressoren zurückziehen, Israel hinter die Demarkationslinien unter Aufgabe des Gaza-Streifens und der Posten in Scharm El Scheik[70]). Israel kämpfte mehrere Monate auf der diplomatischen Ebene, es war völlig isoliert, da die USA eine äußerst harte Haltung einnahmen. Israel war als Aggressor gebrandmarkt.

Die verschiedenen Stationen, die zum sog. Sechstagekrieg von 1967[71]) geführt haben, können hier nicht aufgezeigt werden. Wie das gesamte Palästinaproblem eingebettet ist in den globalen Zusammenhang des Nahostraumes, so sind auch die Ursachen dieses Krieges sehr komplex. Einer der Hauptfaktoren ist die sozialökonomische und politische Umwälzung in den Anliegerstaaten Ägypten, Irak und Syrien. Dort hatte sich insgesamt eine antiimperialistische Tendenz herausgebildet, die zunehmend nicht nur eine Bedrohung für Israel, sondern auch für die mit ihm verbundenen US-imperialistischen Interessen wurde. Am 5. Juni 1967 begann Israel seinen Blitzkrieg mit der nahezu völligen Zerstörung der ägyptischen Luftwaffe und Panzervorstößen nach Syrien, Jordanien und Ägypten. Seine waffentechnische Überlegenheit sowie sein

67) Zum Scheitern der Lausanner Friedenskonferenz vgl. auch H. Wagner, a.a.O., S. 357 ff., und Wolfram Brönner, a.a.O., S. 72., vgl. auch Sune O. Person, Von den Schwierigkeiten der Vermittlung in der Palästina-Frage. Die Mission des Folke Bernadotte vor 35 Jahren, in: VN, 4/1981, S. 116 ff.

68) Darstellungen des Kriegsverlaufes bei E. L. M. Burns, Between Arab and Israeli, London 1962; Heinz Wagner, a.a.O., S. 422 m.w.N.

69) Vgl. zum Sinai-Krieg allgemein: H. Wagner, a.a.O., S. 422; W. Brönner, a.a.O., S. 114 ff.

70) Zum Verhalten der Sowjetunion im Suez-Konflikt vgl. Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1945–1976, Berlin (DDR) 1978, S. 331 ff.

71) Zu den Ursachen und Folgen des Blitzkrieges von 1967 vgl. W. Brönner, a.a.O., S. 121 ff.; H. Wagner, a.a.O., S. 432 ff., Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, a.a.O., S. 504 ff.

einheitliches Vorgehen wog die quantitativ größere Truppen- und Waffenstärke der arabischen Armeen auf. Innerhalb von nur sechs Tagen eroberte die israelische Armee Restpalästina (insbesondere den Gazastreifen und die Westbank), die syrischen Golanhöhen, die ägyptische Sinai-Halbinsel, besetzte den arabischen Teil Jerusalems und sperrte den Suez-Kanal.

Damit schuf Israel eine neue Ausgangslage im Nahost-Konflikt. Einmal wurde es durch die Eroberung des gesamten palästinensisch-arabischen UN-Teilstaatgebietes und die Unterwerfung von einer Million Palästinenser-Araber unter seine direkte Herrschaft zum Besatzungsregime, zum anderen betraf Israels Besetzung auch große Teile Ägyptens und Syriens. Die bislang zumindest noch theoretisch bestehende Trennungslinie zwischen dem Palästina-Problem und den Problemen der anderen arabischen Staaten, die jetzt ebenso wie das palästinensisch-arabische Volk um die Befreiung ihrer Territorien zu kämpfen hatten, wurde aufgehoben. Hatte sich Israel mit diesem Blitzkrieg militärisch Luft verschafft, so sollte jedoch die anschließende Entwicklung zeigen, daß sich politisch seine Situation weiter verkompliziert hatte. Das eigentlich politische Ziel, nämlich der Sturz der progressiven arabischen Regime konnte nicht erreicht werden, im Gegenteil, ihre Position hatte sich noch gefestigt.

In der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 wurde eindeutig „die Ablehnung des Erwerbs von Gebieten durch Waffengewalt" unterstrichen und als erster Grundsatz zur Lösung des Nahostkonfliktes der „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den während des letzten Konfliktes besetzten Gebieten" gefordert. Als Grundsatz für die Lösung der anstehenden Probleme ist genannt: Verzicht auf alle Kriegsdrohungen und -maßnahmen sowie Respektierung und Anerkennung der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit aller Staaten dieses Raumes und ihres Rechtes, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen oder von Gewaltakten zu leben. Als unmittelbar zu lösende Probleme werden genannt die Notwendigkeit, eine freie Schiffahrt in den internationalen Gewässern zu sichern, eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems herbeizuführen und die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit aller Staaten des Raumes durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten.

In der Folge hat sich Israel strikt geweigert, die UNO-Sicherheitsresolution 242 einzulösen und stattdessen alle Maßnahmen sowohl militärischer, besiedlungsmäßiger und juristischer Art unternommen, um die okkupierten Gebiete in sein Staatsgebiet einzuverleiben[72]).

72) Zu den juristischen Einverleibungsakten insbesondere hinsichtlich Jerusalems vgl. Manfred Riedmair, a.a.O., S. 195ff.; Gerhard Stuby, The Status of Jerusalem and the Right of Self-determination of the Palestinian People, in: International Progress Organization, The legal Aspects of the Palestine Problem with Special Regard to the Question of Jerusalem, Wien 1981, S. 120ff.; zur Frage der Auslegung der Resolution 242, insbesondere, ob Israel verpflichtet ist, aus allen 1967 okkupierten Gebieten sich zurückzuziehen, vgl. Lord Caradon, Die Zukunft der Resolution 242, in: VN, 5/1979, S. 153ff.; Friedemann Büttner, Zwischen Nahost-Konflikt und Palästina-Frage, in: VN, 6/1980, S. 189ff.

2. Israels Besatzungspolitik von 1967–1973

Von Beginn an war es Ziel der israelischen Besatzungspolitik, die erlangten Gebiete zu „judaisieren". Diese Zielsetzung läßt sich schon lange vor der Gründung des israelischen Staates in der zionistischen Strategie verfolgen. So erfolgten schon die Landkäufe unter militärstrategischen Gesichtspunkten. Auf dem 15. Zionistenkongreß 1927 wurde diese Zielsetzung von Ruppin sehr präzise umschrieben: „Unser Aufbauwerk gleicht dem Vormarsch einer Armee. Keine Truppengattung darf alleine vorrücken. Nur im Zusammenhang mit den anderen Truppengattungen ist ihr Vorgehen möglich. Ohne den Schutz der schwerbeweglichen Artillerie sind Infanterie und Kavallerie ohnmächtig. Unsere Artillerie ist die Landwirtschaft. Sie bestimmt durch das Tempo ihres Vorrückens auch das aller unserer anderen Tätigkeitszweige. Mit einer gesunden Landwirtschaft als Basis werden sich auch Industrie, Handel und Bauwesen in den Städten entwickeln."[73])

Diese hier klar propagierte Zielsetzung läßt sich in immer brutaler werdenden Verwirklichungsschritten über die Annexionsakte im Krieg 1948/49 bis hin zur Abrundung der Landnahmen im Gefolge des Krieges von 1967 verfolgen. Nach Recherchen der israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte zerstörte die israelische Besatzungsarmee bis 1969 über 7500, bis August 1971 insgesamt 16 312 arabische Häuser, in der Regel begleitet von der Enteignung arabischen Bodens und von Massendeportation. So wurden von den 364 000 palästinensischen Bewohnern im Gazastreifen bis zum September 1971 ca. 55 000 Menschen zwangsweise ausgesiedelt und bis 1971 12 000 Hektar enteignet, machte man im Golangebiet 1969 allein 17 syrische Dörfer dem Erdboden gleich, wobei man den Großteil der 115 000 dort ansässigen Syrer vertrieb. Die Zwangsumsiedlung von 10 000 Ägyptern auf dem Sinai im Jahre 1972, die Konfiszierung von 142 000 Hektar arabischen Bodens im Westjordangebiet und in Ostjerusalem vervollständigen das Bild[74]).

Die arabische Bevölkerung lebt unter einem drückenden Kriegsrecht, das seine Wurzeln z. T. noch in der britischen Mandatszeit hat[75]). In den Schlußfolgerungen der UNO-Sonderkommission 1972 wird daher „eine vorsätzliche Politik der Annexion und der Besiedlung der besetzten Gebiete (bestätigt)", die sich „durch die absichtliche Ausrottung der palästinensischen nationalen Identität, . . . Verweigerung des Rechtes auf Rückkehr" und andere mehr auszeichne und die „als Negierung von Buchstaben und Geist der vierten Genfer Konvention" zu erachten sei[76]). In mehr als zehn Entschließungen hat der UNO-Sicherheitsrat zwischen 1967 und 1973 dieses Annexionsstreben Israels

73) Zitiert nach W. Hollstein, a.a.O., S. 77.
74) Vgl. W. Brönner, a.a.O., S. 127 f.; vgl. auch H. G. Burger, Die Lage der Araber in Israel, in: „Blätter", 9/1970, S. 140 ff.
75) H. Wagner, a.a.O., S. 444.
76) Bericht der UN-Sonderkommission zur Untersuchung israelischer Praktiken bezüglich der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten vom 25. 9. 1972, S. 18–29, zit. nach Brönner, a.a.O., S. 128; zum neuesten Stand vgl. Internationale Vereinigung demokratischer Juristen, Mission dans les territoires occupés par Israel, Brüssel 1982.

und seine Besatzungspraktiken verurteilt sowie immer wieder auf Erfüllung der UNO-Resolution 242 bestanden. Vor diesem Hintergrund muß die spektakuläre Verurteilung des Zionismus durch die Vollversammlung am 11. November 1975 gesehen werden; in dieser Resolution wurde festgestellt, „daß der Zionismus eine Form des Rassismus und der rassischen Diskriminierung ist".[77])

3. Die Entwicklung des palästinensisch-arabischen Widerstandes, insbesondere der PLO

Es ist die These aufgestellt worden, das palästinensisch-arabische Nationalbewußtsein habe sich erst „als Reaktion der ansässigen Bevölkerung auf die Einwanderung zionistischer Siedler nach Palästina"[78]) herausgebildet. Diese These kann insoweit akzeptiert werden, als sie den Befreiungscharakter jeder nationalen Bewegung gegenüber europäischem Kolonialismus bzw. in einem späteren Stadium gegenüber dem US-Imperialismus zum Ausdruck bringt. Denn hier wird der Blick auf die Verzahnung von Zionismus und englischem Kolonialismus/US-Imperialismus gelenkt. Falsch erscheint jedoch diese These, wenn sie meint, ohne Zionismus gebe es kein arabisch-palästinensisches Nationalbewußtsein, ohne Zionisten kein palästinensisches Volk. Die Entfernung zu der Behauptung, vor der zionistischen Besiedlung habe es sich um ein Land ohne Volk gehandelt, ist dann nur noch minimal[79]).

Demgegenüber muß festgehalten werden, daß schon vor dem Beginn der zionistischen Besiedlung Ende des vorigen Jahrhunderts, dann besonders nach Ablösung der ottomanischen durch die britische Kolonialherrschaft, ein arabisch-palästinensisches Nationalbewußtsein existierte, das von allen dort lebenden Bevölkerungsgruppen getragen wurde. Es hat sogar Fälle gegeben, in denen in Palästina alteingesessene jüdische Gemeinschaften zusammen mit moslemischen Palästinensern gegen die Einwanderung europäischer Zionisten Front machten[80]).

Selbstverständlich handelte es sich in einer feudalen, großagrarisch-strukturierten Gesellschaft, in der erst Ansätze einer eigenen Bourgeoisie sich entwickelten, um ein noch rudimentäres Nationalbewußtsein. Dies äußerte sich zudem noch meist in religiösen Formen, zum anderen war es entsprechend den Interessen der herrschenden Klasse der einheimischen Großgrundbesitzer geprägt. Palästina wurde daher bis zu seiner politischen Verselbständigung durch das britische Mandat als Teil des großsyrischen Raumes begriffen[81]).

---

77) Vgl. oben Anm. 32.

78) So St. Wild, Zum Selbstverständnis palästinensisch-arabischer Nationalität, in: H. Mejcher, A. Schölch, a.a.O., S. 73ff.; vgl. zur Korrektur dieser Tendenz Salim Ibrahim, Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes, in: „Blätter", 5/1973, S. 517ff.

79) Vgl. zur zionistischen Staatsdoktrin Anm. 21, Kap. I.

80) Yehoshua Porath, The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement, 1918–1929, London 1974, S. 61.

81) Vgl. St. Wild, a.a.O., S. 73ff., und Alexander Flores, Die Entwicklung der palästinensischen Nationalbewegung bis 1939, in: H. Mejcher, A. Schölch, a.a.O., S. 89ff.; vgl. auch W. Brönner, a.a.O., S. 47.

Aber selbst zu einer Zeit, als sich mit der systematischen Besiedlung zunächst durch Landkauf[82]), später auch durch gewalttätige Mittel die zionistischen Ziele abzeichneten, und das Prinzip: „jüdischer Boden, jüdische Arbeit, jüdische Waren" sich nicht nur als Parole geltend machte, wußte das arabisch-palästinensische Nationalbewußtsein noch sehr wohl zwischen Zionismus und Judentum als Religion zu differenzieren. So heißt es z. B. in einem Gedicht des irakischen Dichters Maruf Ar-Rusafi von 1919: „Wir sind nicht, wie man uns fälschlich bezichtigt hat, / offen oder heimlich Feinde der Juden. / Die beiden Völker sind ja Vettern, wie ihre Sprache beweist. / Aber wir fürchten, aus der Heimat vertrieben zu werden / und mit Waffengewalt beherrscht zu werden."[83])

Diese hier – durchaus nicht als Einzelfall – gemachte Unterscheidung zwischen Zionismus und Judentum konnte sich angesichts der wachsenden Bedrohung durch den politischen Zionismus immer weniger halten. Sie wich zunehmend einer undifferenzierten Feindschaft gegenüber den Juden. Als bei der Niederschlagung der größten nationalen Erhebung Palästinas gegen den Zionismus und die britische Kolonialherrschaft zwischen 1936 und 1939 gerade die bewußten Kräfte der nationalen Erhebung liquidiert wurden, die das Programm eines demokratischen Palästinas anstrebten, in dem alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt miteinander leben sollten[84]), war eine Ausgangslage entstanden, in der nach 1945 das palästinensische Volk weitgehend von in sich zerstrittenen feudalen Familienclans repräsentiert wurde[85]). Diese von der britischen Kolonialmacht protegierten Kräfte entsprachen weitgehend den feudalen Dynastien, die in den arabischen Nachbarländern herrschten. Für sie stellte der Zionismus solange keine reale Bedrohung dar, als er ihre eigenen Herrschaftspositionen nicht tangierte. Sie beteiligten sich vielmehr an der Zerstückelung Palästinas. Ihr militärischer Kampf gegen den jungen israelischen Staat war daher weniger von der Absicht diktiert, der Freiheit des palästinensischen Volkes zum Durchbruch zu verhelfen, was gerade angesichts der sozialökonomischen Lage in ihren eigenen Ländern gefährlich werden konnte, als den eigenen dynastischen Interessen einen Vorteil zu sichern. Nicht nur die Annexion der Westbank durch Jordanien, sondern auch die verschiedenen separaten Waffenstillstandsabschlüsse mit Israel 1948/49 geben davon Zeugnis[86]).

Vor diesem Hintergrund wurde die palästinensische Frage auf einen zwischenstaatlichen Konflikt und ein Flüchtlingsproblem reduziert. Auch in den UNO-Resolutionen dieser Jahre bis hin zur bekannten Resolution des Sicher-

82) Hierzu W. Brönner, a.a.O., S. 34ff.; W. Hollstein, a.a.O., S. 47ff.
83) Zitiert bei St. Wild, a.a.O., S. 80.
84) Trotz ihrer Kleinheit und von immer neuen Spaltungen heimgesucht, hatte die KP Palästinas an der Entwicklung dieser Konzeption einen nicht zu unterschätzenden Anteil; vgl. Budeiri, Musa, The Palestine Communist Party 1919–1948: Arab and Jew in the Struggle for Internationalism, London 1979; W. Brönner, a.a.O., S. 55.
85) Vgl. Brönner, a.a.O., S. 48ff.; S. Ibrahim, a.a.O., S. 517ff. (523f.), der diese Entwicklung sehr präzise beschreibt.
86) H. Wagner, a.a.O., S. 357ff.

heitsrates Nr. 242 von 1967 war vom Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes – gar durch Wahrnehmung eigener Staatlichkeit – keine Rede. In der 1945 gegründeten Arabischen Liga war Palästina zwar durch einen Delegierten mit beratender Stimme vertreten. Im Palästina betreffenden Protokoll der Arabischen Liga wurde aber, wie von palästinensischer Seite kritisiert wurde, über die „natürlichen Rechte der Araber in Palästina" kein Wort verloren, sondern nur auf die Völkerbundsatzung und den Vertrag von Lausanne verwiesen. Der starke britische und amerikanische Einfluß auf die Arabische Liga schloß zudem von vornherein eine entschiedene Haltung gegenüber dem Zionismus im Sinne der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser aus.

Eine Wiederbelebung der Widerstandsbewegung auf einer neuen Basis wurde durch zwei – zudem ineinander verschränkte – Faktoren herbeigeführt. Einerseits die zunehmenden progressiven Veränderungen in den arabischen Nachbarstaaten, allen voran in Ägypten und in Syrien, andererseits das schubweise Wiedererwachen des arabisch-palästinensischen Nationalbewußtseins, jetzt aber im Rahmen einer sich bildenden nationalen Befreiungsbewegung, der PLO.

Im Rahmen dieser Ausführungen können nur die wichtigsten Stationen ihres Entwicklungsweges genannt werden[87]). Auf Vorschlag Nassers, der eine eigene militärische Palästinenser-Organisation anstrebte, im Gegensatz zu König Hussein von Jordanien, der sich als Souverän der Palästinenser verstand, wurde die PLO auf der arabischen Gipfelkonferenz 1964 von den arabischen Staaten gegründet. Formell ist sie von der Arabischen Liga, bei der sie einen Beobachterstatus hat, faktisch war sie zunächst von Ägypten abhängig. Die ihr angegliederte palästinensische Befreiungsarmee (PLA) verstand sich als Armee im überkommenen Sinne und war in verschiedenen arabischen Staaten stationiert. Wegen dieser Abhängigkeit nahmen zunächst schon bestehende aktive Widerstandsgruppen, insbesondere die nationale Befreiungsbewegung Palästinas – Al Fatah – nicht daran teil. Das erste Grundsatzdokument der PLO[88]), der 1964 auf der ersten Nationalratstagung verabschiedete Nationalvertrag, entwickelte noch keine Kampfstrategien, schwieg sich über eine Zuständigkeit der PLO für Gaza, das Westufer oder Jordanien aus und hatte keine demokratische Perspektive für das zu befreiende Palästina. Die Führung der PLO unter Ahmad Schukeiri, einem palästinensischen Rechtsanwalt im saudischen diplomatischen Dienst, begriff sich mehr als Repräsentationsorgan der arabischen Regierungen denn als ein Organisator des Volkswiderstandes. Chauvinistische Parolen wie die Ankündigung, „die Juden ins Meer zu treiben"[89]) zeigten an, wie sehr ein antijüdisches Programm

87) Zur Entwicklung der PLO vgl. Wagner, a.a.O., S. 451 ff.; Brönner, a.a.O., S. 157 ff.; W. Hollstein, a.a.O., S. 2588 ff.; S. Ibrahim, a.a.O., S. 527 ff.

88) R. Hami, Was ist die PLO? Bonn 1975, S. 4/5, zit. nach Brönner, a.a.O., S. 157.

89) Vgl. W. Hollstein, a.a.O., S. 293, mit scharfer Kritik an den früheren chauvinistischen Tendenzen und zu bestimmten terroristischen Anschlägen, wie zur Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes; zur Kritik vgl. auch S. Ibrahim, a.a.O., S. 529 ff.

den frühen demokratischen Ansatz der palästinensisch-arabischen Nationalbewegung verschüttet hatte.

Die Niederlage der arabischen Armeen im Junikrieg 1967 und die Okkupation von Restpalästina durch Israel veränderten die Ausgangsbedingungen des palästinensischen Befreiungskampfes grundlegend. Die palästinensische Befreiungsbewegung erhielt Massencharakter und verstand sich zunehmend als die selbständige unabhängige nationale Bewegung, die in gleichberechtigter Kooperation mit den arabischen Nachbarn operierte. Unter den verschiedenen Widerstandsgruppen vollzog sich ein Einigungsprozeß, der zum Abschluß einer National-Charta der „aktiven und revolutionären" Widerstandsbewegung führte. Diese National-Charta von 1968 löste den Nationalvertrag von 1964 als programmatische Grundlage ab. Ziel der Befreiung Palästinas war die Errichtung eines „demokratischen Staates" sowie einer „progressiven Gesellschaft". Mit der Orientierung auf den „bewaffneten Kampf" verfocht sie die notwendige Vereinigung „aller nationalen Kräfte in einer Nationalfront". Auf der fünften palästinensischen Nationalratstagung im Februar 1969 erlangte die Fatah die dominierende Rolle innerhalb der PLO. Sie stellte nunmehr die stärkste Gruppierung im Nationalrat (ein Parlament mit zunächst 105, dann 115 bis 195 Mitgliedern), sowie in dem vom Nationalrat zu wählenden Zentralrat (auch Zentralkomitee genannt, mit 25 Mitgliedern). Der Zentralrat benennt ein Zentralsekretariat (6–9 Mitglieder) und ein Exekutivkomitee (9, später 12–14 Mitglieder) als wichtigstes politisches Leitungsorgan. Vorsitzender dieses Exekutivkomitees ist gegenwärtig Yasser Arafat. Dem Exekutivkomitee ist das politische Hochkomitee und das Kommando des bewaffneten palästinensischen Kampfes (CLAP) unterstellt.[90])

Mit diesen Organen stellte sich die PLO nicht nur als quasi staatliches Repräsentationsorgan des palästinensischen Volkes dar, sondern schuf sich zugleich ein sehr effektives Instrument zur Darstellung palästinensischer Souveränität, die sich höchst wirksam auch als Gegensouveränität gegen das israelische Okkupationsregime spürbar machte. Seit 1969 begann die PLO neben der Intensivierung ihrer Guerilla-Aktionen, vornehmlich gegen die israelischen Militäreinrichtungen, und dem Schutz der Flüchtlingslager mit dem forcierten Ausbau eigener Sozialeinrichtungen (medizinische Installation, Produktionsstättenverwaltung, Schulsystem u. a. m.) und Massenorganisationen (Gewerkschaften, Studentenverband, etc.) zur Betreuung und Aktivierung speziell der Bevölkerung in den Flüchtlingslagern.

Die immer stärkere Aktivität der PLO auf all diesen Ebenen provozierte zum einen die Repressionsaktivität der israelischen Behörden gegenüber der palästinensischen Bevölkerung, zum anderen die feudalistischen arabischen Regime, wie Jordanien, die in den Aktivitäten der PLO auf ihrem Gebiet eine Bedrohung ihrer Herrschaft sahen. In dem Blutbad des sogenannten Schwarzen September 1970 (rund 20 000 Tote, davon etwa ein Drittel Fedayin) versuchte König Hussein diesen bedrohlichen politischen Machtfaktor auszu-

90) Brönner, a.a.O., S. 161; sehr präzise Analyse bei S. Ibrahim, a.a.O., S. 534 ff.

schalten. Mit dem September-Massaker und den nachfolgenden Operationen im Juli 1971 gelang es dem Hussein-Regime, die palästinensische Militärpräsenz westlich des Jordan völlig zu liquidieren, so daß die PLO gezwungen war, das Hauptkonzentrationsfeld ihrer bewaffneten Einheiten in den Libanon zu verlagern, wo sie sich trotz vertraglicher Vereinbarung mit der libanesischen Regierung (Kairoer Vertrag von 1969) im April/Mai 1973 einem ähnlichen militärischen Ansturm der libanesischen Rechtskräfte ausgesetzt sah, gegenüber dem sie sich jedoch behaupten konnte[91]).

An der Übereinstimmung der bewaffneten Aktionen der PLO mit dem Völkerrecht kann kein Zweifel bestehen. Dieses legalisiert die Erlangung des Selbstbestimmungsrechtes gegenüber kolonialistischer Unterdrückung – und der Zionismus stellt eine Sonderform dieser Unterdrückung dar – und die Befreiung von fremder Okkupation mit allen Mitteln, einschließlich der Anwendung bewaffneter Gewalt[92]). Insofern beweist die Betitelung der bewaffneten Einheiten der PLO (PLA) in unseren Medien als Freischärler oder gar als Terroristen nicht nur einen Mangel an Aufnahmefähigkeit für politische Realitäten, sondern auch Unkenntnis des völkerrechtlichen Status derartiger Befreiungsbewegungen. Nicht vom Völkerrecht gedeckt sind allerdings Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung, z. B. organisierte Geiselnahmen, Flugzeugentführungen, Ermordung israelischer Sportler usw., die als Verzweiflungsakte, geboren aus mangelndem politischen Bewußtsein, politisch und rechtlich eindeutig abzulehnen sind, wie es die PLO zumindest seit 1973 ständig getan hat. Seit dieser Zeit (dem glimpflichen Ausgang des sog. Jom-Kippur-Krieges von 1973) kann man in den Verlautbarungen und Erklärungen der PLO einen Rückgang der Verabsolutierung des bewaffneten Befreiungskampfes zugunsten nichtmilitärischer Kampfformen feststellen. Ein Beispiel ist die Bildung einer palästinensischen nationalen Front in den besetzten Gebieten, die sich eine breite Mobilisierung auf allen Ebenen zum Ziele gesetzt hat. Einen vorläufigen Höhepunkt in Darstellung und Rezeption der politischen Tätigkeit der PLO stellt ihre Aufnahme als erste Befreiungsorganisation mit Beobachterstatus in die UNO im Jahre 1974 dar.

4. Die UNO vor dem Palästina-Problem

Es war ein langer Weg, bis sich der palästinensische Widerstand sowohl im Massenbewußtsein des palästinensischen Volkes selbst als auch in der orga-

91) Zu dieser Entwicklung, z. T. kritisch und einsichtig die Ursachen vermittelnd S. Ibrahim, a.a.O., S. 532ff.; W. Hollstein, a.a.O., S. 288ff.

92) Der Widerstand mit allen Mitteln, also mit bewaffneter Gewalt, gegen Gewaltmaßnahmen, die das Recht auf Selbstbestimmung unterdrücken, ist inzwischen ein allgemein anerkanntes Recht, vgl. insbes. Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker v. 14. 12. 1960 (dort noch nicht explizit die Mittel der Befreiung angesprochen); Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts vom 24. 10. 1970 (dort Legalität der Hilfe von außen bei Widerstandsaktionen angesprochen); Res. 3236 (XXIX) v. 22. 11. 1974 zur Palästinafrage (Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes, mit allen Mitteln seine Rechte wiederzuerlangen). Es taucht seitdem in allen Res. der VN wieder auf.

nisierten Umsetzung seiner Zielsetzungen so weit herausgebildet hatte, daß es zur Gründung der PLO als Kristallisationspunkt des Volkswiderstandes und zur Aufnahme bemerkbarer und effektiver Aktivitäten dieser Organisation kam. Dieses Faktum veränderte auch die Widerspiegelung der Palästina-Problematik auf der internationalen Ebene sowohl in den zwischenstaatlichen Beziehungen, soweit sie davon betroffen waren – mit der Globalisierung dieses Konfliktes wurde diese Betroffenheit immer stärker –, als auch in den Organen der UNO. Zwar war das Palästina-Problem der UNO wie kein anderes in die Wiege gelegt, aber da aus den dargelegten Gründen der Repräsentant des arabisch-palästinensischen Volkes selbst sich nicht darstellen konnte, sondern es durch sehr eigensüchtige Vormünder in der Arabischen Liga vertreten war, reduzierte sich das Palästina-Problem in den UNO-Resolutionen bis in die Mitte der 60er Jahre auf ein Flüchtlingsproblem und die Behandlung der arabischen Minderheiten in dem okkupierten Gebiet. Soweit die Frage des Territoriums und damit der Grenzen des Staates Israels auf der einen und die nicht vorhandene staatliche Verfaßtheit des arabisch-palästinensischen Volkes auf der anderen auf der Tagesordnung stand, spielte das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Soweit die UNO auf der Grundlage der Teilungsresolution den Rückzug Israels aus den okkupierten Gebieten verlangte (und dies seit der Aufnahmeresolution) und damit ein Territorium für einen Staat des arabisch-palästinensischen Volkes zumindest voraussetzte, war das Selbstbestimmungsrecht implizite angesprochen. Aber selbst in diesem Kontext überwogen die Interessen der arabischen Anliegerstaaten, denen es mehr um die Wahrung ihres gegenüber Israel erhaltenen Besitzstandes – z. B. Jordanien hinsichtlich der Westbank, aber auch Ägypten hinsichtlich des Gazastreifens – als um die materielle Basis für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes gehe.

Die massive Unterstützung Israels durch die Westmächte[93]) auf allen Ebenen sowie das Arrangement mit den arabischen Anliegerstaaten erlaubte es Israel, alle Aufforderungen der UNO, zum Teil offen und zynisch, zurückzuweisen oder einfach zu ignorieren. Fast provokatorisch annektierte es nicht nur Mittel- und Westgaliläa und die Neustadt von Jerusalem, sondern erklärte diese auch noch anstelle Tel Avivs zur Hauptstadt Israels[94]). Unter der Losung, seine Grenzen zu sichern – wortstarke Ausfälle arabischer Politiker lieferten oft den willkommenen Vorwand –, dehnte es vor allem im Süden seine Expansionen rücksichtslos aus (z. B. in der Richtung des Hafens Elat) und verletzte durch Überfälle jenseits der Waffenstillstandslinien unzählige Male in z. T. nicht

93) Diese Unterstützung ist inzwischen unbestritten, fraglich ist lediglich der Umfang der außenpolitischen Abhängigkeit Israels von den USA. Die von Hollstein vertretene These (a.a.O., S. 284), Israel handele verhältnismäßig selbständig, scheint uns zweifelhaft; sie würde zudem die USA zu stark entlasten. Daß eine weitgehende Interessenidentität der herrschenden Gruppen in beiden Ländern besteht, führt zu einer geschickten propagandistischen Arbeitsteilung vor der internationalen Öffentlichkeit.

94) Vgl. Hinweise in Anm. 10.

mehr zu überbietender terroristischer Art (Quibya, die Massaker von Kfar Kassem u. a.) die elementaren Völkerrechtsnormen[95]).

Die stereotype Klage über die Nichtanerkennung Israels als Staat durch die arabischen Staaten, vor allem durch die Repräsentanten des palästinensischen Volkes, muß demgegenüber als scheinheilig erscheinen. Abgesehen davon, daß bei den Lausanner Verhandlungen 1949 die arabischen Staaten bereit gewesen wären, auf der Grundlage der Teilungsresolution Israel als Staat anzuerkennen, aber vor der formellen Anerkennung den Rückzug auf die vereinbarten Linien forderten[96]) – nichts anderes als die Erfüllung der UNO-Resolution –, hatten sie faktisch in den vorangegangenen Waffenstillstandsverhandlungen den Staat Israel anerkannt. Von den Repräsentanten des palästinensischen Volkes Ähnliches zu verlangen, war bei dem Entwicklungsstand des arabisch-palästinensischen Widerstandes nicht zu erwarten, wenn man sich nicht mit dem Vertreter Palästinas in der Arabischen Liga begnügen wollte[97]). Daß sich in der Formierungsphase – die chauvinistischen Parolen der Schukeiri-Führung können nicht als repräsentativ betrachtet werden – unter dem Einfluß der auf den bewaffneten Kampf setzenden Guerilla-Einheiten Zurückhaltung gegenüber dem Konsens der Staaten der Arabischen Liga wie auch dem Konsens der Mehrheit der UNO, wie er in der Resolution 242 zum Ausdruck kam, herausbildete, und erst allmählich mit der stärkeren Bewußtheit und den Veränderungen auf internationaler Ebene realistischere Positionen eingenommen wurden, ist nicht weiter verwunderlich. Dies stellt aber auf keinen Fall eine solche Bedrohung des Staates Israel dar, die die israelische Politik der Annexion und Repression rechtfertigen könnte.

Die unmittelbare Reaktion der UNO mittels ihres Organs, das für die Mitgliedstaaten verbindliche Beschlüsse fassen kann, des Sicherheitsrates, bewegte sich zunächst allerdings weitgehend in den alten Bahnen. Durch die Beschränkung der Rückzugsforderung in der Resolution 242 auf die von Israel während des letzten Konfliktes besetzten Gebiete und die besondere Herausstreichung der „Respektierung und Anerkennung der Souveränität, Territorialintegrität und politischen Unabhängigkeit aller Staaten dieses Raumes und ihren Rechtes, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen, frei von Drohungen und Gewaltakten zu leben" konnte das Mißverständnis hervorgerufen werden, nur schon bestehende Staaten, also Israel und die arabischen Staaten, benötigten diesen Rechtsschutz, nicht jedoch das palästinensische Volk und sein bis jetzt verhinderter Staat. Explizit tauchten dessen

95) Die Berichte des UNO-„Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten beeinträchtigen", die sich daran anschließenden Debatten und Verurteilungen der VV sind fast weniger deprimierend als die Folgenlosigkeit dieser Feststellungen wegen der Blockade des an sich vorhandenen Sanktionssystems durch das Veto-Recht der USA im Sicherheitsrat; vgl. zuletzt den Bericht über die 35. VV der UNO in: VN, 4/1981, S. 129ff.

96) Vgl. H. Wagner, a.a.O., S. 315ff.; Sune O. Persson, Von den Schwierigkeiten der Vermittlung in der Palästinafrage, a.a.O., S. 116ff.

97) Hierzu Chairiyya Qasimiyya, Palästina in der Politik der arabischen Staaten 1918–1948, in H. Mejycher, A. Schölch, a.a.O., S. 151.

Rechte nur als Forderung nach einer gerechten Lösung des Flüchtlingsproblemes auf[98]).

Der Durchbruch zu einer Sicht, die das Palästina-Problem eingebettet sieht in die gesamte Nahostkonstellation und in dessen Mittelpunkt die Verwirklichungsmöglichkeit des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes steht, gelang im Grunde erst Ende 1974 auf der 29. UN-Vollversammlung, auf der die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt und ihr ein Beobachterstatus eingeräumt wurde[99]). In der Folge[100]) wurden die Rechte des palästinensischen Volkes entsprechend dem Stande des modernen Völkerrechts weiter präzisiert und definiert. Das Ergebnis war die Feststellung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes einschließlich eines eigenen Status und die Legalität des Kampfes für die Verwirklichung dieses Rechtes mit allen Mitteln einschließlich der bewaffneten Gewalt.

Wichtig ist darüber hinaus das politische Resümee, daß im Nahostraum kein Problem ohne Beteiligung der PLO als legale und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes lösbar ist und insofern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung aller Staaten besteht, sie an allen Lösungsversuchen zu beteiligen. Immer drängender stellt sich die Frage, ob sich die internationale Gemeinschaft von einem Mitglied flagrante und zynische Verletzungen ihrer elementaren Regeln gefallen lassen kann, auch dann, wenn ein mächtiges Gründungsmitglied der UNO durch sein Vetorecht im Weltsicherheitsrat unter Inkaufnahme seiner völligen Isolierung, aber im Bewußtsein seiner ökonomischen und militärischen Machtmittel jeden Sanktionierungsversuch abblockt.

(Zweiter Teil folgt)

98) Die vage Formulierung der Res. 242 „aus während des letzten Konflikts besetzten Gebieten" sollte die Frage der international anerkannten Grenzen auf dem Stand vor 1967 offenlassen, sollte also gerade nicht zugunsten Israels wirken. Vgl. hierzu Lord Caradon, Die Zukunft der Res. 242, in: VN, 5/1979, S. 153ff. Bezeichnend ist übrigens, daß jüngste Äußerungen der UNO-Organe (Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes" wieder auf Res. 181 (II) rekurrieren; vgl. Bericht in: VN, 4/1981, S. 129ff.

99) Damit ist entgegen den nach wie vor skeptischen Ansichten der Mehrheit der Völkerrechtslehrer in der Bundesrepublik (vgl. Weber, v. Wedel, Grundkurs Völkerrecht, Frankfurt/M. 1977, S. 58) sowohl die Repräsentationsfähigkeit wie die, allerdings unterhalb der Staatlichkeit liegende, Völkerrechtssubjektivität u. E. geklärt.

100) Gerade die jüngsten Resolutionen der UNO sind nicht nur von großer Präzision und Deutlichkeit, was den Umfang des Selbstbestimmungsrechtes und die Möglichkeit seiner Erlangung mit allen Mitteln anlangt, sondern fast die gesamte internationale Gemeinschaft außer den USA oder solcher Regime wie Südafrika unterstützt diese Position. Dazu weiter unten (im zweiten Teil).

Die Krise des Sozialstaats und die Soziologie

Thesen zum Soziologentag 1982 in Bamberg unter dem Titel „Krise der Arbeitsgesellschaft?"

Von einer Arbeitsgruppe am Institut für Soziologie der Universität Münster*)

> *„Soviel wird schon jetzt sichtbar. . . Die Arbeitslosigkeit, der kaum mehr abzuhelfen versucht wird, das Heer der Erwerbslosen, das man mit dreister Hand seiner sozialen Versicherungen beraubt, das sind unmittelbare Kriegsursachen, es sind lauter Anfänge des Krieges. Die letzte Arbeit der Arbeitslosen bleibt der Krieg, sie haben nicht die Wahl."*
>
> *Heinrich Mann, Der Schriftsteller und der Krieg, 1932*

1. Die Vermutung einer „Krise der Arbeitsgesellschaft" gründet sich auf Veränderungen der Sozialstruktur, insbesondere der Struktur der Erwerbstätigen, die im Gefolge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (genauer: der kapitalistischen Rationalisierung der Produktion) aufgetreten sind. Die Zahl der in der Produktion Tätigen ist zwischen 1973 und 1980 um nahezu 15% gesunken, während z. B. Tätigkeiten in den Bereichen Leitung, Dienstleistungen, Planen und Kontrollieren um etwa den gleichen Prozentsatz zugenommen haben. Nach einem Mikrozensus haben 1980 rund 27% der Erwerbstätigen Tätigkeiten ausgeübt, die sich mit der Fertigung, der Be- und Verarbeitung von Produkten sowie mit Bauarbeiten befassen, während 73% überwiegend Dienstleistungen erbracht hatten[1]). Zugleich scheint es so, als würde sich unter den Westdeutschen ein Wertwandel in bezug auf das Verhältnis von Arbeit und Freizeit vollziehen: noch vor wenigen Jahren stand die Arbeit an der Spitze einer Liste der wichtigsten Dinge im Leben, heute rangiert Arbeit nach einer Hamburger Untersuchung hinter Familie, Freizeit und Freundschaft erst an vierter Stelle. 50% der jungen Westdeutschen unter 30 Jahren ziehen mehr Freizeit mehr Einkommen vor (verglichen mit 37% der Gesamtbevölkerung). Und auch die 58% der Bevölkerung, die – wie Hausfrauen, Alte, Studenten, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose usw. – kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit beziehen, beginnen aktiver nach Anerkennung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu verlangen[2]). Auf diese

*) H. Ahlemeyer, G. Ahrweiler, U. Clemens-Tiepelmann, T. Gil, N. Heimken, R. Koch, W. Kokoschka, H. J. Krysmanski (Leiter), Th. Mies, Y. Park, D. Paul, R. Schellhase, B. Spannhake, D. Telschow, L. Wilkes. – Der Soziologentag 1982 findet statt vom 13.–16. Oktober.

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 28. 6. 1982

2) „Time" v. 16. 8. 1982, S. 21.

durch Veränderungen im Produktionsbereich (Erhöhung der Arbeitsproduktivität) verursachten Bewegungen in der Sozialstruktur und die damit verbundenen Wandlungen in Werte- und Bedürfnislagen, die von erheblicher politischer Bedeutung sind, haben die sogenannten etablierten politischen Parteien bisher höchst schwerfällig reagiert. Hinzu kommt, daß sie die eigentlichen ökonomischen Ursachen der Krise, die Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitalismus, ohnehin systematisch negieren.

2. Die politische Krise in der Bundesrepublik wird besonders deutlich an der gegenwärtigen Krise der Sozialdemokratie, die nicht nur in typischer Manier Reproduktionskrise und andere zentrale Konfliktfelder wie die Militarisierungsgefahr ausblendet, sondern auch nicht mehr ohne weiteres in der Lage ist, ihre traditionellen Wählerschichten zu halten. Das für diese Partei charakteristische, auf der Basis des Sozialstaats vermittelte Zusammenspiel von Arbeiterklasse und (akademisch gebildeten) Mittelschichten beginnt sich aufzulösen: besser verdienende, z. T. um ihr Kleinvermögen bangende Arbeiter wandern zur CDU, andere Gruppen, z. B. solche, die nicht direkt im Erwerbsleben stehen, wie Studenten oder Hausfrauen sowie ein großer Teil der Jugend, wenden sich den Grünen und Alternativen zu. Die Zukunft der Sozialdemokratie als einer wirksamen politischen Kraft steht und fällt also mit einer Neubegründung des Bündnisses zwischen Industriearbeiterschaft und solchen Gruppen, die entweder im (vornehmlich staatlichen) Dienstleistungssektor tätig sind oder von ihm abhängen.

3. Die Wiederherstellung dieses Bündnisses, ja die politische Bewältigung der objektiven Tendenzen hin zu einer durchaus wünschenswerten „Dienstleistungsgesellschaft" sind nur möglich über die Entwicklung und den Ausbau des Sozialstaats und seiner Instrumente unter veränderten Reproduktionsbedingungen – Stärkung des Staatssektors, bewußte Steuerung der gesellschaftspolitischen Entwicklung, Zurückdrängung des Marktes usw. Die Sozialdemokratie jedenfalls ist auf eine solche Strategie – auch unter Infragestellung ihrer traditionellen Prämissen – letztlich festgelegt, denn der alternative politische Reflex auf die ökonomische Krise und auf die Veränderung der Sozial- und Bedürfnisstruktur der Bevölkerung wäre – wie sich das heute in den USA abzeichnet – die konservative Krisenbewältigung durch Stärkung des Marktes auf Kosten des Staates, Entlassung wichtiger Bereiche der gesellschaftspolitischen Entwicklung aus der Steuerung, Ausbau des Repressionsapparats nach innen und außen, verstärkte Ideologisierung und Zerstörung des sozialstaatlichen Netzes zugunsten des Militär-Industrie-Komplexes. Gerade weil auch in der Bundesrepublik ein Machtwechsel, der eine solche konservative Strategie nach sich zöge, nicht ausgeschlossen werden kann, sind die sozialdemokratischen Vordenker – zu spät? – mit Konzepten einer neuen Arbeitszeitpolitik und Forderungen nach einer „neuen Theorie des Sozialstaats" hervorgetreten. Neben dem Lippenbekenntnis zu einer „aktiven Beschäftigungspolitik" (die offensichtlich schon zu viel kosten würde) sieht beispielsweise Willy Brandt in der Arbeitszeitverkürzung, in der „Umverteilung der Arbeit", den einzigen Weg, die „drohende Konfrontation zwischen Ar-

beitsbesitzern und Arbeitslosen" zu verhindern, die Produktivitätsfortschritte beschäftigungspolitisch auszugleichen und die Arbeit zu humanisieren. Gleichzeitig ist mit dieser Umverteilungspolitik von Arbeit aber keine Umstrukturierung der Einkommensverhältnisse intendiert: „Eine Forderung nach vollem Lohnausgleich halte ich nicht für realistisch." Das heißt, die „gerechte Umverteilung der Arbeit"als „Aufgabe dieses Jahrzehnts" soll mit einer weiteren Senkung des Werts der Arbeitskraft einhergehen[3]). – Diese billige Beschäftigungspolitik soll durch eine Verbilligung der Sozialpolitik, die damit ebenfalls im Rahmen der traditionellen Prämissen der SPD bleibt, ergänzt werden. Peter Glotz: „Die sozialen Sicherungssysteme sind auf eine andere als die jetzige Wachstumsrate eingestellt und können deswegen nicht in allen ihren Elementen gehalten werden"[4]). Damit wird es für derartige beschäftigungs- und sozialpolitische Konzepte zur „sozialdemokratischen" Abfederung der ökonomischen Krise u. a. wichtig, bestimmte Werte, Einstellungen, Lebensformen der sogenannten alternativen Szene, die bisher mit dem Stigma des randgruppenhaften oder subkulturellen Abweichlerverhaltens belegt waren, *positiv* aufzunehmen und beispielsweise den Reallohnabbau als Chance zur Freiheit in T-Shirt und Jeans auf dem zwanzigjährigen Fahrrad zu verkaufen.

4. Darüber hinaus aber werden Handlungspotential und Perspektiven der Alternativbewegung nicht nur mit begehrlichen Augen zwecks Funktionalisierung für eine reformistische Politik überprüft, sondern die Alternativbewegung zieht auch, nicht zuletzt was ihre antimilitaristischen und antikapitalistischen Positionen angeht, das Interesse fortschrittlicher Politiker und Sozialwissenschaftler auf sich, die angesichts der Krise des Sozialstaats eine Entwicklung befürchten, die ähnlich wie Anfang der dreißiger Jahre zu schlimmeren, aggressiveren Formen kapitalistischer Herrschaft führt. So haben beispielsweise die amerikanischen Sozialwissenschaftler Alan Gartner und Frank Riessman, die sich auch sozialpolitisch engagieren, ein Konzept entwickelt, das für den aktiven Ausbau der Dienstleistungsgesellschaft eintritt und dabei auf das „progressive, systemverändernde Potential" von Gruppen aus dem „Konsumenten-Dienstleistungsbereich" wie „Frauen, Schüler und Studenten, Minderheiten, im Dienstleistungsbereich Beschäftigte, einige Angehörige gut verdienender akademischer (freier) Berufe" usw. setzt[5]). Bei Gartner und Riessman wird übrigens ganz deutlich ausgesprochen, daß angesichts der ökonomischen Krise bzw. Finanzkrise des Staates eine Ausweitung der sozialstaatlichen Dienstleistungsgesellschaft nur möglich ist, wenn der Militär-Industrie-Komplex zurückgedrängt wird. Damit wird hier auf der gesellschaftspolitischen Ebene eine Position formuliert, die in der fortgeschrittensten Gestalt der Alternativbewegung, in der Friedensbewegung, als Kampf gegen Sozialabbau und für Abrüstung präsent ist. Auch in der Bundes-

3) „Die Zeit" v. 9. 7. 1982, S. 23 f.
4) „Vorwärts" v. 12. 8. 1982, S. 6 – Glotz weist hier auch, wenngleich etwas vage, auf Johano Strassers 1976 erschienenes Buch „Ende des Sozialstaats" hin
5) A. Gartner/F. Riessman, Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft. Zur politischen Ökonomie des tertiären Sektors (Nachwort von B. Badura), Frankfurt/M. 1978

republik – und das führt schon zur Soziologie und zum anstehenden Soziologentag in Bamberg – beschäftigen sich immer mehr „politisch denkende" Sozialwissenschaftler mit den sozialstrukturellen Hintergründen und den politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen jener alternativen Strömungen, welche schon jetzt die politische Landschaft der Bundesrepublik verändert haben.[6]). Ebenso wie fortschrittliche Sozialdemokraten wissen sie, daß auch die Basis der Fortsetzung ihrer eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit, insbesondere in der Politikberatung und Sozialpolitikberatung, davon abhängt, inwieweit diese neuen politischen Potentiale mit den Interessen derjenigen Bevölkerungsgruppen, die nach wie vor im Zentrum des gesellschaftlichen Prozesses, in der Produktion, stehen und ihre eigenen Erfahrungen im Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen mitbringen, verbunden und vermittelt werden können. Mit anderen Worten, nicht nur die Sozialdemokratie und die an sie gebundene Sozialstaatsstrategie, sondern auch alle anderen fortschrittlichen Kräfte und Bemühungen einschließlich einer Sozialwissenschaft, die diesen Namen verdient, sind auf die Herstellung und Befestigung des Bündnisses von (traditioneller) Arbeiterbewegung und (neuer) Alternativbewegung angewiesen.

5. Vor diesem Hintergrund erscheinen Themenstellung und Programm des Bamberger Soziologentags, bezieht man die in seinem Vor- und Umfeld erschienene Literatur ein[7]), besonders aktuell, ja ausgesprochen politisch. Die Dinge sind hier in ähnlicher Weise auf den Punkt gebracht wie vor 14 Jahren, als das Thema des Soziologentags in Frankfurt, auf dem Höhepunkt der damaligen Studentenbewegung, „Industriegesellschaft oder Spätkapitalismus?" lautete. Nur ist heute – das wäre allerdings noch genau am Verlauf zu prüfen – eine größere Realitätsnähe und ein realistischeres Strategiekonzept zu bemerken. Denn hinter der Frage ‚Krise der Arbeitsgesellschaft?" verbirgt sich auch die Frage nach der realen Systemveränderung, nach dem Hinüberwachsen des Kapitalismus in einen Zustand, in dem Arbeit und Freizeit nicht mehr ohne weiteres getrennt, warenmäßig entfremdet sind; es steht also schon die Frage nach dem „Übergang vom Reich der Notwendigkeit zum Reich der Freiheit" – allerdings in einer durch die Fixierung auf die traditionellen Prämissen des Sozialstaats (Nichtintervention in der Produktionssphäre, Ausklammern des Rüstungsetats) deformierten Version. – Im Gegensatz zu den letzten Soziologentagen dominieren dieses Mal nicht Fragestellungen aus den Bereichen der Industrie-, Betriebs-, Arbeits- und Berufssoziologie, sondern die soziologische Profession bewegt sich eindeutig und beschleunigt auf die – z. T. ganz andere traditionelle Repertoires aktivierende und politisierende – Sozialpolitik zu. Damit reagiert die Soziologie – noch nicht einmal parteipolitisch einseitig – auf eine Situation, die Peter Glotz so umschreibt: „Was alle Parteien und auch die Gewerkschaften brauchen, ist eine Theorie

6) Vgl. den ausgezeichneten Überblick von Fred Karl in: „Blätter" 7/1982, S. 861 ff.

7) vgl. vor allem U. Beck (Hrsg.), Soziologie und Praxis, Sonderheft 1 der „Sozialen Welt", Göttingen 1981; H. Klages/P. Kmieciak (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/M. 1979; C. Offe/K.Hinrichs, W. Wiesenthal (Hrsg.), Arbeitszeitpolitik. Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeit, Frankfurt/M. 1982.

der Sozialpolitik, die auf die heutigen Probleme bezogen ist." Und die Soziologen denken, wie Glotz, bei der „Fortschreibung der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen" beispielsweise „an die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft und an die Frauenbewegung oder an die Weiterentwicklung des alten sozialdemokratischen Themas Umweltschutz zu einer ökologischen Politik." Sie denken allerdings noch nicht an das Naheliegendste, die Friedensbewegung, letztlich doch die Bezugsbewegung für jede „neue Theorie des Wohlfahrtsstaats", jedes „neue Muster für Staatsinterventionen in einer modernen Volkswirtschaft".

6. Das Programm des Bamberger Soziologentags ist von Gruppen innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie durchgesetzt worden, die einerseits sicherlich den Bedürfnissen der SPD, aber auch anderer Parteien, nach einer neuen Theorie der Sozialpolitik nahestehen, und andererseits von Gruppen, die mit ihren Forschungen am festesten in der sozialliberalen Politikberatung verankert sind. Die zentralen Themenbereiche lauten: I. Sozioökonomische Strukturprobleme der industriell-kapitalistischen Entwicklung, II. Wertwandel, politische Kultur und Arbeit, III. Arbeitskraft als Subjekt und Objekt politischer Steuerung. Im ersten Themenbereich kommen vornehmlich die Forschergruppen zu Wort[8]), die sich um die Bestandsaufnahme objektiver Veränderungen in der Sozialstruktur der Bundesrepublik verdient gemacht haben; die durch Massenarbeitslosigkeit sichtbar gewordene „gesellschaftliche Strukturkrise" steht als Deutungsproblem im Vordergrund. Der zweite Themenbereich, in dem auch „konservative" Soziologen[9]) an hervorgehobener Stelle zu Wort kommen, fragt unter Stichworten wie „Wertwandel", Entwicklung der „politischen Kultur", „Arbeit in der Grauzone", Veränderungen im „Leistungs- und Zeitbewußtsein" nach den bewußtseinsmäßigen und ideologischen Verarbeitungen möglicher Übergänge von der „Arbeitsgesellschaft" zur „Konsum- und Freizeitgesellschaft". Der dritte Themenbereich steht „fachpolitisch", was die Strategie der soziologischen Forschung für die nächsten Jahre betrifft, sicherlich im Zentrum, denn hier werden „Steuerungsprobleme im Wohlfahrtsstaat" angegangen, die entstehen, wenn die, wie es in unnachahmlichem Soziologendeutsch heißt, „bisher dominante monetäre Kompensationspolitik. . . an politische Grenzen (stößt) und infrastruktur-politische Interventionen. . . die Nachfrage nach Arbeitskraft im formellen Sektor nicht ausreichend zu stimulieren verstanden" haben. In dieser Situation hätten „Überlegungen über das systemische Gewicht des informellen Sektors zunehmend Bedeutung gewonnen"[10]), also Fragen, wie Formen einer „alternativen Ökonomie", „postakquisitive" Verhaltensweisen, neue soziale und politische Bewegungen noch im Zugriff des politisch-administrativen Systems gehalten werden können.

7. Präziser als bisher haben sich also die Soziologen, die im Rahmen ihrer professionellen Organisation agieren (und das ist immer noch die große Mehr-

8) Er wird geleitet von Burkhart Lutz und Wolfgang Zapf.
9) Wie etwa Helmut Klages.
10) Tagungsprogramm des Deutschen Soziologentags 1982, S. 15 f.

heit), sowohl bezüglich ihrer theoretischen Fragestellungen als auch bezüglich ihrer Forschungsfragen *politisiert*. Die offizielle Soziologie mußte das tun, weil sie in ihrer bisherigen Gestalt an die sozialstaatliche Entwicklungsvariante kapitalistischer Industriegesellschaft gebunden ist. Ihr bisheriges Engagement für eine „Humanisierung des Arbeitslebens" (und die darin erschließbaren Pfründe für eine auf die Produktionssphäre bezogene Soziologie) ist weitgehend gescheitert; das lag einerseits an den Kräfteverhältnissen im Produktionsbereich, andererseits an einer mangelnden offensiven Unterstüzung des „Humanisierungs"-Programms der Bundesregierung durch die gesamte Profession. So bleibt der Soziologie heute als realistisches Betätigungsfeld vornehmlich die Beratung und wissenschaftliche Untermauerung einer staatlich vermittelten Sozialpolitik unter den Bedingungen einer Wirtschaftskrise, die in eine Depression umzukippen droht. Dabei führen die verengten Spielräume des Staates jedes sozialpolitische Programm auf die Systemfrage zu. In dieser Situation sind die Sozialwissenschaften schon allein deswegen an einem Abfedern der „Krise des Sozialstaats" auch durch „neue" Strategien interessiert, weil die Entwicklung angewandter Forschung heute einen technischen Stand erreicht hat, der ganz andere finanzielle Mittel verlangt als noch vor ein, zwei Jahrzehnten. Auch die Soziologie muß ihre eigene Wissenschaftsentwicklung immer unmittelbarer im Zusammenhang mit den Problemen ihrer finanziellen Förderung und damit hinsichtlich der Entwicklung bestimmter sozialstaatlicher Sektoren reflektieren. Was heute etwa in den USA mit den Sozialwissenschaften geschieht – ein radikaler Abbau bis in ihre Forschungsinfrastrukturen hinein –, wird von den hiesigen führenden Soziologen, die ja fast alle Verbindungen dorhtin haben, sehr genau wahrgenommen. Doch allzu viel scheinen sie daraus nicht zu lernen: denn sonst müßte in die für Bamberg formulierte fachpolitische Strategie, die doch zugleich eine politische Strategie ist, auch die Opposition zu den Kräften und Strukturen einbezogen werden, die den Sozialstaat immer ungehemmter auspowern.

8. Es wird gleichwohl deutlich, daß die Soziologie sich auch präziser als bisher in ein politisches (und nicht mehr in ein „wertneutrales") Verhältnis zu wichtigen politischen und sozialen Bewegungen in unserer Gesellschaft setzt. In Bamberg geschieht dies vor allem in bezug auf die Alternativbewegung, während ihre Beziehungen zur Arbeiterbewegung – etwa in Gestalt des Auftretens gewerkschaftsorientierter Soziologen oder in Form von Themen, die sich mit Rationalisierungsprozessen im Produktionsbereich befassen – kaum gepflegt werden. Jedenfalls zeigt sich, daß zumindest einige Soziologen „Vermittlungs- bzw. theoretische Führungspositionen (in den neuen sozialen Bewegungen; d. Verf.) anzielen"[11]). Darin kann durchaus eine fortschrittliche Auffassung von der gesellschaftlichen Funktion der Soziologie enthalten sein. Denn das Zusammenbringen der in der Alternativbewegung, die bestimmte sozialstrukturelle Veränderungen zum Ausdruck bringt, wirksamen Kräfte mit den Kräften der Arbeiterbewegung kann für die Soziologie, deren Prakti-

11) Fred Karl, a. a. O., S. 861.

zierer häufig privat schon recht alternativ leben, eine „reizvolle" Aufgabe sein. In der Alternativbewegung steckt gerade in der dort entstehenden Auffassung des Verhältnisses von Arbeitszeit und Freizeit ein fortschrittliches Potential, das im Kern der klassischen Arbeiterbewegung noch aufgearbeitet werden muß; das gilt vor allem für eine „Arbeitszeitpolitik", die alle Bevölkerungsgruppen durch die Aktivierung von Arbeitsinhalten und die Befriedigung eines ja bestehenden enormen Qualifizierungsbedürfnisses in den Produktionsprozeß einbezieht und zugleich die Arbeitsmühe für alle verringert. Die reale Freisetzung von Arbeitsvermögen durch Produktivitätsfortschritte eröffnet positive gesellschaftliche Möglichkeiten, die nicht allein durch eine reformistische Theorie und Politik, die das darin enthaltene Handlungs- und Veränderungspotential abfangen möchte, erfaßt werden können. Allerdings erscheint die „Bamberger Strategie" in der Gefahr eines solchen Reformismus; denn, wie gesagt, die fortschrittlichste Erscheinungsform der Alternativbewegungen, die Friedensbewegung, steht programmatisch nicht im Blickfeld.

9. Der fachpolitische Reflex der Soziologie auf die Krise des Sozialstaats – die Suche nach neuen Möglichkeiten der Sozialpolitik, die Suche nach einer politischen Basis dafür – ist also realistischer als früher, aber auch noch immer widersprüchlich. Einerseits hat die Soziologie begriffen, daß Sozialstrukturanalyse im Kontext des Sozialstaats in die Sozialpolitik führen muß und daß sie sich selbst sowohl finanzpolitisch als auch vom Gegenstand her an objektive Probleme der Krise des Sozialstaats binden muß. Andererseits scheut sie sich – wie die Themenplanung des Bamberger Soziologentags ausweist – immer noch, Fragen der Militarisierung, des Zusammenhangs von Rüstung und Arbeitsplatzabbau, des Zusammenhangs von Arbeiterbewegung, Alternativbewegung und Friedensbewegung usw. aufzugreifen. Wird es ausreichen, durch die Akzentuierung der Sozialpolitik ohne Einbeziehung der Friedenspolitik der Soziologie für absehbare Zeit die Forschungspfründe zu sichern? Wird es ausreichen, den Bereich alternativer Werte und Verhaltensformen als Erweiterung des Interventionsspielraums und als Legitimationsfolie für Sozialstaatsabbau und nicht auch als Möglichkeit der Systemveränderung zu begreifen? Wird es aureichen, die Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die „Arbeitsgesellschaft" zu konstatieren und nicht wahrzunehmen, daß im Augenblick – und zwar von den verschiedensten Seiten, selbst gelegentlich aus Teilen der Alternativbewegung heraus – der Versuch gemacht wird, die Arbeiterbewegung hinter alle Errungenschaften, die sie in ökonomischen und sozialen Auseinandersetzungen schon erreicht hat, zurückzuwerfen? Muß nicht auch die Soziologie verdeutlichen helfen, was der Arbeiterbewegung (und auch ihr selbst) droht, wenn konservative, „marktwirtschaftliche" Modelle der Krisenbewältigung zum Tragen kommen? Wird es nicht immer wichtiger herauszuarbeiten, daß die sozialstaatliche Perspektive gerade nicht mehr auf die billige Weise realisiert werden kann, daß die Ressourcen des Militär-Industrie-Komplexes angezapt werden müssen, um die volle Entfaltung der Dienstleistungsgesellschaft zu ermöglichen? Die Ge-

fahr besteht, daß sich die „Bamberger Strategie" der Soziologen, die sich ja auch als Strategie maßgeblicher politischer Kräfte in der Bundesrepublik andeutet, in die Suche nach Möglichkeiten der Verbilligung von Sozialstaatspolitik und in die Umgehung der eigentlichen Ursachen der Krise verrennt und darüber vergißt – die Alternativen und der „informelle Sektor" hin und her –, daß die wissenschaftliche Erforschung der progressiven Umgestaltung des Sozialstaats ohne die Verteidigung seiner Grundlagen auch die eigene materielle Basis verliert.

10. Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen drängt sich der Soziologie sowohl hinsichtlich der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik als auch angesichts des relativ entwickelten Diskussionsstandes, den die Planung des Bamberger Soziologentags dokumentiert, als zentrale allgemeine Fragestellung zunächst einmal *das Verhältnis von Sozialstaat und Militär-Industrie-Komplex* auf. Wie gesagt, man kann nicht auf die sozialstaatliche Variante kapitalistischer Krisenbewältigung, gewissermaßen auf einen „fortschrittlichen Kapitalismus", setzen, ohne die historisch und auch zeitgenössisch (man denke an die USA oder Großbritannien) sattsam bekannte andere Variante, die ökonomische „Liberalisierung" mit politischer Repression und tendenziell mit offenem Terror nach innen und außen verbindet, zur Kenntnis zu nehmen. Ein Wiederlesen von Franz Neumanns Analyse der Struktur und Praxis des Nationalsozialismus[12]) wäre in diesem Zusammenhang beispielsweise nicht uninteressant. Angesichts der zunehmenden und unabwendbaren Finanzkrise des Staates in kapitalistischen Industriegesellschaften kann man jedenfalls nicht beides haben, den „sozial-industriellen Komplex", wie O'Connor ihn nennt, und den Militär-Industrie-Komplex[13]). Und es dürfte klar sein, wo im Falle einer Entscheidung die Interessen der Soziologen liegen, noch liegen, nach Lage ihrer ganzen bisherigen Entwicklung. Ganz gleich also, welche Kritik die Soziologie an der bisherigen Sozialstaatspraxis entwickelt, es wäre ihr sicher unmöglich, einen wissenschaftlichen Unterbau für eine Umverteilung zugunsten des Militär-Industrie-Komplexes zu liefern. Warum wird dann aber die Friedensfrage, hier in Gestalt einer massiven Kritik der Militarisierungstendenzen, nicht auch vom Fach angesprochen?

11. Eine zweite Fragestellung, die daran unmittelbar anschließt, bezieht sich auf die politische Basis, die dem Sozialstaat aus seiner Krise helfen kann. Wir sehen, daß konservative und reaktionäre Kräfte in die Alternativbewegung und in die Arbeiterbewegung „desorientierend" hineinwirken und dabei an partikulare Gruppeninteressen und bestimmte negative Erfahrungen mit der „Industriegesellschaft" anknüpfen. Zweifellos kann eine sozialstaatliche Politik nur gehalten und weiterentwickelt werden, wenn ein entsprechendes Lösungsprogramm die Veränderungen in der Produktionssphäre (kapitalistische Rationalisierung) und die Gefahr der Militarisierung nicht ausklammert

12) Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Köln/Frankfurt 1977.
13) James O'Connor, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt/M. 1974 – O'Connor sieht zwar, vom Kapitalstandpunkt, zwischen beiden einen unauflöslichen funktionalen Zusammenhang; vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aber spricht nichts dagegen, die Kosten der Pazifizierung gegen Null zu drücken!

und wenn gleichzeitig die sozialen Gruppen und Bewegungen in der Bevölkerung, die an der Sicherung der sozialen Leistungen interessiert sind, solidarisiert, integriert, politisch in Bewegung gebracht werden. Insofern wird auch für eine im sozialstaatlichen Kontext verortete Soziologie die *Integration von Arbeiterbewegung und Alternativbewegung* ein entscheidend wichtiges Thema. Man muß sich dann aber auch fragen, wo, gerade unter sozialpolitischem Aspekt, das in diesem Fall Gemeinsame zwischen diesen beiden, „alten" und „neuen", Bewegungen zu finden ist. Möglicherweise spielt die Arbeiterklasse bei den von einer „neuen Sozialpolitik" à la Brandt und Glotz angebotenen Konditionen (Arbeitszeitreduktion plus Lohnkürzung) nicht mit, möglicherweise läßt sie sich von demagogischen Polarisierungen – hier Arbeiter, dort Faulenzer – beeinflussen. An einem Punkt aber hat die Arbeiterbewegung eine Tradition, mit der sie an den Antimilitarismus der Alternativbewegung anschließen und mit ihr zusammengehen kann, und das ist die Friedensfrage, das sind ihre jahrzehntelangen Erfahrungen im Friedenskampf. Wenn es zur „Bamberger Strategie" gehört, die Polarisierung zwischen stigmatisierten „Randgruppen" und den „Arbeitsbesitzern" aufzuheben, so könnte die Entwicklung der Friedensfrage als Zusammenführung von Alternativbewegung und Arbeiterbewegung gerade auch für die Soziologie eine wichtige Aufgabe sein. Die Einbeziehung der Friedensfrage in die wissenschaftliche Diskussion kann auf Traditionen in der Arbeiterbewegung zurückgreifen und berührt zugleich einen der fortschrittlichsten Punkte in der Alternativbewegung. Gelänge es, dazu beizutragen, daß zwischen Gewerkschaften und Alternativbewegung in dieser Frage ein Konsens entstünde, ließe sich auch eine ganz andere Sozialpolitik durchsetzen.

12. Der Grad des „Realismus" und der „Politisierung" in der Soziologieentwicklung konnte eigentlich immer an der Behandlung des Friedensproblems, das Theorie und Praxis dieses Fachs übrigens in erstaunlichem Umfang durchzieht, gemessen werden. Nach der durch die Deutsche Gesellschaft für Soziologie geförderten Renaissance von Norbert Elias, dessen Hauptwerk „Der Prozeß der Zivilisation" auf das Thema Weltfrieden hin geschrieben ist, stünde es dem Fach nicht schlecht an, sich auch einmal des amerikanischen Soziologen C.Wright Mills aktiv zu erinnern. Mills hat nicht nur – in seiner Kritik an der funktionalistischen Systemtheorie und in seinen Analysen der amerikanischen Machteliten – die sozialstrukturellen und sozialpolitischen Implikationen der Alternative Sozialstaat oder Militär-Industrie-Komplex klarer als viele andere Soziologen gesehen; er hat mit Büchern wie „The Causes of World War Three"[14]), das auf deutsch vor langem unter dem Namen „Die Konsequenz" vergessen wurde, der soziologischen Profession auch jeden Vorwand zum Opportunismus im realen Gang der Politik ausgetrieben: „Alle wesentlichen Probleme der heutigen Menschheit und ihrer Gesellschaft hängen mit der Frage nach Krieg und Frieden zusammen, und die Lösung jedes einzelnen wichtigen Problems beruht zum Teil auf der Antwort, die jene Frage findet"[15]).

14) „Die Ursachen des Dritten Weltkriegs", dtsch. München 1959.
15) Ebd., S. 16.

Medienkritik

FIKTION?

Selten war der routinemäßig am Schluß des Films eingeblendete Titel, die Handlung sei *frei erfunden* und jede Ähnlichkeit mit Personen oder Ereignissen *zufällig,* weniger glaubwürdig. Hatte man doch einige Karikaturen westlicher Politiker-Prominenz erleben dürfen, die auf traurige Art realistisch wirkten: einen alten US-Präsident, der nicht so recht weiß, was läuft, und markige Sprüche von sich gibt, eine im Off schimpfende englische eiserne Lady, Negativfiguren allesamt, selbst der bebrillte Ober-Israeli und sein Horrorfiguren-Regierungskabinett mit verwittertem Keifweib, anachronistisch alias Golda Meir.

Angesichts solch trauriger Figuren an den Schalthebeln der westlichen Industriestaaten ist das Bedürfnis nach anderen ordnenden Kräften in der Politik, die kühn und entschlossen handeln, logisch und berechtigt. Repräsentant der erwünschten Alternative im Film ist ein Kraftprotz und Draufgänger, Ritter und Gangster zugleich, aber kein James Bond. Denn bei ihm muß die unentbehrliche Liebesromanze von der Frau und Komplizin energisch in Gang gebracht werden. Er ist überhaupt eher ein bierernster Superman, der in die Politik geht. Im Filmtitel wird er „Der Söldner" genannt, aber gerade das ist er nicht, kein gedungener Kämpfer, der für Geld als Vernichtungsmaschine beliebig einsetzbar ist, sondern die reine, keinem Politiker und keiner Institution verantwortliche Inkarnation des Weltgewissens, dessen Ideologie lautet: die Russen müssen bekämpft werden, aber die atomare Auseinandersetzung ist zu vermeiden – als gehöre zu den Politikern, deren infantile Fehlleistungen er abenteuerreich und höchstpersönlich zu korrigieren hat, auch Mr. Reagan.

Die an sich vernünftige Quintessenz der Abenteuerhandlung verliert ihre Unschuld, wenn man sieht, mit welchen real existierenden Organisationen der Söldner gewalttätig eingreift. Seine kleine, besonders gesetzlose Killergruppe ist eine Spezialeinheit der CIA, über deren Aktivitäten nicht einmal der Chef der CIA Bescheid weiß. Und sein Partner in dieser Mini-Weltpolizeieinheit ist der israelische Geheimdienst Mossad. Mag der Titel des Films noch ironische Brechung beabsichtigen, so wird für diese berüchtigten Organisationen eine Rehabilitierung betrieben, die die ängstliche Frage aufwirft, wie groß die zufälligen Ähnlichkeiten dieser infamen Fiktion mit tatsächlichen Verhältnissen schon sind.

„Megaforce" ist, in dem gleichnamigen Film, eine multinationale Streitmacht, die unverwundbar im Felsgrund einer Wüste stationiert ist und der *Freien Welt* bei der Sicherung und Erweiterung ihres Machtbereiches zur Verfügung steht. Hinter den Autonomiebestrebungen kleinerer Länder, die es zu unterdrücken gilt, stehen stets die russischen Berater, lächerliche Halbidioten, deren Waffen so rückständig sind, daß man befürchten muß, im Zuschauerbewußtsein könnte die westliche Nachrüstungs-Ideologie unglaubwürdig werden. Leider dürfen die blonden Rocker von Megaforce, zu denen am Ende der einzig ernstzunehmende Gegner, ein Freischärler mit dem beziehungsreichen Namen *Guerara,* konsequenterweise überläuft, ihren Mut und ihre Vernichtungskraft nicht so richtig entfalten, weil die Staatsmänner unverständlicherweise immer wieder verhandeln wollen. Dafür gehört ihnen die uneingeschränkte Sympathie der Zuschauer, die so auf eine Vision der Welt gelenkt werden, in der es keine kontrollierte Macht, keine den Völkern verantwortlichen Institutionen und keine Nationen mehr gibt, sondern nur das sich im Kampf gegen die rote Pest frei entfaltende Einzelheldentum und die Faszination der Zerstörungstechnologie.

Daran, daß so die Vorstellung vom friedlichen Zusammenleben der Völker glaubwürdig diskriminiert werden kann, sind die Politiker der *Freien Welt,* also die Verwalter der von der Rüstungsindustrie besetzten Zone, ebenso schuld wie die massenhaften Filme, die den terroristischen Ausbruch aus der multinationalen Kleinkariertheit propagieren.

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1982

Die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik hat sich – wie auch in der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft – in den letzten Monaten verschlechtert. Das Bruttosozialprodukt, das im ersten Vierteljahr 1982 gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen war, ist im zweiten Quartal auf dem niedrigen Niveau vom Jahresanfang geblieben. Der Vorjahresstand wurde nicht wesentlich überschritten.

Tabelle 1
Reales Bruttosozialprodukt im 2. Vierteljahr 1982

	In Mrd. DM[1])	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*220,2*	*+0,3*
Privater Verbrauch	*119,7*	*−2,0*
Öffentlicher Verbrauch	*39,2*	*−0,1*
Anlageinvestitionen	*50,9*	*−4,7*
Export	*63,7*	*+7,7*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 33/1982.

Daß es im zweiten Vierteljahr keinen weiteren Rückfall gegeben hat, ist lediglich dem Export und der Lagerbildung zu verdanken. Bei der Lagerbildung handelt es sich um eine unerwünschte Auffüllung der Fertigwarenlager, erneut blieb der Absatz hinter der Produktion zurück. Im Export waren bereits erste Verlangsamungszeichen sichtbar, die rückläufigen Auslandsbestellungen werden aber erst in den nächsten Monaten auf den Auslandsabsatz durchschlagen.

Weiter abgeschwächt hat sich der private Verbrauch. Die Einzelhandelsumsätze lagen im zweiten Quartal um etwa 5% unter dem Vorjahresstand.

Die industrielle Produktion ging in den letzten Monaten zurück, nach einer über ein Jahr andauernden Stagnationsphase. Die Statistik des DIW dürfte das Bild noch etwas zu positiv zeichnen, da nachträgliche Korrekturen die vorläufigen Ergebnisse der Produktionsstatistik weiter gedrückt haben.

Tabelle 2
Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe[1])

	2. Vierteljahr 1982	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Insgesamt	*107,3*	*+1,0*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*105,8*	*+0,7*
Investitionsgüter	*113,5*	*+2,8*
Verbrauchsgüter	*96,0*	*−1,7*

1) Index 1976 = 100, Neuberechnung.
Quelle: ebd.

Der Auslastungsgrad in der industriellen Kapazitäten ist weiter auf 77% zurückgegangen, den bisher tiefsten Stand der zyklischen Krise von 1980/82.

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung sind die Unternehmergewinne weiter kräftig gestiegen. Diese Entwicklung kommt in den in der Statistik des DIW nur in den Bruttowerten erfaßten Kategorie nur unvollkommen zum Ausdruck. Denn die umfangreichen Steuererleichterungen der letzten Jahre bewirken zusätzlich einen kräftigen Rückgang der Gewinnsteuern.

Tabelle 3
Einkommensverteilung[1])

	In Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*394,6*	*+4,3*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*224,7*	*+2,4*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*74,8*	*+8,8*

1) In jeweiligen Preisen, im 2. Quartal 1982.
Quelle: ebd.

Im ersten Halbjahr lagen die Nettogewinne nach Schätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung um etwa 15% über dem Vorjahresstand. Der rasche Gewinnanstieg dauert nun schon länger als ein Jahr, ohne daß eine Belebung der Investitionstätigkeit sichtbar wäre. Die Investitionen sind im ersten Halbjahr 1982 vielmehr beschleunigt gesunken, auch die Auftragseingänge der letzten Monate waren im Investitionsgütergewerbe weiter rückläufig. Positive Auswirkungen der im Frühjahr beschlossenen Investitionszulage sind bisher ebenfalls ausgeblieben.

Dagegen sind die Löhne und Gehälter nominal nur noch langsam angestiegen, die Tariferhöhungen des laufenden Jahres von durchschnittlich knapp 4% waren die niedrigsten seit etwa 15 Jahren – obwohl die Inflation auf einem hohen Niveau geblieben ist.

Tabelle 4
Löhne und Gehälter

	1. Vierteljahr 1982	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Tarifeinkommen[1])	–	*+3,6*
Nettolohn- und -gehaltssumme (Mrd. DM)	*122,4*	*+0,8*
Je Beschäftigten (DM)	*5613*	*+2,3*

1) Auf Stundenbasis.
Quelle: ebd.; „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.; eigene Berechnungen.

Im zweiten Vierteljahr lagen die Reallöhne – verstanden als preisbereinigte Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten – demnach um gut 3% unter dem Vorjahresstand, wobei statistische Abgrenzungsprobleme den Rückgang etwas überzeichnen dürften. Insgesamt lag das Reallohnniveau im ersten Halbjahr 1982 um eineinhalb bis zwei Prozent unter dem Vorjahresstand und war damit niedriger als 1978.

Die Preisentwicklung hat sich zur Jahresmitte hin wieder beschleunigt, vor allem als Folge der Verbrauchsteuererhöhungen für Tabak und Alkohol und der Postgebührenerhöhung. Inzwischen

geht die Inflationsrate wieder leicht zurück. Stabilisierend wirken dabei die sinkenden Importpreise, die (zur Zeit) niedriger sind als in der gleichen Vorjahreszeit. Die inländischen Preisauftriebstendenzen sind dagegen unvermindert stark.

Tabelle 5
Preisentwicklung

	2. Vierteljahr 1982 in % gegenüber 2. Vierteljahr 1981
Lebenshaltung[1])	*+5,4*
Industrielle Erzeugerpreise	*+6,1*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	*+6,2*
Einfuhrpreise	*+1,1*

1) Alle Haushalte.
Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Preissemeldungen.

Bei weiter sinkender Beschäftigung steigen die Arbeitslosenzahlen kräftig an. Im August 1982 lagen sie – saisonal bereinigt – bei 1,9 Millionen. Hinzuzuzählen ist eine Dunkelziffer, die – nach Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – bei etwa 800 000 liegt.

Tabelle 6
Arbeitsmarkt

	2. Vierteljahr 1982 in 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber 2. Vj. 1981*
Abhängig Beschäftigte	*21 808*	*–337*
Registrierte Arbeitslose	*1 669*	*+542*
Kurzarbeiter	*458*	*+119*
Offene Stellen	*122*	*–118*

Quelle: ebd., „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Im Winter 1982/83 werden die registrierten Ziffern die Zwei-Millionen-Marke deutlich übersteigen und auch im kommenden Jahr nicht darunter zurückfallen.

Die Hoffnungen auf eine wenn auch nur schwache konjunkturelle Belebung noch im laufenden Jahr sind inzwischen auch amtlich aufgegeben worden. Tatsächlich deuten alle Anzeichen darauf hin, daß sich die Situation in den nächsten Monaten noch weiter verschlechtern wird:
– die Fertigwarenlager sind noch immer zu hoch;
– die Aufträge, insbesonders aus dem Ausland, gehen zurück;
– die private Nachfrage sinkt unter dem Druck steigender Arbeitslosigkeit und rückläufiger Reallöhne.

Erst 1983 – so die Prognosen – wird die zyklische Krise durch eine Belebung überwunden werden. Der erwartete Aufschwung wird jedoch ebenfalls nur schwach sein. Reale Wachstumsraten zwischen 1,5 und 2% für 1983 gelten bereits als optimistisch.

Dabei stützen die Prognostiker ihre Hoffnungen vor allem auf das sinkende Zinsniveau. Diese waren seit Sommer 1981 etwas gesunken, im Sommer 1982 aber wieder angestiegen. Erst eine von der US-Notenbank ausgehende Lockerung der restriktiven Geld- und Zinspolitik, die von der Notenbank in Großbritannien und – mit Verspätung – auch von der Deutschen Bundesbank nachvollzogen wurde, hat den Zinstrend wieder nach unten gerichtet. Motiv für diese Lockerung ist die Gefahr eines weltweiten Finanzkrachs: bei anhaltend hohen Zinsen und einer gewaltigen, vor allem kurzfristigen Verschuldung ist nicht mehr auszuschließen, daß der Bankrott einzelner

Kreditnehmer eine Kettenreaktion von Zusammenbrüchen auslöst. Warnsignale waren in den USA der Zusammenbruch einiger Banken und Wertpapierfirmen und die praktische Zahlungsunfähigkeit des höchstverschuldetsten Landes der Welt, von Mexiko. Aber auch die übrigen lateinamerikanischen Länder sind praktisch zahlungsunfähig und müssen umschulden. Dabei sind die Verschuldungsprobleme Polens und Rumäniens in ihrer Dimension wesentlich geringer als die jedes der größeren lateinamerikanischen Länder.

Ob eine Fortsetzung des Zinsrückgangs in absehbarer Zeit positive konjunkturelle Effekte auslösen wird, ist jedoch zweifelhaft: Erfahrungsgemäß warten nun die Kreditnehmer erst einmal ab, daß sich das immer noch extrem hohe Zinsniveau zurückbildet. Außerdem dürfte eine Senkung der Zinskosten nur in Einzelfällen zusätzliche Investitionen bewirken, vor allem Erweiterungsinvestitionen werden fast ausschließlich von Absatzerwartungen bestimmt. Diese aber werden sich zunächst noch deutlich verschlechtern. Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neue Dokumente zum Pentagon-Programm für den „Sieg im Atomkrieg" („Leitlinien-Dokument")

Im Augustheft der „Blätter" haben wir erstmals in deutscher Sprache den vollständigen Text der „New York Times"-Enthüllung über das geheime Pentagon-Programm für den „Sieg im Atomkrieg" veröffentlicht. Seither ist die Auseinandersetzung um die – gerade für die Bundesrepublik lebensgefährliche – neue US-Atomkriegsstrategie verstärkt entbrannt. Nachstehend weitere Dokumente, darunter die aufschlußreiche Einschätzung des Pentagon-„Leitliniendokuments" durch die „New York Times" selbst sowie die ergänzenden Informationen der „Los Angeles Times" vom 15. August 1982. (Vgl. auch die Analyse von Bernd Greiner im vorliegenden Heft.) D. Red.

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. *** *Christian GÖTZ,* geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977. *** *Dr. Reinhard KÜHNL,* geb. 1936, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, seit 1972 im Vorstand des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi); 1973 Gastprofessor an der Universität Tel Aviv; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Jörg HUFFSCHMID,* geb. 1940 in Köln, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen, Veröffentlichungen zur Wirtschaftspolitik und Rüstungskonversion, Mitbegründer der Memorandum-Gruppe „Alternative Wirtschaftspolitik". *** *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg, Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Gerhard STUBY,* geb. 1934, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bremen; 1. Vizepräsident der IVdJ (Internationale Vereinigung demokratischer Juristen); zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Aufgrund zahlreicher Anfragen möchten wir darauf hinweisen, daß der Artikel „Von der Anti-Hitler-Koalition zur Anti-Reagan-Koalition? Wiederholt sich die Geschichte?" von Karl D. Bredthauer aus Heft 8/1982 der „Blätter" noch als Sonderdruck (Nr. 283) lieferbar ist. Der Sonderdruck enthält als Anhang den Wortlaut der „New York Times"-Enthüllung über das geheime Pentagon-Programm zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984–1988 („Leitlinien-Dokument"). Preis: 10 Exemplare (Mindestabnahme) 12,– DM, 50 Exemplare 45,– DM, 100 Exemplare 75,– DM. Inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten. Bestellungen über den Pahl-Rugenstein-Verlag.

Hineis: Von allen in den „Blättern" veröffentlichten Beiträgen können bei Bestellungen ab 100 Expl. Sonderdrucke angefertigt werden. Bestellungen sind an den Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, zu richten. Eine Preisliste für Sonderdrucke kann beim Verlag angefordert werden.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 9/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE

WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ

MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER

HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL

FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats August 1982

1. 8. – N a h e r O s t e n. Israelische Kampfflugzeuge, unterstützt von Artilleri, richten den bisher massivsten Angriff gegen das eingeschlossene Westbeirut (vgl. „Blätter", 8/1982, S. 897 f.). Unter Einsatz von Schnellbooten wird die Beschießung auch an den kommenden Tagen fortgesetzt. – Am 3. 8. treffen die ersten von UN-Generalsekretär de Cuellar im Auftrag des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen entsandten Militärbeobachter in der libanesischen Hauptstadt ein. Israelische Truppen hatten das UN-Personal zunächst an der Einreise gehindert. – Am 10. 8. stimmt das israelische Kabinett dem vom amerikanischen Sonderbotschafter Habib ausgehandelten und von der libanesischen Regierung am 8. 8. formell vorgelegten Plan für einen Abzug der bewaffneten PLO-Einheiten aus Beirut „im Prinzip" zu, verlangt aber noch eine Reihe von Zusätzen. Der Plan sieht u. a. den Abzug von Kontingenten der Palästinensischen Befreiungs-Armee (PLA) in verschiedene Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas vor, darunter Syrien, Jordanien, Ägypten, Tunesien, der Irak und die beiden Jemen. Die schweren Waffen der Befreiungsorganisation sollen vor dem Abzug der Armee des Libanon übergeben werden. Aus der Umgebung des PLO-Vorsitzenden Arafat verlautet, er werde sein neues Hauptquartier zunächst in der tunesischen

Hauptstadt Tunis einrichten. Auch die syrischen Truppen, die sich auf Grund eines Beschlusses der Arabischen Liga im Libanon aufhalten, sollen in Etappen aus Beirut zurückgezogen werden. – Am 21. 8. verläßt die erste palästinensische Einheit den Hafen von Beirut in Richtung Larnaka auf Zypern. Der Abzug wird von einer „Multinationalen Streitmacht" (Multinational Force/MNF) überwacht, der je 800 französische und amerikanische sowie 400 italienische Soldaten angehören. Der PLO-Vorsitzende Arafat und ein Teil der PLO-Führung verlassen Beirut am 30. 8. und begeben sich zunächst auf Einladung der griechischen Regierung nach Athen, wo Arafat mit Ministerpräsident Papandreou konferiert. – Am 31. 8. reist US-Verteidigungsminister Weinberger in den Nahen Osten. Der Minister besucht die amerikanischen Truppen in Beirut und nimmt Gespräche mit der libanesischen Regierung auf.

– U N O. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen autorisiert den UN-Generalsekretär einstimmig zur Entsendung von Beobachtern in das Kampfgebiet rund um Beirut. Der Generalsekretär wird aufgefordert, dem Rat umgehend über seine Bemühungen zu berichten. – Am 4. 8. fordert der Rat Israel ultimativ auf, seine Truppen vor Westbeirut auf die Positionen vom 1. 8. zurückzunehmen. Die USA enthalten sich der Stimme. – Am 6. 8. scheitert eine von der UdSSR eingebrachte Entschließung über die Verhängung eines Waffenembargos gegen Israel am Veto der USA. Von den 15 Ratsmitgliedern stimmen 11 dafür, Großbritannien, Togo und Zaire üben Stimmenthaltung. – Vom 9.–21. 8. findet in Wien die zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die friedliche Nutzung des Weltraums (UNISPACE '82) statt. In seiner Eröffnungsansprache warnt UN-Generalsekretär de Cuellar vor den Gefahren einer zunehmenden Militarisierung des Weltraums. Auch in der durch Konsens angenommenen Abschlußerklärung heißt es, die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum sei „eine Angelegenheit, die der internationalen Gemeinschaft Anlaß zu großer Sorge gibt". – Am 17. 8. verlängert der Sicherheitsrat auf Antrag der libanesischen Regierung bei Stimmenthaltung Polens und der UDSSR das Mandat der UN-Truppen im Libanon um weitere zwei Monate. – Am 19. 8. verabschiedet die Generalversammlung auf einer Sondersitzung über die Palästinafrage mehrere Resolutionen. In namentlicher Abstimmung verurteilt die Versammlung mit 120 gegen 2 Stimmen (Israel und USA) bei 20 Enthaltungen die Weigerung Israels, den verschiedenen Aufforderungen des Sicherheitsrates nach Feuereinstellung und dem Rückzug seiner Truppen nachzukommen. Mit 123 gegen 2 Stimmen (Israel und USA) bei 18 Enthaltungen beschließt die Versammlung, für August 1983 eine internationale Konferenz über die Palästinafrage nach Paris einzuberufen.

– K e n i a. Regierungstruppen vereiteln in Nairobi einen Militärputsch. Ein über den Rundfunk verbreitetes anonymes Militärkommuniqué hatte zunächst die Absetzung von Präsident Daniel Arap Moi mitgeteilt.

3. 8. – A b r ü s t u n g. Nach dem erfolglosen Abschluß der zweiten UN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung (vgl. „Blätter", 8/1982, S. 898) nimmt der Genfer Abrüstungsausschuß seine Beratungen wieder auf. Der Ausschuß einigt sich über ein Arbeitsprogramm für die bis zum 14. September d. J. geplante Sitzungsperiode.

5. 8. – U S A. Mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen verwirft das Repräsentantenhaus mit 204:202 Stimmen einen von den Demokraten eingebrachten Antrag, der das sofortige Einfrieren („freeze") der nuklearen Waffen auf dem gegenwärtigen Stand fordert. Präsident Reagan hatte sich vor der Abstimmung in persönlichen Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten nachdrücklich für die Ablehnung des Antrags eingesetzt. – Am 20. 8. erklärt Außenminister Shultz in Washington, die ablehnende Haltung Präsident Reagans gegenüber dem Erdgasröhrengeschäft zwischen einigen westeuropäischen Ländern und der Sowjetunion sei unverändert. Verschiedene Regierungen, so die Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Italien, hatten die betreffenden Firmen ihres Landes angewiesen, die eingegangenen Lieferverpflichtungen trotz der von den USA angedrohten Sanktionen zu erfüllen.

7. 8. – I t a l i e n. Mit dem vorübergehenden Rückzug der sozialistischen Minister aus der Koalitionsregierung kommt es zunächst zu einer Regierungskrise. In Rom heißt es dazu, die Sozialisten strebten mit ihrem Schritt vorzeitige Neuwahlen an. Ministerpräsident Spadolini (Republikaner) kann jedoch nach Verhandlungen mit den Parteien und mit Staatspräsident Pertini am 23. 8. die bisherige Koalition wiederherstellen (vgl. „Blätter", 7/1981, S. 770). Alle Minister verbleiben im Amt.

11. 8. – U d S S R / D D R. An seinem Urlaubsort auf der Krim empfängt Generalsekretär Breschnew den DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker. In einem Bericht des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" über die Begegnung wird auf die „spürbare Rolle" verwiesen, die die Bundesrepublik „bei der Lösung der europäischen Sicherheit spielen könnte".

– B l o c k f r e i e B e w e g u n g. Die indische Regierung schlägt Neu Delhi als Tagungsort für die 7. Konferenz der Staats- oder Regierungschefs blockfreier Staaten vor. Die Konferenz war vor Ausbruch des bewaffneten iranisch-irakischen Konflikts für September d. J. nach Bagdad einberufen worden. In einer ersten Reaktion läßt der irakische Präsident Saddam Hussein erkennen, daß er mit einer Verlegung der Konferenz nach Neu Delhi einverstanden sei. Der jugoslawische Außenminister Mojsov befürwortet ebenfalls die Verlegung der Konferenz und nennt als neuen Zeitpunkt den Dezember 1982.

12. 8. – U S A / U d S S R. Die am 29. Juni d. J. aufgenommenen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung und Verminderung strategischer Waffen in Genf (vgl. „Blätter", 7/1982, S. 741) werden für zwei Monate unterbrochen. Einzelheiten über den bisherigen Verhandlungsverlauf werden nicht mitgeteilt.

17. 8. – U S A / C h i n a. In einem gemeinsamen Kommuniqué beider Regierungen, das gleichzeitig in Washington und Peking veröffentlicht wird, erklären die USA ihre Absicht, bis zu einer „endgültigen Lösung" den Verkauf von Waffen an Taiwan (Formosa) „schrittweise zu reduzieren". Ein Termin für die Beendigung der amerikanischen Militärhilfe an Taiwan wird nicht genannt. Die USA hatten im Dezember 1978 die Regierung der VR China als „die einzig rechtmäßige Regierung Chinas" anerkannt (vgl. „Blätter", 1/1979, S. 3). – Am 19. 8. unterrichtet Präsident Reagan den Kongreß offiziell über die bevorstehende Lieferung von 60 Kampfflugzeugen an Taiwan.

23. 8. – L i b a n o n. In einem umstrittenen Wahlverfahren wird Bechir Gemayel von einem Teil der Abgeordneten des Parlaments zum neuen Präsidenten gewählt. Gemayel, der dem christlichen Bevölkerungsteil angehört und Führer der bewaffneten maronitischen Milizen ist, erhält im zweiten Wahlgang 58 von 92 Stimmen. Die Wahl erfolgt gegen den Willen der maßgebenden Vertreter des muslimischen Bevölkerungsteils. Gemayel erklärt nach seiner Wahl, er werde sich für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Israel einsetzen. Der bisherige Staatspräsident, Ilyas Sarkis, scheidet am 23. September d. J. aus dem Amt.

23.–26. 8. – I s l a m i s c h e K o n f e r e n z. In der Hauptstadt Niamey (Niger) findet die 13. Außenministerkonferenz der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) statt. Teilnehmer sind Delegationen aus 40 Mitgliedstaaten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Lage im Nahen Osten und der irakisch-iranische Krieg. Der Generalsekretär der Konferenz, Habib Chatti (Tunesien), fordert den Iran und den Irak zur Einstellung der Feindseligkeiten auf, damit sich die islamischen Staaten gegen ihren wirklichen Feind, den von den USA unterstützten Zionismus, wenden könnten.

26. 8. – V i e t n a m / C h i n a. Die vietnamesische Regierung schlägt der Volksrepublik China eine befristete Einstellung aller Feindseligkeiten entlang der gemeinsamen Grenze sowie die vorübergehende Öffnung einiger Grenzübergänge vor, um die Spannungen zwischen beiden Seiten zu vermindern. Das chinesische Außenministerium lehnt in einer Note jede „Waffenruhe" ab. Auf das Angebot, die seit zwei Jahren unterbrochenen Grenzverhandlungen wieder aufzunehmen, geht die chinesische Note nicht ein.

27. 8. – S p a n i e n. Mit einem von König Juan Carlos unterzeichneten Dekret werden das Parlament (Cortes) aufgelöst und vorzeitige Neuwahlen für den 28. Oktober d. J. ausgeschrieben. Der Entscheidung vorangegangen war der Zerfall der regierenden Demokratischen Zentrumsunion (UCD).

29.–30. 8. – K S Z E. Die Vertreter von neun neutralen und blockfreien Mitgliedstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) erörtern in Stockholm auf einer Außenministerkonferenz die Situation nach der Unterbrechung des KSZE-Folgetreffens von Madrid (vgl. „Blätter", 4/1982, S. 386), das am 9. November d. J. fortgesetzt werden soll. Vertreten sind Finnland, Jugoslawien, Österreich, Schweden, die Schweiz, Liechtenstein, Malta, Zypern und San Marino. In einem Kommuniqué heißt es, Buchstaben und Geist der Schlußakte von Helsinki müßten eingehalten und der KSZE-Prozeß müsse fortgesetzt werden.

Kreditnehmer eine Kettenreaktion von Zusammenbrüchen auslöst. Warnsignale waren in den USA der Zusammenbruch einiger Banken und Wertpapierfirmen und die praktische Zahlungsunfähigkeit des höchstverschuldetsten Landes der Welt, von Mexiko. Aber auch die übrigen lateinamerikanischen Länder sind praktisch zahlungsunfähig und müssen umschulden. Dabei sind die Verschuldungsprobleme Polens und Rumäniens in ihrer Dimension wesentlich geringer als die jedes der größeren lateinamerikanischen Länder.

Ob eine Fortsetzung des Zinsrückgangs in absehbarer Zeit positive konjunkturelle Effekte auslösen wird, ist jedoch zweifelhaft: Erfahrungsgemäß warten nun die Kreditnehmer erst einmal ab, daß sich das immer noch extrem hohe Zinsniveau zurückbildet. Außerdem dürfte eine Senkung der Zinskosten nur in Einzelfällen zusätzliche Investitionen bewirken, vor allem Erweiterungsinvestitionen werden fast ausschließlich von Absatzerwartungen bestimmt. Diese aber werden sich zunächst noch deutlich verschlechtern. Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Neue Dokumente zum Pentagon-Programm für den „Sieg im Atomkrieg" („Leitlinien-Dokument")

Im Augustheft der „Blätter" haben wir erstmals in deutscher Sprache den vollständigen Text der „New York Times"-Enthüllung über das geheime Pentagon-Programm für den „Sieg im Atomkrieg" veröffentlicht. Seither ist die Auseinandersetzung um die – gerade für die Bundesrepublik lebensgefährliche – neue US-Atomkriegsstrategie verstärkt entbrannt. Nachstehend weitere Dokumente, darunter die aufschlußreiche Einschätzung des Pentagon-„Leitliniendokuments" durch die „New York Times" selbst sowie die ergänzenden Informationen der „Los Angeles Times" vom 15. August 1982. (Vgl. auch die Analyse von Bernd Greiner im vorliegenden Heft.) D. Red.

„Krieg bis zum Tode" – Leitartikel von Tom Wicker in der „New York Times" vom 1. Juni 1982 (Wortlaut)

„Die erste vollständige sicherheitspolitische Leitlinie" der Reagan-Administration, die die Militärpolitik der Vereinigten Staaten mindestens für die nächsten fünf Jahre bestimmen soll, ist ein Plan dafür, wie man aus ungemütlichen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen einen erbarmungslosen Kampf bis zum Tode macht.

Dieses außergewöhnliche 126-Seiten-Dokument, das die Ansichten von Verteidigungsminister Weinberger und seinen höchsten militärischen und zivilen Beratern wiedergibt, war Gegenstand eines ausführlichen Berichts von Richard Halloran in der „New York Times" vom 30. Mai.

Mr. Weinbergers „Leitlinien":
– akzeptieren atomare Kriegführung als eine Notwendigkeit, wobei die Vereinigten Staaten fähig sein müssen, die Sowjetunion zu „besiegen", sogar in einer „sich länger hinziehenden Konfliktperiode."
– würden bewirken, daß die Nation sich in einen permanenten Kriegszustand begibt
– präsentieren der Welt das Bild eines Amerika, das sich für nichts anderes als Macht interessiert und das gewillt ist, sogar den Weltraum für amerikanische Militärzwecke auszubeuten.
Das Dokument führt z.B. aus, daß das Pentagon beabsichtigt, „Spezialeinheiten neu zu beleben und zu verstärken, um die Macht der Vereinigten Staaten dort wirksam werden zu lassen, wo der Einsatz konventioneller Truppen verfrüht, unpassend oder undurchführbar wäre", *insbesondere in Osteuropa.*

„Spezialeinheiten" bedeutet, übersetzt aus dem Pentagonesischen, Guerillakriegführung, Sabotage, Terrorismus und dergleichen.

Wie wird sich die Welt dazu stellen? Soll jedes Land, das sich Washingtons Mißfallen zuzieht oder dem im Wege steht, was es für sein Interesse hält, „destabilisiert" werden wie vor 25 Jahren Guatemala, vor 10 Jahren Chile oder Nicaragua heute? Und besonders Osteuropa? Haben wir aus den Ereignissen der letzten Jahrzehnte in Ungarn, Ostdeutschland, der Tschechoslowakei oder Polen nichts gelernt?

Weinbergers „Leitlinien" haben laut Mr. Hallorans Beschreibung den wirtschaftlichen und technischen Krieg gegen die Sowjetunion ausgerufen, sogar in Friedenszeiten. Welche anderen Schlüsse könnte man aus einem „Friedenszeit"-Programm ziehen, demzufolge so viel Druck wie möglich auf die sowjetische Wirtschaft ausgeübt werden soll, und aus der Forderung nach einem Rüstungswettlauf, in welchen die USA Waffen entwickeln würden, „auf die die Sowjetunion nur schwer eine Antwort finden kann, die ihr unverhältnismäßig hohe Kosten auferlegen, neue Gebiete einer umfassenden militärischen Konkurrenz eröffnen und frühere sowjetische Investitionen obsolet (sic!) machen" würden? Wir werden sie begraben.

Das Dokument umreißt ferner die geplante Umwandlung von Präsident Carters bescheidener Rapid Deployment Force („Schnelle Eingreiftruppe") in eine Armada, die 5 Armeedivisionen, 2 Marinedivisionen und Luftgeschwader, 10 Geschwader taktische Kampfflugzeuge der Luftwaffe, 2 Geschwader B-52-Bomber und 3 Flugzeugträger der Marine mit ihrem Gefolge an Unterstützungsschiffen umfassen soll.

Diese furchterregende Streitmacht soll vermutlich die Aufgabe übernehmen, die Ölquellen der Vereinigten Staaten im Persischen Golf zu verteidigen. Aber das Papier stellt klar, daß die Schnelle Eingreiftruppe mit einer Intervention nicht notwendigerweise warten wird, bis eine befreundete Regierung darum bittet – wie man bisher der Öffentlichkeit gegenüber behauptet hat; die vorrangige Aufgabe dieser Truppe besteht darin, der sowjetischen Macht entgegenzutreten, nicht aber darin, den Ländern der Region dabei zu helfen, sich voreinander zu schützen.

Wie läßt es sich mit all diesen kriegsähnlichen Planungen vereinbaren, wenn Mr. Reagan am Memorial Day erklärt: „Ich bete dafür, daß wir mit gutem Willen und Hingabe auf beiden Seiten eine sicherere Welt erreichen werden"?

Welche Art von gutem Willen sieht er darin, den Beginn von Gesprächen über die Reduktion atomarer Waffen für den 29. Juli anzukündigen, während seine Militärplaner gleichzeitig vorschlagen, „Prototypen für weltraumgestützte Waffensysteme zu entwickeln", inbegriffen Mittel zur Zerstörung sowjetischer Satelliten. Moskau ist auf diese Satelliten angewiesen, um die Einhaltung atomarer Waffenreduzierungen durch die USA verifizieren zu können; ohne sie kann es keine derartigen Reduktionen vereinbaren.

Sollten diese „weltraumgestützten" Waffen Nuklearwaffen sein, so würden sie darüber hinaus den sowjetisch-amerikanisch-britischen Vertrag von 1963 und den Weltraumvertrag der Vereinten Nationen von 1967 verletzen. Aber nicht zufrieden damit das Wettrüsten in den Weltraum zu übertragen, schlagen die „Leitlinien" ferner vor, daß die USA bei der Stationierung der MX-Raketen möglicherweise gleichzeitig Anti-Raketensysteme stationieren sollten – wodurch der erfolgreichste sowjetisch-amerikanische Vertrag über strategische Waffen aufs Spiel gesetzt würde.

Wenn die Sowjets dieses amtliche Dokument des Verteidigungsministeriums, vorbereitet von Mr. Reagans Sachverständigen und gedacht als Leitlinie für das militärische Establishment, gelesen haben, warum sollten sie dann glauben, daß Reagan ernsthaft an die Reduzierung nuklearer Waffen oder an die Verminderung von Spannungen denkt? Und die Westeuropäer, schon heute beunruhigt über Mr. Reagans „Cowboy"-Allüren, wie sie es nennen, werden kaum Beruhigung darin finden, daß seine Planer strategische Waffen auf Basen in Osteuropa und in der Sowjetunion selbst richten wollen.

Schlimmer noch – was für ein Land würde dies (Amerika) sein, wenn all diese militaristischen Pläne Wirklichkeit würden? Mr. Reagan mag am Memorial Day die Kriegstoten der Nation beklagen und proklamieren, daß „die Freiheit, für die sie sterben, erhalten bleiben und blühen muß"; aber nichts ist weniger wahrscheinlich, als daß die Freiheit in einem Garnisonsstaat erhalten bleibt und blüht, der sich dem ewigen Krieg verschrieben hat und gewillt ist, sogar die eigene Zerstörung in Kauf zu nehmen, um auf den Trümmern die Oberhand zu gewinnen.

„Wie sehen wir das in Moskau?" – Stellungnahme von Georgi Arbatow für die „New York Times" (Wortlaut)

Die Moskauer Wochenzeitschrift „Neue Zeit" veröffentlichte in ihrer Nr. 30/1982 unter der Überschrift „Wie sehen wir das in Moskau?" einen Beitrag des sowjetischen Amerikaexperten Arbatow, dem der Autor folgende Bemerkung voranstellte: Im Juni bat mich die „New York Times" um einen Artikel, der den sowjetischen Standpunkt zu der vom Pentagon vorgelegten „Verteidigungsdirektive 1984–1988" zum Ausdruck bringt. Ich entsprach dieser Bitte und schickte der „New York Times" vor etwa einem Monat einen solchen Artikel zu, der aus mir unbekannten Gründen nicht veröffentlicht wurde. Da ich glaube, daß dieses Thema Beachtung verdient, übergab ich ihn der NZ-Redaktion. *Nachstehend dokumentieren wir den Wortlaut der Arbatow-Stellungnahme. Die von Arbatow erwähnten US-Atomkriegspläne „Dropshot" usw. sind nachzulesen in: Bernd Greiner/Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Eine Dokumentation, Köln 1980. D. Red.*

Lassen Sie mich damit beginnen, daß die Substanz dieses Dokuments uns in Moskau ebenso klar ist wie jenen amerikanischen Journalisten, die es kommentiert haben. Tom Wicker bezeichnete es in einem „New York Times"-Artikel als den Plan für einen „Krieg bis zum Tod". Ich würde es eine Anleitung zu einem totalen Krieg gegen die UdSSR und ihre Verbündeten nennen. Ja, total, denn damit wird ein totaler Punkt gesetzt, ein für allemal mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten, den sozialistischen Ländern, Schluß zu machen. Die dafür angebotene Auswahl von Mitteln ist ebenfalls total – sie reicht vom wirtschaftlichen und technologischen Krieg und einer unbegrenzten Subversion bis zu einem Krieg mit konventionellen und, sofern nötig, mit nuklearen Waffen.

Dieses Dokument scheint mir die deutliche Handschrift von notorischen Sowjethassern in und um das militärische Establishment der USA zu tragen. Da es aber nicht der Verteidigungsminister war, der seinen Job in den nächsten Tagen verlor, sondern der Außenminister, haben wir in Moskau dieses Dokument nicht als Privatschrift von Leuten wie Richard Pipes, Richard Perle oder Colin Gray zu betrachten, sondern als eine Erklärung der offiziellen US-Intentionen und der offiziellen Politik.

Waren diese Eröffnungen für uns eine Überraschung? Ja und nein. Nein, weil das Dokument in großen Teilen eine Wiederholung solcher klassischen Sätze des kalten Krieges ist wie der militärische Plan Operation Dropshot (1949) oder das NSC-68 Memorandum (1950). Außerdem haben wir wirklich mehr als genug Möglichkeiten, uns davon zu überzeugen, daß es in der jetzigen US-Administration viele Extremisten gibt, was sich sowohl ihren Worten als auch etlichen ihrer Taten entnehmen läßt.

Andererseits, ja, wir waren ein bißchen überrascht, da in den letzten Monaten allmählich auch einige andere Signale aus Washington kamen. Sie sollten dazu dienen, die Bereitschaft der USA zu Verhandlungen mit der UdSSR über Rüstungsbegrenzung etc. zu signalisieren. Einige sehr angesehene amerikanische Experten sagten in diesem Zusammenhang ebenfalls, daß wir es hier mit einer für Amerika gewöhnlichen Bewegung von extremistischen Positionen zum Zentrum hin zu tun hätten und daß die Dinge sich wieder auf das Normale zubewegten.

Ich aber neige zu dem Gedanken, daß wir es hier mit etwas anderem zu tun haben. Beides, die Wirtschafts- und die Außenpolitik der neuen Administration beginnt auseinanderzubrechen und den gewünschten Ergebnissen entgegengesetzte Wirkungen zu zeitigen. Im einzelnen erbrachte sie nicht so sehr die Furcht vor der Sowjetunion als vielmehr die vor den USA und ihrer gegenwärtigen Politik, die neue Differenzen in den Beziehungen zwischen den USA und ihren Verbündeten auslöste und die antinukleare Massenbewegung zunächst in Europa und danach in den USA verstärkte. All das hat Washington offenbar zu einigen politischen Manövern gezwungen, einschließlich seiner Zustimmung zu Verhandlungen mit der UdSSR.

Doch die Verteidigungsdirektive ist noch ein weiterer Beweis dafür, daß wir es – jedenfalls gegenwärtig – nur mit Manövern zu tun haben, denen solche Dokumente übrigens einen gewissen Schaden zufügen können. Denn sie zeigen, daß die grundsätzlichen Intentionen der Administration die alten bleiben und daß sie beinhalten, die militaristische, blind antisowjetische Politik fortzusetzen, so sehr das auch den heutigen Realitäten in der Welt zuwiderläuft.

Als Ronald Reagan sein Präsidentenamt antrat, forderte er die Amerikaner auf, „heroische Träume zu träumen". Ich weiß nicht, wie dieser Aufruf bei den einfachen Amerikanern ankam. Aber viele Leute in der Administration, insbesondere die Urheber der Verteidigungsdirektive, haben offenbar mehr als anderthalb Jahre in einer Welt von ausschließlich „heroischen" Träumen gelebt. Ich darf annehmen, daß sie bereit sind, die Sowjetunion zu „atomisieren" oder zu versuchen, sie in einem konventionellen Krieg zu besiegen oder sie auf andere Weise zu beseitigen. Das einzige, was dazu noch zu tun ist, ist die Möglichkeiten dazu zu finden, wozu denn auch die Direktiven des Pentagon und der Gruppe der Stabschefs dienen sollen. Damit aber sind sie vor sinnlose Aufgaben gestellt.

Diese Ziele zu erreichen wurde seit 1917 immer wieder versucht. Von der Entente 1918–1920, von den Achsenmächten 1941–1945 und von den USA und ihren Verbündeten nach dem zweiten Weltkrieg. Doch all diese Bemühungen brachen völlig zusammen. Wie könnte jemand darauf hoffen, jetzt Erfolg zu haben?

Das gibt Veranlassung zu fragen, warum solche Dokumente verfaßt und veröffentlicht werden?

Um die Sowjetunion einzuschüchtern und zu erpressen? Aber ist es nicht geradezu naiv, an den Erfolg solcher Unternehmungen zu glauben, oder war die Veröffentlichung der Verteidigungsdirektive nur als Ermunterung für das Reagan-Team und ähnlich denkende Leute in den verbündeten Ländern gedacht? Oder sind die Verfasser des Dokuments hier vielleicht auf ihre eigene Propaganda hereingefallen, sowohl hinsichtlich der Möglichkeiten ihres Landes wie auch bezüglich der Probleme, mit denen die Sowjetunion zu tun hat?

Ich kann nicht umhin, eine Passage des Dokuments zu zitieren, die die USA veranlassen soll, die UdSSR mit dem Wettrüsten bankrottzurüsten, insbesondere mit der Entwicklung von Waffen, die „die früheren sowjetischen Investitionen veralten lassen". Solche Versuche wurden wiederum auch schon mehrmals früher unternommen. Doch die von den USA herausgeforderte Sowjetunion *folgte* in ihren Verteidigungsprogrammen nicht den amerikanischen Wünschen, sondern ihren eigenen Sicherheitsbedürfnissen. Jetzt, nach den Verdeutlichungen in der Verteidigungsdirektive, werden wir bestimmt noch wachsamer sein und darauf achten, daß uns die USA nicht bankrott machen, weder durch das Wettrüsten noch bei den Abrüstungsgesprächen, wo die Vorschläge der USA offenbar das gleiche Ziel haben, „die früheren sowjetischen Investitionen veralten zu lassen".

Tatsache ist, daß diese Direktive recht aufschlußreich war. Doch möge der amerikanische Leser selbst überlegen. Die Rede Präsident Reagans vom 9. Mai im Eureka College enthielt die geradezu rührende Passage, er wolle Präsident Breshnew bei einer Begegnung sagen, daß die USA bereit sind, eine neue Verständigung zur UdSSR herbeizuführen, und die sowjetische „Regierung und . . . das Volk haben nichts in der Welt von den Vereinigten Staaten zu fürchten". Zwei Wochen später lasen wir, als Kommentar zu diesen Worten, die Direktive an die US-Streitkräfte, „Pläne zu entwickeln, um der Sowjetunion auf jeder Ebene eines Konflikts Niederlagen beizubringen, von inneren Aufständen bis zum Nuklearkrieg".

Möglicherweise ist das natürlich noch eine weitere Erklärung für die Widersprüchlichkeit der von Washington ausgehenden Signale. Es handelt sich hier um die inneren Auseinandersetzungen in der Administration selbst zu Fragen der Außenpolitik. Diese Auseinandersetzung findet offenbar tatsächlich statt. Doch die Spanne der Differenzen in dieser inneradministrativen Auseinandersetzung war bislang ziemlich gering. Es wird immer deutlicher, daß es höchstens Differenzen zwischen einzelnen Varianten des Extremismus waren.

Der wichtigste Schluß, den ich aufgrund der vorliegenden Verteidigungsdirektive ziehen würde, ist folgender:

Die gegenwärtige US-Administration wird so gut und fähig zu guten Taten sein, wie man es ihr nicht erlaubt, schlecht zu sein, sie wird so sicher – und ich meine sicher nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für Amerika und seine Verbündeten – sein, wie man es ihr nicht erlaubt, gefährlich zu sein; nicht erlaubt infolge der wirtschaftlichen und politischen Realitäten, infolge der Politik anderer Länder, infolge der öffentlichen Meinung Amerikas und des Selbsterhaltungswunsches der Völker. Ich hoffe, daß diese Faktoren ausreichen, damit der andauernde politische Prozeß die realistische Grundlage stärke und die US-Politik zum Verständnis nicht nur der bestehenden Differenzen, sondern auch der vitalen allgemeinen Interessen zurückführe. Gemeint ist das Interesse am Überleben, das nicht nur Verhandlungen, sondern auch Übereinkünfte voraussetzt, ebenso wie eine generelle Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wenn das aber nicht geschieht? Dann haben wir allein noch die Hoffnung, daß eine Zeit kommen wird, in der wir sagen können: Die Geschichte hat nicht mit dieser Administration begonnen und wird glücklicherweise nicht mit ihr enden.

„Pentagon-Plan präzisiert, mit welchen Methoden ein länger andauernder Atomkrieg gewonnen werden soll" (Auszüge aus einem Artikel der „Los Angeles Times" vom 15. August 1982)

Zehn Wochen nach der Enthüllung des geheimen Pentagon-Programms zur umfassenden Atomkriegsvorbereitung 1984–1988 durch die „New York Times" hat ein Artikel von Robert Scheer in der „Los Angeles Times" die neuen Informationen über die amerikanischen Atomkriegsvorbereitungen erneut in die öffentliche Diskussion getragen und diesmal scheint der „Funke" gezündet zu haben. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus dem Artikel von Robert Scheer, soweit sie neue Aspekte oder Stellungnahmen über die bereits in den letzten „Blättern" veröffentlichten Enthüllungen der „New York Times" hinaus enthalten. Der Text folgt der Wiedergabe in der „International Herald Tribune" vom 16. 8. 1982. D. Red.

Auf Weisung der Reagan-Administration hat das Pentagon einen strategischen Generalplan fertiggestellt, der die Vereinigten Staaten in die Lage versetzen soll, einen länger andauernden Atomkrieg mit der Sowjetunion zu gewinnen.

In der ersten Augustwoche wurde dieses Dokument dem Nationalen Sicherheitsrat übermittelt, und es geht jetzt um seine endgültige Bestätigung durch den Präsidenten. Diese Direktive ist Teil eines Dokuments, das im Herbst 1981 entworfen wurde, um die Präsidenten-Direktive 59 abzulösen, die im letzten Halbjahr der Carter-Administration in Kraft gesetzt worden war.

Aus Kreisen, die mit beiden streng geheimen Dokumenten vertraut sind, wird berichtet, daß Präsident Reagans Doktrin sehr viel stärker als die von Präsident Carter den Charakter einer Kriegsführungs-Doktrin hat, weil sie nämlich das spezifische Ziel, einen „länger andauernden" Atomkrieg zu gewinnen, festlegt.

Einem Mitglied der Reagan-Administration zufolge wird in dem Plan ein bis zu sechs Monate lang andauernder Atomkrieg erwogen.

Der Gedanke, daß ein Atomkrieg zwischen den Supermächten begrenzt oder über mehrere Monate hin ausgedehnt – und sogar gewonnen – werden kann, ist in militärischen und politischen Kreisen umstritten.

. . .

Der neue strategische Generalplan zielt, wie berichtet wird, darauf ab, eine Behandlung des Themas (Strategie der nuklearen Kriegs*führung*, d. Red.) aus dem Blickwinkel der praktischen Verwirklichung zu ermöglichen. (". . . providing a 'how to' treatment of the subject . . ." – An anderer Stelle heißt es, die neue „Direktive" fordere „das Pentagon insbesondere auf, einen Plan dafür zu entwickeln, wie die politische Deklaration in militärische Wirklichkeit verwandelt werden kann." D. Red.)

Der neue Plan widmet beispielsweise der Frage, wie die politischen und militärischen Kommandozentralen des Feindes zerstört, die amerikanischen Zentralen dagegen geschützt werden können, beträchtlichen Raum.

Die Reagan-Administration hat im Haushalt 18 Mrd. Dollar für die Sicherung amerikanischer militärischer Befehls-, Kontroll- und Kommunikationswege, oder C-3, wie es bei den Planern heißt, eingesetzt. C-3 bezieht sich auf die Fähigkeit der Staatsführung, hinsichtlich der Kontrolle des nuklearen Arsenals die Kommunikation mit den Truppen aufrecht zu erhalten.

Die Implikationen des veränderten strategischen Denkens über den Atomkrieg hat General James W. Stansberry verdeutlicht, der Kommandeur der Luftwaffenabteilung für elektronische Systeme. Er sagte auf einer Konferenz der Luftwaffe: „In früheren Jahren bestand das Konzept für C-3 darin, lediglich die Fähigkeit zu sichern, strategische Waffen der USA als Antwort auf einen Erstschlag zu starten, bevor unannehmbare Zerstörungen eintreten. Die Vorstellung, daß man mit einem nuklearen Schlagabtausch keinen Krieg gewinnen könne, ließ jeglichen Bedarf an überlebensfähigen Einrichtungen sozusagen hinfällig werden. Es gibt jetzt eine Veränderung in der Atomwaffenplanung, und es ist zu einem eigenen Bestandteil der atomaren Abschreckung geworden, daß wir fähig sind, weiter zu kämpfen."

Die Vorstellung, daß man Atomkriege führen, begrenzen und überleben kann, hat in den letzten zehn Jahren wachsende Zustimmung gefunden. Eine immer präzisere Raketentechnologie und verfeinerte Kommunikationsmittel haben in manchen Kreisen zu der festen Überzeugung geführt, ein Atomkrieg müsse nicht unbedingt bedeuten, daß alles mit einem Schlage aus sei und es außer radioaktivem Schutt kaum etwas dabei zu gewinnen gebe.

Nach Ansicht der Kriegs*führungs*-Fraktion („fighters"), die der Nationale Sicherheitsrat zu akzeptieren scheint, könnte ein Atomkrieg mit selektiven Schlägen gegen vorwiegend militärische Ziele mehrere Monate lang geführt werden. Am Ende könnte, glauben sie, eine Seite als Sieger hervorgehen, mit genug an Ressourcen und Bevölkerung, um von vorn anzufangen.

Ein führender Verfechter dieser Auffassung, Colin Gray, ist kürzlich von Mr. Reagan zum Berater der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde und des Außenministeriums berufen worden.

1980 hatten Mr. Gray und ein Mitautor, Keith Payne, in einem Artikel in der Zeitschrift „Foreign Affairs"*) erklärt: „Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegs-Weltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen." Sie erläuterten, daß 20 Millionen US-Todesopfer eine annehmbare Größenordnung wären.

Andere machen sich vielleicht ein weniger optimistisches Bild von den zu erwartenden Verlusten, glauben aber dennoch, daß man einen Atomkrieg gewinnen kann. Vergangene Woche verteidigte Energieminister James B. Edwards das Engagement der Reagan-Administration für die Erprobung und Produktion neuer und besserer Atomwaffen. „Ich hoffe, wir müssen nie mehr in den Krieg ziehen", sagte er. „Aber wenn wir es tun, dann möchte ich als Nr. 1 daraus hervorgehen, nicht als Nr. 2."

. . .

„Dem sowjetischen Huhn den Kopf abschneiden . . ." – Neues vom „Sieg im Atomkrieg"-Strategen Colin S. Gray

Seit seinem Aufsatz „Victory is possible" („Sieg ist möglich") – vgl. den deutschen Wortlaut in „Blätter", 12/1980 – gilt Colin S. Gray als Vordenker jener amerikanischen „Sieg im Atomkrieg"-Strategie, die jetzt offenbar, allen verspäteten Dementierversuchen Weinbergers zum Trotz, zur offiziellen Doktrin der USA geworden ist. Das neue „Leitlinien-Dokument" des Pentagon macht die „Enthauptung" („decapitation") der Sowjetunion zur Grundlage der US-Atomkriegsstrategie. (Vgl. den Wortlaut in „Blätter", 8/1982) Gray ist inzwischen zum Berater des US-Außenministeriums und – welche Ironie! – der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) unter seinem esinnungsfreund Rostow avanciert. In der „Washington Post" erschien kürzlich ein ausführliches Porträt des Atomkriegsstrategen („Washington Post" v. 14. 5. 1982). Wir entnehmen daraus die folgenden Äußerungen, die keine Illusionen über die zynische Konsequenz des „Sieg ist möglich"-Denkens und über die millionenfachen Opfer (sogar in den USA selbst) erlauben, die man für diesen „Sieg" zu riskieren bereit ist. D. Red.

. . .

Im offensiven Bereich des Planungsspektrums, meint Gray, können wir einen sowjetischen Vorteil an „roher Muskelkraft" kompensieren, indem wir unsere äußerste Drohung für einen Atomkrieg neu definieren. „In unserer Zielplanung müssen wir den sowjetischen Staat so umsichtig wie möglich in einen Gegensatz zum russischen Volk bringen", sagt er. (Gray, d. Red). „Nun wird uns das nur in beschränktem Maße möglich sein – unglücklicherweise trifft man zusammen mit dem Staat auch große Teile des russischen Volkes. Aber wir glauben, daß wir den Nerv der russischen Wertstruktur berühren.

Im Kontext eines Atomkrieges über die Sowjetregierung sprechen, heißt, über einen bestimmten Zielkatalog sprechen . . . Nehmen wir an, es handelt sich um hundert Ziele. Wenn wir all diese hundert Ziele treffen könnten, würden wir jedes Mitglied des Politbüros erwischen, jedes Mitglied des Zentralkomitees, wir würden alle entscheidend wichtigen Bürokraten töten, wir würden also dem sowjetischen Huhn den Kopf abschneiden . . ."

Im defensiven Bereich des Spektrums wünscht sich Gray mehr Aufmerksamkeit für die Zivilverteidigung, die Luftabwehr und die Raketenabwehr. Diese Dinge sind in den Vereinigten Staaten großenteils ignoriert worden, sagt Gray, „weil man von uns verlangt hat, zu behaupten – was wir nicht können –, daß es eine perfekte Verteidigung geben kann. Wir können die sowjetischen Raketen nicht von Nordamerika fernhalten. Wir können einige davon fernhalten. Ich möchte irgendeine Art von Sicherheitsnetz, auch wenn es ein Sicherheitsnetz mit einer Menge Löcher darin ist."

. . .

*) Robert Scheer verwechselt hier die Zeitschrift „Foreign Policy", in der Gray's Aufsatz erschien mit den „Foreign Affairs"; Anm. d. Red.

„Niemand kann eine Nuklearstrategie entwickeln, die weniger als zwischen fünf und zwanzig Millionen Front-Toten nach sich zieht. Wenn wir dies in einem größeren Krieg, der nicht nach einer sehr leichten ersten Runde beendet wird, erreichen könnten, wären wir extrem gut. Und dies sind schreckliche Zahlen. Nun, wenn irgend jemand die Möglichkeit eines Atomkriegs als das absolut Böse betrachtet, wenn er lieber hinnehmen würde, daß die Sowjets Europa erobern, möglicherweise sogar uns erobern, als daß Atomwaffen eingesetzt werden – wenn Atomwaffen derart schrecklich sind, okay, dann können wir unsere Atomwaffen abschaffen."

Beim Abschied vor dem Gebäude des Außenministeriums in Washington gibt Gray seinem Gesprächspartner von der „Washington Post", James Lardner, zu verstehen, daß er alles auf eine Karte setzt, weil er offenbar fürchtet, Reagan könne scheitern und unter einem anderen Präsidenten werde es für die Durchsetzung seiner „Sieg-im-Atomkrieg"-Strategie zu spät sein: „Ich muß meine Zeit nutzen, so gut ich kann", sagt er (Gray) nüchtern. „Wenn Walter Mondale in zwei Jahren ins Weiße Haus einzieht, dann hat man *mich* zum letztenmal im State Department gesehen."

Dmitri Ustinow, Verteidigungsminister der UdSSR, über die Genfer Verhandlungen zur Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa

(Auszug aus einem Tass-Interview vom 19. August 1982)

Die Sowjetunion hat in Genf Vorschläge eingebracht, die die Schaffung einer umfangreichen europäischen Zone der Reduzierung und Begrenzung der Kernwaffen vom Nordpolarmeer bis Afrika, von der Mitte des Atlantik bis zum Uralgebirge vorsehen. Es wird vorgeschlagen, die vorhandenen nuklearen Rüstungen mittlerer Reichweite (von 1000 km und mehr, aber keine interkontinentalen) in dieser Zone so abzubauen, daß es auf der Seite der UdSSR und der NATO fünf Jahre nach der Vereinbarung nicht mehr als 300 Einheiten der Rüstungen dieser Klasse gibt. Der Reduzierung könnten sämtliche Arten der nuklearen Mittelstreckenwaffen unterliegen – sowohl Raketen als auch Flugzeuge. In der Zone wäre die Stationierung nuklearer Rüstungen neuer Typen, darunter selbstverständlich auch der amerikanischen Raketen – sowohl der Pershing 2 als auch der Marschflugkörper – verboten.

Die sowjetischen Vorschläge sehen keine Verpflichtungen für Drittländer vor. In der Gesamtzahl der 300 Einheiten der Mittelstreckenwaffen sind aber neben den amerikanischen auch Raketen und Flugzeuge Großbritanniens und Frankreichs mit berücksichtigt. Die Sowjetunion kann nicht die Tatsache ignorieren, daß diese Mittel zu den Kernwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Mitgliedsländer gehören. Sie zielen auf die UdSSR und ihre Verbündeten.

Unsere Vorschläge verfolgen den Zweck, in Europa auch die Begleitmaßnahmen zur Begrenzung der Kernwaffen mit einer Reichweite von höchstens 1000 Kilometer zu verwirklichen. Solche Beschränkungen zahlreicher Waffen würden ohne Zweifel im Interesse aller europäischen Staaten liegen. Wir haben ferner vorgeschlagen, daß die Kernwaffen mittlerer Reichweite außerhalb der europäischen Zone ihrer Reduzierung bzw. Begrenzung so stationiert werden, daß diese Waffen der Beteiligten die Objekte der anderen Seite in der erwähnten Zone nicht erreichen.

Was die Haltung der USA betrifft, so klammern sie sich nach wie vor an die sogenannte Null-Lösung, das heißt an die restlose Beseitigung aller sowjetischen landgestützten Mittelstreckenraketen. Dieser noch vor Beginn der Verhandlungen unterbreitete Vorschlag ist sichtlich darauf gerichtet, eine Vereinbarung zu hintertreiben. Die USA wollen sowohl ihre eigenen nuklearen Mittelstreckenwaffen als auch die ihrer Verbündeten um keine einzige Einheit reduzieren. Sie wir-

ken sogar darauf hin, daß ihre Anzahl erhöht wird. Gleichzeitig verlangen sie, daß die Sowjetunion einseitig ihre landgestützten Raketen liquidiert, über die sie bereits seit mehr als 20 Jahren verfügt. Diese Raketen sind Bestandteil des seit langem entstandenen und stabilen Kräftegleichgewichts in Europa.

Die Sowjetunion wird, wie auf höchster Ebene erklärt worden ist, nicht auf eine einseitige Reduzierung ihrer nuklearen Rüstungen mittlerer Reichweite eingehen, worauf die Amerikaner bestehen. Zugleich bemüht sie sich beharrlich um einen Erfolg der Verhandlungen mit den USA über eine Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa und der strategischen Rüstungen insgesamt. Unsere Vorschläge öffnen die reale Möglichkeit für eine wesentliche Reduzierung der Rüstungen. Die Sowjetunion bekräftigt ferner ihre Bereitschaft zur Befreiung Europas von Kernwaffen – sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischer Kernwaffen.

Dokumentation zur Verleihung des Goethepreises der Stadt Frankfurt an Ernst Jünger

Nach Albert Schweitzer, Thomas Mann, Max Planck und Georg Lukács hat der Schriftsteller Ernst Jünger den Goethepreis der Stadt Frankfurt aus den Händen des CDU-Oberbürgermeisters Walter Wallmann entgegengenommen. Der Verfasser kriegsverherrlichender Schriften der 20er Jahre, der geistige Wegbereiter des Faschismus und spätere konservative „Anarch", der sich vom pöbelhaften, „vulgären" Treiben der Nazipartei wohl abgestoßen fühlte, eine deutliche Distanz zum Hitlerfaschismus und seinen großdeutschen Zielen aber nie hat erkennen lassen und der sich auch später nicht zu demokratischen Überzeugungen bekennen mochte (siehe noch das Gespräch des „Spiegel", 35/1982) – dieser Schriftsteller hat mit den Stimmen der Kuratoriums-Mitglieder Joachim Fest (Mitherausgeber der FAZ), Walter Wallmann (CDU), Hans-Jürgen Hellwig (CDU), Rudolf Hirsch (Fischer-Verlag), Hilmar Hoffmann (SPD) und Gabriele Wohmann einen Literaturpreis bekommen, dessen Name Werten des Humanismus verpflichtet ist. Die Auszeichnung, so heißt es in der Ausschreibung, soll nur einer Persönlichkeit verliehen werden, „. . . deren schöpferisches Wirken einer dem Andenken Goethes gewidmeten Ehrung würdig ist."

Welche Wandlungen man Ernst Jünger immer zubilligen mag, eine humanistische Einstellung ist – erklärtermaßen – nie seine Sache gewesen. So ging es den Preisverleihern denn auch um etwas anderes: Wo überall die Zeichen einer konservativen „Wende" sich mehren, da sollte auch in der Kulturpolitik dieser Republik ein Exempel statuiert werden. Die Maximen des militärischen Denkens („Führen" und „Gehorchen"), des Konservatismus, der Elitetheorie und des aristokratisch-individualistischen Geniekultes sollen (wieder) die nationalen Tugend- und Wertkataloge beherrschen. – Der sich selbst über den „Parteienstreit" erhaben dünkende Ernst Jünger ist selbst nur Instrument, ist nur Symptom dieser politischen Tendenz. Wir werden uns in den „Blättern" damit noch weiter auseinandersetzen.

Gegen die Herabwürdigung des Goethepreises, die Desavouierung seiner vormaligen Träger sowie die damit verbundene politische Kampagne haben in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung die Grünen und die SPD Protest erhoben. Die Preisverleihung haben sie nicht verhindern können, aber beide Fraktionen legten zur Begründung ihrer Initiative Auszüge aus den Schriften Ernst Jüngers vor, die Aufmerksamkeit verdienen. Beide Dokumentationen sind im folgenden wiedergegeben. D. Red.

Dokumentation der Grünen zur Begründung ihres Antrags in der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt/M. gegen die Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger vom 3. August 1982 (Wortlaut)

„Heute noch kann ich Hitler nicht verzeihen, dieses wunderbare Instrument, das unsere Armee ist, mißbraucht/verschwendet zu haben." (Ernst Jünger, 1973)

Ernst Jünger soll im Goethejahr mit dem Goethepreis der Stadt Frankfurt geehrt werden.

„Der ‚Goethepreis der Stadt Frankfurt am Main', der im Jahre 1927 gestiftet worden ist, sollte alle Jahre zur Feier des Geburtstages Goethes am 28. August 1982 verliehen werden. Er ist vorgesehen für Persönlichkeiten, die mit ihrem Schaffen bereits zur Geltung gelangt sind und deren schöpferisches Wirken einer dem Andenken Goethes gewidmete Ehrung würdig ist. Seit 1952 erfolgt die ‚Verleihung des Goethepreises' auf Grund eines Beschlusses der städtischen Körperschaften nur noch alle drei Jahre. Der ‚Goethepreis' besteht aus einer auf Pergament geschriebenen Urkunde und ist mit 50 000 DM dotiert." (Aus der Broschüre der Stadt Frankfurt 1979)

Ernst Jünger ist aufgrund eines einstimmigen (!) Beschlusses des Kuratoriums Goethepreis Preisträger 1982 geworden, das unter dem Vorsitz von *Walter Wallmann,* Oberbürgermeister, aus *Hans-Jürgen Hellwig* als Stadtverordnetenvorsteher, *Hilmar Hoffmann* als Kulturdezernent, Berens für den Direktor des deutschen Hochstiftes, *Gabriele Wohmann* als Schriftstellerin, *Kelm* als Universitätspräsident, *Siegfried Dörffelt* als Vertreter des Kultusminister von Hessen, *Rudolf Hirsch* als Persönlichkeit des kulturellen Lebens und *Joachim Fest* von der FAZ als Journalist besteht.

Ernst Jünger wurde von diesem Kuratorium auserkoren, u. a. mit der Begründung:

„. . . dessen Werk durch Engagement und geistigen Abstand gleichermaßen ausgezeichnet ist und der durch alle Zeitläufe bei leidenschaftlicher Anteilnahme immer die Unabhängigkeit der Wahrnehmung bewahrt hat." (FR v. 21. 5. 1982)

Die Grünen im Römer sind entsetzt darüber, daß mit Ernst Jünger ein wichtiger Wegbereiter des Nationalsozialismus in Frankfurt geehrt werden soll.

Jünger war kein organisierter Nazi. Nicht, weil er ein unpolitischer Schriftsteller war, sondern weil ihm die Nazis zu stümperhaft handelten und dachten.

Jünger propagierte bereits nationalsozialistisches Gedankengut, eine umfassende faschistische Ideologie und Praxisanweisungen zur Vernichtung der Menschenrechte, bevor die Nazis ihre „Reihen in Stellung" gebracht hatten. Jahre bevor Goebbels im Sportpalast den „Totalen Krieg" ausrief, forderte Jünger ihn in seinem Buch „Die totale Mobilmachung".

Jünger schrieb eine Kette von kriegsverherrlichenden Büchern, die die Vision des totalen Staates glorifizieren und gleichzeitig „Handbücher" zur praktischen Anleitung, wie der Faschismus eingeführt werden soll, sind. Jünger arbeitete für eine reaktionäre Revolution, die die Demokratie, das Individuum und die Freiheit vernichten und einen totalen Militärstaat aufbauen soll.

Jüngers Ideologie des totalen Staates

Ausgangspunkt ist für Jünger die Notwendigkeit, daß das Individuum zerstört und durch den „Typus" ersetzt wird. Diese Verwandlung des Menschen in die Maschine beschreibt er immer wieder, beispielsweise über 300 Seiten in „Der Arbeiter". Der Soldat soll zum Arbeiter, der Arbeiter zum Soldaten werden:

„Das Individuum beruft sich, um die Identität des eigenen Ich festzustellen, auf Werte, durch die es sich unterscheidet – also auf seine Individualität. Der Typus dagegen zeigt sich bestrebt, Merkmale aufzuspüren, die außerhalb der Einzelexistenz gelegen sind. So stoßen wir auf eine

mathematische, ‚wissenschaftliche' Charakterologie, etwa auf eine Rassenforschung, die sich bis auf die Messung und Zählung der Blutkörperchen erstreckt . . ."[1])

„Erst mit dem Eintritt dieser Erscheinungen wird Staatskunst und Herrschaft im größten Stile, das heißt: *Weltherrschaft* möglich sein."[2]) (Herv. d. Verf.)

Diese totale Diktatur tritt für Jünger mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes ein (Geschichtsdeterminismus) und es ist gleichzeitig die politische Pflicht des einzelnen, auf das Trittbrett der Geschichte aufzuspringen: „Wir sehen, daß die Völker an der Arbeit sind, und wir begrüßen diese Arbeit, wo immer sie geleistet wird. Der eigentliche Wettkampf gilt der Entdeckung einer neuen und unbekannten Welt – einer Entdeckung, vernichtender und an Folgen reicher als die Entdekkung Amerikas. Nicht anders als mit Ergriffenheit kann man den Menschen betrachten, wie er inmitten chaotischer Zonen an der Stählung der Waffen und Herzen beschäftigt ist und wie er auf den Ausweg des Glückes zu verzichten weiß. Hier Anteil und Dienst zu nehmen: das ist die Aufgabe, die von uns erwartet wird."[3])

Es ist eindeutig, daß er mit diesem faschistischen Weltbild die Nazis sehr stark unterstützte. Vor allem dadurch, daß er seine „planetarische Revolution" mit einem klaren Nationalismus verbindet: „Die Gliederung aller Deutschen in das große Hundertmillionenreich der Zukunft, das ist ein Ziel, für das es sich wohl zu sterben und jeden Widerstand niederzuschlagen lohnt. Uns aber leite über alles Niederträchtige hinweg unsere große, klare und verbindende Idee: das Vaterland, in seinem weitesten Sinn gefaßt. Dafür sind wir alle zu sterben bereit."[4])

Jüngers Werk enthält in einer solchen Eindeutigkeit und Radikalität alle Elemente des Faschismus, daß einer Durchsicht seines Werkes fast nichts hinzugefügt werden muß:

1. Die Kriegsverherrlichung Jüngers

Jünger verherrlicht den Krieg in fast mystisch-religiöser Weise, er beschreibt ihn als den Sinn des Menschen schlechthin: „In göttlichen Funken spritzt Blut durch die Adern, wenn man zum Kampfe über die Felder klirrt im klaren Bewußtsein eigener Kühnheit. Unterm Sturmschritt verwehen alle Werte der Welt wie herbstliche Blätter. Auf solchen Gipfeln der Persönlichkeit empfindet man Ehrfurcht vor sich selbst . . . Gewiß wird der Kampf durch seine Sache geheiligt; mehr noch wird eine Sache durch Kampf geheiligt . . . Mir ist Kampf immer noch etwas Heiliges, ein Gottesurteil über zwei Ideen."[5])

Dahinter steht ein konkretes politisches Konzept. Jünger will die große Revanche für den Ersten Weltkrieg. Dafür fordert er die totale Mobilmachung. Er schreibt, daß der kommende Krieg, den er verlangt und gleichzeitig naturgesetzlich kommen sieht, weder eine „partielle" noch eine „allgemeine", sondern eine totale Mobilmachung voraussetzt, „die sich selbst auf das Kind in der Wiege"[6]) erstrecken muß, wenn man ihn gewinnen will.

Der Erste Weltkrieg war ihm zu wenig kriegerisch: „Deutschland aber mußte den Krieg verlieren, auch wenn es die Marneschlacht und den Unterseebootkrieg gewonnen hätte, weil es bei aller Verantwortung, mit der es die partielle Mobilmachung vorbereitet hatte, große Gebiete seiner Kraft der totalen Mobilmachung entzog und weil es aus ebendemselben Grunde rein dem inneren Charakter seiner Rüstung nach, wohl einen partiellen, nicht aber den totalen Erfolg zu erringen, zu ertragen und vor allem auszuwerten imstande war."[7])

Doch er macht allen Nationalisten, allen Kriegsheimkehrern, die sich nicht an den Frieden gewöhnen wollen oder sollen, allen, die sich in der Wirtschaftsdepression und Massenarbeitslosigkeit vom Versailler Vertrag gedemütigt fühlten, Hoffnung: „Wildes Vergnügen bei der Entdek-

1) Ernst Jünger, Der Arbeiter, Erstausgabe 1932, Klett Verlag, Stuttgart 1963, S. 152.
2) Ebd., S. 163.
3) Ebd., S. 322.
4) Ernst Jünger, In Stahlgewittern, Berlin 1924, Vorwort zur 5. Auflage, S. XIV.
5) Ernst Jünger, Der Kampf als inneres Erlebnis, Berlin 1922 (1. Fassung), S. 46/47.
6) Ernst Jünger, Krieg und Krieger, Berlin 1930, zit. in: Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, Köln 1978.
7) Ernst Jünger, in: J. Petzold, a.a.O., S. 268.

kung, daß unser Einsatz nur aus Rechenpfennigen bestand, daß die wichtigsten Reserven noch gar nicht mobilisiert, nicht im Treffen waren, daß die Stollen zur entscheidenden Schlacht noch nicht getrieben sind. Wir waren kaum bis an die Zähne gerüstet, geschweige denn bis ins innerste Herz, ins innerste Mark."[8]) Und drohend fordert er: „Wir brauchen für die kommenden Zeiten ein eisernes, rücksichtsloses Geschlecht. Wir werden wieder die Feder durch das Schwert, die Tinte durch das Blut, das Wort durch die Tat, die Empfindsamkeit durch das Opfer ersetzen – wir müssen es, sonst treten uns andere in den Dreck."[9])

Wie könnte man besser einen Nährboden für Hitlers „Totalen Krieg" schaffen? Jünger faßt sein Weltbild lapidar zusammen: „Leben heißt töten."[10])

2. Jüngers Menschen- und Lebensverachtung

Weite Teile seines Werkes sind von Menschen- und Lebensverachtung durchzogen, wie sein Verhältnis zum Krieg als „vom überschäumenden Blute der Jugend berauschtes Fest", als die Stunde der „großen Gefühle" zeigt[11]). Beispielsweise schreibt er auf einer einzigen Seite: „Blutdurst", „Wollust des Blutes", „Sich auf den Gegner stürzen, ihn packen, wie es das Blut es verlangt", „Lechzen, sich im Kampfe völlig zu entfesseln". Dies mündet schließlich in „Orgien der Wut" . . . „an grenzenlosem Schwunge nur dem Eros verwandt"[12]).

Hier wird die Kriegsbegeisterung zur Nekrophilie, zur fast erotischen Todesbegeisterung.

Die Ästhetisierung des Krieges, des Völkermordes, ist ein Kennzeichen des Faschismus. Bei Jünger ist die belletristische Begeisterung für das Schlachten von Menschen pathologisch. Einmal schildert er eine Exekution, die mitzuerleben er gewünscht hatte, und bezeichnet diesen Wunsch als einen „Akt höherer Neugier" (FR v. 14. 7. 1983), ein anderes Mal beschreibt er, wie er bei einem Fliegerangriff auf Paris auf dem Balkon steht, zuschaut und ein Glas Champagner in der Hand hält, in dem Erdbeeren schwimmen (FR v. 14. 7. 1973). Diese Lebensverachtung ist untrennbar bei Jünger mit folgenden Elementen nationalsozialistischer Ideologie und Praxis verbunden.

3. Sozialdarwinismus

„. . . den Menschen aber treibt der Wille zu töten, . . . und wenn zwei Menschen im Taumel des Kampfes aufeinanderprallen, so treffen sich zwei Wesen, von denen nur eins bestehen kann. Denn diese zwei Wesen haben sich zueinander in ein Urverhältnis gesetzt, in den Kampf ums Dasein in seiner nacktesten Form"[14]).

Der Kampf aller gegen alle ist für Jünger Urprinzip des Lebens und politisches Ziel zugleich. So fordert er in „Der Arbeiter", daß „Massenbildung" durch „Züchtung und Auslese" notwendig sei[15]).

4. Rassismus

Den vorhandenen Antisemitismus findet Jünger zu inkonsequent: „Hiermit hängt der *Mangel an Folgerichtigkeit* zusammen, die dem Antisemitismus *der nationalen Bewegungen, die sich als revolutionär* bezeichnen, eigentümlich ist. Auch wenn man von jenen Sekten absieht, die aus der Negation eine Weltanschauung machen, wird man durch den *Mangel an Instinktsicherheit* überrascht, aus dem heraus der *Stoß gegen den Juden* zwar oft unter großem Aufwand, aber *immer viel zu flach angesetzt* wird, *um wirksam zu sein.* Dies aber liegt daran, daß man gemäß den Methoden eines echt individualistischen Denkens den Einfluß des Juden auf das deutsche Leben zu ermit-

8) Ebd., S. 269.
9) Ernst Jünger, In Stahlgewittern, 6. Aufl., Berlin 1925 (3. Fassung), S. XIV.
10) Ernst Jünger, Kampf als inneres Erlebnis, a.a.O., S. 9f.
11) Ernst Jünger, in: Joachim Petzold, Wegbereiter des deutschen Faschismus, a.a.O., S. 267.
12) Ernst Jünger, Kampf als inneres Erlebnis, a.a.O., S. 9f.
13) Hans Werner Bartsch, Inhumane Ästhetik, FR v. 14. 7. 1973.
14) Ernst Jünger, Kampf als inneres Erlebnis, a.a.O., S. 8.
15) Ernst Jünger, Der Arbeiter, a.a.O., S. 286.

teln und zu zerstören sucht. Beliebt sind Vorstellungen volksheilkundlicher Art, in denen die Unschädlichmachung von Schwärmen atomistisch angreifender Bakterien und Spaltpilze eine große Rolle spielt."[16]) (Herv. d. Verf.)

Er definiert „den Juden" als das schlechthin „Andere". Jünger will „den Juden" entlarven: „Die Erkenntnis und Verwirklichung der eigentümlichen *deutschen Gestalt scheidet die Gestalt des Juden* ebenso sichtbar und deutlich von sich ab, wie das klare und unbewegte Wasser das Öl als eine besondere Schicht sichtbar macht. In dem Augenblick jedoch, in dem der Jude als eine eigentümliche und eigenen Gesetzen unterworfene Macht *unverkennbar wird,* hört er auf, am Deutschen virulent und damit *gefährlich zu sein.* Die wirksamste Waffe gegen ihn, den Meister aller Masken, ist: *ihn zu sehen* . . . Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, *in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden,* und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland *entweder Jude zu sein oder nicht zu sein.*"[17]) (Hervorh. d. Verf.)

Er will die „Judenfrage" grundsätzlich lösen, ohne sich in den konkreten Maßnahmen festzulegen.

5. Die Vernichtung Andersdenkender – Jüngers Haß auf die Demokratie

„Die Strömungen, die sich seit den Wilhelmshavener Vorgängen immer stärker andeuten, schmecken mehr nach Revolte als nach Revolution, sie sind ganz ohne Idee, Ausgeburten des Hungers und der Feigheit, viehisch ist der einzige Ausdruck dafür. Wenn sie sich durchsetzten, wären sie nicht imstande, eine tüchtigere Führerschicht nach oben zu bringen, und damit ist alles gesagt. Die Lumpen haben nicht das Recht, einen Staat zu stürzen, der bei allem, was auch wir ihm vorzuwerfen geneigt sind, so gewaltige und hoffnungsschwere Ansätze zeigt, daß seine Fehler dagegen gering erscheinen. Wenn wir siegen, haben wir so viel zu schaffen, daß diese Kleinigkeiten sich ganz von selbst ausschleifen, und es wird für jeden Platz im Haus sein. *Den Deserteuren scheint sich in sicherer Entfernung ein geistiges Zuhältertum und geschäftsmäßiges Literatenpack zuzugesellen, für das sofort die Prügelstrafe wiedereingeführt werden müßte. Der ewige Deutsche steht diesmal auf der anderen Seite, daher kann kein Mittel barbarisch genug sein, hier durchzugreifen. Leider besitzen wir viel weniger barbarischen Fond, als die Welt von uns glauben machen möchte.*"[18]) (Herv. d. Verf.)

Der Feind: Demokraten, Linke und Liberale müssen nach Jünger also ausgemerzt werden. Nicht nur jedes Mittel ist erlaubt, es kann „kein Mittel barbarisch genug sein". Waren die KZ das richtige? Jünger gibt klare Handlungsweisen für Nazis, ohne daß er den Logenplatz des Literaten verlassen muß und sich selbst die Hände schmutzig macht. Notwendig ergibt sich für Jünger, um seinen Militärstaat zu erreichen, die Abschaffung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung, die Abschaffung der Pressefreiheit: „In diesen Zusammenhang gehört auch die Trockenlegung jenes Sumpfes der freien Meinung, in den sich die liberale Presse verwandelt hat. Auch hier ist zu erkennen, daß die Technizität viel beachtlicher ist als das Individuum, das innerhalb dieser Technizität seine Meinung produziert. Um wieviel sauberer ist die Maschine, die diese Meinung durch ihre Arbeitsgänge jagt, und um wieviel bedeutender ist die Präzision und die Geschwindigkeit, mit der jedes beliebige Parteiblatt an seine Leser gelangt, als alle Parteiunterschiede, die man sich ausdenken mag. Dies ist Macht . . ."[19]).

Die Logik des Jüngerschen Techno-Faschismus ist einfach: „Eine Opposition . . . besitzt hier ebensowenig Sinn, wie sie etwa die Bewegungen eines Kriegsschiffes fördern kann."[20]) Jünger erklärt 1925 sein Verhältnis zur Demokratie mit einem Satz: „Ich hasse die Demokratie wie die Pest."[21])

16) Ernst Jünger, Über Nationalismus und Judenfrage, in: „Süddeutsche Monatshefte", Jg. 27, Sept. 1930, S. 842 ff.
17) Ebd.
18) Ernst Jünger, Das Wäldchen 125, 2. Aufl., Berlin 1926 (1. Fassung), S. 184.
19) Ernst Jünger, Der Arbeiter, a.a.O., S. 287/288.
20) Ebd., S. 299.
21) Ernst Jünger, zit. in: Die Zeit v. 2. 3. 1973, Marcel Reich-Ranicki, Bei Nietzsche stehengeblieben.

Natürlich mußte Ernst Jünger, um sich nach 1945 als Schriftsteller weiter „gesellschaftsfähig" halten zu können, auf eindeutig faschistische Aussagen verzichten. Er verstand es, nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder sehr geschickt, jede klare Stellungnahme über seine Arbeit für den Faschismus zu vermeiden, indem er nach 1945 fast nur noch unpolitische Tagebuchnotizen, Meditationen über Sanduhren, Schleifen und Schmetterlinge und mythisch abstrakte Fiktionen veröffentlichte. Jünger brauchte für die Herausgabe seiner gesammelten Werke 10 Jahre (!), denn er hielt es für notwendig, weite Teile seiner Bücher subtil zu verändern, auch um nach der menschenvernichtenden Realität des Dritten Reiches weiter „hoffähig" bleiben zu können.

Trotzdem wird sein ungebrochenes Verhältnis zu seinem faschistischen Werk immer wieder deutlich. So führt er 1963 mit einem Vorwort folgendermaßen in den Band „Der Arbeiter" ein, das gleichzeitig eine Hymne und eine Gebrauchsanweisung für den „totalen Staat" ist: „Das Werk über den Arbeiter erschien im Herbst 1932, zu einer Zeit, in der bereits an der Unhaltbarkeit des Alten und der Heraufkunft neuer Kräfte kein Zweifel mehr bestand. Es stellte und stellt den Versuch dar, einen Punkt zu gewinnen, von dem aus die Ereignisse in ihrer Vielfalt und Gegensätzlichkeit nicht nur zu begreifen, sondern, obwohl gefährlich, auch zu begrüßen sind."[22])

Wie stark er sich mit dem totalen Krieg des NS-Staates bis zuletzt und noch nach dem Zweiten Weltkrieg identifizierte, obwohl ihm die Nazis zu flach und unästhetisch waren, zeigt ein Leserbrief von ihm in der „Deutschen Soldatenzeitung" (!) vom 9. Mai 1960: „... als die Lemuren, die sich das Kommando angemaßt hatten, längst desertiert waren. Ich habe unter anderem dafür gesorgt, daß in meinem Bezirk keine weiße Fahne gehißt wurde."[23]) Gerade wenn er versucht, sich gegenüber dem NS-Staat öffentlich abzugrenzen, zeigt er unfreiwillig seine Nähe zu ihm. Auf die Frage nach seinem Verhältnis zum Dritten Reich in „Le Monde" antwortet er: „Heute noch kann ich Hitler nicht verzeihen, dieses wunderbare Instrument, das unsere Armee ist, mißbraucht/verschwendet zu haben."[24])

Jünger ist also unversöhnlich enttäuscht über Hitler, weil die gute Sache für die er, Jünger, gelebt hat, nämlich den „totalen Krieg", von Hitler so dilettantisch kaputt gemacht wurde. Seine Kritik am Nationalsozialismus ist nie eindeutig, ist nicht grundsätzlich, nie menschlich. So sagt er 1973, daß ihm „diese Leute (die Nazis) mißfallen hätten."[25]) In den „Strahlungen" erklärt er sie zur „flachsten Schule" und er findet es „stillos", wenn jemand die Ermordung von Geiseln gut findet[26]). Auch die Judenvernichtung will er nicht, und zwar auch deshalb: „Es heißt, daß seit der Sterilisierung und Tötung von Irren die Zahl der geisteskrank geborenen Kinder sich vervielfacht hat, ganz ähnlich ist, mit der Unterdrückung der Bettler die Armut allgemein geworden und führt die Dezimierung der Juden zur Verbreitung jüdischer Eigenschaften in der Welt, in der alttestamentarische Züge sich ausbreiten. Durch Ausrottung löscht man die Urbilder nicht aus; man macht sie eher frei."[27])

Seine Kritik am Nazi-System ist technisch, nicht menschlich. Er kritisiert die Nazis wie Leute, die seine „reine Lehre" beschmutzt haben, wie politische Freunde, die ihm nicht streng genug gefolgt sind. So schreibt er noch 1963 in seinem Vorwort zum Arbeiter, daß man „vieles Unnötige" hätte vermeiden können, wenn die Nazis seinen genauen Vorstellungen von dem totalen Militärstaat tatsächlich gefolgt wären. Diese Enttäuschung über seine Freunde, die Nazis, kommt aus der Nähe, die er zu ihnen hatte. Immerhin hatte sich Jünger vor 1933 für einen Zusammenschluß aller Kräfte – „die Endfront" –, die er für seine reaktionäre Revolution braucht, gekämpft. Wie es für Jünger typisch ist, schließt er selbstverständlich die Nazis in das Bündnis ein, ohne irgendwelche politischen Gruppen konkret zu benennen: „Es wird sich zusammensetzen aus den Angehörigen der nationalen Frontsoldatenverbände. Dazu müssen stoßen, die heute noch abseits stehenden Kräfte der radikalen, der völkischen und der nationalsozialen Gruppen, ferner der blutmäßige Kern des Frontsoldatentums der Arbeiterschaft ..."[28]).

22) Ernst Jünger, Der Arbeiter, a.a.O., S. 11.
23) Ernst Jünger, in: „Deutsche Soldatenzeitung" v. 9. 5. 1960.
24) Ernst Jünger s'explique, in: „Le Monde" v. 22. 2. 1973.
25) Ebd.
26) Ernst Jünger, Strahlungen, Tübingen 1949, 3. Aufl. (17. 2. 1942), S. 97.
27) Ernst Jünger, Strahlungen, Stuttgart 1980, 8. Aufl. (Paris 12. 3. 1942), S. 320, Bd. 1.

Auch in der praktischen politischen Arbeit zeigt sich die Verwandtschaft mit den Nazis: Im Oktober 1930 machte Jünger mit 20 von Goebbels bestellten SA-Männern den Versuch, eine nazi-kritische Rede zu stören, was schließlich zu einem Tumult mit Polizeieinsatz führte. Ironischerweise wurde diese Rede von dem Goethepreisträger 1949, von Thomas Mann, gehalten[29]).

Doch grundsätzlich läßt sich Jünger sonst auf eine solche Ebene nicht ein. Er distanziert sich von den Nazis nicht etwa, weil sie ihm ideologisch nicht nahestehen, sondern weil er seinen Platz im sauberen Ideenhimmel des Faschismus sieht, während unter ihm nach seinen Ideen auf der Bühne der Geschichte der NS-Staat seinen Lauf nimmt. So entpuppt sich das, was seine heutigen Verteidiger zu seiner Ehrenrettung anführen wollen, bei näherem Hinsehen gerade als Beweis für seine Unterstützung des Nationalsozialismus: Jünger weigerte sich beispielsweise, der Nazi-Dichterakademie beizutreten.

Doch warum? In dem Begründungsbrief schreibt er unter Hinweis darauf, daß seine Arbeit einen im „wesentlichen soldatischen Charakter" hat: „Ich bitte Sie daher meine Ablehnung als Opfer aufzufassen, daß mir meine Teilnahme an der deutschen Mobilmachung auferlegt, in deren Dienst ich seit 1914 tätig bin. Mit der Versicherung, daß ich bereits in der Tatsache, daß Sie an mich gedacht haben, eine hohe Auszeichnung erblicke. Ihr sehr ergebener Ernst Jünger."[30])

Daß er seinen Standpunkt bis heute kein bißchen geändert hat, zeigt er beispielsweise in einem Brief vom 31. Januar 1962 in dem er in einer gekünstelten und – wie so oft wenn es ihn selbst betrifft – indirekten Sprache äußert: „Daß ich mich dem („politischen Teil meiner Arbeit") in den verschiedenen Abschnitten unterzogen habe, halte ich auch heute noch für notwendig."[31])

Die Entscheidung, Ernst Jünger in Frankfurt zu ehren, ist von bundespolitischer Bedeutung, weil sie nicht der Wille eines zufälligen Kreises rechtsradikaler Männer ist, sondern einer Gruppe rechts- bis linksliberal geltender (oder gelten wollender) Menschen aus Politik, Kultur und Publizistik in Frankfurt. Der „so liberale" Wallmann und der „so kritische" Fest setzen sich mit dem „so linken" Hoffmann zusammen und beschließen, einen Wegbereiter des Nationalsozialismus zu ehren. Wie ist das möglich? Kann es sein, daß der Kulturpolitiker Hoffmann und der scheinbar gebildete Wallmann einen „faux pas" begangen haben, weil sie Jünger nicht gelesen haben? Wohl kaum! Die Entscheidung an Goethes Geburtstag in der Paulskirche faschistisches Gedankengut zu feiern, ist unfaßbar. Fast 40 Jahre danach zeigt sich, über Parteigrenzen hinweg, eine bedrükkende Empfindungslosigkeit gegenüber faschistischem Denken. Man ist gezwungen, gerade nach Dreggers Äußerung, „wir müssen aus dem Schatten Hitlers heraustreten", und Schönbergers von der CDU als „Privatangelegenheit" toleriertem Rassismus, hinter der Preisverleihung an Jünger mehr zu sehen. Sind wir so weit, daß Kulturpolitiker im Magistrat und anderswo meinen, seit 1945 sei so viel Wasser den Main hinunter geflossen, daß man sich ein bißchen militaristisches Denken ruhig leisten kann, ja, daß diese Beschreibungen und Forderungen einer Techno-Diktatur eigentlich wieder ganz modern sind?

Die Grünen im Römer halten es für unbedingt notwendig, daß öffentlich über die Ursachen und Konsequenzen der beabsichtigten Preisverleihung diskutiert wird. *Deshalb beantragen wir, daß die Stadtverordnetenversammlung eine Veranstaltung mit dem Thema durchführt: „Goethepreis – für Ernst Jünger?"*

Die Grünen im Römer sind der *Meinung, daß der Beschluß des Magistrates, Jünger den Goethepreis zu verleihen, von der Stadtverordnetenversammlung rückgängig gemacht werden muß, falls der Magistrat nicht von alleine auf die beabsichtigte Preisverleihung verzichtet.*

---

28) Ernst Jünger, Zentrale Leitung?, in: „Standarte" v. 14. 3. 1926.

29) Arnold Bronnen, in: „Deutsche Tageszeitung", Berlin v. 18. 10. 1930, abgedruckt in: Klaus Schröter (Hrsg.), Thomas Mann im Urteil seiner Zeit, Hamburg 1969.

30) Ernst Jünger, Brief an Werner Beumelburg (Deutsche Akademie), November 1933, abgedruckt in: Joseph Wulf, Literatur und Dichtung im 3. Reich, Gütersloh 1963, S. 35–37, und in: Gerda Liebchen, Ernst Jünger, Bonn 1977, S. 324.

31) Ernst Jünger, Brief vom 31. 1. 1962, zitiert in: Ludwig Arnold, Wandlung und Wiederkehr, Festschrift zum 70. Geburtstag Jüngers, Aachen, S. 8.

Presseerklärung der Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion im Frankfurter Römer zur Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger vom 5. August 1982 (Wortlaut)

Die SPD-Fraktion hat nach intensiven Beratungen in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, dem Magistrat dringend nahezulegen, von einer Verleihung des Goethe-Preises an Ernst Jünger abzusehen.

Unabhängig von der Frage, ob Ernst Jünger zu den Persönlichkeiten gehört, „deren schöpferisches Wirken einer dem Andenken Goethes gewidmeten Ehrung würdig ist" (Ordnung für die Verleihung), kommt sie nach dem Studium seiner Werke seit 1920 zu dem Schluß, daß Ernst Jünger unzweifelhaft zu den „geistigen Schrittmachern des Dritten Reiches" gezählt werden muß. Für die SPD-Fraktion kann schöpferisches Wirken nicht nur formal gemeint sein, d. h. sich am Umfang seines Werkes und an der Qualität seiner Sprache zu orientieren, es muß auch inhaltlich beurteilt werden. Unangemessen wäre es, Jünger als Faschist zu bezeichnen. Allerdings muß die Lektüre seiner Werke ab 1945 bis heute eine besondere Würdigung erfahren.

Mit der Auszeichnung von Ernst Jünger wird die Tradition der Goethe-Preis-Träger bis 1933 und nach 1945, die sich in hohem Maße durch Liberalität und Humanität ausgewiesen hat, erheblich durchbrochen. Gemessen an der humanistischen Substanz eines Albert Schweitzer, Sigmund Freud, Hermann Hesse, Carl Friedrich von Weizsäcker, Carlo Schmid und Georg Lukacs würde mit der Auszeichnung Ernst Jüngers eine neue Qualität erreicht.

Hiermit wird nicht nur dem Aufruf des hessischen CDU-Vorsitzenden Alfred Dregger „aus dem Schatten Hitlers herauszutreten" gefolgt, sondern eine Geisteshaltung honoriert, die bei Jünger so weit vollendet ist, wie sie präfaschistisch – bis in seine jüngsten Werke hinein – nur sein kann.

Der SPD erscheint es unverantwortlich, aus Deutschland vertriebene ehemalige jüdische Mitbürger einzuladen und gleichzeitig einen Mann zu ehren, für den noch 1978 „Demokratie als Pforte zur Gewalt" galt und Demokratie folgendermaßen definierte: „Zunächst sind alle gleich, Reiche und Arme, Schwarze und Weiße und so fort. Dann wird verziffert, es kommt zur Abstimmung. Die schwarze Majorität ist enorm. Nun sind die Schwarzen schwärzer und die Weißen weißer als je zuvor. Der weiße Mann als Sklave seiner Ideen hat sich die Schlinge um den Hals gelegt. Es gibt intelligentere Arten des Selbstmordes." (Siebzig verwehrt, Bd. II, 5. 10. 1978, S. 432 und 433).

Weitere Auszüge aus seinem jüngsten Werk („Siebzig verweht", Band I und II) belegen dies: „Zu Hitlers Aufstieg. Es ist eine traumhafte Note dabei. So träumen Pubertäre zuweilen, daß sie Herrscher der Welt würden. Zum Teil verwirklichte er es. Mißlich bleibt es, wenn man für fremde Träume zahlen muß. Das meinte auch Ernst Niekisch, als er mir 1933 sagte: ‚Der spielt um unsere Köpfe.' Auch wer an einem solchen Aufstieg mit Leidenschaft teilnimmt, steht nicht voll in der Realität. Wenn er später seine Teilnahme abstreitet, ist das nicht unglaubwürdig; er vergißt sie wie einen Rausch oder einen Traum." (II, S. 214; 20. 5. 1975)

„Die Deutschen haben ein großes Faß voll brauner Farbe und streichen sich damit gegenseitig an. Das ist ein Geschäft. Man sollte weder seine Intelligenz noch seine Moral so weit zurückschrauben, daß man darauf einginge. Die erwähnte Notiz reicht in das Jahr 1926 zurück – damals ahnte noch keiner, wie Hitler sich entwickeln würde – er versprach, den infamen Versailler Vertrag zu anullieren und das Arbeitslosenheer aufzulösen, was beides ihm auch gelungen ist. Damals studierte ich noch in Leipzig; das wir miteinander korrespondierten, ist kein Geheimnis und braucht nicht ‚enthüllt' zu werden, denn ich habe 1957 die Einzelheiten in meinen ‚Jahren der Okkupation' publiziert. Er hatte mich zu jener Zeit auch besuchen wollen; das ist unterblieben, weil Heß die Reiseroute änderte. Hitler hat seine Sympathie für mich behalten, was mir später unzweifelhaft das Leben gerettet hat. Jedenfalls habe nicht ich mich um Hitler, er hat sich um mich bemüht. Er hatte auch einen Sitz im Reichstag für mich vorgesehen." (II, S. 310/311; 29. 9. 1977)

„Die Infamie bleibt konstant. Damals fragten sie nach der jüdischen Großmutter und heute mit der gleichen Lust danach, ob einer Pimpf in der Hitlerjugend gewesen ist." (II, S. 532; 28. 10. 1979)

„Auf der Fahrt nach Rhodos sagte ich zu F. G., als wir über Hitler sprachen: „Die Großdeutsche Lösung hat er immerhin nachgeholt." Fritz antwortete: „Was haben wir davon, wenn an ein Zuchthaus immer neue Flügel gebaut werden." Dem konnte ich nicht ganz zustimmen." (II, S. 442; 25. 1. 1979)

Ab 15. September im Buchhandel

Die Palästinenser

Geschichte und Gegenwart

von Hans Lebrecht

Der Autor dieses informativen und aktuellen Buches entkam den Judenverfolgungen der Nazis 1938 durch die Flucht nach Palästina. Von den britischen Behörden und nach der Gründung des Staates Israels wurde Hans Lebrecht aufs Neue verfolgt und inhaftiert. Eine umfassende internationale Protestbewegung erreichte 1978 einen Freispruch in einem inszenierten, großangelegten „Spionage"-Prozeß angeblich zugunsten der PLO. Mit ihm wollten die zionistischen Kreise Hans Lebrecht aus dem politischen Leben Israels ausschalten.
Sein Leben der Solidarität verdankend schrieb der gebürtige Ulmer und heutige Israeli dieses große Buch über den Freiheits- und Überlebenskampf der Palästinenser. Es ist die aufrüttelnde Geschichte des Kampfes dieses gepeinigten und mutigen Volkes für Selbstbestimmung und nationale Eigenstaatlichkeit. Es ist zugleich die selbsterlebte und erlittene Geschichte Hans Lebrechts in Palästina und Israel bis in die grausame Wirklichkeit dieser Tage.
Das starke persönliche Engagement des Autors, seine journalistische Fähigkeit der populären Darstellung vieler geschichtlicher Ereignisse, verbunden mit zahlreichen eigenen Erlebnissen, machen die Begegnung mit diesem Buch zu einem literarischen Ereignis.

ca. 288 Seiten. Illustriert mit zahlreichen Fotos und Abbildungen von Grafiken des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, Paperback. DM 17,80.

Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt am Main 50

„An dem absurden Wahlkampf dieser Tage fällt mir auf, daß die Parteien sich in einer Weise ähnlich werden, die es ihnen immer schwieriger macht, sich glaubwürdig gegeneinander abzusetzen. Alle wollen ‚Demokratie, Stabilität, Fortschritt' (was sich ausschließt); alle wollen ‚links' sein, mit geringen Schattierungen. Dieser Egalisierung entspricht die von Ost und West; Russen und Amerikaner werden sich ähnlicher. Alle haben dieselben Schimpfwörter, mit Vorliebe ‚Faschist'. Die Tenne wird mit einunddemselben Besen gefegt. Bald ist sie leer." (An Carl Schmitt am 20. 10. 1972; II, S. 98).

„Der Trend, oder eher: der Sog, läuft heute auf Abschaffung des Besonderen hinaus. Roben, Orden und Titel, auch schon eine gute Prosa, gelten als anmaßend. Es fragt sich, inwiefern sich das auch auf die Abschleifung der Gewaltenteilung auswirkt – die Demokratie endet in der Monotonie." (II, S. 71; 31. 3. 1972).

„In britischen Kolonisatoren darf man eine ‚Blutleuchte' (Schuler) der Normannen sehen. England und Portugal gingen jetzt an ihren Kolonien zugrunde. Hätten die Engländer nicht zwei unnötige Kriege mit uns geführt, so könnten sie noch groß dastehen. Immerhin konnten sie in der Literatur noch manches und in der Politik einen Churchill vorzeigen, obwohl er nach eigenem Geständnis ‚das falsche Schwein geschlachtet hat'. Das gilt, nicht ohne unsere Mitschuld, für unsere Vettern im großen und ganzen überhaupt." (An den Studenten Patt am 28. 1. 1979; II, S. 443)

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. D. Walter Kreck, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,75 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,25), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 168,–; $ 36,–; Lit 36000,–; dkr 216,–; nkr 180,–; skr 162,–; yen 7200,–; £ 16,20. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 10/1982 der „Blätter" wird am 18. 10. 1982 ausgeliefert. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens; Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. *** *Christian GÖTZ,* geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977. *** *Dr. Reinhard KÜHNL,* geb. 1936, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, seit 1972 im Vorstand des „Bundes demokratischer Wissenschaftler" (BdWi); 1973 Gastprofessor an der Universität Tel Aviv; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Jörg HUFFSCHMID,* geb. 1940 in Köln, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen, Veröffentlichungen zur Wirtschaftspolitik und Rüstungskonversion, Mitbegründer der Memorandum-Gruppe „Alternative Wirtschaftspolitik". *** *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg, Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Gerhard STUBY,* geb. 1934, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bremen; 1. Vizepräsident der IVdJ (Internationale Vereinigung demokratischer Juristen); zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Aufgrund zahlreicher Anfragen möchten wir darauf hinweisen, daß der Artikel „Von der Anti-Hitler-Koalition zur Anti-Reagan-Koalition? Wiederholt sich die Geschichte?" von Karl D. Bredthauer aus Heft 8/1982 der „Blätter" noch als Sonderdruck (Nr. 283) lieferbar ist. Der Sonderdruck enthält als Anhang den Wortlaut der „New York Times"-Enthüllung über das geheime Pentagon-Programm zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984–1988 („Leitlinien-Dokument"). Preis: 10 Exemplare (Mindestabnahme) 12,– DM, 50 Exemplare 45,– DM, 100 Exemplare 75,– DM. Inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten. Bestellungen über den Pahl-Rugenstein-Verlag.

Hineis: Von allen in den „Blättern" veröffentlichten Beiträgen können bei Bestellungen ab 100 Expl. Sonderdrucke angefertigt werden. Bestellungen sind an den Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, zu richten. Eine Preisliste für Sonderdrucke kann beim Verlag angefordert werden.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 9/82
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

01-395080-01-01 544
KLAUS BERGER

RITTERSHAUSSTR. 34

5300 BONN 1

Soeben erschienen

Taschenkalender. 320 Seiten
Bilder, Texte, Karikaturen. DM 8,50

Pahl-Rugenstein